

Landkreis Nachrichten



BADEN-WÜRTTEMBERG

BERICHTE • MEINUNGEN • HINTERGRÜNDE



Schwerpunkt:

60 Jahre Landkreistag

Themen:

Programm familienbewusst & demografieorientiert im Landratsamt Enzkreis

Reichenauer Tage zur Bürgerschaft – Flüchtlings- und Integrationsfragen

Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung für die baden-württembergischen Kommunen

Nachrichten:

Zertifikat „berufundfamilie“ für Alb-Donau-Kreis

Landkreis Tuttlingen wird Fairtrade-Landkreis

Personalien:

Heiner Scheffold wird neuer Landrat im Alb-Donau-Kreis



Geschäftsstelle, Panoramastraße 37, Stuttgart

HERAUSGEBER:

Landkreistag Baden-Württemberg
Panoramastraße 37, 70174 Stuttgart
Telefon 0711 / 22 46 20
Telefax 0711 / 2 24 62-23
www.landkreistag-bw.de
posteingang@landkreistag-bw.de

REDAKTION:

Hauptgeschäftsführer
Prof. Eberhard Trumpp
Jan-Ole Langemack

STÄNDIGE MITARBEIT:

Pressestellen der Landratsämter
in Baden-Württemberg

EMPFÄNGER:

Die Mitglieder der Kreistage,
des Landtags und des Bundestags,
Landes- und Kommunalbehörden,
Verbände und kommunalpolitisch
interessierte Persönlichkeiten.
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers
gekennzeichnet sind, geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Zustimmung der Redaktion.

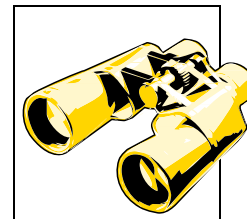
SATZ UND DRUCK:

Offizin Scheufele
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

BILDNACHWEIS:

Titel, S.70, 93: Landkreistag; S.95–97, 114: LRA Enzkreis; S.98–99: Fuchs; S.101–102: Königer;
S.103, 104: Duale Hochschule Heilbronn; S.110, 111, 122: LRA Alb-Donau-Kreis; S.112: GBB Böblin-
gen; S.115, 154 o.: LRA Lörrach; S.116, 117, 129, 168: LRA Ortenaukreis; S.118, 119: LRA Tübingen; S.120,
132, 147, 169: LRA Rems-Murr-Kreis; S.121: LRA Waldshut; S.124, 134, 135, 148, 153 u., 160: LRA Hohen-
lohekreis; S.126: Norbert Kreienkamp; S.127, 145: LRA Schwäbisch Hall; S.128: LRA Neckar-
Odenwald-Kreis; S.130, 146, 153 o., 159 u.: LRA Sigmaringen; S.134, 155 u., 172: LRA Göppingen;
S.136, 141, 149, 161 u.: LRA Karlsruhe; S.138: E-Werk Mittelbaden; S.139, 143: LRA Ludwigsburg;
S.140: LRA Rhein-Neckar-Kreis; S.142: IBK 2016/Dietmar Mathis; S.150, 154 u.: LRA Böblingen;
S.151: Landkreis Göppingen; S.152: ForstBW; S.155 o.: © Kapitza; S.156: Johanna Dudzinski-Tann;
S.157 o.: AVR GmbH; S.157 u., 165: LRA Tuttlingen; S.158, 163: LRA Rastatt; S.159 o.: Markus Gut-
mann; S.161 o.: LRA Calw; S.164: Scheible/Telekom; S.166, 170, Rückseite: LRA Schwarzwald-
Baar-Kreis; S.173: LGL/Hoss

Gedruckt auf umweltfreundlich,
chlorfrei hergestelltem Papier.



INHALT

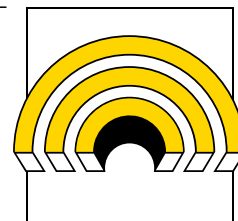
THEMEN

- Editorial
Von Hauptgeschäftsführer Prof. Eberhard Trumpp Seite 72
- Landkreistag feiert sein 60-jähriges Bestehen – Festveranstaltung im Neuen Schloss in Stuttgart Seite 74
- Landkreistag ist heute wirklich eine Stimme der Vernunft und der Besonnenheit
Festrede von Herrn Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann MdL Seite 77
- Das Land kann sich auf die Landkreise verlassen. Wir sind ein verlässlicher Partner für das Land auch in schwierigen Situationen!
Grußwort und Rede von Herrn Präsidenten Joachim Walter Seite 83
- Aufgabe, sich für Rahmenbedingungen einzusetzen, die den Landkreisen gelebte Selbstverwaltung ermöglicht, mustergültig erfolgt!
Von Professor Dr. Joachim Wieland, Rektor der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer Seite 90
- 6 Handlungsfelder, 15 Ziele, 25 Maßnahmen
Von Svendia Strauß, Pforzheim Seite 95
- Aktuell, kompakt, intensiv, grundsätzlich und zugleich mit hohem Praxisbezug
Von Johannes Fuchs, Konstanz Seite 98
- 10 Jahre AK-GIS des Landkreistages – Der Arbeitskreis zieht eine positive Bilanz und hat noch viel vor ...
Von Kathleen Kraus Böblingen, Gerald Bär, Künzelsau, Andreas Höhne Stuttgart Bernd Schindewolf, Esslingen und Cornelius Schweizer, Stuttgart Seite 100
- Sozialplanung und Migration – Gefragte Spezialisten für Baden-Württemberg
Von Paul-Stefan Roß, Heilbronn Seite 103
- Basisqualifizierung für bürgerschaftlich Engagierte in der Flüchtlingshilfe
Von Ulrike Kammerer, Stuttgart Seite 105
- Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung für die baden-württembergischen Kommunen
Von Dr. Martin Silzer, Brüssel Seite 107

NACHRICHTEN

- Alb-Donau-Kreis erhält Zertifikat „berufundfamilie“ in Berlin Seite 110
- Tourismusforum im Landratsamt Alb-Donau-Kreis: Entwicklung eines gemeinsamen Leitbilds Seite 110
- Wichtiger Schritt zur Sicherung der Entsorgung in Zeiten knapper Verbrennungskapazitäten – RBB Böblingen und GML Ludwigshafen vereinbaren Ausfallverbund Seite 111
- 5 Mrd. Euro-Stärkung der Kommunen: Länder müssen 1 Mrd. Euro weiterleiten – Wohnsitzauflage praktikabel ausgestalten – Kostendynamik bei Eingliederungshilfe bremsen Seite 112
- Passivhaus-Standard dank EU-Projekt: Landratsamt Enzkreis probiert Möglichkeiten der „innovativen Beschaffung“ Seite 113

· Landkreistag erleichtert über Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs zu kommunalen Krankenhausbeihilfen	Seite 114
· „Mit allen Beteiligten eng im Gespräch bleiben“	Seite 115
· Delegation aus bulgarischer Partnerregion machte Station in der Ortenau	Seite 115
· Junge Ortenauer Musiker glänzen bei „Jugend musiziert“	Seite 116
· Dritter Platz für den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald beim Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“	Seite 117
· MOVE – Mobilität verbindet über die Landkreisgrenzen hinaus	Seite 118
· Landkreis Tuttlingen wird Fairtrade-Landkreis	Seite 119
· 25 Jahre Kreispartnerschaft mit Dmitrow gefeiert – Landrat Dr. Richard Sigel war mit einer Delegation aus dem Rems-Murr-Kreis vor Ort	Seite 120
· Neuerwerbung eines wichtigen Werkes von Hans Thoma	Seite 120
PERSONALIEN	Seite 122
SPEKTRUM	Seite 123



EDITORIAL

60 Jahre Landkreistag

Der Landkreistag Baden-Württemberg wurde am 3. Juli 1956 in Ludwigsburg gegründet. Aus Anlass dieses 60-jährigen Bestehens fand am 22. Juni 2016 ein Festakt im Neuen Schloss in Stuttgart statt. Nahezu 300 Gäste haben an diesem Festakt teilgenommen, wobei besonders erfreulich war, dass viele Abgeordnete des neu gewählten Landtags, an ihrer Spitze Frau Landtagspräsidentin Muhterem Aras, unserer Einladung Folge geleistet haben.

Als Redner durften wir Herrn Ministerpräsident Kretschmann begrüßen. Sein Kommen brachte seine Wertschätzung gegenüber dem Landkreistag Baden-Württemberg und den Landkreisen zum Ausdruck. In seiner Rede hat er die Bedeutung der kommunalen Landesverbände und damit auch des Landkreistags Baden-Württemberg hervorgehoben. Die kommunalen Landesverbände sind keine bloßen Lobbyisten in der landespolitischen Szenerie, sondern wichtige und ausweislich unserer Landesverfassung notwendige Vertreter zur Wahrung der Interessen von Städten, Gemeinden und Landkreisen.

Ministerpräsident Kretschmann sprach ferner die Haushaltssituation des Landes und die dadurch erforderlichen Einsparungen an. Die neue Regierungskoalition habe sich verpflichtet, strukturelle Einsparungen in Höhe von 1,8 Mrd. Euro in der Endstufe bis 2020 zu realisieren. Zugleich müsse die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankert werden. Trotz der nachdenklich stimmenden Aussagen zur Weiterentwicklung der Fi-



nanzbeziehungen zwischen dem Land und seinen Kommunen – er sprach von einer weiteren Beteiligung der kommunalen Seite zum Ausgleich des Landeshaushaltes – hat Herr Ministerpräsident Kretschmann in seiner Rede in Aussicht gestellt, dass er wie in der vergangenen Legislaturperiode erneut auf einen Finanzpakt zwischen Land und Kommunen hinarbeiten will. Dies wäre zweifelsohne begrüßenswert, denn Städte, Gemeinden und Landkreise brauchen Sicherheit auch in der finanziellen Ausstattung, damit sie wissen, wie viel Finanzmittel sie in den kommenden fünf Jahren zur Verfügung haben.

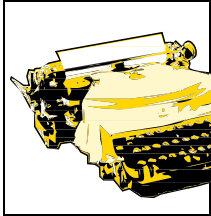
Herr Professor Dr. Wieland, Rektor der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer, hat mit seiner Festrede vielbeachtete Ausführungen, insbesondere zur Finanzausstattung

der Landkreise, gemacht. Die Länder sind unsere Sachwalter gegenüber dem Bund, wenn es um die Verteilung der Gelder zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geht, hat Professor Wieland die Forderung erhoben, den Landkreisen endlich eine unmittelbare Beteiligung am Aufkommen einer Wachstumssteuer zuzugestehen. Dies sei gerade im Hinblick auf die jährlich steigenden Sozialkosten mehr als gerechtfertigt.

Der Präsident des Landkreistags, Herr Landrat Walter, blickte in seiner Rede zurück auf 60 Jahre Landkreistag als Landesverband aller baden-württembergischen Landkreise. Sein Hauptaugenmerk richtete er aber auch auf das, was die Zukunft bringen wird. Er betonte, dass die Landkreise – bei allen Auseinandersetzungen im politischen Tagesgeschäft – dass das Wollen der Landkreise stets darauf gerichtet ist, das Beste für unser Land zu erreichen. Und dazu gehört selbstverständlich auch die Sicherung der kreiskommunalen Positionen; sei es in finanzieller, organisatorischer oder kommunalverfassungsrechtlicher Natur.

Alle Festreden sind in einem Schwerpunkt in dieser Ausgabe nachzulesen. Ich würde mich freuen, wenn diese Ihre geschätzte Aufmerksamkeit finden würden.

Prof. Eberhard Trumpp,
Hauptgeschäftsführer,
Landkreistag Baden-Württemberg



THEMEN

Landkreistag feiert sein 60-jähriges Bestehen – Festveranstaltung im Neuen Schloss in Stuttgart

Landkreistagspräsident Walter: „Das Land kann sich auf die Landkreise verlassen. Sie sind ein verlässlicher Partner für das Land auch in schwierigen Situationen!“

Ministerpräsident Kretschmann: „Landkreistag eine Stimme der Vernunft und der Besonnenheit in Baden-Württemberg; aber auch eine Stimme des kommunalen Selbstbewusstseins und des Gestaltungswillens.“

Der Landkreistag Baden-Württemberg hat am 22. Juni 2016 im Rahmen eines Festaktes im Neuen Schloss in Stuttgart sein 60-jähriges Bestehen gefeiert. Am 3. Juli 1956 wurde in Ludwigsburg der Landkreistag Baden-Württemberg gegründet. Er war damit der zweite kommunale Landesverband, der für das neue Bundesland Baden-Württemberg landesweit die Interessenvertretung der Landkreise gegenüber der Landesregierung, dem Landtag und anderen Institutionen und Organisationen übernahm. Der Städtetag Baden-Württemberg hat diesen Zusammenschluss bereits zum 10. Mai 1954, der Gemeindetag Baden-Württemberg zum 1. Januar 1973 vollzogen.



Der Landkreistag ist der Verband der 35 baden-württembergischen Landkreise. Diese profitieren durch ihre Mitgliedschaft sowohl in grundsätzlicher, politischer Hinsicht als auch in der täg-

lichen Praxis. Und dies kommt letztlich durch moderne und leistungsstarke Landratsämter allen Bürgerinnen und Bürgern zugute.

Am Festakt nahmen nahezu 300 Gäste teil, darunter Ministerpräsident Kretschmann, Fraktionsvorsitzende der Parteien im Landtag, viele weitere Landtagsabgeordnete, Minister, Staatssekretäre und weitere Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung des Landes Baden-Württemberg sowie darüber hinaus.

Hauptredner waren der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter, Landkreis Tübingen und Ministerpräsident Winfried Kretschmann MdL sowie Prof. Dr. Jo-





achim Wieland, Rektor der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften, Speyer.

Politische Schwerpunkte der Reden waren die Integration und Versorgung der Flüchtlinge, die Bildungspolitik des Landes, die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen, die kartellrechtliche Problematik bei der Rundholzver-

marktung sowie landespolitische Vorhaben der neuen Legislaturperiode. Walter wie Kretschmann betonten die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Land und Landkreisen. „Seit 60 Jahren ist der Landkreistag eine Stimme der Vernunft und der Besonnenheit in Baden-Württemberg; aber auch eine Stimme des kommunalen Selbstbewusstseins und

des Gestaltungswillens. Als kommunaler Landesverband gehört der Landkreistag zu den wichtigsten und auch verlässlichsten Partnern des Landes.“ sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

Präsident Walter hob hervor: „Das Land kann sich auf die Landkreise verlassen. Die Landkreise sind ein verlässlicher Partner für das Land auch in schwierigen Situationen!“

Beide zeigten sich optimistisch, dass die gemeinsame Basis auch in der neuen Legislaturperiode wieder groß genug sein wird, um miteinander von beiden Seiten tragbare Kompromisslösungen zu erreichen.

Anlässlich des Festaktes präsentierte der Landkreistag – als Fortschreibung der Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum in 2006 – eine 120 Seiten umfassende Dokumentation des Wirkens des Landkreistags und der Arbeit der 35 baden-württembergischen Landkreise. Das Werk ist auch im Internet verfügbar www.landkreistag-bw.de.

Meilensteine der Geschichte des Landkreistags Baden-Württemberg, Stand Juni 2016

29. September 1920	Gründungsversammlung des Landesverbandes der württembergischen Amtskörperschaften in Stuttgart
1924	Beitritt zum Deutschen Landkreistag
1. April 1928	Mit Laupheim tritt die letzte der 63 württembergischen Amtskörperschaften dem Landesverband bei
15. Dezember 1933	Auflösung des Deutschen Landkreistags und des Landesverbands württembergischer Landkreise durch Gesetz Zwangswise Zusammenfassung aller kommunalen Reichs- und Landesverbände im „Deutschen Gemeindetag“ durch das NS-Regime
22. Juli 1947	Bildung des Verbands württembergisch-badischer Landkreise in Aalen
28. Oktober 1947	Bildung des Gemeindetags Württemberg-Hohenzollern
9. Oktober 1949	Bildung der Arbeitsgemeinschaft badischer Landkreise
27. Mai 1950	Bildung der Abteilung Kreisverbände im Gemeindetag Württemberg-Hohenzollern
7. November 1952	Gründungsversammlung der Arbeitsgemeinschaft baden-württembergischer Landkreise in Bad Liebenzell
3. Juli 1956	Gründungsversammlung des Landkreistags Baden-Württemberg in Ludwigsburg
1. April 1957	alle Landkreise sind dem Landkreistag Baden-Württemberg beigetreten
1. April 1969	Bezug des Gebäudes Panoramastraße 37 für die Geschäftsstelle des Verbandes: „Haus der Landkreise“
1. Januar 1973	Kreisreformgesetz, Bildung von 35 Landkreisen aus ehemals 63 Landkreisen
1. Juli 1995	Sonderbehördeneingliederungsgesetz (Eingliederung der Gesundheitsämter, Veterinärämter und von Teilen der Wasserwirtschaftsämter in die Landratsämter)
1. Januar 2005	Verwaltungsstrukturreformgesetz (VRG, „Große Verwaltungsreform“ mit Eingliederung u. a. der Straßenbauämter, der Forstämter, der Landwirtschaftsämter, der Ämter für Flurneuordnung, der Vermessungsämter, der Schulämter, des Wirtschaftskontrolldienstes und der Versorgungsämter in die Landratsämter)
7. Juli 2006	Festveranstaltung zum 50-jährigen Bestehen im „Forum am Schlosspark“ in Ludwigsburg; Herausgabe einer filmischen Dokumentation zur Geschichte der Landkreise und des Landkreistags, Festschrift „50 Jahre Landkreistag“

Präsidenten des Landkreistags Baden-Württemberg:

1956–1966	Landrat Gustav Seebich, Göppingen
1966–1968	Landrat Dr. Ludwig Seiterich, Konstanz
1968–1973	Landrat Werner Bertheau, Waiblingen
1973–1981	Landrat Bruno Rühl, Main-Tauber-Kreis
1981–1989	Landrat Dr. Wilhelm Bühler, Alb-Donau-Kreis
1989–1993	Landrat Dr. Emil Schill, Landkreis Breisgau- Hochschwarzwald
1993–1997	Landrat Dr. Robert Maus, Konstanz
1997–2005	Landrat Dr. Edgar Wais, Reutlingen
2005–2010	Landrat Dr. Jürgen Schütz, Rhein-Neckar-Kreis
2010–2013	Landrat Helmut M. Jahn, Hohenlohekreis
Seit 2013	Landrat Joachim Walter, Tübingen

Landkreistag ist heute wirklich eine Stimme der Vernunft und der Besonnenheit

Festrede von Herrn Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann Mdl

Sehr geehrter Herr Präsident des Landkreistages Baden-Württemberg, Herr Landrat Walter, ich darf die Landtagspräsidentin, die Abgeordneten aus dem Europaparlament und dem Landtag recht herzlich begrüßen, besonders die Fraktionsvorsitzenden. Ich darf meine Kollegen aus dem Kabinett sehr herzlich begrüßen. Natürlich alle Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen, der kommunalen Bundesverbände besonders natürlich den Festredner, Herrn Prof. Wieland, wir kennen uns lange aus der Föderalismuskommission, wir waren sogar gemeinsam auf einem Föderalismusseminar in Cadenabbia. Wir haben dort allerdings keine Rosen geschnitten. Dann darf ich ganz besonders begrüßen den Vorgänger im Amt: lieber Herr Ministerpräsident Prof. Erwin Teufel, seien auch Sie recht herzlich willkommen! Meine Damen und Herren, als ich vorher angekommen bin, hat der Präsident zu mir gesagt, es scheint endlich die Sonne und wir haben nichts davon. Aber ganz so ist es ja nicht, sie scheint ja immerhin herein und da wir ja oft darüber streiten, wer recht hat, das Land oder die kommunalen Landesverbände, ist es doch schön, dass der Herr die Sonne über Gerechte und Ungerechte scheinen lässt. So nehmen wir es dann mal hin. Ja, meine Damen und Herren, morgen entscheiden die Bürgerinnen und Bürger in Großbritannien über den Verbleib ihres Landes in der Europäischen Union und ich kann nur sehr hoffen, dass das Votum positiv für den Verbleib ausfällt. 1946 hielt der britische Premierminister Winston Churchill eine denkwürdige Rede an der Universität Zürich. Vor den überwiegend jungen Zuhörern sprach er von der Notwendigkeit einer politischen Einigung Europas und man höre und staune, er sagte damals wörtlich: „Wir



müssen die europäische Völkerfamilie in einer regionalen Organisation neu zusammenfassen, die man die Vereinigten Staaten von Europa nennen könnte“. Seither sind siebenzig Jahre vergangen, siebenzig Jahre in denen wir Europäer und wir Deutsche in Frieden und in Freiheit leben konnten. Ein Zeitraum von Frieden und Freiheit, den es zuvor niemals in Europa gab. Viele Menschen haben sich nun daran gewöhnt und halten es für ganz selbstverständlich, in Frieden, Freiheit aber auch in Wohlstand zu leben. Aber wir müssen ja nur ein bisschen über den Tellerrand hinausschauen, um zu sehen, dass es leider in keiner Weise selbstverständlich ist. Andere setzen diese Errungenschaft gar bewusst auf Spiel, indem sie mit nationalistischen Parolen das Rad der Zeit zurückdrehen wollen. Ich aber sage: Europa ist mehr als eine Wirtschafts- und Währungsunion! Sie ist auch eine Werte-, eine Friedens- und Freiheitsgemeinschaft! Und vergessen wir nie: Die Einigung Europas erfolgte auf den Trümmern eines Krieges der Millionen Menschen das Leben gekostet hat! Die europäische Union ist eine Lehre aus diesem Krieg! Darauf hat Erwin Teufel immer wieder völlig zu Recht hingewiesen und ich bin

ihm dankbar, dass er heute immer noch Vorträge hält, um diesen Gedanken wach und lebendig zu halten. Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank für Ihren Einsatz in dieser Richtung!

Auch unser Land war durch den Krieg zerstört, kein Kreis, keine Stadt, keine Gemeinde die nicht unter den Folgen des Krieges zu leiden hatte. Dennoch wurden die Kreise und Kommunen nach dem Krieg entscheidend für den demokratischen administrativen und materiellen Wiederaufbau in unserem Land. Ohne ihren Aufbaugeist und ihren Mut, ihre Klugheit und Besonnenheit der damals Verantwortlichen hätte sich unser Land nicht so schnell und so gut von den materiellen und politischen Zerstörungen des Krieges erholen können. Seitdem muss man sagen, haben sich unsere Kreise immer wieder als äußerst leistungsfähige, verlässliche und flexible Verwaltungsebenen bewährt. Ich denke hier an die Verwaltungsreform unter Erwin Teufel, die seit dem 1. Januar 2005 in Kraft ist. 350 bis dahin selbständige staatliche Sonderbehörden wurden damals aufgehoben und ihre Aufgaben den Land- und Stadtkreisen sowie den Regierungspräsidien übertragen. Rund 12000 neue Bedienstete mussten damals in die Landratsämter integriert werden. Ein Kraftakt, den die Kreise gut gemeistert haben. Gleiches gilt auch für die Effizienzrendite. Ich will jetzt aber keine Gegenrechnung aufmachen, das machen wir jetzt am heutigen Tag nicht, aber jedenfalls ist es so, dass die Einhäusigkeit der Verwaltung, die Präsenz in der Fläche, die Bürgernähe bei der Aufgabenerledigung, die wesentlichen Ziele der Verwaltungsreform waren. Sie sind, glaube ich, gut erfüllt worden. Der Leitgedanke hinter dieser Reform war der Leitgedanke der Subsidiarität, etwas

was mich auch ganz tief mit Ministerpräsident Erwin Teufel verbindet. Seitdem decken die Landratsämter natürlich eine enorme Spanne von Aufgaben kommunalen und staatlichen Aufgaben ab. Diese reichen von der Abfallwirtschaft über die Jugendhilfe bis hin zur Zulassung von Fahrzeugen. Die Landkreise sind also zugleich staatliche Verwaltungs- und kommunale Selbstverwaltungsbehörde, wobei eben die staatlichen Aufgaben seit der „Teufelschen“ Verwaltungsreform deutlich überwiegen, insofern könnte man sagen, sind unsere Landräte heute auch ein bisschen so etwas wie französische Präfekten. Allerdings sind sie nicht so brav und folgsam gegenüber ihrer Regierung sondern sie neigen doch auch zum Widerspruch und zur Widerrede.

Aber darüber will ich nicht klagen, das ist ja nur auf den ersten Blick angenehmer. In Wirklichkeit beim zweiten Blick darf man, glaube ich, froh sein, dass wir keine Präfekten haben, sondern selbstbewusste Landräte und wenn ich nochmal die ganze Reihe ihrer Vorgänger nehme, von Dr. Maus, über Dr. Wais und Dr. Schütz bis Herrn Jahn, sind diese ganz unterschiedliche Charaktere, aber eines hat sie verbunden: berstendes Selbstbewusstsein. Das muss man wirklich sagen. Ich habe sie ja noch alle persönlich erlebt. Also darüber will ich nicht klagen, sondern es zeigt einfach, dass wir in unserem Land eine kommunale Selbstverwaltung haben, die selbstbewusst sein kann, weil sie ihre Aufgaben eben auch selbstbewusst erledigen, d.h. gut und ich denke oft auch meisterlich, diese ganzen Aufgaben erfüllt und gute Arbeit leistet. Wenn es darauf ankommt, ist auf sie Verlass, das haben wir bei der Flüchtlingskrise gesehen, aber auch jetzt neulich bei der Bewältigung der Folgen des Hochwassers. Hier haben die Landkreise Lagezentren eingerichtet, Hilfskräfte organisiert und die Auszahlung der Soforthilfe des Landes sofort rasch und unkompliziert organisiert. Hier hat sich die Scharnierfunktion zwischen



Landkreisen, Kommunen und der Landesregierung sehr, sehr gut bewährt und ich will einfach nur einmal sagen, es fällt mir bei solchen Gelegenheiten immer wieder auf, dass wir wirklich ein wohlgeordnetes Gemeinwesen sind. Das sieht man selbst in tiefen Krisen und darauf dürfen wir wirklich zusammen auch stolz sein. Vor allem gegen alle diese Verächter des sogenannten „Systems“, die sich gerade ziemlich breit machen, können wir sagen, dass wir mit unserem staatlichen Aufbau und der Sachorientierung wirklich an die Aufgabenlösung und die Problemlösung gehen und nicht ideologisiert, ganz im Gegensatz zu denen, die es uns vorwerfen. Mit dem Aufgabenzuwachs hat natürlich auch der Bedeutungszuwachs des Landkreistages zugenommen. Ich denke, er ist heute wirklich eine Stimme der Vernunft und der Besonnenheit und ich will es nochmal betonen, wir sind natürlich nicht immer einer Meinung, aber was ich doch sehr schätze an meinen Landräten ist ihre Sachorientierung. Ich glaube darauf kommt es an, dass wir an der Sache entlang uns streiten und dann aber auch einigen, was in der Regel der Fall ist. Darauf kommt es an. Deswegen darf ich Ihnen nochmal, Herr Präsident Walter und Ihnen, Herr Prof. Trumpp, recht herzlich zum 60. Geburtstag gratulieren!

Also, ich will nochmal sagen, vor 60 Jahren standen eben Aufbau und Ausbau der Infrastruktur im Mittelpunkt der Arbeit unserer Kreise. Daneben galt es eben, vielen Menschen zu helfen, die Heimat, Hab und Gut verloren hatten und denen ein Dach überm Kopf und eine Perspektive zu geben. Ich habe es selbst erfahren, wie wichtig der Zusammenhalt ist, damals als Flüchtlingskind in der Familie, in den Kirchen, in den Vereinen, in der Nachbarschaft aber auch in der Gemeinde. Und bis heute muss ich sagen, freut mich nichts so sehr wie die selbstlose Hilfsbereitschaft von Menschen. Ich denke gerade an die große Hilfsbereitschaft – jetzt bei diesen schlimmen Unwetterkatastrophen konnten wir das erleben, dass sich mehr Menschen gemeldet haben als man überhaupt brauchen konnte vor Ort. Es ist wirklich ein hervorragendes Zeichen. Ich habe mir damals selbst ein Bild gemacht von den Zerstörungen in einigen Landkreisen und es hat eben nicht nur Entsetzen, sondern auch eine große Hilfsbereitschaft und Solidarität hervorgerufen und ich bin den ganzen Einsatzkräften der Katastrophenhilfe, den freiwilligen Helfern aber auch denen, die das hauptamtlich machen, sehr sehr dankbar für diesen großartigen Einsatz. Wir haben auch mit der Soforthilfe schnell und unbürokratisch Gelder zur Verfügung gestellt. Wir stehen in der Not zusammen. Was hält eine Gesellschaft mehr zusammen, als dass man in der Not auch zusammensteht und ich denke, angesichts der ausufernden Politikverdrossenheit, Staatsverdrossenheit müssen wir diese Frage ja sehr ernsthaft auf allen Ebenen diskutieren, was diese Gesellschaft zusammen hält und das sind natürlich letztlich immer die Bürgerinnen und Bürger selbst. Deswegen bin ich auch ein leidenschaftlicher Anhänger des Subsidiaritätsprinzips, weil gute Politik von unten nach oben wachsen muss, also von den Kommunen und Kreisen her. Sie bilden also nicht nur das Fundament unseres Verwaltungsauf-

baus, sie sind eben auch Lebensmittelpunkte der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Hier spielt sich das Leben ab. Hier wird der Blick auf das Notwendige und Machbare geschärft. Hier entstehen aber auch sehr viele gute Ideen, die dann vor Ort in die Tat umgesetzt werden. Ohne Kreise und Kommunen gäbe es eben keine Energiewende, keine gute Schulentwicklung, keine Kinderbetreuung, keine Integration. Dort muss es ja letztlich umgesetzt werden eben nicht nur durch eine effiziente, sondern auch bürgernahe Verwaltung und ich denke, sie sind für mich auch deswegen wichtig, weil gesellschaftliche und politische Gestaltung eben dort stattfinden vor allem, wenn es auch eben um die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes geht, ein Thema das mir und der Landesregierung besonders am Herzen liegt. Der Kabinettsausschuss zum ländlichen Raum steht für diesen politischen Willen der neuen Landesregierung, die Lebensqualitäten, die Perspektiven, insbesondere für junge Menschen außerhalb der Ballungsräume weiter zu verbessern. Deswegen ist auch das von großer Bedeutung. Also und ich will nochmals sagen, Zusammenarbeit entsteht für mich vor allem durch Vertrauen und Verlässlichkeit und das gilt, glaube ich ganz grundsätzlich für das Verhältnis von Bürger und Politik. Konrad Adenauer hat hier von der Stetigkeit und Festigkeit der Politik gesprochen. Das sind also wirklich Schlüsselbegriffe. Aber dazu gehört natürlich auch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit so wichtiger Körperschaften wie eben das Land und seine Kommunen und Kreise. Und deswegen haben wir, glaube ich, allen Grund, auch bei großen Herausforderungen zuversichtlich in die Zukunft zu schauen, weil wir ein wohlgeordnetes Gemeinwesen haben und bereit sind, es weiter zu gestalten.

Meine Damen und Herren, ich darf nochmals sagen, nach dem Kriege mussten wir in den Kreisen und Kommunen eineinhalb Millionen Heimatvertriebene



und Flüchtlinge aufnehmen, eine großartige Leistung, heute geht es um eine vergleichbar große Aufgabe, wenn auch unter ganz anderen politischen, demografischen und wirtschaftlichen Vorzeichen. Auch bei dieser Aufgabe gilt es nicht, es ängstlich, überhastet zu tun, sondern besonnen, pragmatisch und mit dem Blick für das Machbare vorzugehen. Denn die Integration der bei uns bleibenden Flüchtlinge erfordert eine enorme Kraftanstrengung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, aber natürlich auch von Flüchtlingen selbst, die hier Fuß fassen wollen. Natürlich kostet Integration auch etwas, aber die Kosten misslungener oder gar keiner Integration sind auf Dauer wesentlich höher, nicht nur finanziell, auch politisch und bei dieser Aufgabe sind alle gefragt. Landkreise und Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft aber natürlich auch der Bund. Und wir wollen, Sie haben es bereits angesprochen, Herr Landrat Walter, mit unseren kommunalen Landesverbänden diesen „Pakt der Integration“ ausarbeiten und es Gestalt werden lassen. Wir wollen die Kommunen dabei nicht im Regen stehen lassen. Aber wir können es natürlich auch erst wirklich verhandeln, das muss ich leider sagen, wenn wir unsererseits wissen, was der Bund bereit ist, selbst zu leisten und wie er selber bereit ist, sich daran zu be-

teiligen. Wir haben bei der Besprechung darüber leider keinen Durchbruch erzielt mit der Kanzlerin und der Bundesregierung; lediglich über die Kosten der Unterkunft – und für die Kommunen in Baden-Württemberg bedeutet diese Übernahme der Kosten der Unterkunft voraussichtlich eine Entlastung von 52 Millionen Euro in diesem Jahr, 117 in 2017, 169 im Jahr 2018. Aber insgesamt kann man natürlich sagen, das kann niemals ausreichen. Denn Sie sehen, die Länderhaushalte geben insgesamt 21 Milliarden aus. Davon tragen die Länder jetzt Ausgaben für Justiz, Polizei usw. als originäre Landesaufgaben ohnehin allein, da bleiben 18 Milliarden. Bislang hat der Bund sich mit etwa 4,7 Milliarden beteiligt. Das heißt, es bleiben bei den Ländern 13 Milliarden hängen und deswegen fordern wir, dass der Bund die Hälfte dieser 13 Milliarden übernehmen soll. Ich denke das ist nur recht und billig, denn ich will ja nochmals darauf hinweisen: das Flüchtlingsproblem politisch zu lösen ist in erster Linie die Aufgabe des Bundes. Kommunen und Land sind da ja am Ende der Wirkungskette und deswegen ist es, so glaube ich, wichtig, dass er da auch entsprechend ins Obligo geht. Zurzeit ist das, was wir bekommen unterhalb 20 % und das ist nicht die Verantwortungsgemeinschaft, die wir uns da vorstellen. Was wir brauchen, ist



eine echte strukturelle Entlastung, zum Beispiel durch eine unbefristete und vollständige Übernahme der Kosten für unbegleitete minderjährige Ausländer. Allein hierfür stellen alle Länder 2,7 Milliarden in ihre Haushalte ein. Also das ist eine sehr teure Angelegenheit, das wissen wir alle und da muss der Bund ebenfalls ins Obligo gehen. Wir wollen in einer neuen Spitzenrunde mit der Kanzlerin noch vor dem 8. Juli schauen, dass wir da zu einem Konsens kommen. Schon jetzt unterstützen wir die Kommunen bei der Integration von Flüchtlingen z.B. durch zusätzliche Vorbereitungsklassen und Sprachkurse, unser Wohnbauprogramm, durch Landesmittel für Ehrenamtliche oder die Schulsozialarbeit. Allein in diesem Jahr stellt das Land einschließlich Risikovorsorge über 2,7 Milliarden Euro für den Flüchtlingsbereich zur Verfügung. Neben unseren Anstrengungen z. B. bei der Erstaufnahme haben wir die Kreise und die Kommunen auch in den zurückliegenden Jahren finanziell unterstützt, die Pauschale angehoben und dann auf ihren dringenden Wunsch auch die nachlaufende Spitzabrechnung eingeführt und, Herr Präsident Walter, was die vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen betrifft, das was Sie Notfallkonzept genannt haben heute in Ihrem Interview, so halten wir es grundsätzlich für möglich, den Landkreisen ehemalige Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes

zu überlassen. Entsprechende Angebote hat ja das Land bereits unterbreitet. Allerdings müssen wir dabei die unterschiedlichen Anforderungen an die Erstaufnahme und die vorläufige Unterbringung beachten. Wir werden darüber mit den kommunalen Landesverbänden ein Gespräch führen, um ihrem Wunsch nachzukommen, diese Fragen zu regeln. Auch die Sprachbegleitung, Sprachförderung in Kitas und Kindergärten vor Ort werden wir ausbauen. Denn mit Geld allein werden wir die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge allein allerdings nicht meistern. Wir brauchen natürlich auch eine gerechte Verteilung in Europa, d.h. mehr europäische Solidarität. Wir brauchen schnellere Verfahren. Wir haben mit unserem Registrierzentrum in Heidelberg vorgemacht, wie das gehen kann. Wir brauchen aber auch flexible Rahmenbedingungen z.B. was den Aufenthalt von Flüchtlingen betrifft, die sich in Ausbildung oder Arbeit befinden und wir brauchen eine zeitlich befristete Wohnsitzauflage. Das war ja das Ansinnen, das das Land Baden-Württemberg in die Verhandlung eingebracht hat, da für anerkannte Asylberechtigte und Flüchtlinge die Integration und eine einigermaßen gleichmäßige Verteilung sonst nicht gelingen kann. Aber wir brauchen eben auch gemeinsam den Willen, diese Aufgabe erfolgreich zu meistern. Denn diese – auch wenn jetzt weniger Flüchtlinge kommen – ist eine bleibende Aufgabe und diese ist sehr sehr groß. Das gemeinsame Konzept von Bund und Ländern für die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen und Teile des geplanten Integrationsgesetzes des Bundes gehen da in die richtige Richtung. Auch da leisten die Kreise und Kommunen wirklich Gutes. Ja, ich bin nochmals sehr dankbar dafür, dass es sich zeigt, dass in unserem Land und seinen Menschen eben nicht nur Können, Wissen und Kreativität steckt, sondern auch Humanität, Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe. Ich habe das pragmatischen Humanismus genannt, das zu machen aber das auch

pragmatisch zu lösen, sich nicht zu überfordern, die Grenzen zu erkennen, das ist – so glaube ich – wichtig und alles das macht den besonderen Reiz für den Zusammenhalt in Baden-Württemberg aus.

Lassen Sie mich noch ein paar Sätze zur Bildung sagen, weil Sie auch das angesprochen haben, Herr Präsident Walter. Ich meine, es ist klar, Sprache und Bildung sind der Schlüssel für Selbstvertrauen und Zufriedenheit, nicht nur für Flüchtlinge, sondern für alle Menschen in unserem Land. Und ich denke, wir, Grüne und CDU, haben sich bei der Bildung auf einen guten und vernünftigen Weg geeinigt. Wir werden auch in Zukunft für qualitativ hochwertige, pädagogisch anspruchsvolle und flächendeckende Angebote aller Schularten sorgen. Es wird keine Rückabwicklung der Reform geben. Der Grundstein für einen Schulkonsens ist damit gelegt und das war ja auch ein großes Anliegen von Ihnen und das ist – so glaube ich – gut für alle, die Schüler, die Eltern aber auch die Kommunen, die ja die Schulträger sind, aber auch für die Kreise, für die beruflichen Schulen und das ist auch wichtig, für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Sie haben nochmals die mögliche Konkurrenzsituation zu den beruflichen Gymnasien angesprochen. Erst mal bleibt es beim G 8, außer die 44 Versuchsschulen, die wir da gemacht haben, also das wird nicht ausgeweitet. Es war mir persönlich auch ein wichtiges Anliegen, weil wir ein G 9 haben mit unseren beruflichen Gymnasien, das bewährt ist und gut, wo ein Drittel unserer Schüler Abitur machen und dem wollen wir keine Konkurrenz an die Seite stellen. Aber ich denke auch die geringe Anzahl von zehn Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, die ja eh hohe Hürden haben, das wird sich doch allenfalls in großen Städten abspielen und ich denke, das sind jetzt bei den 224 beruflichen Gymnasien im Land nun wirklich keine Dinge, die Ihnen Sorgen machen müssen. Und wie gesagt,

die hohe Quote von 60 Schülern ist auch eine Grenze, so dass wir uns darüber nicht große Sorgen machen müssen, dass wir in eine Konkurrenzsituation kommen, zumal im Koalitionsvertrag festgelegt ist, dass auch das ganze regionale Umfeld dabei berücksichtigt werden muss. Weil ich jetzt auch viele beruflichen Gymnasien besucht habe im letzten Jahr, möchte ich einfach den Landkreisen nochmals ein großes Kompliment dafür machen, wie hervorragend sie ihre beruflichen Schulen ausstatten. Das ist ja nicht ganz billig, wie wir wissen. Vor allen, wenn ich bei vielen Berufsschulklassen an Maschinenbau und ähnliches denke, da muss man ja kräftig investieren. Herzlichen Dank! Ich glaube, das sind wichtige und gute Investitionen für unsere Kinder und für das ganze Land. Also, wir kennen nun mal das Problem kleiner Klassen in den Berufsschulen. Sie binden natürlich sehr viel Ressourcen und Lehrer. Sie ermöglichen andererseits auch eine wohnortnahe Ausbildung und das ist uns wichtig. Deswegen werden wir da immer auf einem guten, mittleren Weg schauen, dass wir es einerseits stemmen können, finanziell aber andererseits auch gewährleisten, dass das erfüllt ist. Auch zur Einführung der Inklusion ist es natürlich eine wichtige Aufgabe und ich will da dem, was Sie gesagt haben, nichts hinzufügen. Es ist jedenfalls wichtig, dass wir sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren, die wir ja auch in Zukunft brauchen, auch bei der Eingliederung ins Regelschulwesen erhalten bleiben. Diese behalten auch nach der Einführung der Inklusion weiterhin ihre wichtige Aufgabe. Die Inklusion in die Regelschule und der Besuch eines Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums sind und bleiben gleichberechtigt. Also auch da haben wir keine Differenz.

Vielleicht noch zum Schluss ein Wort zu den Finanzen. „Man glaubt es eigentlich nicht, dass kaum etwas mehr verbittern und vergrämen kann, als diese Pfennig-

fuchseri und Knauseri, die teilweise da oben betrieben wird“. Das ist ein Auszug aus der Dienstchronik des Konstanzer Landrats Dr. Ludwig Seiterich aus dem Jahr 1957. Mit da oben waren natürlich die Beamten in den Ministerien gemeint. Für Ludwig Seiterich kleinliche spitzfindige Aktenwürmer, die es nicht schaffen, das Zehnerle einmal springen zu lassen, um die Mark herauszubekommen. Also es folgen weitere Komplimente an die Adresse der Ministerialbürokratie, die ich hier mit Rücksicht auf den festlichen Charakter übergehe, aber es ist tröstlich zu lesen, dass die Finanzbeziehungen schon immer ein Zankapfel waren. Damals gilt wie heute: die einen brauchen von Stuttgart mehr Geld und die anderen können nicht mehr geben als der Haushalt es zulässt. Also eine Situation wie geschaffen für gute Kompromisse und ich denke, die haben wir in der vergangenen Zeit immer finden können. Dazu gehört die Bereitschaft, den anderen entgegen zu kommen und ich denke wir sind da den Kreisen und Kommunen weit entgegen gekommen, wenn sie allein an die Flüchtlingspauschale usw. denken. Hinzu kommen erhebliche Investitionen in Krankenhäuser, Schulen und Verkehrswege und Sportanlagen. Zu den Krankenhäusern, darf ich Ihnen nochmals sagen, was ich immer zu Ihnen sage: Erhalten Sie keine Krankenhäuser in denen sich die Menschen nicht operieren lassen. Es unterschreibt natürlich jeder: Unser Krankenhaus soll bleiben! Da unterschreiben 90%, aber operieren lassen sie sich dann woanders. Deswegen nochmals meine dringende Bitte, achten Sie darauf, dass Sie nur Krankenhäuser erhalten, in denen sich die Menschen auch operieren lassen. Es ist eine sehr allgemeine Überschrift, die einem im Konkreten natürlich nicht viel nützt, aber ich glaube, es ist kein schlechter Leitsatz. Denken Sie nochmals daran, ab 2020 gilt das Schuldenverbot. Ja, wir dürfen dann wirklich keine neuen Schulden mehr machen und bis dahin müssen wir es schaffen, mit 1,8 Milliarden weni-



ger im Landeshaushalt auszukommen. Das wird ein hartes Stück Arbeit, an dem führt aber kein Weg dran vorbei und das war einer der Gründe, warum die Koalitionsverhandlungen jetzt teilweise so zäh und nervenaufreibend waren, weil wir auch übers Geld gesprochen haben. Da hört der Spaß ja bekanntlich auf und die Freundschaft. Und darum war es tagelang ziemlich schwierig und quälend, aber wir haben es gemacht, so dass Sie auch sicher sein können, dass die Koalition sich an diesen Fragen nicht einfach zerstreitet, aber sie können jedenfalls mitnehmen, die großen Brocken, an den großen Brocken im Landeshaushalt kommen wir nicht vorbei: Das ist der Länderfinanzausgleich, Personalausgaben und die Zuweisung an die Kommunen. Ich kann Ihnen einfach nur versichern, wir gehen da mit Augenmaß vor und wir werden ja jedenfalls nichts machen, bevor wir nicht uns mit Ihnen intensiv ausgetauscht und beredet haben. Aber wir wollen natürlich den nachkommenden Generationen auch keine maroden Schulen und Straßen hinterlassen. Deswegen müssen wir auch weiterhin sanieren und investieren in Verkehrswege, in Schulen und Hochschulgebäude und in die Digitali-



sierung. Und davon werden die Kreise und Kommunen auch in erheblichem Umfang profitieren. Ich will auch sagen, die Bund-Länder-Finanzbeziehungen werden nochmal Anfang Juli behandelt und ich kann nur sagen, da wir nur noch eine Milliarde auseinander gelegen sind, kann es ja wohl nicht sein, dass deswegen der Bund eine Einigung zwischen 16 Ländern einfach übergeht und da wieder von vorne anfangen will. Ich muss Ihnen nochmals sagen, der deutsche Föderalismus ist in hohem Maß disparat. Die südlichen Länder wollen ihre Überlast in Einzahl mindern, die östlichen Bundesländer knapp über der Hälfte des Steueraufkommens der anderen Länder, die hoch verschuldeten Kommunen haben Notlagenländer, Stadtstaaten gegen Flächenstaaten. Um das alles unter einen Hut zu bringen haben wir drei Jahre gebraucht und nun darf es nicht an einer Milliarde scheitern, das will ich nochmals sagen, das wäre nicht sehr verantwortlich, denn sonst können wir die Schuldenbremse nicht einhalten oder nur unter einem unbotmäßigen Eingriff in andere Bereiche des Landeshaushalts, was wir alle zusammen nicht wollen. Deswegen ist es glaube ich ganz wichtig. Wir werden nochmals hartnäckig verhandeln und ich hoffe, dass wir vor dem Sommer zu einer Einigung kommen, so dass wir auch die Kreishaushalte entsprechend entlasten können. Ich will es nochmals aufgreifen, was ich zum Teil-

habegesetzt gesagt habe, unser Ansinnen war, dass wir damit unsere Kreise erheblich entlasten wollen. Wenn der Bund nun erhöhte Standards setzt, das kann er gerne machen, dann soll er sie auch bezahlen. Aber ich denke, wir sind schon so nah an den Leuten und Einrichtungen dran, dass wir das vielleicht auch selber beurteilen können, was die richtigen Standard sind und da nicht sozusagen die Hebammenhilfe vom Bund brauchen. Aber wie dem auch sei, auch da sollte das Konnexitätsprinzip gelten. Aber so eine komfortable Position haben wir leider nicht wie Sie uns gegenüber, das muss man natürlich bedauerlicherweise sagen, aber dafür gibt es ja einen Bundesrat. Also insofern haben wir auch unsere Möglichkeiten. Also, das was Sie zum Einheitsforst gesagt haben, kann ich Ihnen nur Recht geben und ich frage mich schon, ob eigentlich das Kartellamt keine wichtigeren Aufgaben hat als sich um die Holzvermarktung oder gar unsere Krankenhäuser zu kümmern. Ob das jetzt Wettbewerbsverzerrung ist, glaube ich nun eigentlich nicht. Ich glaube die volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Holzhandels insgesamt, die dürfte sich im niedersten Promillebereich befinden, aber für unsere vielen Kleinprivatwaldbesitzer ist es doch von hoher Bedeutung, dass wir das eigentlich in dem Sinne machen können, wie bisher. Jedenfalls werden wir das analysieren, was dabei rauskommt und die richtigen Schlüsse hoffentlich daraus ziehen. Wir werden das im Kabinett behandeln und sie können sicher sein, dass Minister Hauk in der Richtung, die angedeutet worden ist und soweit es in unserer Macht steht, handeln wird. Meine Damen und Herren, Theodor Heuss hat die Gründung Baden-Württembergs einmal als Glücksfall der Geschichte bezeichnet und gerade das Land gehört zu den innovativsten und erfolgreichsten Regionen Europas und es gründet dieser Erfolg

in unseren kreativen, mittelständischen Unternehmen und Betrieben. Viele von ihnen sind Familienbetriebe im ländlichen Raum. Ja, wir haben nicht nur ein Silicon Valley, sondern tausende und er beruht auf guten Bildungseinrichtungen, einer leistungsfähigen Infrastruktur, aber auch auf demokratischen Traditionen, auf Humanität, Nächstenliebe und auf der großen Bereitschaft unserer Bürger und Bürgerinnen sich freiwillig für unser Gemeinwesen zu engagieren. Dazu gehören auch die vielen, die sich in den Gemeinderäten und Kreistagen engagieren. Einige sind ja da und denen möchte ich, die es ja nun kontinuierlich machen und oft über viele Jahre und Jahrzehnte hinweg, meinen herzlichen Dank sagen. Es ist nicht immer vergnügungssteuerpflichtig und es ist ein Ehrenamt, das die Menschen freiwillig machen und dann werden sie oft noch dafür kritisiert. Das werde ich natürlich auch, aber ich werde ja dafür auch bezahlt. Sie machen es ehrenamtlich und müssen sich Kritik anhören. Mal berechtigt, leider aber auch unberechtigt und Ihnen gilt unser großer Dank, dass Sie sich tagaus, tagein für diese wichtigen Ehrenämter zur Verfügung stellen. Also, das was unser Land im Ganzen ausmacht, sein großer Charme und seine Stärke, das spiegelt sich in jedem unserer 35 Landkreise auf seine ganz einzigartige Weise wieder, mit seiner Landschaft, seinen Städten und seinen Gemeinden, mit den Familienunternehmen, mit den Festen und Traditionen, den gewachsenen Infrastrukturen vor Ort und den vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Diese Vielfalt ist es, die die Stärke und Schönheit unseres Landes ausmacht! Lassen sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass unsere Heimat auch in Zukunft allen, die hier leben und leben wollen, gute Perspektiven bietet. In diesem Sinne wünsche ich dem Landkreistag noch viele gute Jahre. „Ad multos annos“.

Das Land kann sich auf die Landkreise verlassen. Wir sind ein verlässlicher Partner für das Land auch in schwierigen Situationen!

Grußwort und Rede von Herrn Präsidenten Joachim Walter

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor fast genau 60 Jahren, nämlich am 3. Juli 1956, wurde der Landkreistag Baden-Württemberg gegründet. Die Versammlung, fand im Ratskeller in Ludwigsburg statt, da es zu dieser Zeit offensichtlich, wie ich den Akten entnehmen konnte, nicht ganz einfach war, geeignete Räumlichkeiten für die Repräsentanten der damals 63 Landkreise und deren Gäste für eine Gründungsversammlung zu erhalten. Umso dankbarer bin ich, Sie heute hier an diesem wunderschönen Abend in der guten Stube des Landes im Weißen Saal des neuen Schlosses begrüßen zu können. Mein besonderer Willkommensgruß gilt Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann. Ich freue mich, dass Sie heute unter uns sind. Ihre Anwesenheit und Ihre Bereitschaft, nachher zu uns zu sprechen sind für uns eine große Ehre und gleichzeitig ein Beweis dafür, dass die Landkreise und deren Verband in den vergangenen 60 Jahren einen nicht ganz unwesentlichen Beitrag zur Entwicklung unseres Landes geleistet haben. Seit der Gründung des Landkreistages vor 60 Jahren hat sich bei vielen wichtigen landes- und kommunalpolitischen Vorhaben die Partnerschaft zwischen dem Land und den Landkreisen im Interesse einer positiven Entwicklung unseres Landes bewährt. Natürlich gibt es auch Themen, die zwischen dem Land und den Landkreisen unterschiedlich bewertet, gewichtet, eingeschätzt werden. Diese teilweise differenzierte Sicht bei einzelnen Fragestellungen, gehört aber zum täglichen politischen Geschäft und steht der grundsätzlich fairen Partnerschaft zwischen Land und Landkreistag



nicht im Wege. In mein Willkommen darf ich in diesem Zusammenhang auch den Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Herrn Peter Hauk, den Minister der Justiz und für Europa, Herrn Guido Wolf, Herrn Sozialminister Lucha sowie Frau Staatssekretärin Bärbel Mielich und Herrn Staatsminister Klaus-Peter Murawski miteinbeziehen. Mit Ihnen persönlich und mit Ihren Häusern verbindet uns eine langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ihre heutige Anwesenheit ist für mich Ausdruck dieser guten Kooperation zwischen Land und Landkreisen. Unser Kommunalminister, Herr Innenminister Strobl, musste kurzfristig wegen eines Termins in Berlin absagen. Er hat mich gebeten, Ihnen seine Grüße zu übermitteln. Gleiches gilt für Frau Finanzministerin Sitzmann. Es ist mir eine große Freude, viele Abgeordnete des neu gewählten Landtags von Baden-Württemberg – an ihrer Spitze Sie, Frau Präsidentin Aras – in unserer Mitte begrüßen zu dürfen. Ein ebenso herzliches Willkommen gilt den Fraktionsvorsitzenden der im Landtag vertretenen Parteien, nämlich Herrn Andreas Schwarz, Herrn Prof. Wolfgang Reinhart, Herrn Prof. Dr. Jörg Meuthen,

Herrn Andreas Stoch und Herrn Dr. Hans-Ulrich Rülke. Sie bringen durch Ihre Anwesenheit bei unserer heutigen Veranstaltung die Verbundenheit des Landtags zu den Landkreisen zum Ausdruck. Dabei will ich ausdrücklich betonen, dass die Gespräche mit den Fraktionen und den Abgeordneten des Landtags stets konstruktiv und vertrauensvoll waren, auch wenn wir nicht in allen Punkten eine Übereinstimmung mit den Anliegen des Landkreistags und den jeweiligen Positionen der Fraktionen feststellen konnten. Es ist uns auch eine Ehre, ich sehe ihn im Moment noch nicht, das Mitglied des Europäischen Parlaments, Herrn Michael Theurer, in unserer Mitte begrüßen zu dürfen. Auch Herrn Ministerpräsident Erwin Teufel sehe ich im Moment noch nicht, aber ich freue mich, dass er noch zu uns kommen wird, denn er war für uns ja über viele Jahre ein wichtiger Partner, Ideen- und Impulsgeber auf einer langen gemeinsamen politischen Wegstrecke, gerade für die Landkreise. Als einer der bereits bei der großen Kreisreform Anfang der 70er Jahre mitgestaltet hatte, hat er die Verwaltungsreform 2005 initiiert, konzipiert und umgesetzt und ohne ihn gäbe es die Landkreise in der heutigen Form mit ihrer ganzen Aufgabenfülle, die durch die Eingliederung der unteren Sonderbehörden entstand, so nicht. Er hat auf die Bürgernähe der Landkreise gesetzt und ich glaube, diese Erwartung haben wir auch in den Jahren seit 2005 nicht enttäuscht. Er wäre nicht Erwin Teufel gewesen, wenn er dabei nicht auch den Nutzen für den Landeshaushalt im Auge gehabt hätte. Die festgelegte Effizienzrendite hat dem Land durch die



kostengünstigere, aber gewiss nicht schlechtere Aufgabenerledigung von 2005 bis heute Einsparungen, von insgesamt 470 Millionen Euro gebracht. Wenn nun im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung von einem Finanzierungsbeitrag der kommunalen Seite gesprochen wird, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann, so sind wir sicher, dass er seitens der Landkreise durch diese Effizienzrendite schon erbracht ist.

Ich grüße die Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien, an der Spitze Frau Ministerialdirektorin Puchan sowie die Herren Ministerialdirektoren Prof. Hammann, Krauss, Meinel, Steinbacher und Wicker. Letzteren darf ich natürlich auch, sie wissen Landräte haben vor Kreisräten ganz besonderen Respekt, auch als Kreisrat des Landkreises Tübingen willkommen heißen. Ich freue mich, dass die Regierungspräsidenten Frau Kressl und die Frau Schäfer sowie die Herren Regierungspräsidenten Reimer und Dr. Schmidt heute bei uns sind.

Die Teilnahme des Gemeindetags Baden-Württemberg, des Präsidenten Herrn Roger Kehle und des Geschäftsführenden Vorstandsmitglieds des Städtetags Baden-Württemberg, Frau Gudrun Heute-Bluhm, hat mich besonders gefreut und dokumentiert ja auch unsere gute kommunale Gemeinschaft. Ich heiße Sie beide herzlich willkommen. Der Städtetag Baden-Württemberg ist

dem Landkreistag ja zwei Jahre voraus, aber nur hinsichtlich des Gründungsdatums. Ansonsten begegnen wir drei kommunalen Landesverbände uns in konstruktiver und vertrauensvoller Weise auf Augenhöhe. Den Repräsentanten der beiden Verbände darf ich von dieser Stelle aus, ganz persönlich danken für die kollegiale Zusammenarbeit, die wir auch bei manchmal unterschiedlichen Verbandspositionen stets miteinander praktizieren.

In diesem Zusammenhang darf ich auch die Geschäftsführer der Landkreistage aus Bayern und dem Saarland, die Herren Dr. Keller und Luckas willkommen heißen.

Ich heiße auch herzlich, Herrn Präsident Schneider vom Sparkassenverband Baden-Württemberg zusammen mit den Vorstandsvorsitzenden der Württembergischen Gemeindeversicherung und des Badischen Gemeindeversicherungsverbandes, die Herren Haug und Ohnmacht sowie den Bereichsleiter der EnBW Regional AG, Herrn Ringwald herzlich willkommen. Sie haben nämlich durch ihre Unternehmen mit dazu beigetragen, dass wir zu unserem heutigen 60. Jahrestag der Gründung eine Festschrift, in der insbesondere die letzten zehn Jahre seit dem 50-jährigen Jubiläum dargestellt sind, herausgeben können. Für diese großzügige Unterstützung an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön.

Was wäre der Landkreistag Baden-Würt-

temberg ohne seine früheren Präsidenten. Ich begrüße sehr herzlich meine Vorgänger im Amt, die Kollegen Dr. Robert Maus, Dr. Edgar Wais, Dr. Jürgen Schütz und Helmut Jahn. In diesen Reihen der Ehrengäste darf ich alle Kollegen im Ruhestand, die heute bei uns sind, ganz herzlich willkommen heißen. Jeder von Ihnen hat die Verbandspolitik in den unterschiedlichsten Funktionen, Vizepräsidenten, Ausschussvorsitzende und als Mitglieder der Fachausschüsse nachdrücklich mit geprägt und gestaltet. Ein herzliches Willkommen Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Teufel. Ich habe mir erlaubt, Sie schon zu begrüßen und auf Ihre wichtige Rolle für die Landkreise auch im Rahmen der Verwaltungsreform hinzuweisen. Schön, dass Sie da sind! Ebenso heiße ich selbstverständlich alle Kreisrätinnen und Kreisräte der baden-württembergischen Landkreise und meine Landratskolleginnen und -kollegen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landratsämter willkommen. Durch Ihre Arbeit in den Kreistagen und in den Kreisverwaltungen wird die bürgernahe Arbeit der Landkreise mitgetragen und weiterentwickelt. In den vergangenen 60 Jahren haben Sie und Ihre Vorgänger im kommunalen Ehrenamt wie im Hauptamt wichtige Impulse zur Weiterentwicklung unserer Landkreise und ihrer Einrichtungen gegeben.

Abschließend gilt mein herzlicher Willkommensgruß allen von mir persönlich nicht namentlich genannten Vertretern der Behörden, der Justiz, der Kirchen, der Banken, der Sparkassen, des Beamtenbundes, der Gewerkschaften und aller weiteren Verbände und besonders herzlich grüße ich auch all diejenigen, die ich jetzt bei meiner Begrüßung hätte begrüßen sollen, aber möglicherweise vergessen habe.

Zu guter Letzt darf ich ganz herzlich und mit besonderer Freude den Festredner des heutigen Abends, Sie, Herr Prof. Dr. Joachim Wieland, Rektor der Deutschen Universität für Verwaltungs-

wissenschaften in Speyer, begrüßen. Wir sind Ihnen zu besonderem Dank verpflichtet, weil Sie sofort bereit waren, für den ursprünglich vorgesehenen Festredner, Herrn Prof. Hesse aus Berlin, einzuspringen, nachdem dieser vor wenigen Tagen erst seine Teilnahme aus gesundheitlichen Gründen und wegen eines operativen Eingriffs absagen musste. Wir hoffen und wünschen ihm eine baldige Genesung von hier aus.

Schön, dass Sie, sehr geehrter Herr Prof. Wieland, da sind. Sie beschäftigten sich aktuell vor allem mit der Finanzverteilung zwischen Europäischer Union und Ländern und Kommunen. Ich bin davon überzeugt, dass Sie uns nachher in Ihrem Vortrag auch hierzu neue Erkenntnisse sehen lassen. Herr Prof. Hesse hat sich im Übrigen, meine Damen und Herren, bereiterklärt, seinen Vortrag zum Abdruck zur Verfügung zu stellen und hiervon werden wir bei der Publikation über diesen Festakt dann auch gerne Gebrauch machen.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, 60 Jahre Landkreistag Baden-Württemberg, dieses Jubiläum begehen wir ja heute mit wenigen Tagen Abstand zum Gründungsjahrestag, dem 3. Juli. Ich hab es vorhin schon erwähnt, der neue Verband ging 1956 aus drei Vorgängervereinigungen hervor, dem Verband Württembergisch-Badischer Landkreise, aus der Arbeitsgemeinschaft südbadischer Landkreise und aus der Abteilung Kreisverbände des Gemeindetags Baden-Württemberg-Hohenzollern. Dass die Verbandsgründung nicht einfach war, das mag man schon an der unterschiedlichen landsmannschaftlichen Herkunft der Vorgängerverbände und damit auch den unterschiedlichen Organisationsstrukturen der Landkreise in den früheren drei Bundesländern zugestehen.

Bereits vor der Bildung des Landes Baden-Württemberg hatte sich der Gedanke in allen drei Organisationen der Landkreise durchgesetzt, eine gemeinsame Interessenvertretung in den da-

mals noch selbständigen drei Ländern zu schaffen. Die Umsetzung dieses Gedankens, war doch ein recht steiniger Weg, weil z. B. die Grundsatzfrage, ob der Landrat von Staats wegen eingesetzt oder kommunal durch den Kreistag gewählt werden sollte, keiner einvernehmlichen Lösung zugeführt werden konnte. Die württembergisch-badische und die württembergisch-hohenzollerische Seite wollten den kommunalen Landrat, während Südbaden sich für den staatlichen Landrat einsetzte. Diese nicht gelöste Grundsatzentscheidung hemmte also Ende der 40er Jahre und Anfang der 50er Jahre einen ersten Versuch der Kooperation der drei Verbände der Landkreise. Und nachdem die Volksabstimmung vom 9. Dezember 1951 die Grundlage zur Bildung des Südweststaats gelegt hat und am 25. April 1952 der erste Ministerpräsident für das neue Bundesland Baden-Württemberg gewählt wurde, da kam dann Bewegung in die Frage der Bildung eines landesweiten Verbandes für die Landkreise. Am 14. und 15. Juli 1952, trafen sich auf Einladung der südbadischen Landkreise 14 Landräte in Überlingen. Zwar konnte Südbaden bei dieser Zusammenkunft einem Antrag der nordwürttembergischen Seite, einen landesweiten Verband zu gründen, nicht zustimmen, dennoch war die Tagung insofern erfolgreich, als durch die Überlinger Übereinkunft die Bildung einer Landesarbeitsgemeinschaft der baden-württembergischen Landkreise unter Beibehaltung der Selbstständigkeit der drei bisherigen Verbände beschlossen wurde. Ein neuer Anstoß für einen umfassenden Zusammenschluss der Verbände ging dann 1954 von Württemberg-Hohenzollern aus. Der dortige Gemeindegtag sah zwar in einem Verbund der Städte, Gemeinden und Landkreise die wirkungsvollste Form kommunaler Verbandsarbeit, doch in anderen Landesteilen fand diese Auffassung keine Unterstützung. Und so entschloss sich am 19. Juli 1954 der Gemeindegtag Württemberg-Hohenzollern, mit dem würt-



tembergischen Gemeindegtag Gespräche über eine Fusion aufzunehmen, die zum 1. April 1955 vollzogen wurde. Die Landkreise aus Württemberg-Hohenzollern waren somit ab diesem Zeitpunkt ohne eigene Interessenvertretung. Dieser Vorgang zeigt, dass die kommunale Gemeinsamkeit manchmal, eher selten, ihre Grenzen hat. Dennoch macht er auch deutlich, dass die Landkreise damals wie auch heute, stark und selbstbewusst genug sind, um ihre Interessen selbstständig zu vertreten, auch wenn einige wenige Traditionalisten der gemeindlichen Ebene, es sind keine anwesend, meine Damen und Herren, die Landkreise bis heute ausschließlich als bloße Gemeindeverbände und nicht als Gebietskörperschaften verstanden wissen wollen. Angesichts dieser Entwicklung sah der württembergisch-badische Verband den Zeitpunkt gekommen, einen einheitlichen Landesverband zu gründen. Nachdem auch der südbadische Verband am 27. Februar 1956 den Beitritt zum Landkreistag Baden-Württemberg befürwortete, war der Weg zur Gründung des Landkreistags am 3. Juli 1956 in Ludwigsburg frei. An dieser Gründungsversammlung haben dann 59 von 63 Landkreisen teilgenommen. Zum Präsidenten wurde der Kollege Seebich

aus Göppingen gewählt, der auch Präsident des Deutschen Landkreistags war. Stellvertreter wurde der Landrat Dr. Seiterich aus Konstanz und bis zum 11. Januar 1957 kamen dann auch noch die vier ausstehenden Landkreise Donaueschingen, Freiburg, Stockach und Überlingen dazu, so dass ab diesem Zeitpunkt alle 63 ihre Interessen gemeinsam gegenüber dem Land vertreten konnten. Auch nach der am 1. Januar 1973 in Kraft getretenen Gemeindegebietsreform, bei der ja aus 63 Landkreisen 35 neue Landkreise hervorgegangen sind, wurde diese einheitliche Interessenvertretung der Landkreise durch den Landkreistag Baden-Württemberg beibehalten. Meine Damen und Herren, von Albert Schweizer ist folgendes Zitat überliefert, er soll gesagt haben: „Mich interessiert die Zukunft, das ist die Zeit, in der ich lebe“. Mit diesem Zitat möchte ich jetzt den Blick nach vorne richten, weg von der Vergangenheit der Verbandsgründung hin zu den aktuellen Themen. Die wesentlichen Themen, die in der kleinen Festschrift über die letzten zehn Jahre, also dem 50-jährigen Jubiläum des Verbandes politisch bedeutsam waren, die können der Festschrift entnommen werden, die wir Ihnen nachher auch gerne aushändigen. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken bei unserer Geschäftsstelle – an der Spitze bei unserem Hauptgeschäftsführer Prof. Trumpp –, die dieses Werk in Wort und Bild in gelungener Weise geschaffen haben und damit auch die weitere Geschichte des Landkreistages nachgezeichnet haben, ein herzliches Dankeschön!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landkreise und ihr Verband, der Landkreistag Baden-Württemberg, haben in den vergangenen 10 Jahren einmal mehr unter Beweis stellen können, dass sie jederzeit bereit und in der Lage sind, alle Aufgaben, die sie als staatliche untere Verwaltungsbehörde wie auch als kreiskommunale Selbstverwaltungsbehörde



zu erfüllen haben, im Interesse des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger kompetent und effizient ausfüllen. Gleichgültig, welche Parteien die Landesregierung stellen, hatten und haben die Landkreise stets das Ziel, die Entwicklung unseres Landes erfolgreich mitzugestalten. Und deshalb, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, meine Damen und Herren Abgeordnete, muss der Landesseite auch jederzeit bewusst sein, dass die Landkreise bei allen Auseinandersetzungen im politischen Tagesgeschäft keine Störenfriede sind und sein wollen, sondern ihr Wollen stets darauf gerichtet ist, das Beste für unser Land zu erreichen. Und dazu gehört selbstverständlich auch die Sicherung der kreiskommunalen Positionen; sei es in finanzieller, organisatorischer oder kommunalverfassungsrechtlicher Natur. Unsere klare Positionierung zu vielen kreis- und landespolitischen Fragen hat sicherlich auch mit dazu beigetragen, dass der Landkreistag als Verband im politischen Umfeld durchaus Beachtung findet. Die Verwaltungskraft unserer Landkreise, die auch ausweislich wissenschaftlicher Untersuchungen zufolge deutschlandweit beispielhaft ist, hat sicher wesentlich mit zu dieser Positionierung unseres Verbandes beigetragen.

Ohne die fachliche und die inhaltliche Zuarbeit aus den Kreisverwaltungen, wäre die anerkannte Präsenz des Verbandes nicht denkbar. Ich danke deshalb auch allen Kolleginnen und Kollegen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Landkreisverwaltung für die tägliche Unterstützung unseres Landkreistages.

Es sind vier Themen, die uns aktuell beschäftigen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das erste Thema, das ich ansprechen möchte, das hat uns alle in den letzten zwei Jahren und damit insbesondere natürlich auch im letzten Jahr fast Tag und Nacht beschäftigt. Es geht um die Aufnahme, Unterbringung und damit auch um die Integration der zu uns gekommenen Flüchtlinge. Die Zugangszahlen, die in den letzten Monaten glücklicherweise stark rückläufig waren, sind ja bekanntlich im zweiten Halbjahr 15 explodiert. Insgesamt kamen im Jahr 2015 über 100 000 Flüchtlinge allein nach Baden-Württemberg. Damit wurde auch der bisherige Rekordzugang im Jahre 1992 mit damals 51 000 Flüchtlingen nochmals verdoppelt. Die Landratsämter als untere staatliche Aufnahmebehörde mussten praktisch aus dem Nichts Unterkünfte für die Asylbewerber schaffen. In Einzelfällen mussten an einem Tag mehr als 200 Personen in einem Landkreis untergebracht werden. Es waren kaum mehr geeignete Unterbringungsmöglichkeiten vor Ort vorhanden und diese innerhalb kürzester Zeit auszubauen, war, gelinde gesagt, ein schwieriges Unterfangen. Erschwert wurde das Ganze natürlich dadurch, dass die Problemstellungen nicht gleichmäßig im Land auftraten. Es lag nicht am Wollen und Können der einzelnen Stadt- und Landkreise, sondern an den höchst unterschiedlichen Rahmenbedingungen. Insbesondere die eher städtischen Räume hatten im Liegenschaftsbereich mit fehlenden UnterbringungsKapazitäten und auch nie gekannten Mietpreisforderungen umzugehen, was angesichts der damals nicht auskömmlich

ausgestalteten Pauschalen zu einer erheblichen Kofinanzierung durch die betroffenen Landkreise führte. Aufgrund der nichtvorhandenen Räumlichkeiten blieb den Landkreisen nur die Möglichkeit, kurzfristig Turnhallen, Wohncontainer, aber auch Zelte für die Unterbringung bereitzustellen. Eine grundsätzliche Veränderung des Ausgabenerstattungssystems und eine konnexitätsrechtliche Prüfung waren ab diesem Zeitpunkt auch nicht mehr von der Hand zu weisen. Der Ansatz, dass pauschaliert alle Stadt- und Landkreise die gleiche Erstattung ohne Berücksichtigung ihrer Rahmenbedingungen erhalten, war nicht mehr zeitgemäß. Wir mussten deshalb deutlich die Erstattung der tatsächlichen Aufwendungen vom Land einfordern. Wir haben, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, viele Gespräche mit Ihnen und Regierungsmitgliedern zu diesem Punkt geführt und wir sind Ihnen sehr dankbar, dass neben den vom Land gewährten Pauschalen nun doch eine Art Spitzabrechnung möglich ist. Für uns war es nicht hinnehmbar, für diese staatliche Aufgabe der vorläufigen Unterbringung kreiskommunale Finanzmittel anzusetzen. Dank des hervorragenden Einsatzes vieler Mitarbeiter aus den Kreisverwaltungen, aber auch, das möchte ich deutlich unterstreichen, vieler ehrenamtlich engagierter Bürger, war es möglich, diese Herausforderung zu meistern. Mein Dank gilt gerade deshalb all diesen Personen, hauptamtlich und ehrenamtlich, die dazu beigetragen haben, teilweise sehr kritische Situationen vor Ort, die in der Bevölkerung teilweise auch Ängste und Vorbehalte ausgelöst haben, zu entschärfen. Ich darf so ganz locker sagen: Gemeinsam haben wir's geschafft. Aber ich räume ein, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir dankbar wären, wenn wir unsere diesbezügliche Schaffenskraft in diesem Herbst nicht erneut unter Beweis stellen müssten.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, erlauben Sie mir in diesem Zusammen-



hang die Feststellung: das Land kann sich auf seine Landkreise verlassen! Wir sind und bleiben ein verlässlicher Partner auch in schwierigen Situationen. Nachdem diese sogenannte nachlaufende Spitzabrechnung in der letzten Legislaturperiode ja nur bis einschließlich 2016 vorgesehen war, sind wir der neuen Landesregierung sehr dankbar, dass sie in ihrem Koalitionsvertrag nunmehr auch die Spitzabrechnung über das Jahr 2016 fortführen möchte. Wir haben das so erwartet und sind in unserer Erwartung nicht enttäuscht worden. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, am Ende der letzten Legislaturperiode haben die kommunalen Verbände mit Ihnen auch Gespräche über die Kosten der Anschlussunterbringung und die Erstattung dieser Kosten durch das Land geführt. Sie haben uns dabei zugesagt, dass diese Fragen von der neuen Landesregierung aufgegriffen und entschieden werden. Sie sind als neuer Ministerpräsident unseres Landes im Amt und deshalb müssen wir diese Fragen nun einer gemeinsamen Lösung zuführen. Ziemlich viele hier im Saal wissen, dass eine gelungene Integration der Flüchtlinge eine Grundvoraussetzung für ein gutes Miteinander mit unserer Bevölkerung in Baden-Württemberg ist und dazu gehört selbstverständlich nicht nur der not-

wendige Erwerb der deutschen Sprache und das Erlernen eines Berufes damit die Flüchtlinge ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können, notwendig ist auch die Schaffung von geeignetem Wohnraum in unseren Städten und Gemeinden zur Unterbringung der Flüchtlinge mit einem Bleibestatus sowie eine Begleitung durch die Sozial- und Jugendhilfe, damit die Integration auch erfolgreich ist. Wir müssen alles vermeiden, meine Damen und Herren, damit bei uns keine sogenannten Parallelgesellschaften entstehen mit allen Folgen, die wir nicht wollen. Und so wie ich wissen wir alle, dass diese Aufgabe die kommunale Ebene allein nicht leisten kann und deshalb ist es mehr als notwendig und gerechtfertigt, dass sich auch das Land daran finanziell beteiligt und engagiert und ich sag das ausdrücklich auch im Namen unser kommunalen Schwesterverbände, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie können versichert sein, dass wir das Land mit diesem notwendigen Engagement in diesem Bereich nicht überfordern wollen, aber allein die Feststellung, dass die Anschlussunterbringung primär eine kommunale Aufgabe sei, die kann uns natürlich nicht zufriedenstellen. Nach den Verhandlungen zwischen Bund und Ländern und der am 17.6. jetzt erfolgten Teileinigung

sollte sich nicht nur für die Kosten der Unterkunft, die von den Landkreisen aufzubringen sind, sondern auch für die genannten Kosten der Städte und Gemeinden eine Lösung finden lassen. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir hoffen, dass wir in Sachen Anschlussunterbringung die etwas unterbrochenen Gespräche nun bald wieder aufnehmen und fortführen können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich damit den zweiten Punkt, nämlich die Finanzen im Allgemeinen ansprechen. Die Landkreise in Baden-Württemberg stehen für eine dynamische Entwicklung als Lebens- und Wirtschaftsraum. Die Landkreise sind keine überkommenen Verwaltungseinheiten, sondern sie sind Vorreiter in der Umsetzung innovativer und dienstleistungsgeprägter Verwaltungsaufgaben. Wir sind auch Impulsgeber für bürgernahe und wirtschaftsnahe Prozesse in sozialen, kulturellen, ökologischen und wirtschaftlichen Bereichen und dafür brauchen wir die notwendige finanzielle Grundlage. Zwar hat sich die finanzielle Lage der Landkreise in Baden-Württemberg seit der Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise in den letzten Jahren ja glücklicherweise etwas entspannt, andererseits ist der Zuschussbedarf für den Sozialbereich im Betrachtungszeitraum 2007 bis 2016 um 34,5 % angestiegen. Im Jahr 2007 betrug der Zuschussbedarf je Einwohner noch 310 Euro. Im Jahr 16 sind es bereits 417 Euro pro Einwohner und das Aufkommen der Kreisumlage reicht auch im Jahr 2016 wiederum nicht aus, um den sozialen Nettoaufwand zu finanzieren. Das Land hat sich zu Beginn der letzten Legislaturperiode zusammen mit den kommunalen Landesverbänden darauf verständigt, dass die Vorwegentnahmen im kommunalen Finanzausgleich schrittweise um 50 Millionen Euro auf nunmehr 315 Millionen Euro reduziert werden. Und ich glaube, das war für beide Seiten ein Erfolg. Zum einen konnten die Städte, Gemeinden und Landkreise in



deren Aufgabenerledigung unterstützt werden. Beispielhaft sind die Herausforderungen im Bildungsbereich, Stichwort Ausbau der Ganztagesbetreuung, zu nennen. Zum anderen hatte das Land natürlich den Vorteil, dass landespolitische Initiativen vor Ort spürbar vorangetrieben wurden und wir erwarten, dass auch die neue Landesregierung diesen Kurs beibehält. Nur so können die vielfachen Herausforderungen der Städte, Gemeinden und Landkreise, die diese im gesamten Sozialbereich und bei der Schaffung von sozialem Wohnraum haben, auch tatsächlich geschultert werden. Und dazu kommt aktuell auch das Vorhaben von Frau Bundesministerin Nahles, das Bundesteilhabegesetz beschließen zu lassen. Dieses geplante Gesetz trägt auch dazu bei, die jährliche Ausgabendynamik eher zu steigern statt zu bremsen. So haben es unsere Spitzenverbände in Berlin festgestellt. Derzeit belaufen sich die Ausgaben für die Eingliederungshilfe allein in Baden-Württemberg auf 1,3 Milliarden Euro. Es ist ein Zuwachs von 2 bis 3 % jährlich zu veranschlagen und neue Aufgaben lösen nach dem Grundsatz der Konnexität Finanzierungspflichten für das Land aus. Ich bin mir sicher, dass dies das Land auch bei der Frage der Zustimmung im Bundesrat bedenken wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum dritten und seien Sie

beruhigt, vorletzten Thema, das ich ansprechen möchte, nämlich der Schul- und Bildungspolitik. Die Landkreise engagieren sich im Bildungsbereich, insbesondere in den Bereichen des beruflichen und sonderpädagogischen Schulwesens weit über die klassische Rolle der Schulträgerschaft hinaus. Durch die Vernetzung zur Wirtschaft, zur Arbeitsverwaltung, zu außerschulischen Partnern, zur Jugend- und Eingliederungshilfe bietet die Ebene der Landkreise eine hervorragende Plattform für einen gelingenden Schul- und Ausbildungsweg sowie einen optimalen Übergang in die Berufswelt. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die diesbezüglich klaren Aussagen der neuen Landesregierung im Koalitionsvertrag, welche die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung betont und die beruflichen Schulen insoweit auch stärken will. Die von der Landesregierung angestrebte Stärkung des beruflichen Schulwesens darf natürlich nicht durch den Aufbau von Konkurrenzsituationen zwischen allgemeinen und beruflichen Schularten wieder konterkariert werden und diesem Zusammenhang werden wir die weitere Entwicklung der Einrichtung von Sekundarstufen II, sprich Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, genau beobachten. Laut Koalitionsvertrag bekommt die Gemeinschaftsschule grundsätzlich die Möglichkeit, eine Oberstufe einzurichten, wenn die Mindestschülerzahl von 60 erreicht wird und dabei soll bei der Antragsprüfung genau auf die vorgeschriebene Mindestschülerzahl und die Bewertung des regionalen Umfelds geachtet werden, wobei insbesondere der Übergang auf die beruflichen Gymnasien zu berücksichtigen ist. Vor diesem Hintergrund gehen beide Koalitionspartner nach dem Vertrag davon aus, dass bis zum Ende der Legislaturperiode an nicht mehr als zehn Standorten Oberstufen an Gemeinschaftsschulen entstehen werden. Diese Klarstellung im Sinne der Vermeidung von Konkurrenzsituationen zu nahe gelegenen beruflichen

Schulen, insbesondere zu beruflichen Gymnasien, begrüßen wir ausdrücklich. Schließlich können wir uns es alle nicht leisten, im Bildungswesen kostenintensive Doppelstrukturen aufzubauen. Vor diesem Hintergrund ist es uns wichtig und wir halten es für sehr sinnvoll, dass wir Kooperationen aufbauen zwischen Gemeinschaftsschulen und den beruflichen Gymnasien. Lassen Sie mich beim Stichwort der dualen Ausbildung nochmals auf das Erfolgsmodell hinweisen, das ja weltweit Beachtung findet: Die duale Ausbildung. Es muss nicht immer das Ziel sein, meine Damen und Herren, möglichst vielen Schülern einen Hochschulzugang zu ermöglichen. Gute Bildung ist nicht gleichzusetzen mit der Notwendigkeit eines Studiums für alle, vielmehr braucht es ein gutes Bildungssystem, unterschiedliche Bildungswesen, verschiedene Schularten, Schultypen und -profile, die es jedem Schüler ermöglichen, seine Chancen abhängig von Neigung und Begabung bestmöglich zu nutzen. Denn das ist, meine Damen und Herren, Bildungsgerechtigkeit. Und dabei kommt unseren Beruflichen Schulen mit ihrem vielfältigen Angebot eine besondere Bedeutung zu. Deshalb gilt es auch, diese Schulform weiter zu stärken um dem zunehmenden Mangel an Fachkräften, den Wirtschaft und Handwerk ja beklagen, konsequent entgegenzuwirken. Im Zusammenhang mit der Bildungsthematik möchte ich auch auf eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre eingehen, die Inklusion im schulischen Bereich. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Land und kommunalen Landesverbänden konnte das Gesetz zur Verankerung der Inklusion im Schulgesetz sowie zum Ausgleich kommunaler Aufwendungen zum laufenden Schuljahr schließlich auf den Weg gebracht werden. Das Recht auf inklusive Beschulung für Schüler mit Behinderung, das wir im Grunde nach immer unterstützt haben, wurde damit gesetzlich verankert. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Umsetzung auf



Dauer gestalten und in welche Richtung sich das Elternwahlrecht entwickeln wird. Wir gehen allerdings davon aus und das möchte ich an dieser Stelle deutlich machen, dass es wegen der inklusiven Beschulung auch zukünftig eines ausdifferenzierten und qualifizierten Sonderschulsystems bedarf. Insofern fordern wir auch von Landesseite ein klares Bekenntnis zum Bestand des sonderpädagogischen Schulwesens. Ein letzter Punkt. Ganz aktuell beschäftigt uns ein kartellrechtliches Verfahren im Bereich der Holzvermarktung. Ohne Sie, meine Damen und Herren, mit juristischen Details langweilen zu wollen, das Bundeskartellamt, das in der gemeinsamen Vermarktung von Holz aus Privat-, Kommunal- und Staatswald einen kartellrechtlich relevanten Tatbestand sieht, ist drauf und dran, das hervorragend bewährte und seit der Verwaltungsreform 2005 bei den Landkreisen angesiedelte Einheitsforstamt Vergangenheit werden zu lassen. Es wird nur die Wirtschaftsfunktion des Waldes in den Blick genommen, die Schutz- und die Erholungsfunktion werden nicht gesehen. Für das Bundeskartellamt scheint der Wald in Baden-Württemberg nichts anderes zu sein als der sprichwörtliche Haufen ungesägter Bretter. Das vom Land angestregte Klageverfahren gegen den Beschluss des Bundeskartellamts muss unserer Auffassung nach notfalls bis zum Bundesgerichtshof vorangetrieben werden. Sehr geehrter

Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Minister Hauk, wir Landkreise erwarten, dass das Land alle juristischen Möglichkeiten ausschöpft, um das Erfolgsmodell Einheitsforstamt zu erhalten, im Interesse der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und des Waldes in Baden-Württemberg. Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe Ihnen vier Schwerpunktthemen vorgestellt, die die Landkreise und den Landkreistag momentan stark betreffen. Ich darf alle anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Landespolitik auffordern, uns bei der Lösung dieser aufgestellten Fragen und Probleme zu unterstützen. Tragen Sie mit dazu bei, die Landkreise in ihrer heutigen Struktur zu stärken, damit wir auch in Zukunft in der Lage sind, zu weiteren erfolgreichen Fortentwicklung unseres Bundeslandes beizutragen. Wir werden, und das sage ich an dieser Stelle für alle Landkreise, unseren Teil dazu beitragen. Ich darf Ihnen sehr geehrter Herr Ministerpräsident, gleich das erste Exemplar unserer Festschrift überreichen. Sie werden darin sicherlich die eine oder andere interessante kommunal- und landespolitische Begebenheit der letzten zehn Jahre, von denen die Hälfte ja unter Ihrer Führung standen, nachlesen und erkennen können. Bei Ihnen allen darf ich mich auch angesichts der Temperaturen ganz besonders herzlich bedanken, dass Sie mir so geduldig zugehört haben.

Aufgabe, sich für Rahmenbedingungen einzusetzen, die Landkreisen gelebte Selbstverwaltung ermöglichen meistergütig erfolgt!

Von Professor Dr. Joachim Wieland, Rektor der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Der Landkreistag Baden-Württemberg feiert seinen 60. Geburtstag – zehn Tage zu früh. Immerhin wird der Geburtstag feierlich begangen. Die Gründungsversammlung des Landkreistags am 3. Juli 1956 in Ludwigsburg durfte dagegen auf Wunsch der südbadischen Landkreise nicht mit einer Feier verbunden werden. In Südbaden hatte man zunächst versucht, die Gründungsversammlung zu verschieben, nachdem das Bundesverfassungsgericht am 30. Mai 1956 auf die Beschwerde des Heimatbundes Badnerland ein Volksbegehren gegen die Gründung des Landes Baden-Württemberg zugelassen hatte. Nach 1945 waren zunächst die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern gegründet worden. Erst 1951 war im Wege der Neugliederung des Südwestens Deutschlands das Land Baden-Württemberg entstanden, in dem der frühere Freistaat Baden aufgegangen war. Wie das Bundesverfassungsgericht fünf Jahre später bemerkte, stieß die Neugliederung in Baden auf erheblichen Widerstand: „Das neue Bundesland wurde gegen den Willen eines erheblichen Teiles der badischen Bevölkerung gebildet. Teile der badischen Bevölkerung haben sich auch heute noch nicht mit der gegenwärtigen Lage abgefunden und erstreben die Wiederherstellung des Landes Baden in den Grenzen von 1933“ (BVerfGE 5, 34, 36). So war es nicht überraschend, dass auch in der Arbeitsgemeinschaft südbadischer Landkreise Bedenken gegen den Zustimmungsbeschluss zur Gründung des Landkreistages laut wurden, der „unter einer anderen staatsrechtlichen Situation“ gefasst worden sei. Erst als die



württembergischen und nordbadischen Landkreise die Verschiebung des Termins der Gründungsversammlung ablehnten und den Landkreistag notfalls ohne die südbadischen Landkreise gründen wollten, lenkten diese ein. Sie wollten ihren Beitritt jedoch nicht als „politische Demonstration“ verstanden wissen. So musste auf eine „eindrucksvolle Kundgebung“ verzichtet und mit einer Organisationstagung vorliebgenommen werden. Dabei wurde die Satzung des Verbandes festgestellt und wurden seine Organe gewählt. Gründungsmitglieder waren immerhin 59 von 63 Landkreisen Baden-Württembergs. Der Widerstand Südbadens gegen die Gründung des Landes Baden-Württemberg und des Landkreistages ließ jedoch erfreulicherweise bald nach. Schon am 11. Januar 1957 erklärten auch die vier restlichen Landkreise Donaueschingen, Freiburg, Stockach und Überlingen ihren Beitritt zum Landkreistag. Das neu gegründete Land Baden-Württemberg wuchs so auch auf der Ebene der Landkreise und des Landkreistags als ihres Verbandes zusammen. Selbst heute trifft man in Südbaden ganz gelegentlich

noch auf altbadisches Gedankengut. Aber auch im früheren Freistaat Baden wird das Land Baden-Württemberg längst als Erfolgsgeschichte erlebt. Dazu hat auch der Landkreistag einen wesentlichen Teil beigetragen. Er hat als Zusammenschluss sämtlicher Landkreise aus allen drei ehemals selbständigen Landesteilen die innere Einheit des neuen Landes erheblich befördert. Das Zusammenwirken der maßgebenden Repräsentanten des ländlichen Raums stärkte das gegenseitige Verständnis und das Zusammengehörigkeitsgefühl beträchtlich. Dazu trug natürlich bei, dass man gegenüber dem Land nur dann die Interessen der Landkreise mit Aussicht auf Erfolg vertreten konnte, wenn man sich innerhalb des Verbandes einig war. Die Stärkung der Schlagkraft nach außen setzte ein Zusammenrücken und Zusammenhalten im Innern des Landkreistages voraus. Prägend für die Arbeit des neu gegründeten Landkreistages waren zunächst die Landkreise des alten Landes Württemberg-Baden. Dort hatte die amerikanische Besatzungsmacht die Selbstverwaltung besonders gefördert und dort hatte der Verband württemberg-badischer Landkreise bereits erfolgreich gearbeitet. So war es nur konsequent, dass der Göppinger Landrat Gustav Seebich erster Präsident des Landkreistages wurde. Er hatte zuvor den Zusammenschluss der württemberg-badischen Landkreise geleitet. Ganz entsprechend wurde der frühere Geschäftsführer des württemberg-badischen Verbandes, Eugen Frick, erster Hauptgeschäftsführer des neu gegründeten Landkreistages Baden-Württemberg.

Abgesehen von dieser unübersehbaren Prägung der Spitze des Landkreistages durch das Personal aus Württemberg-Baden folgte man aber bei der Zusammensetzung des Präsidiums sowie der fünf Fachausschüsse dem geographischen Proporz, der bei der Entsendung von Vertretern in die Gremien des Deutschen Landkreistages sogar „streng“ beachtet wurde. Anders wäre eine wirksame Interessenvertretung aller Landesteile durch den Landkreis auch kaum denkbar gewesen. Dass Erwägungen des regionalen Proporztes nicht ohne Bedeutung und entsprechende Empfindlichkeiten durchaus vorhanden waren, zeigte sich wenige Jahre später: Die nordbadischen Landkreise beantragten 1959, dass der Präsident des Landkreistages künftig abwechselnd aus den einzelnen Regionen gewählt werden sollte.

Aus heutiger Sicht besonders beachtlich ist, mit wie wenig Personal der Landkreistag seine Aufgaben erfüllen konnte: Dem Geschäftsführer stand nur ein Referent zur Seite, unterstützend waren ein Verwaltungsbeamter, drei Sekretärinnen und ein Fahrer tätig. An Aufgaben mangelte es dabei keineswegs. Das Land Baden-Württemberg musste wesentliche Pfeiler seines institutionellen Gefüges erst noch entwickeln. In die Erfüllung dieser Aufgabe konnte sich der neu gegründete Landkreistag tatkräftig einbringen. Das galt vor allem für den kommunalen Finanzausgleich, der den Landkreistag wie alle kommunalen Spitzenverbände bis heute praktisch ohne Unterbrechung beschäftigt und wohl auch in Zukunft weiter beschäftigen wird. Von 1958 an bildete die Gründung der Landeswohlfahrtsverbände einen Schwerpunkt der Tätigkeit des Verbandes. Erfolge konnten hier wie auf anderen Feldern nur erzielt werden, wenn man sich innerhalb des Landkreistages zuvor einig geworden war. So trugen die Herausforderungen der frühen Jahre zur Festigung der inneren Einheit des Verbandes bei und stärkten seine



Durchsetzungskraft. Das hat dem Landkreistag bis heute nicht geschadet, wie sicherlich auch der Herr Ministerpräsident bestätigen kann.

Schon in seinen frühen Jahren war der Landkreistag mit seinen Reformvorstellungen seiner Zeit weit voraus. Landtag und Regierung hatten eine Verwaltungsreform auf der Grundlage eines „Staatsvereinfachungsgutachtens“ ins Auge gefasst, die mit der Eingliederung der unteren Sonderbehörden des Landes in die Landratsämter einheitliche untere Verwaltungsbehörden schaffen sollte. Der Landkreistag setzte sich dafür ein, zuerst Gesundheitsämter und Veterinärämter in die Landratsämter einzugliedern, konnte sich damit damals aber noch nicht durchsetzen. Verwaltungsreformbemühungen brauchen immer ihre Zeit und es kostet große Anstrengungen, allfällige Widerstände zu überwinden. Dass es aber bis 1995 dauern würde, bevor die Gesundheits- und Veterinärämter in die Landratsämter eingegliedert wurden, hätte Landrat Hermann Ebner sich wohl kaum vorstellen können, als er 1958 in einem Grundsatzreferat auf dem Hohenzollern diese Reformforderung erhob. Die umfassende Eingliederung der Sonderbehörden konnte sogar erst 2005 umgesetzt werden. Der bekannte Satz „Gut Ding will Weile haben“ hat sich hier wie regelmäßig bei Verwal-

tungsreformen als überaus zutreffend gezeigt.

Keinen Aufschub duldeten dagegen die Anstrengungen des Landkreistages, die Planungshoheit der Landkreise auch mit Blick auf die staatliche Landesplanung zu sichern. Die neue Zuständigkeit der Landkreise für berufliche Schulen brachte ebenso große Herausforderungen für die Kreise wie die überregionale Krankenhausplanung. Die Aufnahme der beiden 1963 errichteten Landeswohlfahrtsverbände als Mitglieder in den Landkreistag trug dieser Entwicklung Rechnung. Bereits vor fünfzig Jahren kündigte sich zugleich eine Entwicklung an, die den Landkreisen bis heute zu Recht große Sorgen bereitet: Der rasante Anstieg der Kosten für Sozialleistungen. Schon damals forderte der Landkreistag mit Nachdruck Bund und Länder auf, „nicht Wohltaten zu Lasten der Stadt- und Landkreise auszuteilen.“ Die „Sozialstudie“ des Landkreistages prognostizierte schon 1968 die Gefahren, die sich in der folgenden Zeit für die Landkreise als Träger der Sozialhilfe in erheblichem Ausmaß realisieren sollten: Der Staat baute den Sozialstaat aus, machte sich aber wenig Gedanken über die damit verbundenen Kosten. Mittels der Aufgabenübertragung auf die Landkreise und Gemeinden im Bundessozialhilfegesetz entledigte sich der Staat seiner Finanzierungsver-



antwortung und wälzte sie zugleich auf die Kommunen ab. Es sollte Jahrzehnte dauern, bevor 2006 im Rahmen der Föderalismusreform I das Aufgabenübertragungsverbot in das Grundgesetz aufgenommen wurde – und auch das nur mit Wirkung für die Zukunft. Da aber vor zehn Jahren der Ausbau des Sozialstaats schon weithin beendet war, war die finanzielle Entlastung durch das Aufgabenübertragungsverbot begrenzt.

Immerhin ist inzwischen in der Landesverfassung längst das Konnexitätsprinzip verankert, das den Kommunen des Landes einen entsprechenden finanziellen Ausgleich sichert, wenn ihnen das Land die Erledigung bestimmter bestehender oder neuer öffentlicher Aufgaben überträgt (Art. 71 Abs. 3 LV). Der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ hat sich damit auf Landesebene durchgesetzt. Er wird aber immer wieder auf seine Belastbarkeit getestet. Das zeigen die aktuellen Auseinandersetzungen darüber, wer die Kosten für die Versorgung, Betreuung und Integration der vielen Flüchtlinge trägt, die Deutschland seit dem letzten Jahr aufgenommen hat.

Die Aufnahmeentscheidung haben nicht die Landkreise und Gemeinden getroffen. Sie haben aber die Herausforderungen bravourös bewältigt, die mit der Zuwanderung so vieler Menschen in so kurzer Zeit verbunden waren. Das wäre ohne viele freiwillige Helfer nicht möglich gewesen. Die Basis für die freiwillige Hilfe bildeten und bilden aber die leistungsfähigen Verwaltungen vor Ort. Sie haben dafür gesorgt, dass Deutsch-

land die Herausforderungen der Flüchtlingskrise so erfolgreich bestehen konnte, Herausforderungen, die in der Dimension durchaus mit denen der Wiedervereinigung vergleichbar sind. Wer Zweifel an der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung in Deutschland und insbesondere der kommunalen Verwaltung gehabt haben sollte, wurde eines Besseren belehrt. Gerade die Landkreise in Baden-Württemberg haben gezeigt, dass sie ausgezeichnet aufgestellt und auch außergewöhnlichen Herausforderungen gewachsen sind.

Dazu haben mehrere Verwaltungsreformen beigetragen. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang vor allem die große Kreisreform 1973, die nicht nur in den Landkreisen, sondern auch im Landkreistag tiefe Spuren hinterlassen hat. Als 1969 das Innenministerium auf der Grundlage des Dietze-Gutachtens ein „Denkmodell“ zur künftigen Kreiseinteilung vorlegte, stellte das für die Landkreise eine „explosive Überraschung“ dar: Die Zahl der Landkreise sollte von 63 auf 25 reduziert werden. Da die einzelnen Landkreise durchaus unterschiedliche Interessen hatten und sich auch unterschiedliche Chancen im Reformprozess ausrechneten, war es für den Landkreistag nicht leicht, seiner Aufgabe als Vertretung aller Kreise gerecht zu werden. Über den Zuschnitt einzelner Landkreise konnte der Verband aus nachvollziehbaren Gründen keine Aussage machen. Die Landkreiszuschnitte standen aber naturgemäß im Zentrum der Debatte, die sehr emotional geführt wurde. Im Rückblick kann man sagen, dass die Reformdiskussion das Kreisbewusstsein jedenfalls gestärkt, mancherorts sogar überhaupt erst geweckt hat. Mit der Liebe zum Kreis ist es kaum anders als mit der Liebe zu einem Menschen: Erst der – drohende – Verlust des oder der Geliebten macht nicht selten deutlich, wie tief die Zuneigung ist.

Nachdem die Landesregierung 1970 ein Alternativmodell vorgelegt hatte, das von vierzig Landkreisen ausging, legte

der Landkreistag ein Papier seines ehemaligen Präsidenten Seiterich vor, das zu ähnlichen Ergebnissen kam. Besonders heikel für den Landkreistag war der Vorstoß seines Präsidenten Werner Bertheau, der als Landrat von Waiblingen mit seinem Landratskollegen Wilhelm Schippert aus dem Landkreis Backnang „freiwillige“ Kooperationsgespräche führte. Ziel war die Vereinigung beider Landkreise zu einem Großkreis. Als Bertheau dann in einem Brief an die Landesregierung ein freiwilliges Zusammengehen einzelner Landkreise vorschlug, war die Empörung groß. Ein anderer Landrat warf dem Präsidenten vor: „Stärker, schlimmer und zu einem schlechteren Zeitpunkt hätte uns niemand in den Rücken fallen können.“ Harte Worte, die Ausdruck der Belastungsprobe waren, auf die der Landkreistag durch die Kreisreform gestellt wurde.

Man kann sich leicht vorstellen, wie schwierig seinerzeit die interne Zusammenarbeit im Landkreistag war. Letztlich hat die Initiative des Präsidenten Bertheau aber dazu beigetragen, den Reformprozess voranzubringen. Nachdem im Januar 1971 der Entwurf des Kreisreformgesetzes vorgelegt worden war, gab es zwar noch intensive Diskussionen und Verhandlungsprozesse über den Zuschnitt der Landkreise. Schon im Juli 1971 konnte der Landtag jedoch in seiner historisch längsten Sitzung von mehr als 68 Stunden mit großer Mehrheit das Reformgesetz verabschieden. Nun gab es nur noch 35 Landkreise, die aber mit ihrer größeren Verwaltungskraft den Aufgaben der Zukunft gewachsen waren. Der Landkreistag hat durch den Reformprozess zwar fast die Hälfte seiner Mitglieder verloren, aber auch bewiesen, dass er unter schwierigen Bedingungen den wohl bedeutendsten Reformprozess des Landes Baden-Württemberg mitgestalten konnte. Aus diesem Prozess ist er gestärkt hervorgegangen.

Mit neuer Kraft konnte er nunmehr die Forderung nach Eingliederung

der unteren Sonderbehörden in die 35 neuen Landkreisämter vertreten. Diese Forderung konnte mit erheblicher zeitlicher Verzögerung durch das Sonderbehörden-Eingliederungsgesetz 1994 und das Verwaltungsstruktur-Reformgesetz 2004 durchgesetzt werden. Das Reformgesetz ging wesentlich auf Positionspapiere des Landkreistages zurück, die durch ein Gutachten von Prof. Dr. Joachim Jens Hesse zur Regierungs- und Verwaltungsreform in Baden-Württemberg unterstützt worden waren. Ziel war es, die öffentliche Verwaltung auf Kreisenebene „schlank, stark und bürgernah“ auszugestalten. Statt einer Vielzahl von Beteiligten sollte es Entscheidungen aus einer Hand geben. So wurden auch die Landeswohlfahrtsverbände aufgelöst, ein Kommunalverband für Jugend und Soziales wurde neu errichtet. Moderne Verwaltung sollte den Bürgerinnen und Bürgern effektiv und transparent gegenüberstehen.

Zwei oder drei Jahrzehnte für die Durchsetzung der Reform mögen rückblickend als lang erscheinen. Der erfolgreiche Abschluss und die weitere Stärkung der Landkreise durch die Funktionalreform rechtfertigen aus der Sicht der Kreisenebene jedoch die langjährigen Anstrengungen, an denen der Landkreistag maßgeblich beteiligt war. Ministerpräsident Erwin Teufel hat in diesem Zusammenhang nicht ohne Grund Theodor Fontane zitiert: „Mut ist gut. Aber Ausdauer ist besser.“ Im Ergebnis wird Baden-Württemberg in Deutschland um seine Verwaltungsreform bewundert und beneidet, wie der Präsident des Landkreistages Dr. Wais 2005 zu Recht gesagt hat.

Da durch die neue Landkreisordnung von 1975 auch die bürgerschaftliche Beteiligung und die Gestaltungsrechte der Kreistage deutlich gestärkt worden waren, zudem die Landkreise weitere Aufgaben der Daseinsvorsorge übernommen haben – ich nenne nur die Stichworte Umweltschutz, Abfallbeseitigung, Schülerbeförderung, öffentlicher Nahverkehr und Kulturförderung –, war

und ist die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene in Baden-Württemberg in einer für ganz Deutschland vorbildlichen Weise ausgebaut worden. Mit den Aufgaben wuchsen auch die Ausgaben, aber leider nicht im gleichen Maße die den Landkreisen zur Verfügung stehenden Einnahmen. Vor allem der große Anstieg der Sozialleistungen, der wesentlich durch den Anstieg der Zahl der Arbeitslosen und der Asylbewerber, aber auch durch den gesetzlichen Ausbau der einzelnen Leistungen verursacht wurde, brachte die Landkreise in eine schwierige Finanzlage. Das Aufkommen der Kreisumlage musste fast vollständig zur Finanzierung des Sozial Etats eingesetzt werden. Die Handlungsmöglichkeiten der Landkreise auf anderen Feldern der Verwaltung wurden dadurch deutlich eingeschränkt. Was nützen aber der Zuwachs an Aufgaben und die Stärkung der Verwaltungskraft, wenn den Landkreisen die benötigten Finanzmittel nicht zur Verfügung stehen? Vergeblich forderte der Landkreistag für die Landkreise eine größere Unabhängigkeit von der Kreisumlage und eine stärkere Beteiligung am Steueraufkommen des Landes.

Damit sind die Themen angesprochen, die bis heute für die Landkreise und damit auch für den Landkreistag von zentraler Bedeutung sind. Die baden-württembergischen Landkreise sind nach der Gebietsreform und nach der Funktionalreform institutionell und strukturell sehr gut aufgestellt. Sie können ihre Aufgaben als Selbstverwaltungskörperschaften aber nur erfolgreich erfüllen, wenn sie auch über eine angemessene Finanzausstattung verfügen. Das Land Baden-Württemberg, das zu den finanzstärksten Ländern Deutschlands zählt, darf sich seiner Verantwortung für eine aufgabengerechte Finanzausstattung seiner Landkreise nicht entziehen. Der Verweis auf die Kreisumlage löst das Problem der angemessenen Finanzausstattung der Kreise nicht. Bloße Verschiebungen von



Finanzmassen im kommunalen Raum reichen bei weitem nicht aus, um die demokratische Selbstverwaltung dauerhaft lebensfähig zu erhalten. Angestrebt werden sollte, den Kreisen Zugriff auf Steuern zu geben, die genug Ertrag bringen, um den Kreisen die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Finanzmittel zu sichern. Allein die Jagdsteuer als Kreissteuer ist vielleicht doch etwas wenig, auch wenn den Landkreisen daneben das Aufkommen der landesgesetzlich geregelten Grunderwerbsteuer zufließt. Solange das Land eine gesicherte Steuerbasis der Landkreise nicht gewährleisten kann, muss es verstärkt durch seine eigenen Finanzausweisungen für eine angemessene Finanzausstattung der Landkreise sorgen. Die Kreisumlage kann immer nur ergänzend zu dem eigenen Steueraufkommen der Kreise und zu den Finanzausweisungen des Landes hinzutreten.

Das Land steht bezüglich der angemessenen Finanzausstattung seiner Landkreise in der Verantwortung auch gegenüber dem Bund. Das zeigt sich gegenwärtig bei den Bemühungen um die Bewältigung der Kosten des Flüchtlingsansturms. Die Integration der großen Zahl von Flüchtlingen, die seit dem letzten Jahr nach Deutschland gekommen sind und die auch jetzt noch weiter nach Deutschland kommen, stellt auch und vor allem für die Landkreise

eine große Herausforderung dar. Dieser Herausforderung werden sie nur durch die Anstrengung aller Kräfte und den Einsatz großer Ressourcen gerecht werden können. Das Land muss gerade auch gegenüber dem Bund durchsetzen, dass dieser die benötigten Mittel zu Verfügung stellt. Der Bund kann in dieser Situation nicht einfach auf die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung von Land und Kommunen verweisen. Diese Verantwortung gilt für die Normallage, nicht aber für außergewöhnliche Umstände, wie sie die notwendige Integration einer großen Zahl von Flüchtlingen mit sich bringt. Der Bund, der für die Flüchtlingspolitik verantwortlich zeichnet und der auch die Aufnahmeentscheidungen getroffen hat, darf sich jetzt nicht der Folgeverantwortung für die Bereitstellung der benötigten Finanzmittel entziehen. Die Bundeskanzlerin hat gesagt „Wir schaffen das“ und nicht „Länder und Kommunen schaffen das“. Wer „wir“ sagt, muss auch sich selbst und seine eigenen Anstrengungen einbeziehen. Da der Bund im Steuerstaat Deutschland mit seiner Steuergesetzgebung alle wesentlichen Entscheidungen über die Finanzausstattung der öffentlichen Hand trifft, muss er auch dafür Sorge tragen, dass Land und Kommunen die für die Integration der Flüchtlinge erforderlichen Mittel erhalten.

Nur dann kann vermieden werden, dass die zusätzlichen Ausgabenlasten den Handlungsspielraum der Kommunen noch weiter einschränken. Die Landkreise dürfen nicht zu bloßen Agenturen des Landes werden. Sie müssen Selbstverwaltung durch die Erfüllung von freiwilligen Aufgaben lebendig erhalten. Fehlen die Mittel für die freiwilligen Aufgaben und können die Landkreise nur noch ihre Pflichtaufgaben erfüllen, kann

sich bürgerschaftliches Engagement auf der Kreisebene nicht mehr entfalten. Die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die kommunale Selbstverwaltung ist aber gerade heute von herausragender Bedeutung. In Stuttgart braucht man nicht über die „Wutbürger“ zu reden. Aber auch die Pegida-Bewegung ist Ausdruck einer fehlgeschlagenen Integration – nicht von Flüchtlingen, sondern von Menschen, die zwar deutsche Staatsbürger sind, sich aber nicht mehr als Teil der politischen Gemeinschaft fühlen. Wer ruft „Wir sind das Volk“, fühlt sich ganz offenbar im Prozess der demokratischen Repräsentation nicht mehr vertreten. Wer nur dem Internet vertraut und Fernsehen und Zeitungen als „Lügenpresse“ schmäht, muss für die Mitwirkung in den demokratischen Institutionen erst wieder gewonnen werden. Die Chance dazu besteht am ehesten auf kommunaler Ebene. In den Gemeinden und Landkreisen gibt es die Möglichkeit zu erleben, dass eigenes Engagement in der Selbstverwaltung Früchte trägt und zu Ergebnissen führt. Diese Möglichkeit setzt aber voraus, dass genügend Raum für freiwillige Selbstverwaltung bleibt – im Bereich der Kultur und des Sports, in dem überschaubaren Raum von Landkreisen und Gemeinden. Gelingt es hier nicht, die Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen zu bewegen, wird es schwer, diejenigen wieder zu integrieren, die sich als ausgegrenzt und nicht repräsentiert fühlen. Sie werden im Protest befangen bleiben und die Erfüllung der Integrationsaufgabe, die jeder politischen Gemeinschaft aufgegeben ist, zumindest erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen. Ohne Integration auch der Protestbürger kann die parlamentarische Demokratie aber auf Dauer kaum bestehen. Das gilt heute nicht anders als

1968. Die damalige außerparlamentarische Opposition hat sich auf den Weg durch die Institutionen gemacht und ist längst in der parlamentarischen Demokratie angekommen. Vergleichbar ist es nach der Wiedervereinigung Deutschlands gelungen, die innere Einheit des Landes zu schaffen. Heute muss erneut eine Integrationsaufgabe bewältigt werden. Dazu können die Landkreise einen wichtigen Beitrag leisten – wenn sie über die nötigen Mittel verfügen, die für die kommunale Selbstverwaltung unabdingbar sind.

Der Landkreistag Baden-Württemberg hat die Aufgabe, sich für Rahmenbedingungen einzusetzen, die den Landkreisen gelebte Selbstverwaltung ermöglichen. Diese Aufgabe hat er in den vergangenen sechzig Jahren mustergültig erfüllt. Ich habe keinen Zweifel, dass er als wirkungsmächtiger Verband auch in Zukunft die Interessen der Landkreise erfolgreich vertreten wird – nicht allein zum Wohle seiner Mitglieder, sondern zum Wohle des gesamten Landes Baden-Württemberg. Interessengegensätze zwischen Landkreisen und Land werden dabei immer wieder aufscheinen. Das ist kein Zeichen für eine Krise, sondern im gewaltenteiligen demokratischen Staat selbstverständlich. Solange das Land und die Landkreise, vertreten durch den Landkreistag, ihre Aufgaben ernst nehmen und sich ihrer Verantwortung bewusst sind, werden sich stets Lösungen finden lassen, welche die Interessen der staatlichen und der kommunalen Ebene angemessen berücksichtigen. Auf dieser Grundlage kann kommunale Selbstverwaltung in den Landkreisen gelebt werden und kann sich der demokratische Rechtsstaat auf seine Verwurzelung in den kommunalen Gemeinschaften verlassen.

Hinweis: Der für den Festakt geplante Vortrag von Herrn Prof. Hesse zum Thema „Die Landkreise im deutschen und europäischen Regierungssystem“ konnte aufgrund einer Erkrankung leider nicht gehalten werden. Er erscheint in einem der kommenden Hefte dieser Zeitschrift.

6 Handlungsfelder, 15 Ziele, 25 Maßnahmen

Das „Programm familienbewusst & demografieorientiert“ im Landratsamt Enzkreis

Von Svendia Strauß, Pforzheim

Das Leitbild für den Enzkreis aus dem Jahr 2007 sieht den demografischen Wandel als „eine der zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit.“ Ein Aspekt ist die Stärkung des Arbeitgeberprofils, um gutes Personal halten und neue Mitarbeiter/-innen gewinnen zu können. Aus diesem Grund fiel Anfang 2014 die Entscheidung, sich am „Programm familienbewusst & demografieorientiert“ des Kompetenzzentrums Arbeit • Diversität Baden-Württemberg zu beteiligen.

Basierend auf den Ergebnissen der Analyse- und Beteiligungsphase wurden 25 Einzelmaßnahmen erarbeitet; die Umsetzung läuft bis September 2016. Gesteuert wird der Prozess von einem Projektteam, dem neben dem zuständigen Dezernenten als Vorsitzendem und der Personal- und Organisationsentwicklerin als Geschäftsführerin des Projektes und Ansprechpartnerin im Haus auch die Führungskräfte des Personal- und Organisationsamts sowie der Personalrat und die Gleichstellungsbeauftragte angehören.

Analyse der Ausgangssituation

„Das Landratsamt Enzkreis ist familienfreundlich“ – das jedenfalls meinten 86 % der Beschäftigten bei der vierten Mitarbeiterbefragung 2014. Die Erhebung hat mit einer Rücklaufquote von 62 % hohe Aussagekraft und soll als Referenzwert dienen, um die Wirksamkeit der im Programm getroffenen Maßnahmen zu messen.

Zur Erhebung der Ausgangssituation dienten zudem die Analysetools des Kompetenzzentrums. Abgefragt wurden beispielsweise Altersgruppen, Geschlechterverteilung und Teilzeitanteile, die durchschnittliche Elternzeitdauer und die Rückkehrquote aus der Elternzeit.

Beteiligung

In der Beteiligungsphase fanden ein-tägige Workshops „Familienbewusst, demografieorientiert und alter(n)sgerecht führen“ statt. Die Teilnahme war für alle Amts- und Sachgebietsleitungen verpflichtend. An einem Beteiligungsworkshop für Mitarbeiter/-innen nahmen 30 Personen teil. Alle Workshops

umfassten eine Stärken-Schwächen-Analyse und die Entwicklung von konkreten Handlungsansätzen.

Als Stärken wurden unter anderem die flexiblen Arbeitszeitmodelle, das betriebliche Gesundheitsmanagement, die Fort- und Weiterbildungsangebote sowie die Leitlinien für Führung und Zusammenarbeit genannt; die Führungskräfte hoben zudem die Mitarbeiterbefragung mit Führungsfeedback und die offene Kommunikationskultur hervor.

Handlungsbedarf sahen beide Gruppen in den Handlungsfeldern Personalent-

wicklung, Arbeitszeit und Arbeitsorganisation, vor allem bei der (hohen) Arbeitsbelastung (insbesondere in Vertretungssituationen), der Arbeitsverteilung und bei Telearbeitsmöglichkeiten.

Strategie-Entwicklung

Auf Grundlage der Informationen aus den Analysetools und der Ergebnisse der Beteiligungen erstellten die Mitarbeiterinnen des Kompetenzzentrums bis Ende Mai 2015 ein Strategiepapier. Dieses enthielt für die sechs Handlungsfelder

- Führung,
- Arbeitszeit und Arbeitsorganisation,
- Personalentwicklung,
- betriebliches Gesundheitsmanagement,
- bedarfsgerechte Services und
- Kommunikation

sowohl eine Auflistung bereits vorhandener Instrumente als auch Entwicklungsziele und insgesamt 50 Maßnahmenvorschläge. Daraus wählte das Projektteam 31 Ideen aus, die in Strategieworkshops mit der um zwei Sachgebietsleiterinnen und zwei Mitarbeiter



Nach einem fachlichen Input anhand einer Poster-Session sammeln die Führungskräfte eigene Vorschläge zur Weiterentwicklung des Arbeitgeberprofils.



In den Strategie-Workshops mit der erweiterten Projektgruppe werden die Ideen zu konkreten Maßnahmen ausgearbeitet.

erweiterten Projektgruppe ausgearbeitet wurden. Dabei ging es um die Umsetzbarkeit und nötige Schritte, die Höhe des Nutzens und den Ressourceneinsatz (zeitlich, personell, finanziell), die Zielgruppe, Verantwortliche und die maßnahmenbegleitende Kommunikation. Maßnahmen, die kurzfristig realisiert werden konnten, wurden mit längerfristigen Aufgaben gemischt. Auf diese Weise gibt es über den gesamten Projekt-Zeitraum hinweg Erfolgserlebnisse, was das Thema im Haus lebendig und präsent hält. Um im Rahmen des tatsächlich Umsetzbaren zu bleiben, einigte sich das Projektteam letztlich auf 25 Maßnahmen zu 15 Zielsetzungen.

Umsetzung

Die Bandbreite der Maßnahmen reicht von Angeboten für Führungskräfte oder Mitarbeiter über die Anpassung interner Abläufe bis hin zur internen und externen Öffentlichkeitsarbeit. Aktuell realisiert sind beispielsweise:

- eine Bestandsaufnahme aller vorhandenen Teilzeitmodelle;
- die Aktualisierung der veralteten Checkliste zur Einarbeitung neuer Mitarbeiter/innen (sie wurde an die Erfordernisse der Praxis angepasst und um einen Feedbackbogen ergänzt,

in dem bei Bedarf weitere Maßnahmen festgehalten werden);

- eine Fluktuationsprognose für die nächsten drei Jahre, die alle Amtsleitungen jeweils zum Jahresbeginn erhalten (damit können Wissenserhalt und -transfer, die Nachbesetzung sowie gegebenenfalls damit verbundene Umstrukturierungen frühzeitig geplant werden);



Landrat Karl Röckinger (rechts) und Erich Stutzer, Leiter der Familienforschung Baden-Württemberg, unterzeichnen die Zielvereinbarung.

- regelmäßige Treffen der (wegen familiärer Auszeit) Beurlaubten, zu denen Kinder unter drei Jahren mitgebracht werden können;
- Kommunikation von Fortbildungs- und andere Entwicklungsangebote sowohl an Aktive als auch an Beurlaubte – an Letztere auf Wunsch auch Informationen über alle zu besetzenden Stellen;
- Intranetseiten mit Hinweisen, Links und Broschüren zur Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung oder Pflege;
- Werbung als familienbewusster und demografieorientierter Arbeitgeber im Internet und bei Stellenausschreibungen.

Im Jahresgespräch wird künftig mit Mitarbeitern, die in der Fluktuationsprognose erscheinen, über ihre Austrittsvorstellungen reflektiert. Teilzeitkräfte können gefragt werden, ob sie bereit sind, befristet aufzustocken oder ihre Arbeitszeiten zu flexibilisieren, um Vertretungssituationen besser zu überbrücken.

In einer Bachelorarbeit wurden die Bedürfnisse von pflegenden Mitarbeitern/-innen sowie die Rahmenbedingungen im Haus untersucht und Vorschläge für das weitere Vorgehen gemacht. Diese werden sukzessive umgesetzt. Eine weitere Arbeit untersucht derzeit den Bedarf an Kinderbetreuung und Handlungsmöglichkeiten in diesem Bereich.

Vorgesehen ist die Schulung von Führungskräften und Mitarbeitern/-innen zum Arbeiten in flexiblen Teams (Vollzeit, Teilzeit, Telearbeit, Außendienst), beispielsweise zu den technischen Möglichkeiten (elektronische Terminplanung, Telefonkonferenzen).

Erfolgsfaktoren

Der Enzkreis kann auf eine langjährige Erfahrung mit Projekten der Verwaltungsmodernisierung und Organisationsentwicklung zurückgreifen. Die erste hausweite Mitarbeiterbefragung



Die Projektgruppe zeigt sich zufrieden mit den Ergebnissen im Programm.

fand bereits 1997 statt; erste interne Leit- und Richtlinien wurden 1999 in interdisziplinären Arbeitsgruppen entwickelt; das Leitbild entstand 2000 in einer Klausurtagung mit dem Kreistag. 2003 und 2006 beteiligte sich das Landratsamt am Behördenwettbewerb „Verwaltung im Wandel“, und seit 2012 ist der Enzkreis Träger des European Energy Awards in Gold.

Bei den meisten dieser Projekte waren die Beschäftigten umfassend einbezogen, so dass die Mitarbeiter-Beteiligung heute ein Merkmal der Organisation ist. Entsprechend erhielten die Mitarbeiter/-innen die Gelegenheit, sich mit ihren Bedürfnissen und Wünschen in das Programm „familienbewusst & demografieorientiert“ einzubringen, was die Akzeptanz im Haus und das Interesse an den Ergebnissen fördert.

Wichtig war das klare Bekenntnis der Hausspitze zum Programm – es ist

fester Bestandteil der strategischen Zielplanung. Durch die verpflichtende Teilnahme der Führungskräfte an den Workshops konnten sie alle für Aspekte des familienbewussten und demografieorientierten Führens und Arbeitens sensibilisiert werden.

Schließlich trug die Begleitung des Kompetenzzentrums und dessen Input und Praxisbeispiele zum Erfolg bei. Durch das systematische Vorgehen wurden alle Handlungsfelder beleuchtet und die Umsetzbarkeit im Hinblick auf Zeit und personelle Ressourcen realistisch eingeschätzt. Die vierteljährlichen Berichte zum Umsetzungsstand liefern sowohl Reflexion über bereits Erledigtes als auch damit verbundene Erfolgserlebnisse.

Bilanz und vorläufiges Fazit

An der Ausgangslage, z.B. dem Altersdurchschnitt, hat sich bislang nicht viel

verändert. Die Belegschaft ist – vor allem durch Einstellungen zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms – von 900 auf inzwischen etwa 1000 gewachsen. Die Herausforderung, gute Fachkräfte gewinnen und binden zu können, ist aktueller denn je. Die Teilnahme am Programm unterstützt uns dabei, denn in Personalauswahl-Prozessen erleben wir, dass dieser Aspekt immer wieder thematisiert wird.

Besonders unsere Instrumente und Maßnahmen im Handlungsfeld Arbeitszeit und -organisation haben Aufmerksamkeit erregt: So wurden wir eingeladen, beim 5. BW-Forum Personalverantwortliche im öffentlichen Dienst ein Forum zum Thema „Führen und Arbeiten im flexiblen Umfeld“ mitzugestalten. Für das Zertifikat „Nachhaltiges Personalmanagement“ 2016 der Kehler Akademie liefern wir die Best-Practice-Beispiele in den Themenblöcken „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ und „Flexible, ergebnisorientierte Lösungen für Arbeitszeit und -ort“.

Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Zielvereinbarung war der Enzkreis der Programmstandort mit den meisten Maßnahmen. Deren Umsetzung ist sicherlich ein ambitioniertes Vorhaben, doch die positive Resonanz im Haus ist spürbar und bei der Vielzahl an Maßnahmen sollte sich jede Mitarbeiterin, jeder Mitarbeiter angesprochen fühlen.

Svendia Strauß ist bei MOVEnz/Personal- und Organisationsentwicklung tätig

Aktuell, kompakt, intensiv, grundsätzlich und zugleich mit hohem Praxisbezug

Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft stellten intensiven wissenschaftlichen, erfahrungs- und praxisbezogenen Bezug zu Flüchtlings- und Integrationsfragen her

Von Johannes Fuchs, Konstanz

Wie in den Jahren zuvor wählten die Veranstalter das Bildungszentrum St. Elisabeth des Klosters Hegne vor der Insel Reichenau als Tagungsort, aufgrund der Komplexität des Themas „Wohnen und Arbeit“ gleich zwei Tage, erstmals aber im Frühjahr und nicht an den heißen Julitagen und erstmals richtete sich die Tagung neben den Führungs- und Fachkräften in den Landkreisen und Kommunen sowie Verbänden themenbezogen auch an Akteure der Stadtplanung, der Wohnungswirtschaft und Fachpersonen aus dem Bereich Bauen und Wohnen.

Es waren nicht die ersten Reichenauer Tage, die sich mit dem Thema Flüchtlinge und Integration beschäftigten, betonte Dietmar J. Herdes vom Landkreistag bei seiner Begrüßung. Dass das monatelang anhaltende Flüchtlingsthema den Veranstaltern kaum eine andere Wahl ließ als dieses Thema – wenngleich unter anderen Vorzeichen – erneut aufzugreifen, war sehr naheliegend. Und dennoch trieb sie die Sorge um, dass durch die monatelange tägliche Berichterstattung in allen Medien und bei allen Konferenzen und Politiktalks das Thema übersättigt bzw. überreizt sein könnte. Um es vorweg zu nehmen: die Befürchtungen wurden nicht bestätigt. Im Gegenteil: die Referate an den beiden Vormittagen und die Workshops mit Praxisbezug an den Nachmittagen stellten einen spannenden Theorie-Praxis-Bogen dar, die/der für die Teilnehmenden teilweise neue Sichtweisen zu den beiden wichtigen Themen der Integration: dem Wohnen und dem Arbeiten erschlossen.

Am ersten Tag wurde das Thema „Wohnen“ beleuchtet. Konrad Hummel, promovierter Sozialwissenschaftler, war vielen Tagungsteilnehmern schon von seiner langjährigen Tätigkeit als Leiter der Ende der 90er Jahre eingerichteten Stabsstelle „Bürgerschaftliches Engagement und Seniorengenossenschaften“ beim Sozialministerium Baden-Württemberg bekannt, aber auch durch seine anschließenden Tätigkeiten. Seine vielfältigen Erfahrungen in all diesen Positionen und Funktionen flossen in seine Ausführungen ein, ebenso die seiner jetzigen Tätigkeit als Geschäftsführer der Mannheimer Konversion- und Projektentwicklungsgesellschaft. Er plädierte dafür, statt in Sozialwohnungsprojekte alten Musters in integrierte Stadtentwicklungsmaßnahmen zu investieren, die eine sehr heterogene Durchmischung

vieler Milieus und Bevölkerungsschichten zum Ziel haben sollte. Und er sah nicht zuerst die Sozialunterstützung

für Flüchtlinge als primäres staatliches Ziel, sondern, ihnen Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt zu ermöglichen, beispielsweise auch als selbstständige Kleingewerbebetreiber.

Ralf Zimmer-Hegmann vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Dortmund, einem bundesweit anerkannten Institut, zeigte vor allem anhand von Zahlen der letzten 20 Jahre auf, wie sich die Herausforderungen durch Migrantinnen und Migranten unterschiedlich in Städten, Kleinstädten und auf dem Land darstellen. Für die größeren Städte sieht er einen drängenden Bedarf nach deutlich mehr Wohnungen und ... den Bedarf ... zusätzlichen Wohnungsbaus auch durch die Städte selbst. Im ländlichen Raum gäbe es sehr unterschiedliche Integrationsbedingungen, wesentlich sei dort die Rolle der Vereine und der Zivilgesellschaft. Insgesamt plädierte er für die Schaffung vieler Integrationsbeauftragter und statt punktuellen



Projektförderungen für ein kommunales Regelangebot bezüglich kommunaler Wohnungspolitik.

In den Praxisworkshops stellten Marc Ullrich, Geschäftsführer der Wohnbaugenossenschaft in Ravensburg, Karl-Heinz Beck, Bürgermeister von Oberteuringen sowie Markus Müller, Präsident der Architektenkammer Baden-Württemberg ihre jeweiligen Konzepte vor, wie sie für ihre Aufgabenfelder die Herausforderungen und Anforderungen für die nächsten Jahre sehen. In der Gesamtbetrachtung wurde deutlich, dass sowohl in der Kommunalverwaltung als auch in Baugenossenschaften und seitens der Architekten und Städteplaner zukunftsorientierte Konzepte vorliegen, die verdichtetes Bauen mit Qualität und sozialen Aspekten verbinden und es aber der fiskalischen Anstrengung bedarf, hierfür mehr öffentliche Gelder bereit zu stellen.

Als Vertreterinnen des Sozialministeriums eröffneten Marion Deiß und Dr. Virginie Kempfer den zweiten Tagungstag zum Thema Arbeit und stellten dabei auch die aktuellen Förderprogramme ihres Hauses vor.

Prof. Dr. Franz Schultheis aus St. Gallen rückte die historischen Entwicklungslinien des Faktors „Arbeit“ ins Zentrum seines Vortrages und verdeutlichte, wie auch heute noch die christliche Soziallehre und vor allem die protestantische Sozialethik weitreichende Auswirkungen auf die Arbeitsmoral in der Gesellschaft Mitteleuropas haben. Ob es ein Äquivalent dazu in der islamischen Kultur gebe konnte er mangels vorliegender Forschungsarbeiten aber nicht beantworten.

Dass die Aufnahme vieler Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zwar schwierig ist aber doch insgesamt gelingen kann, stellte Dr. Rüdiger Wapler vom Institut für Arbeitsmarkt- und Bildungsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg positiv in seinem anschließenden Referat ins Zentrum. Voraussetzung hierfür seien aber eine schnellere Aner-



kennung von Abschlüssen und nicht zertifizierten Fähigkeiten, intensive Sprachförderprogramme, Beschleunigung der Asylverfahren und eine effiziente Arbeitsvermittlung.

In den Praxisworkshops wurden die Aussagen der Referenten konkretisiert: Welche Beiträge die Wirtschaftskammern, vor allem das Handwerk, sowie Schulen und Landkreise bzw. Jobcenter hierzu bereits leisten und auch künftig dazu weiterentwickeln, stellten Georg Hiltner, Geschäftsführer der Konstanzer Handwerkskammer, Heiner Pfrommer, Sozialdezernent des Landkreises Ludwigsburg sowie Dinusha Hensler und Stefanie Sernatinger von den Singener Berufsschulen vor. Diese Beispiele aus der Praxis rundeten auch diesen zweiten Tag als sehr gelungen ab.

„Wohnen und Arbeit – Wege zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung und individuellen Teilhabe“: das diesjährige Tagungsthema erfüllte sowohl für diejenigen, die sich für größere gesellschaftliche und systemische Zusammenhänge als auch für diejenigen, die ganz praktische Beiträge erhofften, die Erwartungen. Es war nicht zuletzt den gut vorbereiteten Referenten und Impulsge-

bern zu verdanken, dass sie ein vielleicht schon vielfach zerredetes Thema mit neuen Ideen und Aspekten anregend und perspektivenöffnend einbrachten und somit auch 2016 die Reichenauer Tage erneut zu einer Tagung mit besonderer Note zertifizierten.

Die Adressen der Referenten und die Vortragsdateien können unter der E-Mailadresse: post@reichenauer-tage.de angefordert werden.

Johannes Fuchs ist Kommunaler Suchtbeauftragter in der Stabsstelle Projektplanung, -Beratung und -Entwicklung Prävention-Sucht-Selbsthilfe-Bürgerschaftliches Engagement beim Landratsamt Konstanz

10 Jahre AK GIS des Landkreistages – Der Arbeitskreis zieht eine positive Bilanz und hat noch viel vor ...

Von Kathleen Kraus, Böblingen; Gerald Bär, Künzelsau; Andreas Höhne, Stuttgart;
Bernd Schindewolf, Esslingen und Cornelius Schweizer, Stuttgart

Der Arbeitskreis Geografische Informationssysteme des Landkreistages (AK-GIS des Landkreistages) beging im letzten Jahr sein 10-jähriges Bestehen. Ein guter Zeitpunkt für eine Standortbestimmung, um auf Erreichtes zu blicken, gegenwärtige Arbeiten darzustellen und die Aufgaben der Zukunft zu skizzieren.

Informationsaustausch, Vernetzung der GIS-Experten, gemeinsame Strategien und Lösungen für die Bündelungsbehörde Landratsamt mit ihren staatlichen und kommunalen Aufgaben sind Leitgedanken des Arbeitskreises.

Mit GIS lassen sich viele Verwaltungsaufgaben qualitativ besser bearbeiten und effektiver erledigen. Die Visualisierungs- und Analysemöglichkeiten stellen Grundlagen für Entscheidungen bereit, so dass die Erzeugung und Bereitstellung von aktuellen Geodaten wesentlich zur Leistungsfähigkeit einer modernen Verwaltung beiträgt.

Gründung des AK-GIS

Nur kurz nach der Verwaltungsreform im Jahre 2005, wurde auf Initiative von Experten verschiedener Landratsämter, die die Bedeutung von raumbezogenen Daten in der übergreifenden Nutzung in den Landratsämtern erkannt hatten, der Arbeitskreis-GIS initiiert. Aufgrund des in den Landratsämtern bereits vorhandenen, breit gefächerten Geodatenangebots und der zugehörigen Fachanwendungen für kommunale und staatliche Aufgaben, entstand in kurzer Zeit ein

Gremium von Fachleuten. Dieses besteht heute aus Vertretern der Landratsämter, insbesondere der Vermessungs-, Umweltverwaltung und dem IT-Bereich, sowie weiteren Mitgliedern aus dem kommunalen und staatlichen Bereich. Hierzu gehören u.a. der Datenverarbeitungsverbund Baden-Württemberg (DVV BW), bestehend aus der Datenzentrale (DZ) und den kommunalen Rechenzentren KDRS, KIRU und KIVBF, das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung (LGL), die vier Regierungspräsidien (RP), die Landesanstalt für Umwelt (LUBW), das Umweltministerium Baden-Württemberg (UM), der Städte- und Gemeindetag sowie das Kompetenzzentrum Geodateninfrastruktur.

Datenharmonisierung und Standardisierung

In einer ersten Analyse richtete der AK-GIS den Fokus auf eine Reduzierung der bei den Landratsämtern vorhandenen, geodatenverarbeitenden Fachsysteme der einzelnen Verwaltungsbereiche. Sehr schnell erkannte man jedoch, dass der zu erzielende Mehrwert vor allem in der verbesserten Nutzung der vielfältigen vorhandenen Geodaten und in der Vermeidung von Mehraufwendungen beim Datenaustausch liegt. Erreicht werden kann dies durch die Reduzierung redundanter Daten und unterschiedlicher Datenstrukturen sowie durch die Bereitstellung aktueller Geodaten.

Im Grundlagenpapier „GIS im Landratsamt“ machte der AK-GIS deutlich, dass ein wesentliches Ziel bei der Verwendung von raumbezogenen Daten die

Harmonisierung und Standardisierung der digitalen Geodaten sein muss, um eine bessere Nutzung erreichen zu können.

So wurden in der Folge für Themen mit dem größten Nutzungspotential (z.B. Bebauungsplan, Bodenrichtwerte, Radrouten, Jagdkataster) kommunale Objektarten beschrieben und im SK-DV-OK (Staatlich-Kommunaler Datenverbund-Objektartkatalog) dokumentiert.

Der AK-GIS verfolgte damit bereits frühzeitig den Weg zum Aufbau kommunaler Geodateninfrastrukturen auf der Ebene der Landkreise. Allerdings hatten diese Festlegungen nur Empfehlungscharakter, ihnen fehlte die Verbindlichkeit. Nur wo gemeinsam mit den Kommunen auf Basis der Freiwilligkeit eine gemeinsame Strategie umgesetzt werden konnte, stellten sich deshalb Erfolge bei der Mehrfachnutzung dieser Geodaten ein. Ein erkennbarer Mehrwert für die Landkreise setzt jedoch vor allem auch die Bereitstellung personeller Kapazitäten voraus.

INSPIRE und GDI

Erst mit Verabschiedung der INSPIRE-Richtlinie 2007/2/EG (Infrastructure for Spatial Information in the European Community) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Europäischen Geodateninfrastruktur (GDI) und der Umsetzung in Landesrecht durch das Landesgeodatenzugangsgesetz Baden-Württemberg (LGeoZG BW), zum Aufbau einer Geodateninfrastruktur Baden-Württemberg (GDI-BW), rückten die

öffentlich werden können. Zentraler Baustein hierbei ist das von allen kommunalen Spitzenverbänden mitgetragene Konzept einer landesweit einheitlichen und möglichst zentralen Lösung unter einer Datenbündelung auf regionaler Ebene. Der Rechts- und Verfassungsausschuss des Landkreistages hat in seiner Sitzung am 19. Oktober 2015 den Landkreisen empfohlen, sich hieran zu beteiligen.

Informationsveranstaltungen zu GDI

Um dieses Thema kommunalen Entscheidungsträgern zu vermitteln, wurden von den kommunalen Landesverbänden, unter Beteiligung des MLR, zwischenzeitlich vier große Informationsveranstaltungen unter dem Thema: „Mit Geodaten in die digitale Informations- und Bürgergesellschaft“ durchgeführt. Ziel der Veranstaltungen war es, den kommunalen Stellen aufzuzeigen, dass neben der Pflicht zur Bereitstellung von kommunalen Geodaten auch Chancen und Mehrwerte beim Aufbau von Geodateninfrastrukturen entstehen.

In den kommenden Monaten kommt den Mitgliedern des AK-GIS als GIS-Experten der jeweiligen Landkreise die wichtige Aufgabe zu, im Zusammenwirken von Gemeinde, Landkreisverwaltung und DVV, Lösungsansätze beim Aufbau von kreisweiten Geodateninfrastrukturen aufzuzeigen und umzusetzen. Hilfreich dabei werden insbesondere Leuchtturmprojekte einzelner Landkreise sein, an denen eine Orientierung erfolgen kann. Letztendlich entscheidet jedoch der einzelne Kreis über die jeweilige Lösung.

Zukünftige Chancen und Nutzen von GDI

Unabhängig von den künftigen Lösungsansätzen in den Kreisen steht jedoch fest, dass Geodateninfrastrukturen auch auf

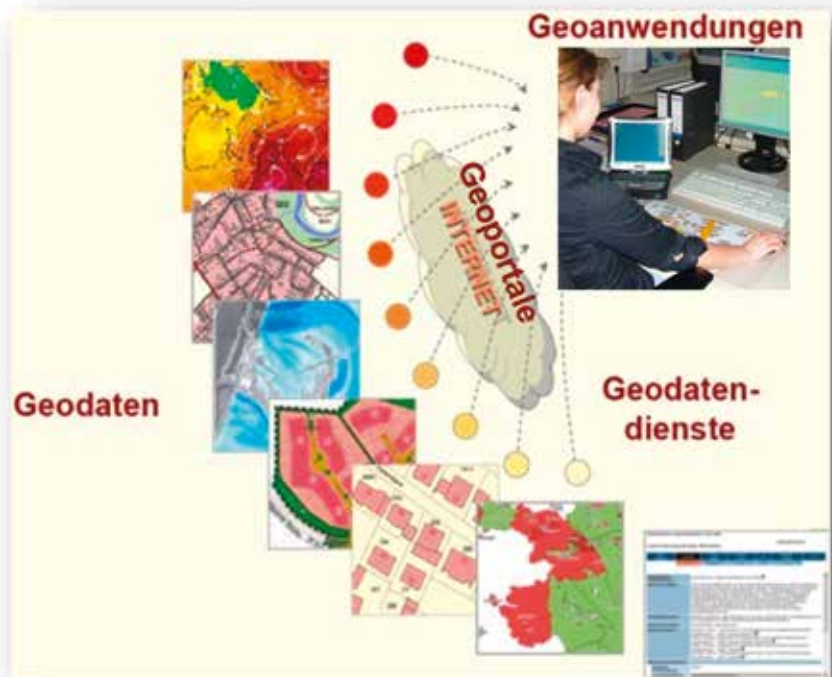


Bild 3: Schema der Funktionsweise einer Geodateninfrastruktur

kommunaler Ebene ein wichtiges Zukunftsthema sein werden. Themen wie Energiewende, Demografie, Natur und Umwelt, Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Dienstleistungen, Planen und Bauen, sind raumbezogen. Die sich dabei ergebenden Nutzungskonflikte zwischen baulicher Nutzung, Infrastruktur, Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz werden immer größer, da Grund und Boden nicht vermehrbar ist.

Richtige Entscheidungen lassen sich nur erzielen, wenn komplexe Zusammenhänge unter Berücksichtigung aller raumrelevanten Daten transparent dargestellt werden und die Entscheidungsträger raumkundig sind.

Die Landesregierung hat die Geodateninfrastruktur als einen elementaren Baustein der digitalen Daseinsvorsorge in Baden-Württemberg identifiziert, mit der die (Wertschöpfungs-)Möglichkeiten von Geodaten für den Standort Baden-Württemberg aktiviert werden sollen. In die damit entstehende GDI-BW gilt es auch weitere nicht von INSPIRE betroffene kommunale Themen mit einem

hohen Nutzungspotential in den Verwaltungen sowie für Wirtschaft und Bürger zu integrieren, wie z.B. Tourismus, Bodenrichtwerte u.v.a.

Der AK-GIS orientiert sich bei seinen künftigen Aufgabenschwerpunkten an den Zielen der Nationalen Geoinformationsstrategie (NGIS) des Lenkungsremiums Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE), um Geoinformation als wesentlichen Rohstoff einer digitalen Gesellschaft zukunftsfähig zu gestalten. In Verwaltungsprozessen sollen künftig verstärkt aktuelle Geoinformationen genutzt und integrierte Geschäftsprozesse generiert werden können. Dabei sollen Geoinformationen für alle raumbezogenen Entscheidungsprozesse in vollem Umfang wirtschaftlich erhoben und wertschöpfend genutzt werden; z.B. im Interesse anschaulicher und transparenter Darstellungen bei digitalen Beteiligungsprozessen.

Neben den Geodatenvernetzenden Themen INSPIRE und GDI mittels Datenharmonisierung und Standardisierung werden mobile Geo-Lösungen sowie

3-D-Modelle künftig eine deutlich größere Rolle spielen.

Mobiles GIS

Mittlerweile erfolgen ca. dreiviertel aller Internetzugriffe über mobile Endgeräte (z.B. Smartphone, Tablet), so dass auch der Wunsch und die Notwendigkeit nach mobiler Erfassung und Nutzung von Geodaten bei den Landratsämtern wächst. Hierfür steht bereits leistungsfähige mobile Hardware sowie ein breites Angebot an Software-Lösungen zur Verfügung.

Aufgrund des großen Innovationspotenzials im Bereich der mobilen Geoinformationssysteme und standortbasierter Dienste ist es notwendig, rasch auf aktuelle Entwicklungen und Trends zu reagieren. Die Landkreise müssen sich diesen Herausforderungen stellen und mit

dem Wandel der Technik Schritt halten. Der AK-GIS macht es sich zur Aufgabe, die vielschichtigen Teilaspekte mobiler GIS-Lösungen und das Zusammenspiel der einzelnen Komponenten zu prüfen und Empfehlungen für die Landkreise auszusprechen.

3-D-Modelle

Mit dem Digitalen Geländemodell (DGM) und dem Digitalen Gebäudemodell (LoD2) stellt das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung (LGL) dreidimensionale Geobasisdaten in hoher Qualität und Aktualität landesweit zur Verfügung. Mit diesen Daten können 3-D-Stadt- und Landschaftsmodelle generiert und ein virtuelles Abbild der realen Welt in digitaler Form erzeugt werden. In Verbindung mit weiteren Geofachdaten ergeben sich neue Nutzungs-

szenarien zu Analyse- und Planungszwecken, wie z.B. Lärmkartierungen, Hochwassersimulationen, Ermittlung von Photovoltaik-Potenzialen und touristische Informationsportale, die auch in der kommunalen Verwaltung unverzichtbar werden.

Der AK-GIS wird sich diesen Aufgaben für eine effektive und effiziente Unterstützung der Landkreise auch in der Zukunft annehmen, um Wissenstransfer zu ermöglichen und gemeinsame Zielsetzungen zu verfolgen.

AK-GIS-Expertenwissen vernetzen und bündeln und gemeinsam davon profitieren!

Die Autoren sind Fachleute im Bereich Geoinformationswesen und bei Landratsämtern bzw. der Datenzentrale (Hr. Schweizer) tätig.

Sozialplanung und Migration – Gefragte Spezialisten für Baden-Württemberg

Von Paul-Stefan Roß, Heilbronn

Zwei neue duale Master-Studiengänge im Sozialwesen sind für Landratsämter und Kommunen von Interesse: „Sozialplanung, analysieren – entwickeln – evaluieren“ und „Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft“. Das Center for Advanced Studies der Dualen Hochschule Baden-Württemberg erweitert sein duales Master-Angebot passend zu aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen und fachlichen Ansprüchen.

Die Ansprüche an das Sozialwesen wachsen. Professionalität ist gefragt, um den steigenden Herausforderungen in der kommunalen Daseinsvorsorge gerecht zu werden. Das Center for Advanced

Studies (CAS) der Dualen Hochschule Baden-Württemberg erweitert deshalb das Studienangebot um zwei Duale Master.

Vor dem Hintergrund des aktuellen Fachkräftemangels ist ein Vorteil des berufsintegrierenden Masters, bei dem die Studierenden parallel in ihrem Unternehmen oder ihrer Einrichtung weiterarbeiten, dass die Fachkräfte dem Arbeitsmarkt nicht fehlen. Im Gegenteil: Die Master-Studierenden lernen unmittelbar in der Praxis – für die Praxis und setzen das Gelernte direkt in ihrem Berufsalltag um. Als Absolventen/-innen sind sie mit ihren erweiterten Kompetenzen bereits in der beruflichen Praxis etabliert, da sie schon während des Studiums begonnen haben, selbständig





Konzepte für die Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft zu entwickeln, umzusetzen und zu evaluieren.

Von diesem dualen Konzept profitieren besonders die Studierenden des Master-Studiengangs Sozialplanung, analysieren – entwickeln – evaluieren. Wer zum Beispiel bei einem öffentlichen oder freien Träger den zu erwartenden Bedarf an Kinderbetreuung, an Versorgung älterer Menschen oder an Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen planen und dazu passende Konzepte entwickeln soll, erhält im dualen Studium theoretisches Hintergrundwissen und bewährtes Werkzeug. Während die Studierenden ihre Projekte in der beruflichen Praxis entwickeln und umsetzen, haben sie im Verlauf des Dualen Masters die Möglichkeit, die Studieninhalte anzuwenden, Erfahrungen in der Sozialplanung zu sammeln und sie mit Kommilitonen/-innen zu reflektieren.

„Sozialplanung ist heute ein unverzichtbarer Bestandteil von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit“, sagt Prof. Dr. Günter Rieger, Wissenschaftlicher Leiter des Dualen Masters Sozialplanung. Vor der Planung eines Angebots müssen öffentliche und freie Träger systematisch den Bedarf erheben, sie müssen Konzepte für die Umsetzung entwickeln, Projekte steuern und soziale Innovationen fördern. „Zur Bewältigung dieser Aufgaben

benötigen Kommunen, Bund, Länder und auch freie Träger Sozialarbeiterinnen und -arbeiter mit fundierter sozialwissenschaftlicher Planungs- und Forschungskompetenz“, erklärt Prof. Dr. Thomas Meyer, ebenfalls Wissenschaftlicher Leiter des Masters Sozialplanung. „Genau diese wissenschaftlich begründete und praxiserfahrene Kompetenz entwickeln Absolventinnen und Absolventen unseres Dualen Masters.“

Der Master Sozialplanung eignet sich zudem hervorragend, um seinen eigenen Fachkräftenachwuchs auszubilden. „Denkbar wäre eine Stellenausschreibung konkret mit dem Angebot des Master-Studiums zu kombinieren – mit einem Stellenumfang von 80 Prozent lässt sich das berufsintegrierende Master-Studium gut absolvieren, so können neue Fachkräfte gefunden, in zwei Jahren aufgebaut und langfristig gebunden werden“, merkt Rieger an.

Auch für den Bereich der Flüchtlingshilfe stehen öffentliche Träger vor der Herausforderung, den Bedarf an qualifizierten Sozialarbeitern/-innen zu decken, um die ankommenden Flüchtlinge zu betreuen. Hier sind sowohl Positionen in leitenden Funktionen zur Koordinierung von Hilfen, für die Beratung in allgemeinen Migrationsfragen, oder Stellen für die Entwicklungs-, Fort- und Weiterbildungsaufgaben zu besetzen.

Hierfür bietet der Master Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft die Möglichkeit „on-the-job“ spezialisierte Fachkräfte auszubilden, um diesem breiten Spektrum an Aufgaben der Landratsämter und Kommunen gerecht zu werden.

„Hier sind Menschen gefragt, die ein hohes Bewusstsein für interkulturelle Diversität mitbringen, die also Migration als Ressource wahrnehmen und sie gestalten können“, sagt Prof. Dr. Karin E. Sauer, Wissenschaftliche Leiterin des neuen Studiengangs. Sie teilt sich das Amt mit ihrem Kollegen Prof. Dr. Süleyman Gögercin, der ergänzt: „Der Duale Master gibt den Studierenden theoretische Ansätze und Handlungskonzepte der migrationsbezogenen Sozialen Arbeit an die Hand, so dass sie Gestaltungsmöglichkeiten erkennen und passend umsetzen können.“

Fakten zum Master Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft und zum Master Sozialplanung, analysieren – entwickeln – evaluieren

- **Abschluss:** Master of Arts (M.A.)
- **Dualität:** berufsintegrierend; Präsenzstudium mit hohen Anteilen Selbststudium
- **Studienorte:** standortübergreifend am CAS in Heilbronn sowie dezentral an den Standorten der DHBW
- **Kursgröße:** max. 25 Studierende
- **Credits:** 90 ECTS-Punkte
- **Regelstudienzeit:** vier Semester, zwei Jahre; insgesamt fallen etwa 65 Tage Präsenzstudium an
- **Akkreditierung:** Die DHBW und alle ihre Studiengänge sind systemakkreditiert
- **Berufsintegration:** Studium und berufliche Herausforderung sind verknüpft; Zustimmung und Kooperation des Arbeitgebers sind notwendig
- **Master-Arbeit:** Umsetzung im Unternehmen sichert Praxisrelevanz und Unterstützung des Arbeitgebers

- **Studienstart:** Jährlich zum Wintersemester (1. Oktober)
- **Studiengebühr:** 6000 Euro. Die Gebühren beinhalten Vorlesungsunterlagen, Prüfungsgebühren sowie allgemeine Verwaltungskostenbeiträge und berechtigen zur Nutzung der hochschulinternen Infrastruktur (z.B. Bibliothek, IT). Teilweise beteiligen sich die Arbeitgeber an den Studiengebühren.

- **Bewerbung:** www.cas.dhbw.de/bewerbung
- **Website:** www.cas.dhbw.de/sam, www.cas.dhbw.de/sozialplanung
- **Ansprechpartner:** Prof. Dr. Karin E. Sauer (sauer@dhbw-vs.de) und Prof. Dr. Süleyman Gögercin (goegercin@dhbw-vs.de), Wissenschaftlicher Leitung Master Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft sowie Prof. Dr. Günter Rieger ([\[dhbw-stuttgart.de\]\(http://dhbw-stuttgart.de\)\) und Prof. Dr. Thomas Meyer \(\[thomas.meyer@dhbw-stuttgart.de\]\(mailto:thomas.meyer@dhbw-stuttgart.de\)\), Wissenschaftliche Leitung Sozialplanung](mailto:guenter.rieger@</div><div data-bbox=)

Prof. Dr. Paul-Stefan Roß ist Dekan Fakultät Sozialwesen bei der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Heilbronn

Basisqualifizierung für bürgerschaftlich Engagierte in der Flüchtlingshilfe

Angebote der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Von Ulrike Kammerer, Stuttgart

Seit Januar gibt es bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) den neu eingerichteten Fachbereich „Basisqualifizierung für bürgerschaftlich Engagierte in der Flüchtlingshilfe“. Die LpB setzt in diesem Fachbereich verschiedene Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen des Programms „Flüchtlingshilfe durch Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“ des Landes Baden-Württemberg – in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Soziales und Integration – um.

Ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger, die im Bereich der Flüchtlingshilfe in Baden-Württemberg aktiv sind, sollen dadurch gezielt qualifiziert und in ihrer Arbeit unterstützt werden.

Aktionsfonds „Qualifiziert.Engagiert.“

Mit dem Aktionsfonds „Qualifiziert.Engagiert.“ wurde im Januar 2016 die erste Maßnahme zur Basisqualifizierung von der LpB aufgelegt. Der Aktionsfonds ermöglicht kommunalen Einrichtungen, lokalen Initiativen und Gruppen unbürokratisch und schnell eine Zuschussmöglichkeit für die Durchführung von Seminaren und Workshops für bürgerschaftlich Engagierte in der Flüchtlingshilfe. Im Rahmen des Aktionsfonds können Anträge für einzelne Veranstaltungen oder auch mehrgliedrige Ver-

anstaltungsreihen beantragt werden. Dabei sind Maßnahmen aus verschiedenen Themenfeldern förderfähig, z.B. Interkulturelles Training, Ehrenamtlicher Sprachunterricht, Psychische Belastungen und Traumata erkennen und damit umgehen, Argumentationstrainings, Rechtliche Rahmenbedingungen, Aufgaben und Grenzen des Ehrenamtes. Wünschenswert ist es, dass sich vor Ort mehrere Akteure zusammenschließen, um auch innerhalb der Qualifizierungsmaßnahme die bereits bestehenden lokalen Bündnisse und den Kontakt untereinander zu vertiefen. Die nächste Antragsfrist für „Qualifiziert.

Engagiert.“ endet am 30. September 2016. Die detaillierten Förderrichtlinien und das Antragsformular sind auf der Webseite der Landeszentrale online abrufbar.

Train the Trainer

Die LpB unterstützt die Schulung und Fortbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in bestimmten Themenfeldern, damit diese Personen später ihrerseits Seminare für bürgerschaftlich Engagierte in der Flüchtlingshilfe anbieten können.

Zu verschiedenen Themenbereichen finden aktuell Schulungen statt, die als „Train-the-Trainer“-Maßnahmen konzipiert sind. Zielrichtung dabei ist es, besonders für die Themenfelder „Junge Geflüchtete“, „Gender & Flucht“ oder auch „Interkulturelles Training“ weitere Trainerinnen und Trainer fortzubilden. Die LpB arbeitet dabei auch mit der Akademie der Jugendarbeit Baden-Württemberg e.V. und der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V. zusammen.

Seminar „Qualifiziert.Argumentiert.“

Das eintägige Seminar „Qualifiziert.Argumentiert.“ richtet sich an Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe. Es wird auf Ebene eines Stadt- oder Landkreises angeboten und bringt einzelne Ehrenamtliche aus verschiedenen Arbeitskreisen Asyl bzw. Flüchtlings-Freundeskreisen zusammen, um innerhalb des Seminars ein vertieftes Argumentationstraining mit den Grundzügen der Öffentlichkeitsarbeit zu verbinden.

Das Seminar startet im Sommer in eine erste Pilotphase. Interessierte Landkreise können sich bei Interesse gerne mit dem Fachbereich Flüchtlingshilfe der LpB in Verbindung setzen.

Infoangebote: Vorträge

Die LpB bietet im Rahmen des Programms auch verschiedene Seminare und Vorträge für ehrenamtlich engagierte Gruppen in der Flüchtlingshilfe an. Für feste Gruppen in der Flüchtlingshilfe (Arbeitskreise Asyl, Freundeskreise oder freie Flüchtlings-Initiativen) sind verschiedene Vorträge zur Situation in den Herkunftsländern sowie zu Fluchtgründen und -ursachen buchbar. Ab September werden zudem neue Vorträge zum Bürgerkrieg in Syrien und zur Situation in den Balkan- und Maghreb-Staaten angeboten.

Das Vortrags-Angebot der LpB wird stetig erweitert und ist online einsehbar.

Regionalkonferenzen

Im Rahmen des Programms sollen zukünftig außerdem Regionalkonferenzen stattfinden, die für bürgerschaftlich Engagierte eine Plattform für den Austausch über die bisherigen Erfahrungen, die Weitergabe guter Beispiele und die Vernetzung untereinander bieten.

Nach vielen Monaten kurzfristigen Handelns sind nun – auch für die bürgerschaftlich Engagierten – mittel- und

langfristige Strategien möglich und notwendig. Es gilt auf kommunaler Ebene die Abläufe vor Ort zu optimieren, Ehrenamtlichen die Möglichkeit zur weiteren Qualifizierung zu ermöglichen und Strukturen zu entwickeln, die das ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe zukunftsfähig machen und sowohl Überlastungen wie auch Enttäuschungen im Ehrenamt verhindern. Mit dem Format der Regionalkonferenz bietet sich für Ehrenamtliche die Möglichkeit, den Blick zurück und nach vorn zu richten. Neben Workshops und Impulsreferaten bleibt im Rahmen der Regionalkonferenz genügend Zeit für den Austausch untereinander.

Gegen Ende des Jahres 2016 werden voraussichtlich erste Regionalkonferenzen in Baden-Württemberg stattfinden.

Kommunaler Flüchtlingsdialog

Das Format „Kommunaler Flüchtlingsdialog“ bietet die Möglichkeit, die Frage „Wie leben wir zukünftig zusammen?“ in einer Kommune konkret zu thematisieren.

Integration ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die nur vor Ort in den Kommunen gelingen kann. Dafür braucht es eine gemeinsame Vision von Bürgerinnen und Bürgern, wie sich diese Herausforderung gestalten lässt. Das Format „Kommunaler Flüchtlingsdialog“ bietet eine Möglichkeit der Begegnung und des Austausches – zum Beispiel in Form einer Ideenwerkstatt.

Ein Kommunaler Flüchtlingsdialog soll gezielt die jeweiligen Bedürfnisse in einer Kommune thematisieren und möglichst viele kommunale Akteure einbinden. So kommen Menschen über verschiedene Themen ins Gespräch und es wird Raum für Informationen, Ideen, Wünsche aber auch für Bedenken und Ängste gegeben.

Anträge auf eine Förderung können von Kommunen bis 31. Oktober 2016 laufend gestellt werden, vor Antragstellung ist ein telefonisches Informationsgespräch

bei der LpB verpflichtend vorgesehen. Die LpB unterstützt und informiert Kommunen vor und bei der Antragstellung und ist ggfs. auch selbst bei der Durchführung vor Ort.

Zu allen Maßnahmen erhalten Sie weiterführende Informationen unter www.lpb-bw.de/fluechtlingshilfe

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Fachbereich

Basisqualifizierung für bürgerschaftlich

Engagierte in der Flüchtlingshilfe

Staffenbergstr. 38

70184 Stuttgart

Fachreferentin

(Leitung des Fachbereichs)

Ulrike Kammerer

Telefon 0711/16 40 99-87

E-Mail: ulrike.kammerer@lpb.bwl.de

Assistentin

(auch für Rückfragen zur Antragstellung „Kommunaler Flüchtlingsdialog“)

Teresa Ewen

Telefon 0711/16 40 99-89

E-Mail: teresa.ewen@lpb.bwl.de

Sachbearbeiterin

(auch für Rückfragen zur Antragstellung „Qualifiziert.Engagiert.“)

Anja Grandke

Telefon 0711/16 40 99-19

E-Mail: anja.grandke@lpb.bwl.de

Ulrike Kammerer ist Fachreferentin „Basisqualifizierung für bürgerschaftlich Engagierte in der Flüchtlingshilfe“ bei der Landeszentrale für politische Bildung

Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung für die baden-württembergischen Kommunen

Von Dr. Martin Silzer, Brüssel

„Digitalisierung“ ist ein vielseitiges und reichlich abstraktes Mode- und Schlagwort. Seine konkreten Dimensionen entfaltet der Begriff auch auf der kommunalen Stufe des europäischen Mehrebenensystems. Zunächst wird im Folgenden die Beteiligung der Kommunen an der EU-Gesetzgebung reflektiert. Anschließend folgen Ausführungen zur Breitbandversorgung als unverzichtbarem Rückgrat der weiteren Entwicklung und zum eGovernment. Der Beitrag schließt mit einem optimistischen Fazit zu Rolle der Kommunen.

„Digitalisierung“ als kommunaler Untersuchungsgegenstand

Digitalisierung bezeichnet die Entwicklung, Verwaltungsabläufe und (politische) Prozesse in zunehmendem Maße online-basiert zu organisieren. Auch in der aktuellen Europapolitik ist die Digitalisierung mit dem Schwerpunktbereich des digitalen Binnenmarkts¹ prominent vertreten. Dies wird in der kommunalen Europaarbeit reflektiert².

Digitalisierte kommunale Beteiligung am Rechtsetzungsprozess

Für die Vertretung kommunaler Interessen im politischen Mehrebenensystem der Europäischen Union ist das Internet ein immer unerlässlicheres Werkzeug. Öffentliche Konsultationen der Interessenträger sind in der kommunalen EU-Rechtsetzungsbeteiligung prominent zu nennen. Die Kommission Juncker legt erheblichen Wert auf die Einbindung

der Expertise von Interessenträgern. Dies geschieht einerseits in der frühen Phase der politischen Planung, also bevor die Kommission Vorschläge präsentiert. Aber auch in laufenden Verfahren, beispielsweise zwischen der legislativvorbereitenden und der legislativen Phase, finden Konsultationen statt, die dann stärker ins Detail gehen. Beim von der Juncker-Kommission gesetzten Schwerpunkt der „Vollendung des digitalen Binnenmarkts“ sind zahlreiche Konsultationsverfahren eröffnet, teilweise auch schon abgeschlossen³. Gefragt wird dabei in der Regel nach Erfahrungen mit dem Status quo der Digitalisierung: z.B. dem Stand der Dinge in Sachen elektronischer Behördendienstleistungen (eGovernment) oder den langfristigen Erwartungen an Internetverbindungen nach 2020.

Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen hat sich – in der bewährten Bürogemeinschaft mit den Europabüros der bayerischen und sächsischen Kommunen – in den vergangenen Jahren vielfach und praktisch ausschließlich mittels Online-Instrumenten an Konsultationen beteiligt⁴. Daneben werden immer wieder in enger Zusammenarbeit mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MdEP) Änderungsanträge für laufende Gesetzgebungsverfahren diskutiert bzw. über die MdEP eingebracht. Das klassische, händisch verteilte, Positionspapier als Medium der Interessenvertretung ist insofern beinahe aus der Mode gekommen. Problematisch an Online-Konsultationen ist, daß ein gewisser Trend zu einfach und quantitativ auszuwertenden Multiple-Choice-Fragebögen zu bemerken ist. Die vorgegebenen Antwortkategorien

spiegeln häufig nicht die Detailtiefe der in aller Regel darin abgefragten Erfahrungen wieder. Andererseits sind zu offen und damit unkonkret formulierte Fragen für die vielfältigen Erfahrungen der kommunalen Praxis kaum immer geeignet. Dann zeigt sich die Schwierigkeit, daß die politisch-strategische Ebene direkt die technische Durchführungs- oder Anwendungsebene befragt, was zu allein schon sprachlichen Schwierigkeiten und Mißverständnissen führen kann.

Aus diesen Gründen ist zur Vermittlung kommunaler Expertise in den EU-Politikprozess hinein das persönliche Fachgespräch zwischen Praktikern und insbesondere Kommissionsmitarbeitern nach wie vor unverzichtbar.

Ein weiteres Beispiel für stark online-basiertes Agieren bilden die Interessenvertretungsaktivitäten bei den kommunalrelevanten Aspekten der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) und den anderen derzeit in Arbeit befindlichen Abkommen CETA und TiSA. Hier ist auf die Online-Verfügbarkeit des Positionspapiers der kommunalen Spitzenverbände in der Bundesrepublik Deutschland zu verweisen⁵. Aber auch die baden-württembergischen Kommunalen Landesverbände waren mit einem an die EU-Kommission gerichteten Fragenkatalog aktiv. Der Katalog, der in enger Zusammenarbeit mit den Geschäftsstellen der Kommunalen Landesverbände Baden-Württembergs Ende 2014 entstand, wurde, vermittelt durch die aus Baden-Württemberg stammenden MdEP, von der Kommission durchaus ausführlich beantwortet – und sogleich ins Internet gestellt⁶. Derartige Prozesse laufen ausschließlich digital ab. Außerdem proze-

dural entscheidend ist die Bündelungs- und Steuerungsfunktion der Kommunalen Landesverbände für die kommunale Europaarbeit. Digitalisierung ersetzt also nicht die „klassische“ Kommunikation und das persönliche Gespräch, ergänzt und verändert sie aber.

Breitbandversorgung: kommunale Notwendigkeit

Zentrales infrastrukturelles Erfordernis für die Digitalisierung ist die Verfügbarkeit der Versorgung der Bevölkerung mit schnellem Internetanschluß, insbesondere im ländlichen Raum. Hier sind auch die Kommunen gefordert. Denn die Attraktivität eines Standorts und damit letztlich die wirtschaftliche und Einwohnerentwicklung ist zunehmend mit der Frage der Verfügbarkeit des schnellen Internet verknüpft. Für ein Land mit polyzentrischer Siedlungsstruktur sowie einer stark diversifizierten und kleinteilig-hochinnovativen Wirtschaft wie in Baden-Württemberg gilt dies in herausragendem Maße. Insofern Kommunen auch Wirtschaftsförderung betreiben, sind diese Fragen auch im operativen Geschäft zu berücksichtigen. Seit das das Bedürfnis nach Eindämmung des Flächenverbrauchs jedoch das Bauen auf der „grünen Wiese“ generell erschwert, sind dieser Möglichkeit enge Grenzen gesetzt.

Von einem eher theoretischen Standpunkt aus stellt sich darüber hinaus die Frage, inwieweit der spezifisch deutsche Begriff der Daseinsvorsorge auch den Breitbandausbau umfasst. Bestrebungen, eine EU-weit einheitliche und abschließende Definition der Daseinsvorsorge zu entwickeln, erfahren hier aus kommunaler Sicht eine klare Grenze. Ein „atmender“ Begriff von Daseinsvorsorge hat den großen Vorteil, auf Entwicklungen besser reagieren zu können als ein EU-primärrechtlich festgeschriebener. Denn die Erfahrung zeigt, dass eine einmal fixierte Definition von der EU-Kommission wie auch vom Europä-

ischen Gerichtshof tendenziell einseitig im Hinblick auf privaten Wettbewerb ausgelegt wird⁷.

Nirgendwo zeigt sich die Notwendigkeit eines dynamischen und dadurch sachgerechten Verständnisses von Daseinsvorsorge deutlicher als in einem so dynamischen Themenfeld wie der Digitalisierung. Die Wege zum Ziel flächendeckender Breitbandversorgung sind durchaus unterschiedlich. Auch die rechtlich-organisatorischen Strukturen, insbesondere verschiedene Ansätze der interkommunalen Zusammenarbeit, unterscheiden sich bereits innerhalb der kommunalen Landschaft in Baden-Württemberg recht stark. Mit der neuen Kommunalanstalt steht in Baden-Württemberg ein weiteres rechtliches Instrument zur interkommunalen Zusammenarbeit zur Verfügung.

Beim Breitbandausbau zeigt sich, dass sich Digitalisierung nicht im (EU-)rechtsfreien Raum abspielt. So ist eine ganze Kaskade von Verfahrensschritten zu durchlaufen. Bereits in der ersten Phase, der Markterkundung, sind die Kommunen schon aus Ressourcengründen auf externe Analyse angewiesen. Ohne allzu sehr ins Detail zu gehen, kann sich hier bereits auch zeigen, wie schwierig das Agieren in einem Markt sein kann, der von einem Monopolisten, dem ein Großteil der herkömmlichen kupferbasierten Infrastruktur gehört, beherrscht wird. Im Mai 2016 kündigte die EU-Kommission an, eine vertiefende Untersuchung über die geplante Entscheidung der Bundesnetzagentur zum Vectoring-Ausbau der Deutschen Telekom einzuleiten⁸.

Hinzu kommen Fragen der rechtsfehlerfrei zu organisierenden Finanzierung des Breitbandausbaus. In jedem Fall ist es eine anspruchsvolle Aufgabe, die wesentlichen Akteure zusammenzubringen und ein für alle Beteiligten vertretbares Ergebnis zu erzielen. Hinzu kommt der Faktor Zeit: insbesondere die lokale Wirtschaft sieht sich mitunter nicht in der Lage, bis zum Ausbaubeginn der flächendeckenden Glasfaserinfrastruktur

zu warten. Dies führt im Einzelfall zum privat finanzierten Ausbau und im ungünstigsten Fall zu kostenintensiven Doppelstrukturen. Vor dem Hintergrund, dass eine breitbändig ausgebaute Internetversorgung gerade im Sinne der Daseinsvorsorge allen Bürgern zugänglich sein sollte, ist dieser Faktor kritisch zu bewerten. Nicht immer jedoch kann im Rahmen turnusmäßiger und anderweitig ohnehin notwendiger Infrastrukturmaßnahmen wie z. B. der Kanalsanierung eine kostengünstige Verlegung zumindest von breitbandtauglicher Leerrohr-Infrastruktur erfolgen. Auch die Mitnutzung bestehender Leitungsinfrastruktur wie z. B. entlang des Schienennetzes der Deutschen Bahn ist keineswegs so selbstverständlich wie man annehmen sollte.

eGovernment: die digitale Kommunalverwaltung

Die EU-Kommission betreibt seit vielen Jahren das Thema eGovernment und legte zuletzt im April 2016 einen Aktionsplan⁹ für die Zeit bis 2020 vor. Er sieht u. a. vor, daß bis 2020 auch personalisierte digitale Behördendienstleistungen flächendeckend vorhanden sein sollen. Damit ist der Plan auf dem Stand des „Internet 4.0“, das ja eben die passgenau zugeschnittene Verfügbarkeit von Online-Dienstleistungen zum Inhalt hat.

Die baden-württembergischen Kommunen haben sich schon vor einiger Zeit auf den Weg zum digitalen Dienstleister gemacht. So ist es z. B. in Landratsämtern bereits möglich, online Termine direkt bei den fachlich zuständigen Verwaltungsmitarbeitern zu „buchen“. Viele für die Bürger notwendige Unterlagen können im Internet abgerufen und am Bildschirm ausgefüllt werden, was Behördentermine deutlich verkürzen kann. Auch die Information der Bürger über relevante Veranstaltungen kann recht einfach über das Hochladen von Sachinformationen geschehen. Ein praktisches kommunales Beispiel besteht in der Digi-

alisierung von Amtsblattmeldungen. Online können noch zusätzliche Dokumente wie z.B. Lagepläne veröffentlicht werden. Als Akt der Transparenz muss es zudem gelten, wenn Ergebnisprotokolle von Gremiensitzungen den Bürgern online zur Verfügung gestellt werden.

Natürlich muss eine einschlägige Schulung der Verwaltungsmitarbeiter mit diesem Prozess einhergehen – und die Verwaltung der IT-Infrastruktur erfordert zusätzliche personelle und sächliche Ressourcen. Beim Werben um IT-Fachkräfte stehen die Kommunen wiederum im direkten Wettbewerb mit der Wirtschaft. Die stetige und eher noch zunehmende Gefahr von Cyber-Angriffen¹⁰ auch öffentliche IT-Infrastruktur erfordert stetige Wachsamkeit und technische Aktualität. Dies ist mit erheblichen Kosten verbunden. Auf Verbandsebene reagieren die baden-württembergischen kommunalen Rechenzentren mit einer schon länger geplanten Fusion. Sie soll in den kommenden Jahren vollzogen werden und IT-Dienstleistungen aus einer Hand für die baden-württembergischen Kommunen bieten. Das auch für die Kommunen einschlägige eGovernment-Gesetz des Landes Baden-Württemberg ist zum Januar 2016 in Kraft und muss seine Praktikabilität noch unter Beweis stellen.

Kein Erfolgsmodell ist der Trend der sog. einheitlichen Ansprechpartner für digitale Behördendienstleistungen. Die „EA“ werden jedenfalls bisher kaum von der Bürgerschaft angenommen, weil die Bürger – nicht zuletzt durch online verfügbare Organigramme und Geschäftsverteilungspläne – wissen, an wen sie sich in der jeweiligen Situation zu wenden haben. Mehr Vorschriften zur Förderung von Digitalisierung sind daher nicht unbedingt erforderlich. Fraglich ist außerdem aus europapolitischer Perspektive, ob es wirklich die EU ist, die wirklich berufen ist, die digitalen Kompetenzen der Bürger zu steigern – unabhängig davon, dass es prinzipiell Sinn ergibt, digitale Kompetenzen in geeigneter Form in Curricula unterzubringen.

Umso mehr kommt es darauf an, wenn bereits im Vorfeld neuer legislativer Vorschläge auf die Erfahrungen aus der kommunalen Praxis gehört wird, damit sachgerechte Lösungen erzielt werden können.

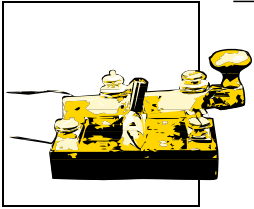
Fazit: Transformation statt Adaption

Die hohe Geschwindigkeit, mit der neue Technologien, Verfahren und Schwierigkeiten im Bereich der Digitalisierung aufkommen, stellt für die Verwaltung insgesamt, aber insbesondere für die Kommunen, eine besondere Herausforderung dar. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass kein Endpunkt der Entwicklung abzusehen ist. Rechtssicherheit wird zwar mit zahlreichen neuen und aktualisierten Vorschriften angestrebt, hinkt aber dem technischen Fortschritt hinterher. In kaum einem anderen Tätigkeitsgebiet werden Recht und (rechtstheoretische und -politische) Reflexion von der technologischen Entwicklung überholt. Daher ist auch nicht mit einer allmählichen Anpassung an die digitale Gesellschaft zu rechnen. Vielmehr handelt es sich um einen Transformationsprozess, der unbestimmte Zeit anhalten wird und der ständig neue Anwendungsfälle schafft, gleichzeitig rechtliche und politische Fragen aufwirft und den kommunalen Amtsträgern und Beschäftigten ein Höchstmaß an Flexibilität abverlangt. Der „Kommune 4.0“ stehen dabei sicherlich noch viele Stolpersteine im Wege. Dennoch ist der kommunaltypische maßhaltende Pragmatismus eine optimale und Grundvoraussetzung, um auf die europaweite Digitalisierung zu antworten und bürgernahe Lösungen zu finden.

1 Maßgeblich hierbei die Kommissions-Strategie für einen digitalen Binnenmarkt vom Mai 2015. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015DC0192&from=DE> (10.05.2016).

- 2 Silzer, Martin 2016: Digitaler Binnenmarkt, Kreislaufwirtschaft und Steuerpolitik: Schwerpunkte der Europaarbeit der Kommunalen Landesverbände und des Europabüros, in: BWGZ, Jg. 139, Nr.1, S.25–25.
- 3 Vgl. die Überblicksseite „Ihre Stimme in Europa“, die einen Großteil der aktuellen Konsultationen auflistet. http://ec.europa.eu/yourvoice/consultations/index_de.htm (11.05.2016). Gerade bei Konsultationen zur vorliegenden Thematik empfiehlt sich zusätzlich ein Blick auf die Seite der Kommission. <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/consultations> (13.05.2016).
- 4 Vgl. die öffentlich einsehbaren Positionierungen auf der Internetseite des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen. <http://www.europabuero-bw.de/node/15> (10.05.2016).
- 5 Gemeinsames Positionspapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) und den kommunalen Spitzenverbänden Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). <https://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/P-R/positionspapier-bmwi-kommunale-spitzenverbaende-ttip,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf> (10.05.2016).
- 6 Antworten auf den Fragenkatalog der Kommunalen Landesverbände Baden-Württembergs zu kommunaler Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge in internationalen Handelsabkommen. <http://ec.europa.eu/carol/index-iframe.cfm?fuseaction=download&documentId=090166e59d8583b3> (12.05.2016).
- 7 Zuletzt sichtbar am Urteil des Europäischen Gerichtshof in Sachen „Zweckverband Tierkörperbeseitigung“, <http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=Tierk%25C3%25B6rperbeseitigung&docid=174443&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=492484#ctx1> (14.06.2016)
- 8 Europäische Kommission. <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/european-commission-opens-depth-investigation-german-regulators-plan-allow-deutsche-telekom> (12.05.2016).
- 9 eGovernment-Aktionsplan 2016–2020. <http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2016/EN/1-2016-179-EN-F1-1.PDF> (12.05.2016).
- 10 Die heftigen Attacken u. a. durch den Trojaner „Locky“ im Winter 2016 machten auch Kommunen zu schaffen. Welt. <http://www.welt.de/regionales/nrw/article153011989/Hacker-erpresen-Kommunen-und-Kliniken-mit-Viren.html> (10.05.2016).

Dr. Martin Silzer ist Leiter des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel



NACHRICHTEN

Alb-Donau-Kreis erhält Zertifikat „berufundfamilie“ in Berlin

Der Alb-Donau-Kreis hat am 23. Juni 2016 erneut das Zertifikat „berufundfamilie“ der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung für seine Bemühungen zu einer familienbewussten Personalpolitik erhalten. Landrat Heinz Seiffert nahm in Berlin, gemeinsam mit 271 weiteren Vertretern von Unternehmen, Verwaltungen und anderen Organisationen, das Zertifikat in Empfang. Es wurde überreicht von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig. Der Alb-Donau-Kreis war 2009 erstmals als familienfreundlicher Betrieb durch die Hertie-Stiftung zertifiziert worden. Im Rahmen dieser erneuten Auditierung hatte der Alb-Donau-Kreis eine ganze Reihe von familienorientierten Maßnahmen in der Personalpolitik und Personalorganisation vorweisen können. Dazu gehören unter anderem die flexible Arbeitszeitgestaltung im Landratsamt, besondere Urlaubsregelungen für Beschäftigte mit familiären Pflichten, Maßnahmen zur Telearbeit, Bereitstellung von Notebooks zur Aufgabenerfüllung vor Ort und Fortbildungsangebote für Beschäftigte zur Gesundheitsförderung. Landrat Heinz Seiffert betonte nach der Re-Auditierung, dass der Landkreis sich weiterhin den Zielen des Zertifikats verpflichtet fühle. „Wir werden auch in den nächsten Jahren weitere Maßnahmen für eine familienorientierte Personalpolitik im Landratsamt verwirklichen“, sagte der Landrat. Dazu zählen unter anderem besondere Urlaubsregelungen für Beschäftigte, die pflegebedürftige



Landrat Heinz Seiffert (oben rechts), mit weiteren Zertifikatsempfängern. Ganz links Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig. Ganz rechts John-Philip Hammersen, Geschäftsführer der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung.

Familienangehörige haben. Auch das Gesundheitsmanagement im Landratsamt soll weiter ausgebaut werden. Weiter geht es um Betreuungsangebote für Kinder der Beschäftigten während der Schulferien. Außerdem sollen zwei mobile Spielecontainer beschafft werden, für Beschäftigte, die ihre kleineren Kinder in Engpasssituationen zeitweise mit ins Landratsamt bringen.

Tourismusforum im Landratsamt Alb-Donau-Kreis: Entwicklung eines gemeinsamen Leitbilds

Erstmals erarbeitet die Kreisverwaltung des Alb-Donau-Kreises zusammen mit den Städten und Gemeinden, touristischen Betrieben und Organisationen ein touristisches Leitbild. Zum ersten vom

Landkreis ausgerichteten Tourismusforum kamen dazu vor wenigen Tagen etwa 50 Vertreter von Kommunen, Übernachtungs- und Gastronomiebetrieben, Gästeführern sowie Tourismusorganisationen ins Haus des Landkreises in Ulm. Gemeinsam wurden die Werte, welche die touristische Identität des Landkreises beschreiben, die touristischen Leuchttürme und die Vision der zukünftigen Tourismusarbeit diskutiert.

Der Tourismus im Landkreis nehme seit Jahren eine beständig positive Entwicklung, wie der Erste Landesbeamte Heiner Scheffold in seinen einführenden Worten betonte. Tourismus werde mittlerweile als relevanter Wirtschafts- und Imagefaktor wahrgenommen. Dies belegten auch die Ergebnisse einer im April durchgeführten Befragung der Kommunen. Unterstützt wird der Landkreis bei der Entwicklung des Leitbildes von der Tou-



rismusberatung PROJECT M aus Berlin. Auch deren Bilanz fällt positiv aus: Die über die letzten Jahre eingeschlagene Richtung mit den Themen Eiszeitkunst/ Höhlen, Wandern, Radeln und Naturerlebnis spiegelt bereits das, was die Region einzigartig macht. Dennoch gebe es noch „Luft nach oben“, wie Andreas Lorenz von PROJECT M verdeutlichte: Während die spektakuläre Landschaft und das weltgeschichtliche Erbe der Eiszeitkunst rund um deren Fundstätten mit Highlights wie dem Urgeschichtlichen Museum in Blaubeuren bereits gut erlebbar seien, können andere touristische Angebote noch verstärkt ins öffentliche Interesse gerückt werden.

Netzwerkarbeit wird wichtiger

In der anschließenden Diskussion befassten sich die Teilnehmer mit der Frage der touristischen Identität des Landkreises. Auch wurden die „Leuchttürme“ des Landkreises und eine bessere Netzwerkarbeit der Akteure diskutiert. Gerade das „Äblerische, Bodenständige“ und die mit Herzblut gemachten touristischen Angebote sind nach Ansicht vieler Teilnehmer essenzielle Eckpfeiler der touristischen Identität. Man dürfe die Latte – gerade mit dem auch überregional ausstrahlenden Thema der Eis-

zeitkunst, wie auch mit dem oberschwäbischen Barock – durchaus etwas höher legen und müsse sich nicht verstecken. So sollen kulturinteressierte Touristen aus dem In- und Ausland verstärkt gewonnen werden. Im Naturtourismus sowie Aktiv-Tourismus will man sich dagegen eher auf die umgebenden Regionen konzentrieren, dabei aber auch stärkere Akzente für jüngere Zielgruppen setzen – vor allem im Wandern. Zukünftig sollen Netzwerke, beispielsweise von Gastronomie- und Beherbergungsbetrieben eine größere Rolle spielen, mit verstärktem Engagement der privaten touristischen Leistungsträger.

Nächste Schritte

Im nächsten Schritt sollen die Ergebnisse des Forums nun in das eigentliche touristische Leitbild, entsprechende Handlungsfelder und Strategien gegossen werden. Hierfür hat der Landkreis eine Projektgruppe einberufen. Anschließend – voraussichtlich nach der Sommerpause – sollen dann alle Ergebnisse auf einem zweiten Tourismusforum dargestellt, abschließend diskutiert und verabschiedet werden.

In der Projektgruppe arbeiten Vertreter der kommunalen Seite, von Tourist-Informationsstellen, Freizeitbetrieben, Kultur,

Gastronomie- und Beherbergungsbetrieben sowie der IHK.

Wichtiger Schritt zur Sicherung der Entsorgung in Zeiten knapper Verbrennungskapazitäten – RBB Böblingen und GML Ludwigshafen vereinbaren Ausfallverbund

Am 30. Juni 2016 haben der Zweckverband RBB – Restmüllheizkraftwerk Böblingen und die GML Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH – Müllheizkraftwerk Ludwigshafen eine Vereinbarung zu einem kommunalen Ausfallverbund geschlossen. Die beiden Partner vereinbarten, zukünftig bei Bedarf durch die gegenseitige Übernahme von Siedlungsabfallmengen zusammenzuarbeiten. Danach unterstützen sich der RBB und die GML gegenseitig bei der Überbrückung von vorübergehenden Engpässen, wie z.B. Revisionen und Betriebsstörungen. Die gegenseitigen Anlieferungen erfolgen als „Mengentausch“, d.h. über Gegenlieferungen in der gleichen Menge.

„Wir halten dies für einen wichtigen Schritt zur Sicherung der Entsorgung in unseren Regionen, da die Marktsituation durch die Überlastung der Verbrennungsanlagen in Deutschland seit einiger Zeit so stark angespannt ist, dass im Bedarfsfall keine freien Kapazitäten zu finden wären“, so die beiden Geschäftsführer Wolf Eisenmann (RBB) und Dr. Thomas Grommes (GML).

Außerdem streben der RBB und die GML an, die zeitliche Lage ihrer Revisionen aufeinander abzustimmen. RBB und GML beabsichtigen auch darüber hinaus eng zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen, so dass immer möglichst große Verbrennungskapazitäten in Betrieb sind.

Der RBB ist ein kommunaler Zweckverband in Baden-Württemberg, der von 4 Gebietskörperschaften gebildet wird.



Er ist verantwortlich für die sichere und umweltgerechte Restabfallverwertung für 1,3 Mio Einwohner. Der RBB betreibt in Böblingen das Restmüllheizkraftwerk (s. Foto) mit einer Kapazität von ca. 160 000 Jahrestonnen.

Die GML ist eine GmbH im 100%igen Kommunaleigentum, die 11 Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz gehört. Sie ist verantwortlich für die sichere und umweltgerechte Restabfallverwertung für eine Million Einwohner. Die GML betreibt das Müllheizkraftwerk Ludwigshafen (s. Foto) mit einer Kapazität von ca. 200 000 Jahrestonnen.

Beide kommunalen Müllheizkraftwerke stellen aus Restabfällen umweltfreundlich Energie her, die letztlich als Strom und Fernwärme genutzt werden. Beim RBB werden jährlich rund 212 000 Megawattstunden Fernwärme für die Städte Böblingen und Sindelfingen und 65 000 Megawattstunden Strom erzeugt. Bei der GML, bzw. ihrem Partner Technische Werke Ludwigshafen (TWL) werden jährlich rund 214 000 Megawattstunden Fernwärme für Ludwigshafen und 64 000 Megawattstunden Strom aus Abfällen erzeugt. Dies sind auch effektive Beiträge zum Klimaschutz, denn es werden jedes Jahr rd. 16 Mio. Liter Heizöl (RBB) bzw. 60 000 Tonnen an Steinkohle (GML) eingespart. Die von RBB für Böt-

lingen und Sindelfingen ausgekoppelte Fernwärme entspricht dem Heizbedarf von 38 000 Haushalten. Zusätzlich werden durch den etwa 50%igen biogenen Anteil im Abfall jährlich rund 57 000 Tonnen (RBB) bzw. 55 000 Tonnen (GML) Kohlendioxid vermieden.“

Der Vertrag zwischen dem RBB und der GML ergänzt den jeweils landesspezifischen Ausfallverbund zwischen den baden-württembergischen und dem rheinland-pfälzischen Müllverbrennungsanlagen.

5 Mrd. Euro-Stärkung der Kommunen: Länder müssen 1 Mrd. Euro weiterleiten – Wohnsitzauflage praktikabel ausgestalten – Kostendynamik bei Eingliederungshilfe bremsen

Der Deutsche Landkreistag hat anlässlich der Sitzung seines Präsidiums im Landkreis Göttingen am 27. Juni 2016 die Bedeutung einer Stärkung der Finanzkraft der Landkreise hervorgehoben. Präsident Landrat Reinhard Sager sagte: „Es ist gut, dass sich Bund und Länder auf eine Übernahme der flüchtlingsbedingten Unterkunftskosten geeinigt

haben und unabhängig davon zudem die kommunale Finanzkraft ab 2018 um jährlich 5 Mrd. Euro stärken werden.“ Vizepräsident Landrat Bernhard Reuter ergänzte: „Von diesen 5 Mrd. Euro gehen 4 Mrd. Euro direkt an die Landkreise, Städte und Gemeinden, 1 Mrd. Euro gehen über die Länder. Wir erwarten, dass auch dieses Geld in voller Höhe an die Kommunen weitergeleitet wird!“

Sager kam auf die Wohnkosten anerkannter Flüchtlinge zu sprechen: „In den nächsten drei Jahren wird der Bund diese Kosten vollständig übernehmen. Damit wird unsere Forderung erfüllt und den Landkreisen und Städten wird in dieser Hinsicht der Rücken frei gehalten. Offen ist allerdings, wie nach 2018 mit diesen Lasten umgegangen wird. Hier haben wir die feste Erwartung, dass rechtzeitig eine entsprechende Anschlussregelung getroffen wird.“

Reuter führte weiter zur Stärkung der kommunalen Finanzkraft aus. Bund und Länder hätten sich bezogen auf 4 der 5 Mrd. Euro dem Vorschlag des Deutschen Landkreistages im Kern angeschlossen, wie das Geld zielgerichtet vom Bund zu Landkreisen, Städten und Gemeinden gelangen könne: über eine Aufstockung des Bundesanteils an den SGB-II-Unterkunftskosten sowie eine parallele Erhöhung des gemeindlichen Umsatzsteueranteils. „Bund und Länder haben sich unserem Modell angeschlossen. Das zeigt, unser Vorschlag ist richtig.“

Neuralgischer Punkt sei in diesem Zusammenhang die verbleibende 1 Mrd. Euro, die aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit zunächst an die Länder gehen soll. „Es ist aus Sicht von Bund und Ländern nachvollziehbar, dass für diesen Betrag ein anderer Transferweg gewählt worden ist. Damit gelangt man zu einer insgesamt flächendeckenden und gleichmäßigen Verteilung der Bundesmittel. Wir erwarten allerdings auch, dass die Länder diese Milliarde zu 100 % an die Landkreise, Städte und Gemeinden weiterleiten. Schließlich handelt es sich um

Geld, das den Kommunen zugute kommen soll“, verdeutlichte Reuter. Nur mit dieser Maßgabe werde die Zusage aus dem Koalitionsvertrag erfüllt.

Flüchtlingsintegration kann planbar werden

Die Landkreise, Städte und Gemeinden hätten eine Reihe zusätzlicher Aufgaben zu bewältigen, wovon die Integration von zugewanderten Flüchtlingen sicherlich die prominenteste sei. „Dafür ist es wichtig, in den Landkreisen geeignete Strukturen zu schaffen bzw. zu verstärken, um eine gebündelte Betreuung zu ermöglichen. Da die meisten integrationsrelevanten Zuständigkeiten bei den Landkreisen und den kreisfreien Städten liegen, muss dies weiterhin dort verantwortet werden“, forderte Sager.

Er bezeichnete in diesem Zusammenhang die geplante Wohnsitzauflage als „ein wichtiges Instrument für eine gelingende Integration“. Hierbei gehe es um Planungssicherheit für die Kommunen und darum, vor Ort für die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung in Bezug auf die Integrationsanstrengungen für diesen Teil der Bevölkerung zu sorgen. „Dabei ist es richtig, auch heute bereits anerkannte Flüchtlinge in die Zuweisung des Wohnsitzes einzu beziehen und diese Personen bei der regionalen Verteilung zu berücksichtigen. Das bedeutet nicht, dass bereits sesshaft gewordene Zuwanderer umziehen müssen. Lediglich die Kommunen, die ihre Aufnahmequote schon heute erfüllt haben, können sich auf die bereits ansässigen Zuwanderer konzentrieren.“

Hierbei müsse die Regelung hinreichend praktikabel sein. „Vor allem muss die Verteilung auf Landesebene auf die Kommunen grundsätzlich ohne Prüfung des Einzelfalls durch die Ausländerbehörden vonstatten gehen. Alles andere wäre ein immenser bürokratischer Aufwand“, sagte der DLT-Präsident weiter. Am besten könne die Zuweisung durch zentrale Landesstellen erfolgen.

Bundesteilhabegesetz: Kostendynamik bremsen

Ein weiteres wichtiges Thema seien die Leistungen für Menschen mit Behinderung, um deren Reform aktuell eine intensive Debatte zur Schaffung eines Bundesteilhabegesetzes im Gang sei. Der DLT-Präsident führte hierzu aus: „Uns geht es darum, Verbesserungen für behinderte Menschen zu erreichen, ohne neue Kosten entstehen zu lassen. Zudem ist es unser Anliegen, auch die heutige Kostendynamik zu bremsen. Der Deutsche Landkreistag erwarte, dass es ein modernes Teilhaberecht nach den Zielen der UN-Behindertenrechtskonvention entwickelt und die Steuerungsmöglichkeiten der Landkreise als Leistungsträger gestärkt würden.

Vor diesem Hintergrund enthalte der aktuelle Gesetzentwurf nur wenige Maßnahmen, um die heutige Ausgabedynamik zu bremsen. Die Vorschläge des Bundes führten im Gegenteil sogar zu einer Ausweitung der Leistungen. „Wir fordern daher erneut, dass den Landkreisen keine neuen finanziellen Lasten aus dem Bundesteilhabegesetz entstehen. Zur Bremsung der heutigen Ausgabedynamik ist die Diskriminierung pflegebedürftiger Menschen in Einrichtungen der Behindertenhilfe aufzuheben und den versicherten Betroffenen die vollen Leistungen der Pflegeversicherung zukommen zu lassen. Die Sozialhilfe darf nicht zur Ausfallbürgin für vorgelagerte Sicherungssysteme gemacht werden!“, stellte Sager abschließend klar.

Passivhaus-Standard dank EU-Projekt: Landratsamt Enzkreis probiert Möglichkeiten der „innovativen Beschaffung“

Bis Herbst soll der erste Bauabschnitt für die Dachsanierung des Werkstattgebäudes an der Beruflichen Schule in Mühlacker (Enzkreis) abgeschlossen sein.

Auch dank des EU-Projekts PAPIRUS wird dann aus einer „Wärmeschleuder“ nahezu ein Passiv-Energiehaus. Im Projekt hatte das Landratsamt nach innovativen Lösungen gesucht – abseits der ausgetretenen Pfade öffentlicher Ausschreibungen. Das Ergebnis sorgte bereits bei einer Tagung der baden-württembergischen Hochbauamtsleiter für großes Interesse.

„Im normalen Verfahren schreiben wir Leistungen, Verfahren und Materialien aus, die gängig und uns bekannt sind“, erklärt Miriam Mayer, Leiterin des Gebäudemanagements. Für das Werkstattdach hingegen habe man zunächst den Markt sondiert und Anbieter eingeladen, vor Ort ihre Ideen und Lösungen bei einem „Market Event“ vorzustellen. Erst danach habe man die Leistungsbeschreibungen erstellt.

„Mit dem Market Event konnten wir gerade kleinere Firmen ansprechen, die sonst vor einer großen Ausschreibung meist zurückschrecken“, sagt Mayer. Zudem habe die Marktsondierung neue Kooperationsmöglichkeiten eröffnet: „Die Firmenvertreter haben fast mehr untereinander kommuniziert als mit uns“, meint sie lachend. Für das Landratsamt war vor allem der direkte Kontakt zu Herstellern ein echter Gewinn: „Normalerweise haben wir es immer nur mit den Baufirmen zu tun“, so Mayer.

Das Ergebnis wird sich sehen lassen können: „Wir werden eine energetisch sehr gute Lösung bekommen“, so Miriam Mayer – trotz der schwierigen Rahmenbedingungen: So darf das neue Dach nicht viel wiegen, da die Trägerkonstruktion Grenzen setzt. Zudem müssen die Elemente schnell zu montieren sein, da der Bau im laufenden Betrieb erfolgen muss und das Dach zugleich die Decke der Schulräume und Werkstätten bildet. „Wer je ein Shed-Dach saniert hat, weiß, welche Schwierigkeiten damit verbunden sind“, meint Miriam Mayer.

Profitiert habe man, so die juristische Leiterin des Projekts Kerstin Kopp, auch von dem Konsortium, das sich in dem



Einen direkten Kontakt zu Herstellerfirmen und zu kleinen oder mittleren Unternehmen eröffnete ein Market Event im Sanierungsobjekt selbst, der Werkstatt der Ferdinand-von-Steinbeis-Schule in Mühlacker.

EU-Projekt zusammengefunden hatte: Die PAPIRUS-Partner kamen aus Spanien, Italien, Norwegen und Polen. „So konnten wir auf ein internationales Expertengremium zurückgreifen“, erklärt Kopp. Der Projektname „PAPIRUS“ übrigens steht sinngemäß für „Beschaffung von Innovationen durch die Öffentliche Hand, um größtmögliche Nachhaltigkeit zu erreichen“.

Allerdings war die Zusammenarbeit nicht immer einfach, wie Kopp einräumt: „Die Bau- und Vergabepaxis in den beteiligten Ländern ließ sich nicht immer auf einen einheitlichen Nenner bringen.“ Auch die unterschiedlichen energetischen Standards und Anforderungen hätten die gemeinsame Definition von Innovation erschwert. Dennoch sei es gelungen, gemeinsam die technischen Spezifikationen und die Bewertungskriterien festzulegen – und die Angebote zusammen zu bewerten.

Für die Ferdinand-von-Steinbeis-Schule spielten bei der Wertung der Angebote letztlich die Energieeffizienz und der Preis mit je 30 Prozent die Hauptrollen; mit jeweils 10 Prozent wurden die Gewichtsreduktion, der Installationsprozess, Lebensdauer und Wartungsanforderungen sowie die Nachhaltigkeit gewertet. Was der Enzkreis nun bekommen wird, unterschreitet deutlich die vorgeschriebenen Verbrauchs-Werte, ist nahezu wärmebrückenfrei und lässt sich

schnell und abschnittsweise installieren. „Und es ist aufgrund der sehr guten Ausschreibungsergebnisse deutlich kostengünstiger als eine herkömmliche Lösung“, wie Finanzdezernent Frank Stephan verrät. Dabei ist ein Zuschuss in Höhe von 300 000 Euro noch gar nicht eingerechnet – mit diesem Betrag fördert die EU die innovative Beschaffung des Enzkreises.

Landkreistag erleichtert über Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs zu kommunalen Krankenhausbeihilfen

Hauptgeschäftsführer Prof. Trumpp: „Der Generalangriff auf die kommunalen Krankenhäuser ist erfolgreich abgewehrt worden!“

„Nach dem Urteil vom 24. März 2016 des obersten deutschen Zivilgerichts werden Landkreise auch zukünftig in der Lage sein, Krankenhäusern in wirtschaftlichen Notlagen finanziell unter die Arme zu greifen, um so eine angemessene medizinische Versorgung in der Fläche dauerhaft sicherzustellen“, erklärte der Hauptgeschäftsführer der Landkreistags Baden-Württemberg, Professor Eberhard Trumpp, am 24. März 2016 in Stuttgart. Anlass war das Revisionsverfahren vor

dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe, das der Bundesverband Deutscher Privatkliniken gegen den Landkreis Calw auf Unterlassung von Krankenhausbeihilfen angestrengt hatte. „Hätte die Klage der privaten Krankenhauslobby Erfolg gehabt, wäre die Krankenhauslandschaft gerade in Süddeutschland erheblich ins Wanken geraten – mit unübersehbaren Folgen für die Versorgungssicherheit, für Patienten und Beschäftigte“, betonte Trumpp.

„Landkreise sind gesetzlich verpflichtet, ihre Krankenhäuser auch dann zu betreiben, wenn sich dies nicht rechnet. Anders als die privaten Krankenhausbetreiber haben sie gerade nicht das Recht, zu jedem beliebigen Zeitpunkt ihren Austritt aus dem Krankenhausmarkt zu erklären“, erläuterte Hauptgeschäftsführer Trumpp. Insofern sei es nur konsequent, dass der Bundesgerichtshof in seiner Grundsatzentscheidung kreiskommunale Krankenhausbeihilfen gebilligt habe. Trumpp führte weiter aus, dass er sogar Zweifel habe, ob die finanzielle Unterstützung von Kreiskrankenhäusern durch den Landkreis überhaupt als Beihilfe im europarechtlichen Sinne qualifiziert werden könne: „Wie dies auch die jüngere Entscheidungspraxis der Europäischen Kommission nahelegt, dürfte es jedenfalls bei medizinischen Standardmaßnahmen von Krankenhäusern bereits an einem grenzüberschreitenden Wettbewerb fehlen, da sich die Patienten wegen der Sprachbarrieren und der nationalen Eigenheiten im Versicherungswesen typischerweise im eigenen Staat behandeln lassen. Soweit der Bundesgerichtshof den am 24. März 2016 entschiedenen Rechtsstreit aus formalen Gründen teilweise an die Vorinstanz zurückverwiesen hat, wird sich das Oberlandesgericht Stuttgart der bislang offen gelassenen Frage zuwenden müssen, ob hier europäisches Wettbewerbsrecht tatsächlich greift, was wir ausdrücklich bezweifeln.“

„Entscheidend ist“, so Hauptgeschäftsführer Professor Trumpp, „dass der

Bundesgerichtshof die Praxis der Defizitabdeckung bei kommunalen Häusern bestätigt hat. Die kommunalen Häuser haben nun die Rechtssicherheit, die sie benötigen, um die beständig wachsenden Herausforderungen im Gesundheitswesen weiterhin erfolgreich bewältigen zu können.“

„Mit allen Beteiligten eng im Gespräch bleiben“

Spannende Eindrücke des politischen Berlin konnten die Mitglieder des Kreistags des Landkreises Lörrach während einer dreitägigen Reise in die Bundeshauptstadt im Juni erleben. Gemeinsam mit der Verwaltungsspitze des Landratsamts trafen sie Minister, Abgeordnete und Journalisten und tauschten sich über den Stand der Entwicklungen bei zentralen Themen des Landkreises aus. Auf dem Programm stand außerdem der Besuch einer Sitzung des Bundesrats, des Bundesministeriums für Verkehr und Infrastruktur, der baden-württembergischen Landesvertretung und des ARD-Hauptstadtstudios. Einen Blick in die Arbeit von Abgeordneten und hinter die Kulissen des Bundestags gewährte ein Treffen mit Armin Schuster MdB. Im Mittelpunkt der Gespräche standen Projekte aus dem Bereich Verkehr und Mobilität und die Frage, was auf kommunaler Ebene, aber auch von der Bundespolitik getan werden kann, um diese schneller voranzutreiben.

„Der Landkreis Lörrach hat überproportional viele Verkehrsthemen, deshalb sind wir auch so hartnäckig“, erklärte Armin Schuster MdB die Anliegen der Delegation aus dem Dreiländereck beim Termin mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Norbert Barthle im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Dieser nahm die Anliegen der Region zum Bundesverkehrswegeplan auf, der sich derzeit im Anhörungsverfahren befindet. Im Austausch zwischen Herrn Barthle und



den Kreisrätinnen und Kreisräten ging es um den zügigen Weiterbau der A 98, die Ortsumfahrungen Wyhlen und Grenzach (B 34), den Ausbau der B 317 zwischen Lörrach und Schopfheim und die Suche nach weiteren Lösungen für die Engpässe auf der Wiesentalstrecke. Der Staatssekretär interessierte sich außerdem für die einzigartige Grenzlage im Dreiländereck, die sich durch enge Fernstraßenanbindung um Basel und zahlreiche Staus an den Zöllen in besonderer Weise auf die Verkehrssituation im Kreis auswirkt.

Das Treffen mit Staatssekretär Barthle nutzte Landrätin Marion Dammann gemeinsam mit den Kommunalpolitikern ebenso wie das Treffen mit dem baden-württembergischen Verkehrsminister Winfried Hermann, um insbesondere auf die Elektrifizierung der Hochrheinbahn und dem damit verbundenen Ausbau der überregionalen Verbindung von Lörrach und Basel nach München und Ulm hinzuweisen. Die Kreisrätinnen und Kreisräte stellten klar, dass es sich bei diesem wichtigen Projekt wegen der Schweizer Betroffenheit um eine spezielle Situation handelt, die besondere Lösungen auch von deutscher Seite erfordert. Auf die Frage, was die kommunale als auch die Ebene des Bundes tun könne, um das Projekt weiter auf den Weg zu bringen, rät Hermann: „Es ist wichtig, mit allen Beteiligten eng im Gespräch zu bleiben.“ Sie appellierten außerdem an den Verkehrsminister, den Weiterbau der A 98

als besondere Priorität nicht aus dem Blick zu lassen.

Wie die baden-württembergische Landesvertretung als eine Art badisch-schwäbische „Botschaft“ im politischen Berlin funktioniert, erfuhren die Kreisrätinnen und Kreisräte beim Empfang durch Dienststellenleiter Dr. Claus-Peter Clostermeyer. Hier werden auch die Belange der südwestlichsten Ecke der Republik gehört und vertreten.

Bei einem Hintergrundgespräch mit einem Korrespondenten des SWR im ARD-Hauptstadtstudio wurde erläutert, wie Journalisten Informationen bewerten, um diese dann als Nachrichten über die Regionalbüros an die Zuschauer und Hörer zu senden. Diskutiert wurde außerdem, welche Auswirkungen das Zeitalter des Internets und der Onlineportale auf die Medienberichterstattung hat.

Delegation aus bulgarischer Partnerregion machte Station in der Ortenau

**Kreispartnerschaft wird intensiviert –
Qualifizierungsprogramm trägt
erste Früchte**

Auf Einladung von Landrat Frank Scherer besuchte eine von Gouverneur Momchil Stankov angeführte Delegation der bulgarischen Partnerregion Vidin vom 2. bis 6. Juli 2016 den Ortenaukreis. Es war der



Die Delegation aus Vidin um Landrat Frank Scherer und Gouverneur Momchil Stankov vor der Kulisse des Schwarzwälder Freilichtmuseums Vogtsbauernhof.

vierte Besuch von Vertretern aus Vidin in der Ortenau. Mitglieder der 15-köpfigen Delegation waren Bürgermeister und Vertreter aus Verwaltung, Wirtschaft, Forst und Tourismus. Im Mittelpunkt des Besuchsprogramms standen gemeinsame Themen wie berufliche Bildung, Tourismus, nachhaltige Forstwirtschaft sowie Regional- und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte. „Es war ein informativer und effektiver Austausch. Gouverneur Stankov und ich haben uns darauf verständigt, die Kreispartnerschaft weiter zu intensivieren. Ich freue mich, dass angestoßene Projekte erste Früchte tragen“, sagte Landrat Frank Scherer.

Am ersten Tag lag der Schwerpunkt auf dem Thema Tourismus. Geschäftsführerin Margit Langer ließ die bulgarischen Besucher hinter die Kulissen des Schwarzwälder Freilichtmuseums Vogtsbauernhof blicken und erläuterte die kulturelle Bedeutung des Museums in der Region. Am Dienstagvormittag wurde das Thema berufliche Bildung beim Besuch der Gewerblichen Schulen in Offenburg beleuchtet. Schulleiterin Monika Burgmaier stellte die Schule und das berufliche Bildungssystem vor. Die Vertretung aus Vidin besichtigte den Unterricht in einer Metallbau-Berufsschulklasse und kam mit Schülern einer VABO-Klasse ins Gespräch, die durch intensiven Sprachunterricht gezielt auf den Einstieg in die

Berufs- und Arbeitswelt in Deutschland vorbereitet werden.

Seit 2013 gibt es das Qualifizierungsprogramm Ortenau-Vidin „Jugend ohne Grenzen – unsere gemeinsame Zukunft“. Damit soll den von hoher Jugendarbeitslosigkeit in Bulgarien bedrohten jungen Menschen in der Ortenau über Praktika die Möglichkeiten einer dualen Ausbildung aufzuzeigen. Am Dienstagabend konnten sich die Teilnehmer von dem Erfolg des Programms direkt überzeugen. Andrea Petrova war 2013 eine der ersten Praktikantinnen aus Vidin – im September letzten Jahres hat sie eine Ausbildung zur Restaurantfachfrau im Viersterne-Superior-Hotel „Colosseo“ des Europa-Park-Hotel-Resorts begonnen. Genau dort wurde die Delegation am Dienstagabend von Europa-Park-Geschäftsführer Jürgen Mack empfangen. „Es ist toll, dass Andrea Petrova diese Chance bekommen hat und dass sie sie auch nutzt. Das zeigt, dass unser Qualifizierungsprogramm ein Türöffner sein kann. Ich danke dem Europa-Park für sein Engagement. Hier arbeiten schon sehr lange und sehr erfolgreich Menschen aus verschiedensten Nationen zusammen, der Europa-Park lebt den europäischen Gedanken vorbildlich“, so Landrat Scherer. Kommenden Montag (11. Juli) startet das Qualifizierungsprogramm Ortenau-Vidin in die nächste Runde. Dann werden acht Jugendliche

aus der Region Vidin ihr vierwöchiges Praktikum bei Ortenauer Unternehmen beginnen.

Den Abschluss des Begegnungsprogramms bildete am Mittwoch eine Besichtigung des Obstgroßmarkts Oberkirch, bei dem sich die bulgarischen Gäste über die Vermarktung von regionalen Produkten informierten.

Junge Ortenauer Musiker glänzen bei „Jugend musiziert“

Landratsamt ehrt Bundespreisträger für herausragende Leistungen

Beim 53. Wettbewerb „Jugend musiziert“ 2016 brillierten wieder zahlreiche junge Musiker aus dem Ortenaukreis mit ihrem musikalischen Talent und Können. Bei einem fulminanten Preisträgerkonzert, zu dem das Landratsamt Ortenaukreis und der verantwortliche Regionalausschuss von „Jugend musiziert“ am Sonntagabend, 12. Juni, in den Salmen in Offenburg eingeladen hatten, gaben die jungen Künstler ihre prämierten Stücke zum Besten. Dabei kamen die rund 100 Gäste, darunter zahlreiche Vertreter aus Politik, Verwaltung und Musikschulen, in den Genuss herausragender Solostücke und Duette der verschiedensten musikalischen Epochen und Genres – vom klassischen Violinkonzert über das schwungvolle Jazzstück bis hin zum modernen Popsong.

Insgesamt nahmen über 170 Jugendliche am Regionalwettbewerb in Offenburg teil, mehr als jeder Vierte schaffte es zum Landeswettbewerb. Beim Bundeswettbewerb in Kassel mit mehr als 2400 Teilnehmern aus ganz Deutschland überzeugten Ortenauer Nachwuchstalente die Jury.

„Eine grandiose Leistung! Ich bin stolz auf die junge Ortenauer Musik-Avantgarde, die heute hier vertreten ist, stolz darauf, dass ihr Musik nicht nur aus der Konserve konsumiert, sondern selbst



Beim Preisträgerkonzert von „Jugend musiziert“ im Salmen in Offenburg überreichten Rudolf Heidler (l.), Vorsitzender des Regionalausschusses, Rita Böcherer von den Sparkassen in der Ortenau (z. v. r.) und der Erste Landesbeamte des Ortenaukreises, Dr. Nikola Stöermer (r.) Urkunden und Geldpreise an die Teilnehmer des Bundeswettbewerbs.

spielt, und die Musik auch für andere erlebbar macht“, zeigte sich Dr. Nikola Stöermer, Erster Landesbeamter des Ortenaukreises beeindruckt. Musik spiele eine wichtige Rolle für die Bildung, die Gesellschaft und die Entwicklung der Persönlichkeit. Deshalb investiere der Ortenaukreis auch in diesem Jahr wieder über 400 000 Euro in die musikalische Bildung im Landkreis, wozu auch der Wettbewerb „Jugend musiziert“ gehöre. Den Eltern und Musikschullehrern dankte Stöermer für ihre Unterstützung und die konsequente Förderung der Jugendlichen. Den Sparkassen in der Ortenau sprach er seinen Dank dafür aus, dass sie als Sponsoren das Konzert mit ermöglichten.

Neben dem Ersten Landesbeamten würdigten auch Offenburgs Oberbürgermeisterin Edith Schreiner sowie der Staatssekretär des Ministeriums für Kultur, Jugend und Sport Volker Schebesta die jungen Talente in einem Grußwort. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Regionalausschusses Rudolf Heidler überreichte der Erste Landesbeamte die Urkunden an die acht Teilnehmer des Bundeswettbewerbs; aus den Händen

von Rita Böcherer als Vertreterin der Sparkassen in der Ortenau erhielten die Künstler darüber hinaus jeweils einen Geldpreis.

Dritter Platz für den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald beim Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“

Der Arbeitskreis Prävention im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald hat beim Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ in der Kategorie Landkreise den dritten Platz erreicht. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hat mit dem Preis das Gesamtkonzept „passt! – Prävention im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald“ ausgezeichnet. Die Preisverleihung erfolgte am 22. Juni 2016 durch Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe in Berlin. Das Preisgeld für den dritten Platz ist mit 4000 Euro dotiert.

In der Begründung für die Auszeichnung wird betont, dass sich der Landkreis be-

sonders des in vielen Kommunen bestehenden Problems angenommen hat, dass viele verschiedene Präventionsmaßnahmen unkoordiniert nebeneinander bestehen und es so zu Doppelstrukturen kommt. Mit dem „Arbeitskreis Prävention“ und dem gemeinsamen Handlungskonzept „passt!“ als Dach sei eine Struktur für nachhaltige und wirkungsvolle Prävention geschaffen worden, und zwar mit ausdrücklicher Rückendeckung der Kreisspitze. Kooperation und Vernetzung würden vorbildlich gelebt.

Der Wettbewerbsbeitrag habe insgesamt Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Suchtpräventionsmaßnahmen in den Mittelpunkt gerückt und auf diesem Feld mehrere innovative Ideen präsentiert. Insbesondere die „passt!“-Checkliste“, mithilfe derer Projekte auf ihre Wirksamkeit überprüft werden, und das Gütesiegel für bei dieser Überprüfung erfolgreiche Projekte. Auf diese Weise konnte ein umfassendes Qualitätsmanagement etabliert werden, von dem nicht zuletzt das Projekt selbst profitiert, das mit dem Gütesiegel für sich werben kann. Auch die Idee, alle präventiven und lebenskompetenzfördernden Angebote im Kreis in Form einer Datenbank inklusive Suchfunktion ins Internet zu stellen, ist eine innovative Idee, die es den Bürgerinnen und Bürgern im Landkreis erleichtert, das passende Angebot zu finden. Schließlich greifen die „passt!-Fachgespräche“ mit „Digitalen Medien“, „Onlinesucht“, „Sucht im Alter“ neue Themen der Präventionsarbeit auf und ermöglichen einen fachlichen Austausch der Akteure und die Entwicklung neuer Aufgabenfelder und Maßnahmen.

Den Gemeinden im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald stehen das passt!-Präventionskonzept sowie Informationen und Unterstützung durch Fachleute zur Verfügung. Diese können über die Homepage des Landratsamtes unter der Adresse <http://www.breisgau-hochschwarzwald.de> abgerufen werden.



V.l.n.r.: Die Vertreterinnen und Vertreter des Arbeitskreises Prävention bei der Preisverleihung in Berlin: Heidrun M. Thaiss, Leiterin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Hermann Gröhe, Bundesminister für Gesundheit, Frank Stratz, Christoph Keim, Claudia Brotzer, Klaus Limberger, Eva-Maria Münzer, Marlene Mortler, Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Monika Kücking, Abteilungsleiterin Gesundheit GKV-Spitzenverband

MOVE – Mobilität verbindet über die Landkreisgrenzen hinaus

Die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung hat im Landkreis Tübingen einen hohen Stellenwert. Erste Ergebnisse der Teilhabeplanung für Menschen mit Behinderung im Landkreis Tübingen zeigen, dass die Nutzung von Bus und Bahn eine wesentliche Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist. Besondere Relevanz hat dies für den beachtlichen Anteil an Menschen mit Behinderung, die nicht mit einem eigenen Auto unterwegs sein können. Sie sind bislang in aller Regel weit über das Kindesalter hinaus von anderen abhängig, zum Beispiel von Sonderfahrdiensten und Eltern. Diese Abhängigkeit erstreckt sich auf alles, was zum Leben dazu gehört: Schule, Arbeit, Freizeit, Freunde, Familie. Das Mobilitätsprojekt MOVE des Freundeskreises Mensch e.V. befähigt Personen, die bisher auf Sonderfahrdienste angewiesen sind und im Landkreis Tübingen wohnen oder arbeiten, für ihre täg-

lichen Wege öffentliche Verkehrsangebote zu nutzen. Dazu werden Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung bei ihren Fahrten von einem Begleitpaten unterstützt. Beide üben gemeinsam die gewünschten Fahrtstrecken mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Das Training umfasst das Erkennen und Auffinden der jeweils richtigen Verkehrsmittel und die Gewinnung von Sicherheit bei deren Nutzung. Struk-



turelle Hindernisse und Mängel werden ebenso aufgespürt. Diese werden mit den Verkehrsunternehmen, den jeweiligen Gemeinden und politischen Entscheidungsträgern besprochen und in enger Abstimmung mit diesen verändert. Zum Beispiel wurden für Buslinien gemeinsam Symbole entwickelt, ein Leitfaden zur Nutzung von Zügen mit Rollstühlen erarbeitet und Schulungen für Busfahrer durchgeführt. Weitere Beispiele sind Einstieghilfen für Rollstuhlfahrer, Verbesserung der Haltestellen, lesbare Fahrpläne, Umgang in Notsituationen.

Aktuell werden 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmer trainiert. In enger Zusammenarbeit mit den Schulen, – wichtige Akteure im Hinblick auf die frühzeitige und somit langfristige Nutzung des ÖPNV – nimmt die Zahl der Schülerbegleitungen weiter zu.

Unter der Schirmherrschaft von Landrat Joachim Walter wurde seit Beginn des Projektes im Mai 2014 viel bewegt. Über dreißig Teilnehmer haben das Training abgeschlossen und fahren inzwischen selbständig. Die meisten Fahrten führen zur Arbeit, Schule oder zur Praktikumsstelle – auch über den Landkreis Tübingen hinaus. Mit der gewonnenen Unabhängigkeit entdecken und entwickeln Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung zunehmend weitere



Ziele für sich. Auch diese liegen oftmals außerhalb des Landkreis Tübingen. Deutlich wird, dass auch die angrenzenden Strukturen flexibler werden müssen. Insbesondere ist hier an den ÖPNV in den anderen Landkreisen oder langfristig an die zeitlichen Strukturen bei der Assistenz wie zum Beispiel im stationären Wohnen zu denken.

Das MOVE-Team möchte deshalb die Vernetzung mit den Städten, Gemeinden und Institutionen anderer Landkreise ausbauen.

Wichtige Kooperationspartner/-innen sind aktuell: Stadtverkehr Tübingen (SVT), Regionalverkehr Alb-Bodensee (RAB), Hohenzollerische Landesbahn (HzL), Verkehrsverbund Neckar Alb Donau (naldo) und FORUM & Fachstelle INKLUSION. Gefördert wird das Projekt bis April 2017 von Aktion Mensch und der Paul-Lechler-Stiftung.

Alle Beteiligten sehen im MOVE-Projekt einen wichtigen Baustein zur weiteren Umsetzung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention.

Landkreis Tuttlingen wird Fairtrade-Landkreis

Am 16. September 2016 findet die Titelverleihung statt und der Landkreis Tuttlingen darf sich offiziell „Fairtrade-Landkreis“ nennen. Den Festakt begeht der Landkreis gemeinsam mit dem Gymnasium Trossingen, das an diesem Tag ebenfalls ausgezeichnet wird und den Titel „Fairtrade-School“ erhält. Die Auszeichnung des Landkreises erfolgt im Rahmen der „Fairtrade-Towns-Kampagne“. Teilnehmende Städte und Landkreise übernehmen dabei eine Vorreiterrolle und fördern gezielt den Fairen Handel auf kommunaler Ebene und in allen gesellschaftlichen Bereichen. Fairer Handel zeichnet sich vorrangig durch kostendeckende Mindestpreise, Zusatzprämien für Gemeinschaftsprojekte und langfristige Handelsbeziehungen aus. Das Ziel dabei ist, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von benachteiligten Kleinbauern und Arbeitern in Afrika, Lateinamerika und Asien nachhaltig zu verbessern und so die Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben aus eigener Kraft zu ermöglichen.

Weltweit gibt es inzwischen fast 2000 Kommunen, die die Kriterien der Kampagne erfüllen. London, Rom oder San Francisco sind dabei – und bald gehört auch der Landkreis Tuttlingen dazu.

Für den Titel musste der Kreis fünf genau definierte Anforderungen erfüllen. Dazu gehört ein Kreistagsbeschluss, wonach bei allen Sitzungen und im Büro des Landrats fair gehandelter Kaffee und Tee ausgeschenkt werden. Doch der Landkreis Tuttlingen will mehr. Der erweiterte Beschluss bezieht zum einen die Landratsamt-Kantine mit ein und will zum anderen Fairness auch regional vorleben. So gibt es ab Mitte Juli in der Kantine fairen Tee, faire Riegel und gleich zwei verschiedene faire Kaffeesorten. Eine Sorte stammt von der Lebenshilfe-Kaffeerösterei in Schramberg, ein Integrationsprojekt für Menschen mit Beeinträchtigung. Zugleich nützt der Kauf dieses Kaffees einem Schulprojekt in Mexiko. Der Landkreis unterstützt auf diese Weise nicht nur den globalen fairen Handel, sondern gleichzeitig wichtige regionale Projekte.

Ein weiteres Kriterium war die Bildung einer Steuerungsgruppe mit Vertretern aus Verwaltung, Handel und Zivilgesellschaft. Bei rund 133000 Einwohnern musste der Landkreis zudem mindestens 24 Händler und 12 Gastronomiebetriebe dafür gewinnen, faire Produkte anzubieten. Auch Schulen, Vereine und Kirchengemeinden, die Bildungsaktionen zum Thema Fairer Handel umsetzen, mussten gewonnen werden. Gerade in diesem Bereich gibt es im Landkreis Tuttlingen seit Langem ein großes Engagement und so war diese Aufgabe schnell erfüllt.

Das fünfte und letzte Kriterium umfasst die Öffentlichkeitsarbeit. Neben der geforderten Berichterstattung in den örtlichen Medien bietet das Landratsamt Tuttlingen eine eigene Homepage zum Landkreis-Projekt an. Unter fairtrade.landkreistuttlingen.de finden Interessierte viele Informationen zur Kampagne, zum Fairen Handel und vor allem zu den Teilnehmern des Kreisprojektes.

25 Jahre Kreispartnerschaft mit Dmitrow gefeiert – Landrat Dr. Richard Sigel war mit einer Delegation aus dem Rems-Murr-Kreis vor Ort

Bereits seit einem Vierteljahrhundert unterhält der Rems-Murr-Kreis eine Partnerschaft mit dem Rayon Dmitrow, 80 km nordöstlich von Moskau. Für die Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen Mitte Juni besuchte Landrat Dr. Richard Sigel gemeinsam mit Finanzdezernent Frank Geißler und Vertretern aller Kreistagsfraktionen den russischen Partnerkreis. Vor Ort unterzeichneten der Landrat und sein russischer Amtskollege Walerij Wasiljewitsch Gawrilow eine Vereinbarung über die weitere Zusammenarbeit in den vielfältigen gemeinsamen Aufgabenbereichen der Kommunalpolitik. Darüber hinaus standen unter anderem die Besichtigung der Berufsschule und des Gymnasiums „Logos“ auf dem Programm. Das Burggymnasium Schorndorf und die Eliteschule „Logos“, welche zu den fünf besten Gymnasien in Russland zählt, pflegen einen jährlichen Schüleraustausch.

„Es war mir ein persönliches Anliegen, zu diesem 25-jährigen Jubiläum gemeinsam mit Vertretern des Kreistages nach Dmitrow zu kommen“, sagte Landrat Dr. Richard Sigel vor Ort zu seinem russischen Pendant. „Sie, lieber Herr Gawrilow, haben stets deutlich gemacht, wie wichtig die deutsch-russischen Beziehungen und eine enge Freundschaft in diesem Kontext sind.“

„Wir haben aus den bitteren Erfahrungen der Geschichte gelernt. Wir haben gelernt, dass wir in freundschaftlicher Verbundenheit vieles gemeinsam erreichen können“, so der Rems-Murr-Landrat bei den Jubiläumsfeierlichkeiten. „Das sage ich auch ganz bewusst mit Blick auf die schwierigen Situationen, die wir derzeit in der Welt haben. Gerade in Zeiten, in denen die nationalpolitischen Beziehungen – und sogar die Vorbereitungen auf die Olympischen Spiele in Rio – von



Spannungen geprägt sind, ist es umso wichtiger, dass wir auf der kommunalen Ebene die bilateralen Beziehungen pflegen. Sie sind der Grundstein für gute Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern.“

Wie wichtig dem Rems-Murr-Kreis die deutsch-russische Partnerschaft ist, zeigt auch die Teilnahme der Pressesprecherin der Kreisverwaltung an einer Bildungsreise nach Moskau zum Thema Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Parallel zum Partnerschaftsjubiläum nahm Martina Nicklaus unter anderem an der Eröffnung des Jahres des Deutsch-Russischen Jugendaustausches 2016/17 auf Einladung der Föderalen Agentur für Angelegenheiten der GUS, der im Ausland lebenden Landsleute und für die internationale humanitäre Zusammenarbeit (Rossotrudnitschestvo) teil.

Hintergrund: Drei langjährige Kreispartnerschaften

Im August steht mit dem 25-jährigen Bestehen der Partnerschaft mit dem ungarischen Komitat Baranya das nächste Jubiläum an, das bei einem Besuch in

der Baranya begangen wird. Bereits im vergangenen Jahr konnte der Landkreis auf das 25-jährige Bestehen der Partnerschaft mit dem sächsischen Landkreis Meißen zurückblicken.

Neuerwerb eines wichtigen Werkes von Hans Thoma

Vor kurzem gelang es dem Kulturamt des Landkreises Waldshut bei einer Münchener Auktion, Hans Thomas Gemälde „Waldshut“ (Öl auf Leinwand, 1870, 49,5 x 45,5 cm) für das Kreismuseum St. Blasien zu erwerben. Landrat Dr. Martin Kistler und Kulturreferent Dr. Jürgen Glocker stellten das Werk im Rahmen einer Veranstaltung mit Mitgliedern des Ausschusses für Schulen, Kultur und Tourismus des Kreistages des Landkreises Waldshut sowie weiteren geladenen Gästen vor. Landrat Dr. Kistler sagte, er freue sich sehr, dass ein Werk Hans Thomas mit einer besonderen Bedeutung für die Identität des Landkreises und der ganzen Region nach langer Zeit wieder dauerhaft für die Öffentlichkeit zu-



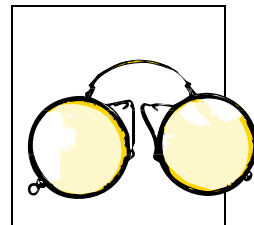
gänglich sei: „Besonders froh bin ich selbstverständlich darüber, dass das Bild nun dort ist, wo es hingehört – in den Südschwarzwald, in den Landkreis Waldshut. Es ist ein Schlüsselwerk für den Kreis und ein echtes Wunschbild für unsere Sammlung.“

Jürgen Glocker gab detaillierte Informationen zu dem neu erworbenen Werk von Hans Thoma (1839–1924). Das Ölbild „Waldshut“ entstand im Zusammen-

hang mit dem Blatt „Blick auf Waldshut“ aus dem Jahr 1869 (Tuschfeder über Bleistift, Aquarell und mit Deckweiß gehöht auf graubräunlichem Papier, 35,6 x 54,5 cm), das sich im Besitz der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe befindet. Gegeben ist auch hier der Blick vom linken Rheinufer über den Fluss auf die Stadt, über der sich die ersten bewaldeten Schwarzwaldhänge erheben. Allerdings hat Hans Thoma bei seiner Pa-

pierarbeit, anders als beim Ölbild, auf die Staffage-Personen im Bildvordergrund verzichtet.

Thomas Werk „Waldshut“ war Teil eines Auftrages von vier Gemälden, den der Säckinger Kommerzienrat Otto Bally dem Künstler erteilt hatte. Es handelt sich um eine Folge von vier Ansichten der am Hochrhein gelegenen Waldstädte Waldshut, Laufenburg, Säckingen und Rheinfelden. Die vier Gemälde befanden sich im Jahr 1924 in Berliner und Frankfurter Privatbesitz. Das Laufenburg-Bild hängt heute in der Alten Nationalgalerie in Berlin. Die Werke „Rheinfelden“ und „Säckingen“ müssen leider als verschollen gelten. Das Werk „Waldshut“ befand sich lange Jahre im Besitz einer privaten Galerie, war zuletzt in der großen Thoma-Ausstellung (13. Juli–16. November 2014) in Bernau zu sehen, ist nun in den Landkreis Waldshut zurückgekehrt und bereichert die kleine aber feine Kunstabteilung des Museums St. Blasien, in der u. a. auch mehrere Werke von Franz Xaver und Hermann Fidel Winterhalter zu sehen sind.



PERSONALIEN

Kreistag des Alb-Donau-Kreises wählt Heiner Scheffold zum neuen Landrat

Der Kreistag des Alb-Donau-Kreises hat am 11. Juli 2016 Heiner Scheffold, den bisherigen stellvertretenden Landrat des Alb-Donau-Kreises, zum neuen Landrat gewählt. Scheffold war einziger Kandidat. Auf ihn entfielen 57 von 58 abgegebenen Stimmen.

Heiner Scheffold (53) ist seit Februar 2013 Erster Landesbeamter und stellvertretender Landrat. Als Nachfolger von Heinz Seiffert – Landrat seit 2005 – tritt Scheffold zum 1. Oktober 2016 sein Amt als Landrat des Alb-Donau-Kreises an.

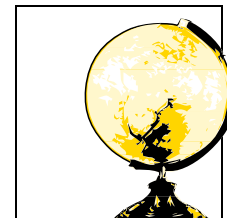


Wiederwahlen

Der Kreistag des Landkreises Esslingen hat in seiner Sitzung am 14. Juli 2016 den bisherigen Amtsinhaber, Landrat Heinz Eininger, für eine dritte Amtszeit wiedergewählt. Von den 91 anwesenden Mitgliedern des Kreistags stimmten 79 Kreisrätinnen und Kreisräte für Eininger. **Heinz Eininger** wird am 29. September 2016 in einer Kreistagssitzung auf weitere 8 Jahre in seinem Amt verpflichtet.

Der Kreistag des Landkreises Böblingen wählte in seiner Sitzung am 18. Juli 2016 **Roland Bernhard** erneut zum Landrat des Landkreises Böblingen. Gewählt wurde der alte und neue Landrat im ersten Wahlgang mit 70 Stimmen. Die erforderliche Mehrheit der Stimmen der Kreistagsmitglieder liegt bei 43. Bernhard tritt seine zweite Amtszeit am 1. Oktober an und ist dann bis Ende September 2024 eingesetzt.

Der Landkreistag gratuliert sehr herzlich!



SPEKTRUM

Soziales

Einbürgerung als der Schluss der Integration – Erste Einbürgerungsfeier des Landkreises Sigmaringen

Seit dem Amtsantritt von Landrätin Stefanie Bürkle im Juli 2014 haben 158 Menschen im Landkreis Sigmaringen die deutsche Staatsbürgerschaft erworben. Um diesem Akt einen feierlichen Rahmen zu geben, lud die Landrätin diese Mitbürger zur ersten Einbürgerungsfeier im Landkreis Sigmaringen ein.

„Ich bin mir sicher, dass jeder Einzelne eine Bereicherung für den Landkreis Sigmaringen darstellt“, begrüßte die Kreischefin die neuen deutschen Staatsbürger. Sie erinnerte die Menschen, die aus 20 verschiedenen Staaten stammen daran, dass sie durch die Einbürgerung vollständig Teil des Staates und der Gesellschaft seien und damit Verantwortung und Pflichten tragen würden. Ihre erfolgreiche Integration in die deutsche Gesellschaft schließe mit dieser Einbürgerung ab.

Bei der Feier kam auch ein Eingebürgerter zu Wort. Der aus Korea stammende Kantor der Evangelischen Kirchengemeinde Sigmaringen appellierte an alle neuen deutschen Staatsbürger, zur Bereicherung des alltäglichen Lebens beizutragen. „Mit Freundlichkeit, individuellen Gaben und mit neuen Kulturen können alle die Region bunter machen. Es wäre doch auf Dauer langweilig, wenn wir alle nur Kartoffeln und Spätzle essen würden“.

Erste Arbeitstagung zu den „Modellkommunen Pflege in Baden-Württemberg“ im Kreishaus Ludwigsburg

Die erste Arbeitstagung von Gemeindegtag, Städtetag und Landkreistag zu den „Modellkommunen Pflege in Baden-Württemberg“ hat am 29. Juni 2016 mit rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Kreishaus stattgefunden. Die drei Interessenverbände wollen gemeinsam mit den Akteuren in den Kommunen das Gesetzgebungsverfahren des Bundes für ein Drittes Pflegestärkungsgesetz (PSG III) konstruktiv begleiten. Der Entwurf berücksichtigt Vorschläge zur Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege. „Wir freuen uns, dass das Thema jetzt aufgegriffen wird: Die Pflege stellt uns wegen der demografischen Entwicklung vor große Herausforderungen. Es ist deshalb sehr wichtig, dass bei den Leistungen zielgerichtet beraten und gesteuert wird. Hier ist die kommunale Ebene gefragt, weil Kreise und Kommunen am besten in der Lage sind, auf vielen Ebenen einzugreifen und zu lenken“, sagte Landrat Dr. Rainer Haas in seiner Begrüßung.

Er machte deutlich, dass der Landkreis Ludwigsburg das Thema „Pflege“ schon seit vielen Jahren intensiv bearbeitet. „Wir verfügen über eine gute dezentrale Pflegestruktur, um die häusliche Versorgung zu sichern, aber auch um eine wohnortnahe Pflegeheimversorgung zu ermöglichen. Außerdem haben wir Beratungsstrukturen, die eine neutrale Beratung sicherstellen und direkte Hilfestellungen, wie Kurzzeitpflege oder Gastfamilien, ermöglichen, schon sehr

früh aufgebaut“, sagte der Chef der Kreisverwaltung. Nicht zuletzt habe man schon bald vernetzt gedacht, wie das erfolgreich arbeitende Netzwerk „Pflegestützpunkte im Landkreis Ludwigsburg“ zeige.

Bei der Gründung dieses Netzwerkes vor fünf Jahren habe der Landkreis bedauert, dass in Baden-Württemberg nicht mehr Pflegestützpunkte für die Kommunen zur Verfügung gestellt worden seien. Trotz der zwei Pflegestützpunkte, die der Landkreis bekommen habe, würden die Kapazitäten bei weitem nicht ausreichen, so der Chef der Kreisverwaltung weiter. Der Ausbau der Pflegestützpunkte sei zwar möglich, aber nicht mehr ausreichend, um den Beratungsanfragen gerecht zu werden. Der Landkreis Ludwigsburg stehe deshalb wie viele Landkreise an der Schwelle zu einem großen Ausbau der Versorgungsstrukturen. „Die Modellkommunen Pflege in Baden-Württemberg erscheint uns als ein sehr interessanter Weg, um neue Akzente zu setzen und Beratungsstrukturen effizient und effektiv zu bündeln“, bilanzierte der Landrat. Ein Grußwort sprach anschließend Staatssekretärin Bärbel Mielich vom Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg, das die Veranstaltung finanzierte. Mehrere Vorträge und ein moderierter Austausch im Plenum schlossen sich an.

Hohenloher Integrationszentrum nimmt in Gaisbach seine Tätigkeit auf – Integrations- und Sprachkurse verschiedener Träger können nun vereint unter einem Dach angeboten werden

Im Rahmen eines Festaktes wurde am 7. Juni 2016 das ehemalige Gebäude der Akademie Würth in Gaisbach durch Prof. Reinhold Würth an den Hohenlohekreis zur Nutzung als Integrationszentrum für Flüchtlinge übergeben. Landrat Dr. Matthias Neth konnte dazu eine Reihe von Ehrengästen begrüßen.

In seiner Ansprache verwies Landrat Dr. Neth auf die Bedeutung der Aufgabe, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration der vielen schutzsuchenden Menschen im Hohenlohekreis zu gewährleisten. Die hohe Motivation dieser Menschen sei eine Chance für den Hohenlohekreis, aber zugleich auch ein Anspruch an die Gesellschaft, geeignete Angebote zur Verfügung zu stellen. „Der Hohenlohekreis geht mit der Gründung des Hohenloher Integrationsbündnisses 2025 und jetzt der Einrichtung des Integrationszentrums bei diesem Thema beispielhaft voran und setzt Impulse“, so der Hohenloher Landrat. Es gelte, die Chancen der Zuwanderung zu erkennen und zu nutzen und durch Kontakte zwischen Einheimischen und Neuankömmlingen gegenseitiges Vertrauen zu schaffen. „In diesem Sinne soll das Hohenloher Integrationszentrum zu einem Ort der Begegnung werden“, beschrieb Neth das neue Zentrum.

Der Landrat sprach Herrn Professor Dr. h.c. mult. Reinhold Würth im Namen des Hohenlohekreises seinen Dank für dessen Engagement und die Überlassung des Gebäudes aus.

Professor Dr. h.c. mult. Reinhold Würth würdigte in seiner Ansprache die konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem Hohenlohekreis und seinem Unternehmen: „Das Integrationszentrum ist beispielhaft für die ganze Region. Wir stellen uns als Unternehmen gern dieser



Landrat Dr. Matthias Neth (rechts) nimmt den Schlüssel für das Hohenloher Integrationszentrum von Professor Dr. h.c. mult. Reinhold Würth (links) im Beisein von Asylbewerbern entgegen.

gesellschaftlichen Herausforderung und haben nicht nur die Arbeitskräfte, sondern die Menschen im Blick.“

Der symbolische Höhepunkt des Festaktes war die Übergabe eines großen Schlüssels durch Herrn Prof. Dr. Würth an Herrn Landrat Dr. Neth. Dieser Schlüssel war von Flüchtlingen gemeinsam mit Auszubildenden des Landratsamtes und Auszubildenden der Firma Würth gebacken worden. Der Badinya-Chor unter Leitung von Tobias Frank-Fleck sorgte mit seinen Sängern aus verschiedensten Herkunftsländern für die feierliche musikalische Umrahmung.

Das Gebäude in Gaisbach mit Büro- und Schulungsräumen wurde bis zum Mai 2016 von der Akademie Würth genutzt, die mittlerweile in einen Neubau umgezogen ist. Am 17. Mai haben zunächst die Mitarbeiter des Amtes für Bildung und Integration vom Landratsamt Hohenlohekreis und des Integrationsnetzwerks Hohenlohe-Main-Tauber ihre Büros bezogen. Es folgen Beschäftigte von Jobcenter und Arbeitsagentur sowie weitere temporäre Vertretungen von verschiedenen Akteuren im Flüchtlingsbereich. In den gut ausgestatteten Unterrichtsräumen werden zahlreiche Deutschkurse und verschiedene Angebote zur Arbeits-

marktintegration und zur Vermittlung von Alltags- und Gesellschaftskompetenz stattfinden.

Landkreis Esslingen: Qualitätssiegel für die Psychologische Beratungsstellen in Esslingen und Nürtingen

Die beiden Psychologischen Beratungsstellen für Familie und Jugend des Landkreises in Esslingen und Nürtingen gehören zu den fünf Einrichtungen in Baden-Württemberg, deren Qualität von einem unabhängigen Fachverband geprüft und aktuell wieder bestätigt wurde. Das Qualitätssiegel der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke) wird jeweils für die Dauer von vier Jahren verliehen. Die beiden Psychologischen Beratungsstellen für Familie und Jugend haben diese Auszeichnung erstmals 2012 erhalten und sich nun erneut mit Erfolg der umfangreichen Qualitätsüberprüfung gestellt.

Das Qualitätssiegel der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung bestätigt den beiden Beratungsteams und allen, die die Beratungsstellen aufsuchen, dass die fachlichen Standards für die Arbeit von Beratungsstellen für Kinder, Jugend-

liche und Eltern erfüllt werden. Insgesamt 26 Merkmale wurden geprüft. Dazu gehören der freie, unbürokratische Zugang zu einer gut erreichbaren Beratungsstelle, die Möglichkeit für kurzfristige Hilfe in Krisenfällen, eine bestimmte räumliche und personelle Ausstattung, aber auch Feedback- und Beschwerdemöglichkeiten für Familien. Die beiden Beratungsstellen des Landkreises in Esslingen und Nürtingen bieten ratsuchenden Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern ein Team von Beraterinnen und Beratern aus den Fachdisziplinen Psychologie, Sozialpädagogik, Sozialarbeit und Heilpädagogik. Alle haben mehrjährige therapeutische Weiterbildungen. Streng vertraulich leisten die Einrichtungen Beratung bei vielfältigen familiären Konflikten, Überlastungen oder Erziehungsfragen, aber auch bei kindlichen Entwicklungsproblemen, Schulschwierigkeiten, sozialen Risiken oder psychosomatischen Beschwerden wie Essstörungen, Einnässen oder Traumafolgestörungen. Auch bei Paarkonflikten, Trennung und Scheidung sowie in anderen Krisen der Familie werden die Beratungsstellen häufig aufgesucht.

Besonders wichtig ist der einfache und unbelastete Zugang zur präventiven Unterstützung für junge Menschen und ihre Familien. Wer Probleme hat, kann sich kostenlos beraten lassen. Die beiden Beratungsstellen sind in ihrer Organisation strukturell von Hilfen, die stärker in die Familie eingreifen können, getrennt. Informationen dürfen ohne Zustimmung der Eltern nicht weitergegeben werden. Die einzige Ausnahme besteht darin, wenn das Wohl des Kindes unmittelbar gefährdet ist. Im Jahr 2015 leisteten die beiden Psychologischen Beratungsstellen des Landkreises Unterstützung für 1188 Einzelfälle.

Neben Diagnostik, Beratung und therapeutisch ausgerichteten Hilfen für einzelne Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien, machen die Beratungsstellen Präventionsangebote

wie Vorträge für Eltern, themenbezogene Gruppenangebote für Kinder oder Eltern und Fortbildungsveranstaltungen für andere Fachkräfte.

Die vielfältigen Aufgabenbereiche können nur auf der Basis guter Kooperationsbeziehungen mit vielen Partnern im Sozial- und Gesundheitswesen geleistet werden.

Bundesweit sind derzeit lediglich 33 Psychologische Beratungsstellen mit dem Qualitätssiegel ausgezeichnet. In Baden-Württemberg tragen es außer dem Landkreis Esslingen Einrichtungen in Lörrach, Heilbronn und Heidenheim.

Der Fachverband bestätigte erneut, dass sich die Teams beider Beratungsstellen laufend den hohen fachlichen Anforderungen an eine zeitgemäße Erziehungsberatung stellen. Dies zeige sich zum Beispiel an der Intensivierung der Arbeit mit Migranten und Flüchtlingen und der dauerhaften Beteiligung an der bundesweit organisierten kostenfreien Onlineberatung mit Einzelberatung, Foren und Chats. Auch die sozialräumliche Kooperation mit dem Familiengericht, bei der Beratung hochstrittiger Eltern in Trennungskonflikten, wird hervorgehoben.

Als beispielhaft sieht die Kommission die enge Vernetzung der Psychologischen Beratung mit der Schwangerenberatung und den präventiven Frühen Hilfen für Familien mit Babys und Kleinkindern.

Landkreis Lörrach aktualisiert Sozialatlas – Rund 950 soziale Dienste und Einrichtungen stellen sich vor

Das Landratsamt Lörrach hat den Sozialatlas des Landkreises überarbeitet. Darin sind rund 950 Hilfeangebote im und für den Kreis aufgeführt. Das Spektrum reicht von der Altenhilfe über Mahlzeitendienste bis zur Psychotherapie und Wohnberatung.

Die Angebote können nach Art der Leistung, Problemlage, Standort oder Zielgruppe sowie über eine Volltextsuche abgerufen werden. Eine Vielzahl von

Suchbegriffen erleichtert das Auffinden der geeigneten Leistung. Auch eine Umkreissuche ist möglich. Der Sozialatlas wird von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von Institutionen genutzt und ist kostenlos. Er dient als Nachschlagewerk und vermittelt übersichtlich das vorhandene Angebot an Hilfeleistungen. Leistungsanbieter haben die Möglichkeit, eine Beschreibung ihres Leistungsangebots online einzugeben und auch zu ändern. Zunehmend sind auch Gesundheitsleistungen in den Atlas integriert. Der Sozialatlas stellt bereits seit siebeneinhalb Jahren Informationen über Hilfsangebote unkompliziert zur Verfügung. Bislang gab es rund 75000 Aufrufe, das sind pro Monat etwa 850. Den Sozialatlas gibt es im Internet unter <http://www.loerrach-landkreis.de/sozialatlas>.

Landkreis Lörrach: Netzwerk Inklusion hat Prozesse für mehr Teilhabe initiiert

Der Landkreis Lörrach hat sich mit inklusiven Prozessen auf den Weg gemacht, es sind aber noch viele Hürden zu überwinden, damit Menschen mit Behinderung umfassend am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dies ist das Fazit der Arbeit des Netzwerks Inklusion im Landkreis Lörrach zum Abschluss des auf drei Jahre konzipierten Modellprojekts im Februar 2016.

Auf Initiative der Lebenshilfe Lörrach, die federführend den Förderantrag bei Aktion Mensch stellte, schlossen sich 2013 insgesamt acht Kooperationspartner zum Netzwerk zusammen, darunter die Stadt und der Landkreis Lörrach. Schirmherrin des Projekts war Landrätin Marion Dammann.

Für das Thema Inklusion im Zuge der UN-Behindertenrechtskonvention zu sensibilisieren und das Bewusstsein dafür zu stärken war Schwerpunkt der Arbeit des Netzwerks. Die Redakteurin Marie-José Rosenwald und der Soziologe Bernd Winter zeigten auf, wo Inklusion vor Ort bereits gelebter Alltag ist, gaben



Sportler mit und ohne Behinderung führten eindrucksvoll in die vom Netzwerk Inklusion im Landkreis Lörrach organisierte Veranstaltung „Sport für alle“ in Lörrach im Oktober 2014 ein.

Einblicke in die Lebenswelt von Menschen mit Behinderung und formulierten Themen für zukünftiges Handeln.

Dies setzten sie in mehreren Handlungsfeldern um. Die Website mit zahlreichen Hintergrundinformationen, einer umfassenden Presseschau und vielen Links nutzten Betroffene gleichermaßen wie Träger der Behindertenhilfe, Politiker und die breite Öffentlichkeit. Die Website www.netzwerk-inklusion-loerrach.de bleibt über die Laufzeit des Projekts hinaus bestehen.

Die Veranstaltung „Sport für alle“ im Oktober 2014 stieß über die Kreisgrenzen hinaus auf Resonanz. Vertreter der 300 eingeladenen Sportvereine kamen mit Menschen mit Behinderung zusammen. Eindrucksvolle sportliche Vorführungen, das Thema auf den Punkt bringende Vorträge und lebendige Podiumsdiskussionen mit Vereinsvertretern und Sportlern waren neben einem Markt der Möglichkeiten Kernpunkte der Fachver-

anstaltung. Als Fazit nahmen die Vereine Ideen mit nach Hause, sich zu einem Sportverein für alle zu öffnen, gleichzeitig machte die Veranstaltung Menschen mit Behinderung Mut, auf Vereine zuzugehen und ihre sportlichen Interessen zu artikulieren.

In seiner Abschlusspublikation „Eine Region macht sich auf den Weg. Inklusion im Landkreis Lörrach.“ griff das Netzwerk die Dimension des Themas mit der Dokumentation von Beispielen gelungener Inklusion im Landkreis auf. Der in der UN-Behindertenrechtskonvention formulierte Perspektivwechsel wird darin anhand von praktischen Prozessen im Landkreis anschaulich geschildert: Menschen mit Behinderung leben als Mieter inmitten einer „normalen“ Nachbarschaft, bei Bedarf können sich beide Seiten in schwierigen Situationen Hilfe holen. Menschen mit Behinderung arbeiten im kundenorientierten Dienstleistungssektor auf dem allgemeinen

Arbeitsmarkt, der Erfolg setzt eine genaue Planung und exakte Absprachen voraus.

Die Publikation schildert am Beispiel des Behindertenbeirates Lörrach, dass eine von mehreren Akteuren – Menschen mit Behinderung, kommunal Verantwortliche – mit Ideen und Willen gestaltete Kooperation für beide Seiten ein Gewinn ist.

Der Prozess der Inklusion im Landkreis Lörrach wird auch zukünftig ein dynamischer sein, wenn Verantwortliche in Politik, der Behindertenhilfe und Vertreter der „normalen“ Gesellschaft zusammen mit Menschen mit Behinderung aktiv an Ideen und deren Umsetzung arbeiten, so das Fazit des Netzwerks.

Diane Kreft, seit Januar 2016 hauptamtliche Kreisbehindertenbeauftragte, wird die vom Netzwerk Inklusion initiierten Prozesse fortsetzen und im Landkreis Lörrach insbesondere die Gemeinden bei der Umsetzung von Inklusion vor Ort unterstützen und stärken.

Die Publikation „Eine Region macht sich auf den Weg. Inklusion im Landkreis Lörrach“ kann auf der Website www.netzwerk-inklusion-loerrach.de als pdf abgerufen und als kostenfreies gedrucktes Exemplar bestellt werden.

Landkreis Ludwigsburg: Kreissenorenrat feiert im Kreishaus sein 40-jähriges Bestehen

Sein 40-jähriges Bestehen hat der Kreissenorenrat Ludwigsburg e.V. (KSR) am 14. April 2016 im Kreishaus gefeiert. „Der Landkreis ist dem Kreissenorenrat sehr eng verbunden und hat diesen unter starker Beteiligung meines Amtsvorgängers Dr. Ulrich Hartmann vor 40 Jahren mitgegründet. Seitdem haben wir ihn durch die verschiedenen Phasen der Altenarbeit begleitet“, sagte Landrat Dr. Rainer Haas. „Der Kreissenorenrat ist für uns ein wichtiger Partner der Altenarbeit und ein unverzichtbarer Teil der Altenhilfestruktur. Er ist ein durchsetzungsfähiges Gremium, das sich für die Inte-

ressen der älteren Generation einsetzt und tatkräftig Angebote initiiert“, stellte der Chef der Kreisverwaltung fest.

Altenarbeit, so Landrat Haas weiter, sei angesichts des demografischen Wandels ein sehr aktuelles Thema. „Der Kreissenorenrat war und ist dabei immer auch ein Wegbereiter für neue Ideen und Projekte“, hob Haas hervor. Ungewöhnliche Wege habe der KSR beispielsweise beschritten mit der Schaffung von Angeboten von Senioren für Senioren und von Senioren für Kinder. Dadurch werde generationsübergreifendes Lernen und Arbeiten möglich. Landrat Haas zählte aus der Vielzahl weiterer Aktivitäten des KSR einige auf: Großveranstaltungen und Ausstellungen zu Altenhilfethemen, Vorträge zu aktuellen Themen der Altenarbeit, bürgerschaftliche Projekte, wie die Betreuung von Grundschulern sowie Internet- und Smartphonekurse, ein Theaterprojekt für Menschen mit Demenz im Pflegeheim, Broschüren und Infomaterialien, Fortbildungen für Heimbeiräte und Ehrenamtliche sowie die Ausbildung zum Heimfürsprecher zusammen mit der Altenhilfe-Fachberatung des Landkreises, der Ausbau der Auslandskontakte, beispielsweise der Hilfstransport mit Pflegebetten nach Gyömrő (Ungarn), die Projekte in der Kriminalprävention, wie das Theaterstück „Hallo Oma – ich brauch’ Geld“ zum Trickbetrug, und Informationsveranstaltungen für in der Altenarbeit bürgerschaftlich Engagierte zu aktuellen Themen, wie kürzlich eine Veranstaltung zur Flüchtlingssituation. Der Chef der Kreisverwaltung hob hervor, dass der KSR auf der Basis bürgerschaftlichen Engagements arbeitet. „Dieses bürgerschaftliche Engagement entwickelt sich immer mehr zu einem unverzichtbaren Stützpfiler der Altenarbeit. Bürgerschaftliches Engagement bringt eine eigene Qualität mit ein in die Verbesserung der Altenarbeit, aber auch in die Kinder- und Jugendarbeit und in weitere Bereiche sozialpolitischer Gestaltung und Leistung“, sagte Haas. „Zahlreiche ältere Menschen haben sich

in den vergangenen 40 Jahren mit viel Idealismus, Kreativität und Engagement für den Kreissenorenrat eingesetzt und ihn zu dem gemacht, war er heute ist: ein sehr wichtiger Teil der Weiterentwicklung der Altenarbeit und Motor für neue Ideen – dafür ein herzliches Dankeschön!“ Zum Schluss bilanzierte Haas: „Der Kreissenorenrat leistet gute Arbeit und ist für den Landkreis ein verlässlicher Partner. Er ist verstärkt in generationsübergreifenden Projekten tätig, greift aktuelle Themen auf und ist das Sprachrohr der älteren Menschen im Landkreis, das gehört wird.“

Der Kreissenorenrat ist seit 1990 ein eingetragener Verein. Mitglieder sind Einrichtungen und Organisationen der Altenarbeit im Landkreis, Städte und Gemeinden, Kirchen, Verbände, Altenclubs, Begegnungsstätten und Altenvereinigungen, Heimbeiräte und Einzelmitglieder ab 55 Jahre. Der Landkreis unterstützt die Arbeit des Kreissenorenrats mit jährlich 8000 Euro.

Landkreis Schwäbisch Hall: Fünf Jahre Runder Tisch „Frühe Hilfen“

Neben dem Auf- und Ausbau der Kooperationsbeziehungen zwischen Gesundheitswesen und Jugendhilfe ist auch die Weiterentwicklung von präventiven Angeboten für werdende Eltern und junge Familien Ziel des Runden Tisches „Frühe Hilfen“. „Unterstützungs- und Beratungsangebote sollen einen guten Start ins Familienleben fördern“, so Land-

rat Gerhard Bauer. „Damit junge Familien von Anfang an wissen, an wen sie sich wenden können, wenn sie Hilfe brauchen.“

Mit einer kleinen Feier begingen am 20. April 2016 insgesamt 22 Vertreter aus Gesundheitswesen, Jugendhilfe und weiteren Institutionen den 10. Runden Tisch „Frühe Hilfen“ im Landkreis Schwäbisch Hall. Der gesetzliche Auftrag hierzu ergibt sich aus dem Bundeskinderschutzgesetz, das den Blick seit Inkrafttreten im Dezember 2012 noch stärker auf Prävention legt:

Schwangere Frauen und junge Familien sollen durch Information, Beratung und praktische Hilfe die Unterstützung erhalten, die sie bei der Erziehung, Förderung und Betreuung ihres Kindes benötigen, so dass sich ihre Kinder gut entwickeln können.

„Seit dem ersten Runden Tisch Frühe Hilfen, zu dem das Jugendamt in Kooperation mit dem Gesundheitsamt des Landkreises am 18. Mai 2011 eingeladen hatte, hat sich viel getan. Ein Gesamtkonzept Frühe Hilfen wurde erarbeitet. Ende 2012 konnte dann auch die Koordinationsstelle Frühe Hilfen eingerichtet werden. Und nicht zuletzt haben wir die Angebote ‚Frühe Hilfen‘ ausgebaut, mit denen wir nun auch schon werdenden Eltern Unterstützung anbieten können“, berichtet Jugendamtsleiter Hartmut Werny.

Frau Dr. Eva König, Leiterin des Gesundheitsamtes und Moderatorin des Runden Tisches Frühe Hilfen, freut sich ebenfalls



über die positive Entwicklung: „Die Austauschtreffen am Runden Tisch ‚Frühe Hilfen‘ tragen dazu bei, dass sich die Kooperation zwischen den Fachkräften aus dem Gesundheitswesen wie Kliniken, niedergelassenen Ärzten und Hebammen und den Anbietern von Jugendhilfeleistungen stetig weiterentwickelt. Und das kommt den Familien zugute, z.B. wenn ein Kinderarzt im Beratungsgespräch die Eltern auch auf Unterstützungsangebote der ‚Frühen Hilfen‘ aufmerksam macht. Hier geht mein Dank an die Teilnehmenden, die sich sehr engagiert und beständig zum Wohl der Familien einbringen.“

Einen Überblick über die „Frühe Hilfen“ im Landkreis Schwäbisch Hall gibt die Internetseite der Koordinationsstelle Frühe Hilfen unter www.fruehehilfen-sha.de. Hier finden interessierte Eltern wie auch Fachkräfte ausführliche Informationen zum Thema und zu den Angeboten im Landkreis. Die Datenbank zeigt die Angebote nach Themenbereichen und inhaltlichen Schwerpunkten gegliedert.

„Das Angebot, sich über die Internetseite über ‚Frühe Hilfen‘ zu informieren, wird mit ca. 1000 Besuchern monatlich gut angenommen“, freut sich Julia Weingärtner, Fachbereichsleiterin der Besonderen Sozialen Dienste. „Dennoch ersetzt dies nicht die individuelle Beratung. Hier unterstützen die Mitarbeiterinnen der Koordinationsstelle gerne. Interessierte Eltern, wie auch Fachkräfte können sich unverbindlich – auf Wunsch auch anonym – von uns beraten lassen. Die Beratung ist kostenfrei und unterliegt der Schweigepflicht.“

**Neckar-Odenwald-Kreis:
Eindrücklicher Perspektivwechsel –
Bekannte Persönlichkeiten aus
dem Landkreis erlebten, mit welchen
Barrieren Menschen mit Behinderungen
im Alltag zu kämpfen haben**

Der Perspektivwechsel hätte kaum eindrücklicher sein können: Um auf den Europäischen Protesttag zur Gleichstel-

lung von Menschen mit Behinderungen am 5. Mai 2016 aufmerksam zu machen, versetzten sich bekannte Persönlichkeiten aus dem Landkreis in die Situation der betroffenen Menschen. Ausgestattet mit Alterssimulationsanzügen, Spezialbrillen und Rollstühlen absolvierten sie gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen einen etwa 300 Meter langen Rundgang durch die Mosbacher Altstadt. Die Idee zu dieser Aktion, die auch in jeder anderen Kommune des Landkreises hätte stattfinden können, hatte die neue Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen des Landkreises Simone Fischer in Abstimmung mit Landrat Dr. Achim Brötel entwickelt. Der Protesttag steht in diesem Jahr unter dem Motto „Einfach für alle – Gemeinsam für eine barrierefreie Stadt“.

Nachhaltig beeindruckt zeigte sich Dr. Brötel, der durch einen so genannten Gerontologischen Anzug im Sehen und Hören sowie in der Bewegungsmöglichkeit stark eingeschränkt war. Eine rund 30 Kilo schwere Weste und Bandagen machten ihm das Gehen schwer, so dass er die typischen Einschränkungen älterer, behinderter oder beeinträchtigter Menschen erlebte. „Man macht deutlich kleinere Schritte, muss sich richtig plagen. Das Bewegungsverhalten ändert sich komplett“, so das erste Urteil nach wenigen Metern. Diese Erfahrung teilte Denise Zimmermann, Mitglied der Geschäftsleitung der Firma AZO GmbH + Co. KG: „So einschränkend hätte ich mir den Anzug nicht vorgestellt, insbesondere Treppen sind kaum überwindbar.“ Trotz Kopfsteinpflaster gut mit einem Rollator zurecht kam Marion Pfannenschwarz, Mitglied der Geschäftsleitung der Firma Seitenbacher Vertriebs-GmbH, die ihre Motivation unterstrich: „Für mich war es selbstverständlich heute mitzumachen, um hier ein Zeichen zu setzen.“ Die Wirkung von abschüssigen Wegen bei eingeschränkter Sicht spürten dann auch DHBW-Rektorin Prof. Dr. Gabi Jeck-Schlottmann, Angelika Bronner-Blatz, Beauftragte für Chancengleichheit



Landrat Dr. Achim Brötel (l.) im Gespräch mit Simone Fischer

und Frauenförderung des Kreises, die Leiterin der geriatrischen Abteilungen der Neckar-Odenwald-Kliniken Dipl.-Med. Petra Flohr und die Geschäftsführerin des Mehrgenerationenhauses Michaela Neff. Sie trugen jeweils Spezialbrillen zur Simulation unterschiedlicher Grade von Sehbehinderungen und berichteten von Unsicherheit und Orientierungslosigkeit. Gerlinde Gregori und Meinrad Scheuermann vom Blinden- und Sehbehindertenverband erläuterten, wie man mit diesen Einschränkungen umgeht und welche Hilfsmittel zur Verfügung stehen. Dipl.-Med. Flohr betonte, wie wichtig diese Art von Experiment sei.

Auf dem Weg vom Marktplatz zum Bahnhof reichte schon ein zufällig in der Straßenmitte parkender Transporter, um die Teilnehmer im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Tritt zu bringen. Aglasterhausens Bürgermeisterin Sabine Schweiger und der Vorsitzende des Kreis-seniorenrats Bernd Ebert, die sich als Rollstuhlfahrer erprobten, benötigten hier beispielsweise, wie auch später an der Rampe zu den Bahnhofsgleisen, die Unterstützung der begleitenden Landratsamtsmitarbeiter. „Ich habe nicht damit gerechnet, dass sich so viele Hindernisse ergeben. Auch der Zugang zum öffentlichen Nahverkehr ist ohne

Hilfe kaum zu meistern. Ich werde in Zukunft hier mit noch offeneren Augen in meinem Verantwortungsbereich agieren“, sagte Schweiger. In seine Arbeit im Kreis- wie im Landesseniorenrat wollte Ebert die Erfahrungen einbringen.

Simone Fischer, die mit den Prominenten wie auch mit den tatsächlich mobilitätseingeschränkten Teilnehmern Susanne Berwanger, Gabriele Dolch, Katrin Kaiser und Volker Lauble das Gespräch suchte, war es wichtig, die Aktion nicht nur auf rein bauliche Barrieren zu begrenzen. „Es gibt unterschiedlichste Arten von Behinderungen und damit auch ganz verschiedene Möglichkeiten, den Menschen eine gute Teilhabe zu ermöglichen.“ Diese müssten nicht immer viel Geld kosten, wenn man sie von Beginn an mitbedenkt. „Mein Ziel ist es, die Barrieren in unseren Köpfen zu überwinden.“

Im weiteren Verlauf zeigte sich, wie schwer die Bedienung eines Geld- und Fahrkartenautomats im Rollstuhl oder das Lesen eines Fahrplans mit einer Sehbehinderung sein kann. Volker Lauble, der 2014 beide Unterschenkel verlor, betonte, sich an die Barrieren zu gewöhnen sei ein ständig laufender Prozess: „Wichtig ist, dass es immer einen Weg gibt.“ Man müsse sich eine positive Lebenseinstellung bewahren.

Dass es nicht um eine einmalige Aktion geht, unterstrich Landrat Dr. Brötzel abschließend: „Im ganzen Landkreis wurden schon zahlreiche Maßnahmen zum Abbau von Barrieren umgesetzt. Heute möchten wir dieser positiven Entwicklung einen weiteren Impuls geben, um alle Verantwortlichen darin zu bestärken, diesen Weg weiterzugehen.“ Sein herzlicher Dank galt allen Teilnehmern. Auch dankte er den Sanitätshäusern Schach und Beyer, dem AOK KundenCenter Mosbach, der Stadt Reutlingen und dem Heidelberger Beirat von Menschen mit Behinderungen für die Bereitstellung der Hilfsmittel. Simone Fischer wies darauf hin, dass es wichtig sei, sich in die Situation der Betroffenen zu versetzen: „Es be-

steht eine Verpflichtung in Politik und Gesellschaft, gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen Lösungen zu erarbeiten, um so konkrete Verbesserungen zu schaffen.“

Ortenaukreis: In kleinen Kinderschuhstecken große Chancen auf Integration – Fachtag „Kinder und Familien mit Fluchterfahrung in der Kita“

Beim Fachtag zum Thema „Kinder und Familien mit Fluchterfahrung in der Kindertageseinrichtung“ begrüßte der Sozialdezernent des Ortenaukreises Georg Benz kürzlich rund 150 pädagogische Fachkräfte aus Ortenauer Kindertageseinrichtungen. Das Präventionsnetzwerk Ortenaukreis (PNO) hatte gemeinsam mit dem Jugendamt des Ortenaukreises eingeladen.

In seinen Begrüßungsworten betonte Benz: „Viele Kinder und Familien werden dauerhaft bei uns bleiben, deshalb ist eine möglichst frühe Integration in die Gesellschaft essentiell. Sie gelingt am besten dort, wo die Kinder und Familien sich täglich aufhalten. Somit kommt den Kindertageseinrichtungen bei der Integration ein besonders hoher Stellenwert zu. Darum bin ich froh, dass das PNO aus

den zur Verfügung stehenden Projektmitteln kurzfristig eine Handreichung für pädagogische Fachkräfte zum Thema ‚Stärkung von Kita-Teams in der Begegnung mit Kindern und Familien mit Fluchterfahrung‘ entwickelt hat.“

Auch der Leiter des Amtes für Soziale und Psychologische Dienste und des PNO, Ullrich Böttinger, der die Veranstaltung moderierte, äußerte sich sehr zufrieden: „Wir haben im Rahmen des PNO die Möglichkeit, kurzfristig aktuelle Notwendigkeiten aufzugreifen und Kitas und Schulen schnell eine fachkompetente Unterstützung anzubieten. Die Resonanz aus den Kitas hat uns gezeigt, dass wir damit genau richtig liegen. Auch über den Ortenaukreis hinaus ist die Handreichung bereits auf großes Interesse gestoßen. Das PNO soll als Modellprojekt neue Wege zeigen, das ist uns gelungen.“

Sabrina Döther vom Zentrum für Kinder- und Jugendforschung an der Evangelischen Hochschule Freiburg und die regionale Präventionsbeauftragte des PNO, Sarah Henschke, stellten die Handreichung vor und erklärten, wie das PNO Kindertagesstätten in Form von bedarfsorientierten Fortbildungen zum Thema unterstützen kann.



Referent und Veranstalter des Fachtags (von links nach rechts):

Prof. Dr. Knoblauch (Pädagogische Hochschule Freiburg), Frau Roth (Leiterin Migrationsamt), Herr Faller (Leiter Jugendamt), Herr Böttinger (Leiter Amt für Soziale und Psychologische Dienste und PNO), Frau Springmann-Hodapp (Fachberatung kommunale Kindertageseinrichtungen, Jugendamt), Herr Benz (Sozialdezernent), Frau Schickler (zentrale Präventionsbeauftragte PNO)



Über 70 Mitglieder des Pflegenetzwerkes verfolgen aufmerksam die Ausführungen der Referenten.

Der Hauptreferent, Prof. Dr. Knoblauch von der Pädagogischen Hochschule Freiburg, machte bei seinem Vortrag mit dem programmatischen Titel „In erster Linie Kinder“ deutlich, dass für Kinder und Familien mit Fluchterfahrung sehr wichtig ist, dass in der Kindertageseinrichtung kulturelle und religiöse Vielfalt respektiert und angenommen wird. In vier Fachforen befassten sich die Teilnehmer anschließend mit den Themen „Haltung entwickeln – Haltung zeigen“, „Kultur- und diversitätsbewusste Gestaltung pädagogischer Schlüssel-situationen“, „Förderung von Mehrsprachigkeit“, sowie „Interkulturelle Pädagogik als Handwerkszeug für gelingende Zusammenarbeit mit Eltern“.

Weitere Informationen gibt es im Internet unter: www.pno-ortenau.de.

Pflegenetzwerk im Landkreis Sigmaringen trifft sich zur Frühjahrstagung

Zweimal jährlich trifft sich das Pflegenetzwerk des Landkreises Sigmaringen unter der Federführung des Pflegestützpunktes zum Informationsaustausch. Hans-Peter Oßwald, Fachbereichsleiter Soziales beim Landratsamt Sigmaringen, konnte im Kundencenter Sigmaringen der AOK Bodensee-Oberschwaben über 70 Vertreter der insgesamt 184 im Pflegenetzwerk organisierten Dienste und Ein-

richtungen begrüßen. Der Geschäftsführer der AOK Bodensee-Oberschwaben, Roland Beierl, und der Leiter des Competence Center Pflege der AOK, Ralf Buschle, informierten über die Neuerungen des Pflegestärkungsgesetzes II, das teilweise bereits seit Januar 2016 in Kraft ist. Ab 1. Januar 2017 gelten zudem einschneidende Veränderungen beim Pflegebedürftigkeitsbegriff und der Begutachtungssystematik. So werden die bisherigen drei Pflegestufen von fünf Pflegegraden abgelöst. Buschle kündigte an, dass die AOK im Sommer eine große zielgruppenorientierte Informationsoffensive zu den gesetzlichen Neuerungen starten wird.

Dr. Gabriele Käfer, 1. Vorsitzende des Palliativnetzwerkes Landkreis Sigmaringen e.V. referierte über das neue Hospiz- und Palliativgesetz. Dieses soll mehr Menschen ein Sterben nach eigenen Wünschen und in Würde ermöglichen. Damit ist unter anderem jetzt Sterbebegleitung Teil des Versorgungsauftrages der gesetzlichen Kassen. Die palliativmedizinische Versorgung soll in der letzten Lebensphase Schmerzen lindern und den Krankheitsfortschritt verlangsamen. Das Gesetz stärkt Hospizhäuser und ambulante Hospizdienste. Außerdem sollen Kooperationen der Pflegeheime mit Haus- und Fachärzten geschlossen werden. Gabriele Käfer hat in diesem Zusammenhang den stationären Einrich-

tungen angeboten, mit ihr ein Konzept zu erarbeiten und Schulungen durchzuführen.

Elisabeth Wölke-Brändlin vom Pflegestützpunkt des Landkreises ließ die Arbeit des mittlerweile seit fünf Jahren bestehenden Pflegenetzwerkes Revue passieren und erinnerte an gemeinsam organisierte Aktionswochen und Demenzbegleiterkurse für Nachbarschaftshilfen.

Im Anschluss stand für die Teilnehmer die Besichtigung des SRH Fachpflegeheimes „Annahaus“ auf dem Programm. Pflegedienstleiter Jürgen Lindner informierte über die Geschichte des Hauses, in dem seit über einhundert Jahren Menschen mit psychischen Erkrankungen betreut werden. Ergotherapeut Matthias Beck gab interessante Einblicke in den Tagesablauf von Betreuung und Therapie. „Wir wollen unseren Bewohnern Lebensfreude und -qualität zurückgeben, um somit ihre größtmögliche Selbständigkeit zu erhalten“, betonte Beck und erklärte, dass die Versorgung der bis zu 63 Bewohner durch ein vielseitig qualifiziertes Team gewährleistet ist. Beim Rundgang durch das Gebäude konnten sich die Besucher davon überzeugen, dass durch den 2012 fertiggestellten hellen und modernen Neubau den Bewohnern bestmögliche Rahmenbedingungen geboten werden.

Qualitätsgesicherte häusliche Tagesbetreuung in Gastfamilien – Landkreis Tuttlingen startet Modellprojekt

Der Landkreis Tuttlingen startet mit Unterstützung des Sozialministeriums, der Kranken- und Pflegekassen und der örtlichen Nachbarschaftshilfevereine ein niederschwelliges Projekt zur Tagesbetreuung von Seniorinnen und Senioren in Gastfamilien.

Niederschwellige Betreuungsangebote für Seniorinnen und Senioren gewinnen zunehmend an Bedeutung. Dabei geht es auch um die Frage, welche Möglich-

keiten der Versorgung in der eigenen Häuslichkeit oder zumindest wohnortnah gegeben sind bzw. geschaffen werden sollten. Der Katalog der Wohn- und Versorgungsformen der Zukunft umfasst die verschiedensten Formen zum Wohnen im Alter, wie z.B. Wohnen ohne Barrieren, technikerunterstütztes Wohnen, neue Wohnformen mit Nachbarschaftsunterstützung und das Wohnen in Gastfamilien.

Insbesondere der Bereich des „Wohnens in Gastfamilien“ wird für hilfe- und pflegebedürftige Menschen in einem ländlich geprägten Landkreis als eine Möglichkeit der niederschweligen, wohnortnahen Unterstützung gesehen, da der Bedarf an einer nur tages- oder stundenweisen Versorgung wächst.

Es gibt zwar eine wachsende Zahl an Tagespflegeplätzen im Landkreis Tuttlingen. Allerdings sind diese schwerpunktmäßig in den dichter besiedelten Gebieten rund um die größeren Städte verortet. Für Menschen außerhalb dieser Raumschaften ist es deshalb nur mit erheblichem Aufwand (Transportwege) oder gar nicht möglich, Tagesbetreuungsangebote zu nutzen.

Mit Blick auf diese Entwicklung wurde die Idee geboren, ein innovatives Betreuungsangebot in Gastfamilien zu entwickeln. Über die landkreiseigene Fachstelle für Pflege und Senioren (Pflegestützpunkt) wurden dazu Kontakte in den Landkreis Main-Kinzig-Kreis geknüpft, wo erfolgreich dementiell erkrankte Menschen über ein Modellprojekt „SoWieDaheim“ tages- und stundenweise in Gastfamilien betreut werden. Im Rahmen einer Informationsfahrt, an der Nachbarschaftshilfen, Pflegedienste, Bürgermeister, der Kreisseniorinnenrat und Mitarbeiter des Landkreises teilgenommen haben, konnte man einen sehr guten Einblick in die Arbeit und die Wirkungsweise des Projekts gewinnen.

Vor dem Hintergrund der im Projekt „SoWieDaheim“ gemachten Erfahrungen ging man gemeinsam mit der Beratungsfirma aku daran, ein neues und kon-

zeptionell für den Landkreis angepasstes Projekt auf Basis einer Betreuung im Wohnzimmer/in der Wohnung von Gastfamilien durchzuführen.

Gemeinsam wurde in mehreren Gesprächsrunden mit dem Sozialministerium, den Pflege- und Krankenkassen, der Firma Aku und den kommunalen Fachleuten ein für den Landkreis Tuttlingen zugeschnittenes Betreuungskonzept entwickelt, das sich allerdings von dem Unterstützungsangebot im Main-Kinzig-Kreis erheblich unterscheidet. Dort ist die tragende Rolle einschließlich der aufzubringenden Projektmittel dem Landkreis zugeschrieben worden. Beim Projekt in Tuttlingen stehen die Nachbarschaftshilfen im Mittelpunkt, da wir der Meinung sind, dass ein derartiges niederschwelliges Betreuungsangebot vor Ort nur von diesen überzeugend und wirkungsvoll umgesetzt werden kann.

Nach weiteren Abstimmungsprozessen bekam der Landkreis Tuttlingen im Sommer 2015 den Zuschlag, dass die Projektkonzeption zum Zuge kommt und modellhaft für ganz Baden-Württemberg erprobt werden soll. Das Modellprojekt „Qualitätsgesicherte häusliche Tagespflege in Gastfamilien“ wird vom Land und den Pflegekassen bis 31. Dezember 2018 gefördert und startet nach Vorbereitungsarbeiten im Herbst 2016.

Das Projekt ist bewusst niederschwellig. Es wird keine besondere Qualifizierung der Gastfamilien verlangt. Ferner muss die Wohnung/das Wohnzimmer nicht zwingend barrierefrei sein. Bauliche Erfordernisse gibt es keine. Die Gastfamilie betreut mindestens einen, maximal fünf Seniorinnen/Senioren an einem bis maximal zwei Tagen in der Woche. Die Nachbarschaftshilfevereine vor Ort suchen geeignete Gastfamilien und begleiten diese, gemeinsam mit den Fachleuten des Pflegestützpunktes.

Die Gastfamilien bekommen 45 Euro pro Tag für die Betreuung, 20 Euro pro Tag für die Bereitstellung der Wohnung und 5 Euro pro Gast für die Verpflegung.

Der Gast bezahlt 58 Euro am Tag. Durch die Beteiligung von Land und Pflegekassen konnte die Höhe des Betreuungssatzes so bemessen werden, dass sich die hilfebedürftigen Menschen dieses Betreuungsangebot leisten können und die Kosten in der Regel über die Leistungen der Pflegekassen abgedeckt werden können. Sollte dies im Einzelfall nicht ausreichend sein, besteht die Möglichkeit der ergänzenden Hilfe durch das Sozialamt, sofern Hilfebedürftigkeit im Sinne des SGB XII vorliegt.

Nach drei Jahren wird das Projekt vom Sozialministerium evaluiert.

Der Kreis ist aus den Vorgesprächen mit den Nachbarschaftshilfen zuversichtlich, dass sich bis zu sechs Nachbarschaftshilfen an der Umsetzung des Projekts beteiligen. Ziel ist es, bis zum Ende der Projektlaufzeit in jeder Raumschaft der Nachbarschaftshilfen eine Gastfamilie zu finden. Bei einer durchschnittlichen Belegung mit vier Gästen können damit insgesamt bis zu 24 Plätze zur Versorgung von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen geschaffen werden.

„Wir unterstützen und entlasten damit gleichzeitig die pflegenden Angehörigen und verschaffen ihnen Raum und Möglichkeit, den zur Erholung notwendigen Abstand vom Pflegealltag zu bekommen und neue Kraft zu schöpfen“, so Bernd Mager, Sozialdezernent des Landkreises. Die betreuten Menschen selbst brauchen keine langen Wege in Kauf zu nehmen, da die Gastfamilien in der Regel im selben Ort oder in der Raumschaft des Nachbarschaftshilfevereins wohnen.

Durch das Modellprojekt soll es gelingen, die Struktur der niederschweligen, wohnortnahen Betreuungsangebote zu stärken und weiter auszubauen. Durch die Einbindung der Nachbarschaftshilfen erfahren auch diese eine Stärkung ihrer Position in der Landschaft der Leistungsanbieter für hilfe- und pflegebedürftige Menschen. Damit einher geht auch eine Wertschätzung des unverzichtbaren Einsatzes ehrenamtlicher Arbeit der Nachbarschaftshilfen.

Als einziger Modellteilnehmer erfährt der Landkreis einen Imagegewinn und kann als Pilotträger ein Unterstützungsangebot erproben, das für andere Landkreise und Städte zukünftig beispielgebend weiterverbreitet und entwickelt werden soll.

Nicht unerheblich ist außerdem, dass durch diese niederschwellige Versorgung hilfe- und pflegebedürftiger Menschen deutlich teurere Maßnahmen, wie z.B. eine vollstationäre Unterbringung im Pflegeheim, im günstigsten Fall vermieden oder zumindest zeitlich verzögert werden kann. Das spart ein Vielfaches der Kosten, die für die Modellumsetzung vom Landkreis eingebracht werden müssen.

Rems-Murr-Kreis: Lotsendienst für Hilfesuchende nimmt Arbeit auf – Neue Selbsthilfekontaktstelle im Landratsamt – Schlaganfallpatient berichtet von seinen Erfahrungen

Von einem Tag auf den anderen nicht mehr sprechen und nicht mehr laufen zu können, plötzlich einen nahen Angehörigen zu verlieren oder die Diagnose einer schweren Krankheit zu erhalten: Betroffene bringt das oft in eine zunächst ausweglos erscheinende Lage. Um nach einem solchen einschneidenden Erlebnis wieder auf die Beine zu kommen, gibt es unzählige Selbsthilfegruppen, die täglich wertvolle Arbeit leisten, um Menschen den Alltag zu erleichtern. Doch dazu muss der Betroffene auch den Weg zur passenden Selbsthilfegruppe finden.

Seit Dezember gibt es dafür die neue Selbsthilfekontaktstelle im Landratsamt des Rems-Murr-Kreises unter der Leitung von Ilse Schmid. Beim Aufbau der Stelle leistet ihre Kollegin Birgit Stanew-Zinnemann zudem einen wichtigen Beitrag. Am 16. März 2016 stellte sich die Selbsthilfekontaktstelle Pressevertretern vor. Das Hauptaugenmerk ihrer Arbeit soll auf der Unterstützung der Selbsthilfegruppen im Landkreis liegen. Dies geschieht einerseits durch Beratung von



Stellten die neue Selbsthilfekontaktstelle im Landratsamt vor (von links): Birgit Stanew-Zinnemann von der Selbsthilfekontaktstelle, Kai Schroeder vom Gesundheitsamt, Ilse Schmid von der Selbsthilfekontaktstelle, die Leiterin des Gesundheitsamts und Sozialdezernentin des Rems-Murr-Kreises Dr. Rosemarie Längle-Sanmartin und Dr. Klaus Feurer, Vorstand und ehrenamtlicher Ansprechpartner der Schlaganfall-Selbsthilfegruppe Rems-Murr Winnenden.

Menschen, die nach einer Erkrankung oder einem Schicksalsschlag auf Hilfe angewiesen sind. Andererseits gilt es, die verschiedenen Selbsthilfegruppen miteinander zu vernetzen und mögliche Konflikte zu lösen.

Wie wichtig diese Aufgaben sind, wurde durch die Schilderungen des Gastes Dr. Klaus Feurer vor Augen geführt. Der promovierte Ingenieur war in leitender Stellung in der Wirtschaft tätig, als sein Leben von einem Tag auf den anderen durch einen Schlaganfall aus den Fugen geraten ist. Erst Jahre nach dem Schlaganfall, als er bereits in Rente war, besucht er erstmals die Schlaganfall-Selbsthilfegruppe Rems-Murr Winnenden. „Nach einem Schlaganfall sondert man sich ab, das ist ganz normal“, sagt Dr. Feurer. Dabei hilft Betroffenen der Austausch mit Menschen, die in derselben Lage sind. „Der eine kann schlecht laufen, der andere nicht reden – wir haben eben alle unsere Mängel, aber das ist halt so“, sagt Dr. Feurer. Die Selbsthilfegruppen vermitteln wieder eine Perspektive, wie sich trotz Beeinträchtigung, Krankheit oder Suchtproblematik ein zufriedenes Leben führen lässt. Mittlerweile ist er als

frühere Führungskraft Leiter der Selbsthilfegruppe und genießt es, anderen etwas beibringen zu können.

Allein im Rems-Murr-Kreis gibt es an die 100 verschiedenen Selbsthilfegruppen, mehr als 90 davon sind im gesundheitlichen Bereich angesiedelt und seit 2016 werden diese von den Krankenkassen stärker finanziell gefördert. Trotz der zahlreichen Selbsthilfegruppen, die selbst für seltene Erkrankungen wie Lupus Erythematoses (eine seltene Autoimmunerkrankung) oder Mittelmeeranämie (eine Erkrankung der roten Blutkörperchen) bestehen, fehlte bisher eine zentrale Anlaufstelle für Betroffene. Genau hier will die Selbsthilfekontaktstelle ansetzen und Hilfe leisten.

Für Dr. Rosemarie Längle-Sanmartin war es ein Anliegen von höchster Priorität, eine zentrale Anlaufstelle für die verschiedenen Selbsthilfegruppen zu haben. Die Sozialdezernentin des Landratsamtes macht deutlich, dass Selbsthilfegruppen inzwischen neben ambulanter und stationärer Behandlung sowie dem öffentlichen Gesundheitsdienst als „die vierte Säule des Gesundheitswesens“ angesehen werden. „Dieses ehrenamtliche

Engagement von Betroffenen ist etwas sehr Wertvolles“, so die Sozialdezernentin.

Hauptverantwortliche für das Projekt ist Ilse Schmid. Die studierte Sozialpädagogin arbeitete zunächst mit Jugendlichen, die individualisierte Hilfe bei der Ausbildung benötigen. Die 48-Jährige sieht die Funktion der neugegründeten Selbsthilfekontaktstelle vor allem als die eines Lotsen an. „Sie soll Menschen da abholen, wo sie gerade stehen, und sie begleiten“, und somit für Hilfesuchende die passende Selbsthilfegruppe finden und den Kontakt herstellen.

Ilse Schmid hält es mit dem Medizinsoziologen Aaron Antonovsky, der das Leben mit einem Fluss verglich, in welchem „niemand sicher am Ufer entlangelange“. Stattdessen ist der Fluss gezwungen, sich unterschiedlichen Umweltbedingungen anzupassen. Die zentrale Frage lautet dabei: Wie passt man sich als Betroffener den neuen Lebensumständen an? Wie wird man in diesem Fluss des Lebens ein guter Schwimmer? Oft sind es Ereignisse, die nicht beeinflussbar sind und vollkommen unerwartet geschehen, die Menschen dazu zwingen, ihr Leben von einem Tag den neuen Bedingungen anzupassen. Es sind Geschichten, wie die des Dr. Klaus Feurer.

Die Selbsthilfekontaktstelle leistet einen entscheidenden Beitrag dazu, dass diese Menschen, die in dem bisherigen Fluss des Lebens nicht mehr mitschwimmen können, unter den neuen Bedingungen wieder zu guten Schwimmern werden.

Zweiter Regionaler Runder Tisch des Präventionsnetzwerks Ortenaukreis tagte in Haslach – Kernthemen Mediennutzung und Bewegung

Zum zweiten Regionalen Runden Tisch im Rahmen des Präventionsnetzwerks Ortenaukreis (PNO) hieß die Präventionsbeauftragte der Region Haslach, Michaela Göhrig vom Landratsamt Ortenaukreis, kürzlich rund 20 Koopera-

tionspartner aus dem Gesundheits-, Jugendhilfe- und Bildungswesen im Caritashaus Haslach willkommen. Neben Kinderärzten und Vertretern der Sozialen Dienste der Raumschaft Haslach nahmen auch ausgewählte Leitungen und Elternvertreter von Grund- und Förderschulen sowie Kindertageseinrichtungen an dem Austausch teil. Dabei bekamen die Teilnehmer einen Überblick über das bereits etablierte PNO-Angebot, Einblicke in die Arbeit anderer Netzwerkmitglieder, tauschten sich über erste Erfahrungen mit dem PNO aus und befassten sich in Arbeitsgruppen mit den Schwerpunktthemen Mediennutzung und mangelnde Bewegung von Drei- bis Zehnjährigen.

So stellte Monika Ullrich-Kurth von der Psychologischen Beratungsstelle Haslach die Arbeitsfelder und Zielgruppen ihrer Einrichtung vor, die Eltern und Familien, Kinder, Jugendliche und junge Menschen bis 26 Jahre dabei unterstützt, Probleme zu bewältigen. Über erste positive Erfahrungen berichteten Maria Künstle vom Katholischen Kindergarten „St. Josef“ in Oberwolfach und Elisabeth Pasternack vom Evangelischen Kindergarten „Unterm Regenbogen“. Ihre Teams hatten bereits Fortbildungen des PNO erhalten, bei denen die seelische Gesundheit und Resilienz, also die psychische Widerstandsfähigkeit bei der Krisenbewältigung, besonders im Blick standen. Beide Kindergartenleiterinnen werteten die Schulungen als enormen Zugewinn für die pädagogische Arbeit, durch die bereits einige Veränderungen im Alltag der Kindertageseinrichtungen spürbar seien.

„Die vielen Impulse des Treffens werden wir in die Entwicklung von Netzwerkprojekten einfließen lassen. Wir möchten damit die Lücken in der Angebotslandschaft der Prävention und Gesundheitsförderung systematisch schließen und eine noch stärkere Vernetzung zwischen den Systemen ermöglichen“, zeigte sich Göhrig mehr als zufrieden. Insbesondere die Anregungen und Ideen der Arbeits-

gruppen zu den Kernthemen Mediennutzung und mangelnde Bewegung außerhalb von Bildungsinstitutionen – Themen, die im Zuge einer Bestands- und Bedarfserhebung als zentrale Zukunftsthemen eingestuft worden waren – seien aufschlussreich gewesen. Aus ihnen ließen sich bereits mittelfristig konkrete Maßnahmen ableiten.

Ziel und Aufgabe des 2014 im LRA Ortenaukreis gegründeten PNO ist die Förderung der körperlichen und seelischen Gesundheit sowie der sozialen Teilhabe von drei- bis zehnjährigen Kindern und ihren Familien. Gemeinsam mit dem Zentrum für Kinder- und Jugendforschung im Forschungs- und Innovationsverbund an der Evangelischen Hochschule Freiburg hat der Ortenaukreis mit dem Präventionsnetzwerk Ortenau ein mit den Ortenauer Frühen Hilfen vergleichbares Netzwerk auch für Kinder jenseits des dritten Lebensjahres aufgebaut.

Im Oktober 2015 fand dazu die erste kreisweite Präventions- und Gesundheitskonferenz mit Funktions- und Entscheidungsträgern aus dem Gesundheits-, Jugendhilfe- und Bildungssystem statt. An regelmäßig stattfindenden Regionalen Runden Tischen werden nun Bedürfnisse und Lücken ermittelt und Ideen zu bedarfsorientierten Angeboten zusammengetragen.

Weitere Informationen über das PNO und seine Beteiligungsmöglichkeiten für Kitas und Schulen gibt es unter www.pno-ortenau.de.

Schulen

Die Gewerbliche Schule Göppingen erhält Fördermittel des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft für das Projekt „Green Factory“ – Übergabe der Bewilligung durch Herrn Staatssekretär Peter Hofelich MdL

Am 4. März 2016 übergab Herr Staatssekretär Peter Hofelich MdL offiziell die Bewilligung der Fördermittel im Rahmen einer kleinen Feierstunde an der Gewerblichen Schule Göppingen. Das Vorhaben der Gewerblichen Schule Göppingen mit einem Gesamtvolumen von rund 550 000 Euro wird mit insgesamt 264 000 Euro durch das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft gefördert.

Mit zunehmender Digitalisierung der Arbeitswelt stehen Facharbeiter und Techniker vor immer neuen Herausforderungen. Um diese jungen Menschen auf ihre zukünftigen Tätigkeiten angemessen vorzubereiten, bedarf es der kontinuierlichen Weiterentwicklung der beruflichen Bildung sowohl in der dualen Ausbildung als auch in der Weiterbildung. Die berufliche Aus- und Weiterbildung findet einerseits an den beruflichen Schulen, andererseits in den Betrieben der Wirtschaft statt. Seitens der beruflichen Schulen bedarf es der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Laborausstattung und der Kompetenzen der unterrichtenden Lehrkräfte.

Im Januar 2015 wurde an der Gewerblichen Schule Göppingen die Lernfabrik 4.0 in Betrieb genommen. Die Anlage setzt sich aus modularen Produktionssystemen (MPS-Stationen) und MPS-Transfer-Factory-Zellen der FESTO-didactic zusammen und bietet unterschiedliche Verknüpfungs- bzw. Verkettungsmöglichkeiten der einzelnen Module. So können Automatisierungs- und Fertigungssysteme, nach dem derzeitigen Stand „Industrie 4.0“, dargestellt und der Ausbildung im Rahmen der Berufsschule (Mechatroniker, Elektroniker



für Automatisierungstechnik, Industriemechaniker, Fachinformatiker), der Fachschule für Technik (Technikerschule) sowie dem dualen Studiengang MechatronikPLUS zugänglich gemacht werden. Mit dieser beispielgebenden Investition wurde die Basis für eine zukunftsorientierte berufliche Bildung an der Gewerblichen Schule Göppingen im Bereich der Steuerungs- und Regelungstechnik sowie der Automatisierungstechnik geschaffen. Parallel dazu wurden die Lehrkräfte der Gewerblichen Schule Göppingen von Festo-didactic an der Anlage geschult. Um weitere Lernfelder bzw. Fächer der einschlägigen Ausbildungsberufe und Weiterbildungsgänge in Lernsituationen zu Industrie 4.0 im Labor handlungsorientiert umsetzen zu können und darüber hinaus auch Ausbildungsberufe des Handwerks wie Elektroniker für Energie- und Gebäudetechnik in den Bereich „Industrie 4.0/Wirtschaft 4.0“ zu integrieren, soll die Lernfabrik 4.0 um einen weiteren Laborraum unter dem Projekttitle „Green Factory“ erweitert werden.

Ein vorhandener, älterer Laborraum steht nun zur Überarbeitung beziehungsweise zum Umbau an. Dieser Raum soll zu einem modernen Unterrichtslabor mit dem Schwerpunkt Antriebstechnik, Energieeffizienz und Umwelttechnik sowie Cloud-Anbindung umgestaltet werden. Mit der geplanten Anlage lassen sich

neben Themen aus der Steuerungs-, Regelungs- und Automatisierungstechnik insbesondere Aufgaben aus den Bereichen Energie, Energieeffizienz und Energierückgewinnung darstellen. Dabei ist die Anlage so konzeptioniert, dass die spezifischen Anforderungen im Hinblick auf „Industrie 4.0/Wirtschaft 4.0“ erfüllt werden.

Die Laboreinrichtungen Green Factory sollen insbesondere in folgenden Bildungsgängen zum Einsatz kommen:

- Fachschule für Technik in den Fachrichtungen Elektrotechnik und Automatisierungstechnik
- Berufsschule in den Ausbildungsberufen Elektroniker für Energie- und Gebäudetechnik, Mechatroniker, Elektroniker für Automatisierungstechnik, Industriemechaniker, Fachinformatiker
- Technisches Gymnasium in der Profilen Mechatronik, Umwelttechnik, Technik und Management und Informationstechnik

Darüber hinaus kann in einem weiteren Entwicklungsschritt der Fachbereich Kraftfahrzeugtechnik mit Blick auf die Elektromobilität und Vernetzung von Fahrzeugen einbezogen werden.

Hohenlohekreis:

Römerlegion in Bereitschaft versetzt – Schülerinnen und Schüler der Gewerblichen Schule Öhringen stellen römische Stahlsoldaten her

In Reih und Glied warten die römischen Stahlsoldaten mit ihrem großen Centurio auf ihren friedlichen Einsatz auf der Landesgartenschau 2016 in Öhringen. In den Werkstätten der Gewerblichen Schule Öhringen entstanden die über 50 kg schweren Statuen, welche nach einer Idee von Johannes Schlarb und unter dessen Anleitung vornehmlich von den Schülerinnen und Schülern der einjährigen Berufsfachschulen Räder (1BFR) und Metalltechnik (1BFMF) hergestellt wurden.

Nach ersten Versuchsmodellen gelang es den begeisterten Auszubildenden durch



Die von Schülern der Gewerblichen Schule Öhringen hergestellten römischen Stahlsoldaten und ihr Offizier warten auf ihren Einsatz auf der Landesgartenschau in Öhringen.

geschicktes Layouten, die Einzelteile eines jeden Römers aus nur jeweils einer 5 mm starken Blechtafel auf der CNC-Plasmaschneidanlage auszuschnitten. Für die Weiterbearbeitung der Zuschnitte und das Zusammenschweißen konnten zunehmend Merkmale der Kleinserienfertigung lehrreich umgesetzt werden. Schlarb hat sich neben seiner Werkstattlehrertätigkeit als Kfz-Meister zum Schweißlehrer weiterbilden lassen und ist als Schweißfachmann an der Kursstätte des Deutschen Verbands für Schweißen und verwandte Verfahren e.V. (DVS) der Gewerblichen Schule Öhringen kompetenter Ansprechpartner.

**Hohenlohekreis:
Technisches Gymnasium Künzelsau –
Seminar Kurs für Physik wird
Regionalsieger bei Jugend forscht**

Die Gewerbliche Schule Künzelsau ist mächtig stolz auf ihren ersten Seminar Kurs für Physik mit dem Titel „Supraleitung“. Dieser wurde mit dem Ziel, am Wettbewerb Jugend forscht teilzunehmen, angeboten. Das Projekt „Erforschung einer supraleitenden Keramik im Magnetfeld am Beispiel einer Magnetschwebbahn“ wurde nun beim 18. Regionalwettbewerb von Jugend forscht

mit dem ersten Preis ausgezeichnet. Die Projektgruppe besteht aus Stefan Buck, Thomas Gaufer und Marc Hirsch aus der Abschlussklasse des ersten Durchgangs des Technischen Gymnasiums Künzelsau. Geleitet und betreut wird der Seminarkurs von Lars Schneider, Mathematik- und Physiklehrer der Abiturienten. Die Forschergruppe stieg in die Theorie der Festkörperphysik ein. Im Fokus standen die Eigenschaften einer supraleitenden Keramik im externen Magnetfeld. Unter anderem wurde der Supraleiter in der Meißner- und Shubnikov-Phase untersucht. In der praktischen Umsetzung steht das Ergebnis einer funktionsfähigen Magnetschwebbahn mit diversen Schikanen. In die Bahn wurden ein Looping, eine Steilkurve und eine 270°-Spirale integriert. Besonders das kontaktlose, fast reibungsfreie Gleiten eröffnet Magnetschwebbahnen viele Möglichkeiten für eine reale Umsetzung. Mögliche Einsatzgebiete sind spektakuläre Achterbahnen in Freizeitparks, Magnetschwebbahnen im Personenverkehr oder Förderbänder in der Industrie.

„Mit dem Projekt konnten wir ein für uns neues Themengebiet der Physik nicht nur theoretisch, sondern vor allem auch

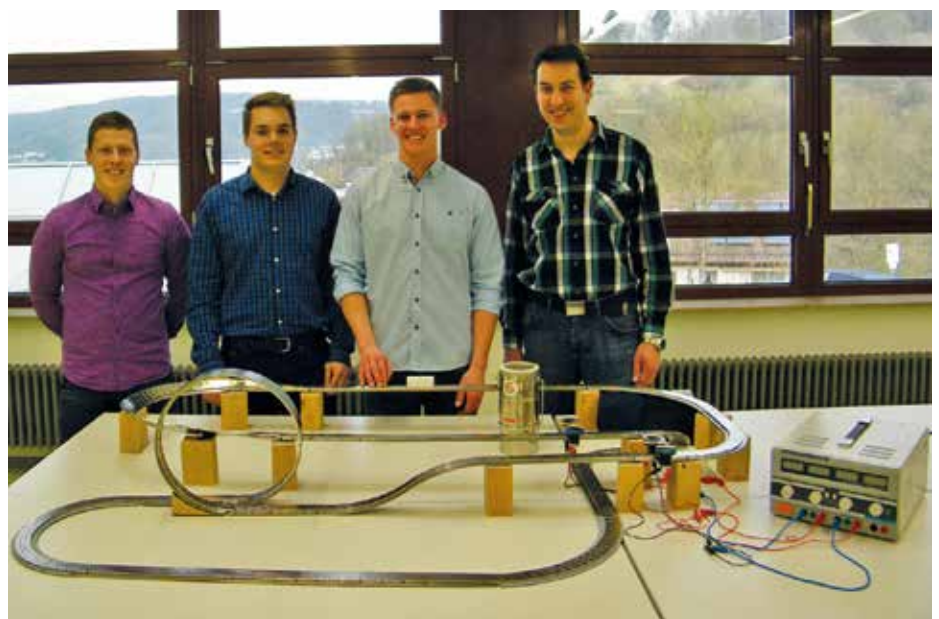
praktisch erschließen. Wir waren gerne bereit einige Nachtschichten einzulegen, denn das Projekt hat uns neben wissenschaftlicher Bereicherung viel Freude und Spaß bereitet“, berichten die drei erfolgreichen Abiturienten.

Der Seminarkurs fand im neuen Schülerforschungs- und Technikzentrum Hohenlohe in der Gewerblichen Schule Künzelsau statt. Das Projekt wurde durch die finanzielle Unterstützung der Innovationsregion Hohenlohe ermöglicht.

Durch ihren Sieg beim 18. Regionalwettbewerb in der FH Künzelsau waren die drei Forscher berechtigt am 51. Landeswettbewerb „Jugend forscht“ in Fellbach teilzunehmen. Darüber hinaus erhielten sie den Sonderpreis des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg.

**Landkreis Karlsruhe:
Kenntnisse in Wirtschaftsinformatik
werden an den Beruflichen Schulen
in Bretten gestärkt**

Der Landkreis Karlsruhe wird die Automatisierungsanlage an den Beruflichen Schulen Bretten (BSB) modernisieren



V.l.n.r.: die Abiturienten Stefan Buck, Thomas Gaufer, Mark Hirsch und Physiklehrer Lars Schneider mit ihrem erfolgreichen Projekt „Magnetschwebbahn“



Freuen sich über die Kooperation zur Berufsorientierung für die Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schulen Bretten: Schülersprecher Michael Hofsäß, Landrat Dr. Christoph Schnaudigel, Schulleiterin Barbara Sellin, SEEBURGER AG-Vorstandsmitglied Friedemann Heinz, Brettens Oberbürgermeister Martin Wolff und IHK-Projektleiterin Annemarie Herzog (v.l.n.r.).

und damit den Einstieg in die Lernfabrik 4.0 beginnen. „Dieser aktuelle Beschluss des Kreistags im Januar verfolgt das gleiche Ziel wie die heutige Kooperationsvereinbarung der BSB mit der Firma Seeburger AG: junge Menschen sollen praktische Erfahrung mit technischen, it-gestützten Sachverhalten sammeln, um theoretische und praktische Ausbildungsinhalte miteinander zu verzahnen und Schülerinnen und Schüler fit für den digitalen Wandel zu machen“, hob Landrat Dr. Christoph Schnaudigel die Bedeutung von informationstechnischer Bildung hervor. Anlass war die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung im Rahmen der Aktion „Wirtschaft macht Schule“ am 9. März 2016.

„Als einziger Fachklassenstandort im Landkreis Karlsruhe für die IT-Berufe sind die Beruflichen Schulen Bretten ein wichtiger Partner für Industrie und Wirtschaft. Von der Kooperation mit der Seeburger AG profitieren unsere IT-Systemkaufleute, Informatik-Kaufleute sowie die Schülerinnen und Schüler des Technischen Gymnasiums (TG) mit dem Profil Informationstechnik. Die Seeburger AG ist als weltweit tätiges Unternehmen, das Beratung, Konzeption und Umsetzung aus einer Hand zur

Automatisierung von Geschäftsprozessen anbietet, ein engagierter Partner für die technikbegeisterte Schülerschaft“, freute sich Schulleiterin Barbara Sellin über die mittlerweile siebte Kooperation der Schule mit Unternehmen aus der Wirtschaft.

Die Kooperationspartner sind sich nicht unbekannt. „Wir bilden seit 15 Jahren IT-Systemkaufleute aus und bieten zudem regelmäßig Praktikantenprojektwochen für das Profil Informationstechnik an“, berichtete Friedemann Heinz, Vorstandsmitglied der Seeburger AG. „Wir wollen mit dieser Zusammenarbeit den Fachkräften von morgen die Entscheidung für ihre Berufswahl erleichtern. Sie können bei uns den Arbeitsalltag kennenlernen und erfahren so frühzeitig, welche sozialen und technischen Kompetenzen gefragt sind.“

Landrat Dr. Christoph Schnaudigel und Brettens Oberbürgermeister Martin Wolff waren sich darüber einig, dass der informationstechnische Bereich gut qualifizierten und motivierten jungen Menschen hervorragende Zukunftsperspektiven bietet. Gerade die TechnologieRegion Karlsruhe sei einer der bedeutendsten Standorte im IT-Sektor, befanden die beiden Politiker. Im Rahmen der Initiative

der IHK „Wirtschaft macht Schule“ haben alle Beruflichen Schulen im Landkreis Karlsruhe enge Kooperationen mit Unternehmen, um jungen Menschen den Übergang zwischen Schule und Beruf zu erleichtern.

Landkreis Lörrach: Startschuss für die Zukunft der Beruflichen Schulen

Im Prozess der regionalen Schulentwicklung (RSE) hat der Landkreis einen weiteren Meilenstein erreicht: Das Regierungspräsidium hat die Maßnahmen für die Zukunft der beruflichen Schulen des Kreises genehmigt. Damit kann jetzt der Startschuss für die Umsetzung der Ergebnisse aus dem RSE-Prozess gegeben werden, an dem zahlreiche Akteure beteiligt waren und vielseitige Interessen vereint werden konnten. Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer nahm dies am 9. Juni 2016 zum Anlass, die Mathilde-Planck-Schule und die Gewerbeschule in Lörrach zu besuchen, um sich vor Ort einen Eindruck zu verschaffen.

„Mit der regionalen Schulentwicklung geben wir gerade im Bereich der beruflichen Schulen eine Antwort auf die sich verändernden Herausforderungen des Arbeits- und Ausbildungsmarktes. Oberstes Ziel ist und bleibt es, jedem jungen Menschen, den für ihn besten Bildungsabschluss bieten zu können. Hierbei sehen wir uns als Regierungspräsidium nicht nur in der Rolle der Entscheider, sondern wir beraten im Vorfeld alle Akteure. Ich freue mich daher sehr, dass es hier in enger Abstimmung mit allen Beteiligten über die Landkreisgrenzen hinweg gelungen ist, das Angebot der beruflichen Schulen in Lörrach zu optimieren und somit langfristig zu sichern“, so die Regierungspräsidentin. Mit Investitionen in Höhe von rund 21 Mio. Euro innerhalb der nächsten Jahre sollen umfangreiche Modernisierungen und neue technische Ausstattungen insbesondere für die gewerblichen Fachbereiche vorgenommen werden, um

jungen Auszubildenden eine zeitgemäße Ausbildung ermöglichen.

Mit der Einrichtung der Stabsstelle Schulentwicklung hat der Landkreis das Projekt „Regionale Schulentwicklung“ nach einigen Jahren Vorbereitung 2014 konkret in Angriff genommen. Dabei galt es entsprechend der Vorgaben nach dem baden-württembergischen Schulgesetz vom 1. Juli 2014 das Verfahren der Regionalen Schulentwicklung (RSE) mit allen Beteiligten – Schulleitungen, Kammervertretern, Innungen, Verbänden und dem Nachbarlandkreis sowie dem Regierungspräsidium – durchzuführen. Des Weiteren war wichtige Voraussetzung für den Prozess, eine klar definierte Raumschaft festzulegen, die von den möglichen Veränderungen an den beruflichen Schulen betroffen sein könnte.

Nachdem zunächst eine Bestandsaufnahme an den sechs beruflichen Schulen im Landkreis erfolgte, wurden landkreisübergreifende Recherchen durchgeführt. Im Anschluss erfolgte eine intensive Analyse der Einflussfaktoren wie die demografische Entwicklung, die lokalen Wirtschaftsstrukturen, sich wandelnde Schülerpräferenzen und nicht zuletzt ein zu erwartender Fachkräftemangel. Maßgeblich für die Berücksichtigung der Neuausrichtung waren auch die Interessen der lokalen Betriebe, ihre Auszubildenden weiterhin möglichst innerhalb des Landkreises zu beschulen. Ebenso galt es für mögliche Verlagerungen von Fachbereichen für die rund 7000 Schülerinnen und Schüler eine zumutbare Erreichbarkeit zu gewährleisten. Hierfür wurde eine Fahrtwegeanalyse durchgeführt.

Nach der Erarbeitung erster Szenarien wurden in verschiedenen Gremien und Arbeitskreisen in zahlreichen Gesprächen mit den Beteiligten (Schulleitungen, Kammervertretern, Innungen, Verbänden und dem Nachbarlandkreis sowie dem Regierungspräsidium) in die Praxis umsetzbare Konzeptansätze herausgearbeitet, aus denen abschließend einer favorisiert wurde.

Der Kreistag legte im Juli 2015 schließlich eine Neustrukturierung fest, mit dem Ziel der Beibehaltung und Stabilisierung der drei Berufsschulstandorte in Lörrach, Schopfheim und Rheinfelden sowie der Schaffung von „Kompetenzzentren“ durch Verlagerungen und Bündelung einzelner Fachbereiche an den gewerblichen Schulen: Der Gewerbeschulstandort Lörrach wird sich im Metall- und Elektronikbereich zielgerichtet weiterentwickeln können, in Rheinfelden wird neben dem angestammten Chemie-fachbereich die Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker das schulische Angebot arrondieren und Schopfheim wird zum Zentrum baunaher Handwerksberufe umgestaltet.

Bei den beiden kaufmännischen Schulen richtet sich das Augenmerk auf die interne Entwicklung durch eine stete Professionalisierung von EDV-gestützten Anwendungen sowie durch eine zunehmend internationalen Anforderungen Rechnung tragende Ausbildung.

Durch Baumodernisierungen kann im Wege der Zusammenfassung der Schulangebote in Lörrach für die Mathilde Planck-Schule die Altenpflege neben der Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher erfolgen.

Landkreis Ludwigsburg: Jubiläumsfeier mit Podiumsdiskussion zum 40-jährigen Bestehen der Beruflichen Gymnasien am BSZ

Das 40-jährige Bestehen der Beruflichen Gymnasien am Beruflichen Schulzentrum Bietigheim-Bissingen (BSZ) ist am 26. Februar 2016 mit einer Jubiläumsfeier und einer Podiumsdiskussion im BSZ begangen worden. „Die Entwicklung der Beruflichen Gymnasien am BSZ wie auch an den anderen fünf Beruflichen Schulen in der Trägerschaft des Landkreises ist eine beeindruckende Erfolgsgeschichte. In Bietigheim-Bissingen sind wir 1975/76 mit 56 Schülerinnen und Schülern gestartet, heute sind es 652 Schülerinnen und Schüler. Fast 4000 junge Menschen

haben in den zurückliegenden 40 Jahren das Berufliche Gymnasium des BSZ erfolgreich abgeschlossen“, sagte Landrat Dr. Rainer Haas. Er warnte die Politik davor, durch strukturelle Veränderungen in der Schullandschaft die hervorragende Entwicklung der Beruflichen Gymnasien zurückzudrehen. Am Podiumsgespräch nahmen neben Landrat Haas Kultusminister Andreas Stoch, Unternehmer Frank Hofmeister, Schulleiter Stefan Ranzinger sowie Schüler und Absolventen der Beruflichen Gymnasien teil.

„Das Berufliche Gymnasium bietet durch intensiven Unterricht und starken Praxisbezug in der jeweiligen beruflichen Richtung eine gute Vorbereitung auf die Berufswelt oder das Studium. Es ist zudem eine Schule für Bildungsaufsteiger und für soziale Aufsteiger“, fuhr Haas fort. Der Wechsel auf das Berufliche Gymnasium bedeute für viele Schülerinnen und Schüler die Chance auf einen Neustart und die Möglichkeit, ihren Neigungen und Interessen besser nachgehen zu können.

Die Pluspunkte des Beruflichen Gymnasiums seien vor allem in Baden-Württemberg nicht folgenlos geblieben: In den vergangenen 15 Jahren sei hier die Schülerzahl an den Beruflichen Gymnasien um rund 75 Prozent gestiegen. Jedes dritte Abitur in Baden-Württemberg, so Haas, werde an einem Beruflichen Gymnasium absolviert. Damit sei das Berufliche Gymnasium in Baden-Württemberg im Vergleich aller Bundesländer am stärksten ausgebaut. Auch der Landkreis als Schulträger habe das Platzangebot in der Eingangsklasse der Beruflichen Gymnasien im vergangenen Jahrzehnt um 66 Prozent auf 780 Schulplätze erhöht, die mit wiederum 95 Prozent hervorragend ausgelastet seien. „Wir haben stark in den Ausbau der Beruflichen Gymnasien investiert und stellen aktuell etwa 100 Klassenzimmer und zusätzliche Räume mit Spezialeinrichtungen, wie Werkstätten, Labors und PC-Räume, zur Verfügung“, stellte Haas fest. Rund 2100 junge Menschen und damit 20 Pro-

zent der Schülerinnen und Schüler der sechs Beruflichen Schulen im Landkreis besuchen ein Berufliches Gymnasium. Der Chef der Kreisverwaltung hob hervor, dass das BSZ zum Schuljahr 2001/02 begonnen habe, Themenschwerpunkte, sogenannte Profile, einzurichten. Heute biete das BSZ mit insgesamt sechs solcher Profile die größte Profil-Vielfalt an Beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg. Zudem gebe es seit der Einführung des sechsjährigen Technischen Gymnasiums am BSZ zum Schuljahr 2012/13 an keinem anderen Standort im Land eine stärkere Nachfrage für diesen Bildungsgang. Landrat Haas hob auch hervor, dass sich das BSZ im Rahmen des sechsjährigen Technischen Gymnasiums ab dem Schuljahr 2017/2018 am Tablet-Projekt beteiligt, bei dem im Endausbau rund 180 Schülerinnen und Schüler ein Tablet für das Lernen im und außerhalb des Unterrichts bekommen. Der Landkreis übernehme die Hälfte der Projektkosten, so Landrat Haas.

Zum Schluss kritisierte er Pläne der Politik, auf die neue Gemeinschaftsschule eine gymnasiale Oberstufe zu setzen oder eine generelle Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium zu ermöglichen. „Beides würde dazu führen, dass Schüler umgeleitet werden und die Nachfrage nach den beruflichen Gymnasien zurückgeht“, sagte Haas und ergänzte: „Die hervorragende Entwicklung der Beruflichen Gymnasien würde durch den Aufbau neuer, ressourcenintensiver Parallelstrukturen gestoppt und umgekehrt – das wäre in vielerlei Hinsicht kontraproduktiv.“

Ortenaukreis: Schüler bauen ihre eigene PV-Anlage – Pilotprojekt in den Haus- und Landwirtschaftlichen Schulen Offenburg

Eine neue Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Haus- und Landwirtschaftlichen Schulen in Offenburg nahmen heute Landrat Frank Scherer, Martin Wenz, Mitglied der Geschäftsleitung im



V.l.n.r.: Martin Wenz, E-Werk Mittelbaden, Landrat Frank Scherer und Daniela Uhl, Schülerin, nehmen die neue PV-Anlage offiziell in Betrieb.

E-Werk Mittelbaden, Schulleiter Heinrich Kiefer und Schülerinnen und Schüler der Berufsfachschule – Profil Gesundheit & Pflege – in Betrieb. Eine Projektarbeit zum Thema „grüne Energie“ war die Initialzündung für die Kooperation zwischen Schule, Landratsamt Ortenaukreis und E-Werk Mittelbaden. 16 Schülerinnen und Schüler, die kurz vor dem Erwerb der Mittleren Reife stehen, planten gemeinsam mit ihrem Lehrer Mirco Priess eine Photovoltaik-Anlage für ihr Schulgebäude in der Zähringerstraße 41.

Wie es dazu kam, beschreibt Oberstudiendirektor und Schulleiter Heinrich Kiefer so: „Im zurückliegenden Jahr schrieb das Kultusministerium erstmals das neue Fach ‚Projektarbeit‘ aus. Wir haben uns darauf beworben und erhielten 2015 den Zuschlag. Im September 2015 konnte es losgehen.“

Das Thema der Projektarbeit war frei wählbar. Die Schülerinnen und Schüler wollten sich mit der Energiewende und mit erneuerbaren Energien beschäftigen und hatten die Idee einer eigenen PV-Anlage. Die Aufgabe bestand darin, diese PV-Anlage zu entwickeln, einen geeigneten Standort zu finden, die finanziellen Mittel sicherzustellen und schließlich die Anlage zu bauen – kurz gesagt, das Projekt zu managen. Der Ortenaukreis

als Träger der Schule und Eigentümer des Schulgebäudes, war schnell von der Idee überzeugt. Landrat Frank Scherer: „Für uns war es eine Selbstverständlichkeit, die Klasse bei ihrem Projekt zu unterstützen. Es passt sehr gut in unsere energiepolitische Linie, Dachflächen kreiseigener Gebäude für PV-Anlagen zur Verfügung zu stellen. Außerdem hat der Leiter unseres Gebäudemanagements eine Unterrichtsstunde besucht und den Schülerinnen und Schülern Tipps zur Planung, Umsetzung und Kontaktaufnahme mit möglichen Projektpartnern gegeben.“

Im zweiten Schritt war ein Partner gefragt, der über Fachkenntnisse zu PV-Anlagen verfügt. Das Projektteam entschied sich für das E-Werk Mittelbaden. Martin Wenz: „Wir setzen eine langjährige und gute Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Ortenaukreis fort und unterstützen gerne diese interessante Projektarbeit.“

Für Lehrer Mirco Priess ist das Projekt ein gutes Beispiel, eigene Grenzen zu überschreiten: „Am Anfang des Projekts kostete es beispielsweise die meisten Schülerinnen und Schüler Überwindung, bei einem Amt oder einer Firma anzurufen. Es war spannend zu beobachten, wie sie immer mutiger wurden bis es

schließlich ‚cool‘ war, mit dem einen oder anderen Repräsentanten eines Amtes oder Unternehmens telefoniert zu haben. Das Projektteam hat etwas sehr Wichtiges gelernt: auf Leute zuzugehen, um Hilfe zu fragen und ein gemeinsames Ziel zu verfolgen.“

In der Zeit vom 17. bis 24. Juni 2016 erfolgte unter tatkräftiger Mitwirkung der Schülerinnen und Schüler die Montage der insgesamt 114 PV-Module durch das E-Werk Mittelbaden, das zukünftig den Betrieb der Anlage übernimmt. Fachpartner für die Installation war Elektro-Eckenfels aus Friesenheim. Die Anlage mit 114 PV-Modulen umfasst circa 190 Quadratmeter des Flachdachs des Gebäudeteils C der Schule. Die PV-Module sind in Richtung Süden aufgeständert montiert. Mit einer Leistung von rund 30 Kilowattpeak liegt der jährlich zu erwartende Solarstromertrag bei 30 000 Kilowattstunden. Diese Strommenge deckt 25 Prozent des Strombedarfs des Schulgebäudes. Die CO₂-Ersparnis im Jahr beträgt 19,5 Tonnen.

Bildung: Rhein-Neckar-Kreis fördert den Ausbau der Schulsozialarbeit, die kreisweit mittlerweile an 115 Schulen angeboten wird / Handbuch für Qualitätsstandards entwickelt

Der Rhein-Neckar-Kreis hat im aktuellen Schuljahr 2015/2016 die Schulsozialarbeit im Landkreis weiter ausgebaut. Nachdem der Kreistag in seiner Sitzung am 10. Dezember 2013 beschlossen hatte, die Schulsozialarbeit ab dem Haushaltsjahr 2014 mit einer Pauschale von 16 700 Euro pro Vollzeitstelle zu fördern, erhöhte sich die Zahl geförderter Stellen von 35 im Schuljahr 2013/2014 auf nun 53 im laufenden Schuljahr. Aktuell sind 89 Schulsozialarbeiterinnen bzw. -arbeiter an den Schulen im Rhein-Neckar-Kreis tätig. Der Förderansatz für das Haushaltsjahr 2016 beträgt 800 000 Euro. „Durch die finanzielle Unterstützung des Kreises ist der geförderte Stellen-

anteil in zwei Jahren um ein Drittel gestiegen und die Zahl der Schulen, an denen Schulsozialarbeiter tätig sind, hat sich von 87 auf 115 erhöht“, zieht Sozialdezernentin Stefanie Jansen ein positives Zwischenfazit. Erfreulich sei zudem, dass insbesondere bei den weiterführenden Schulen ein hoher Versorgungsgrad erreicht werden konnte. Als Teil der Jugendhilfe sind die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter wichtige Ansprech- und Kooperationspartner in Fragen der Bildung, Erziehung und Betreuung junger Menschen.

Um gleiche Qualitätsstandards für Schulsozialarbeit im gesamten Rhein-Neckar-Kreis gewährleisten zu können, wurde nun von einem trägerübergreifenden Arbeitskreis ein Handbuch entwickelt. „Es enthält unter anderem Grundsätze und Handlungsprinzipien der Schulsozialarbeit wie etwa die Vertraulichkeit oder Schweigepflicht sowie Aussagen zur Struktur- und Prozessqualität“, erklärt Susanne Keppler vom zuständigen Jugendamt. Auf der Basis des Handbuchs wird ein jährliches Berichtswesen installiert, um das Wirken von Schulsozialarbeit im Kreis besser analysieren zu können. Die Verwaltung hat hierfür einen standardisierten Fragebogen entwickelt, den Leistungsanbieter von Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr 2015/2016 verwenden können. „Aus der Auswertung dieser Daten können wir gegebenenfalls Handlungsempfehlungen für die Praxis ableiten“, so Keppler.

Die Sprecher der Fraktionen im Ausschuss für Soziales des Kreistags, der in seiner jüngsten Sitzung vom Ausbaustand der Sozialarbeit und dem Handbuch Kenntnis nahm, betonten in ihren Stellungnahmen den Stellenwert der Schulsozialarbeit.

Jugend

20. Jugend-Naturschutzcamp des Landkreises Ludwigsburg und des Komitats Pest

Das Jugend-Naturschutzcamp findet im jährlichen Wechsel im Landkreis Ludwigsburg und in der ungarischen Partnerregion des Landkreises, dem Komitat Pest mit seiner Tápió-Region, statt. In den Pfingstferien waren die Camp-Teilnehmer in der Tápió-Region zu Gast. Teilgenommen haben 19 Schüler aus dem Landkreis Ludwigsburg sowie – täglich wechselnd – zehn bis 15 ungarische Jugendliche, die teilweise auch schon den Landkreis Ludwigsburg besucht haben. Von den Schulen, Vereinen und Jugendorganisationen, die der Landkreis eingeladen hatte, war in diesem Jahr die Waldorfschule Vaihingen besonders stark vertreten.

Die Tápió-Stiftung und die Begegnung Jugendlicher beider Partnerlandkreise sind zu einem der wichtigsten Bausteine der Partnerschaft geworden. Dies wurde



auch vom Präsidenten des Komitats Pest, Istvan Szabo, bei der Begrüßung der deutschen und ungarischen Jugendlichen im Komitatshaus in Budapest lobend hervorgehoben. „Es ist ein gutes Zeichen, dass das gemeinsame Engagement des Landkreises Ludwigsburg, des Komitats Pest und der Tápió-Stiftung reichhaltige Früchte trägt, die über den Naturschutz hinaus gerade in dieser Zeit auch für ein zusammenwachsendes Europa wertvoll sind“, findet Landrat Dr. Rainer Haas.

Dr. Rolf Gastel, der das Tápió-Projekt mit aufgebaut hat und in der Tápió-Stiftung mitwirkt, sowie Julia Reiss, die derzeit ein dreimonatiges Praktikum im Rahmen ihres Studiums Public Management beim Landkreis absolviert, begleiteten die Gruppe. Untergebracht waren die Teilnehmer in der ebenfalls der Tápió-Stiftung gehörenden Waldschule in Tápiószentmarton, in der sonst ungarische Kinder und Schüler ihre umweltpädagogisch ausgerichteten Ferienlager/Freizeiten verbringen. Die Stiftung Umwelt und Naturschutz der Kreissparkasse Ludwigsburg unterstützt die Jugend-Naturschutzcamps seit vielen Jahren finanziell.

Auf dem Programm standen der Besuch des Naturschutzzentrums der Tápió-Stiftung in Farnos, naturkundliche Exkursionen, eine wissenschaftliche Vogel-Beringungsstation, Reiten und Kutschfahrten sowie die Hauptstadt Budapest, wo auch das am Donauufer gelegene Parlament besichtigt werden konnte. Mit praktischen Naturschutz- und Landschaftspflegearbeiten leisteten die sehr interessierten und engagierten Campsteilnehmer an zwei Tagen einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der seltenen Sanddünenflora, die sonst von nicht heimischen Gehölzen überwuchert würde.

Besonders beeindruckt waren die deutschen Jugendlichen von der Weite der großen, dünn besiedelten Schutzgebiete, vom Besuch der größten Bienenfresserkolonie Mitteleuropas, in der die tropisch

bunten und laut flötenden Vögel mit Fernrohren im Großformat – quasi Auge in Auge und ohne zu stören – beobachtet werden konnten, sowie von der großen Offenheit und Gastfreundschaft der ungarischen Gastgeber. Schnell wurden neue Freundschaften geschlossen und beim Abschied versprach man sich, in Kontakt zu bleiben oder sich wieder zu besuchen.

Das Tápió-Gebiet besitzt eine besonders große Vielfalt an typischen Lebensräumen des ungarischen Tieflandes, wie Stillgewässer, Schilfgebiete, Feuchtwiesen, Salzwiesen sowie Sanddünen und Lößgebiete. Zum Schutz der besonders wertvollen Tier- und Pflanzenwelt mit Weißstorch, Bienenfresser, Blauracke, Fischotter und Sumpfschildkröte sowie zahlreichen Pflanzenarten, wie Wiesen-schwertlilie, Federgras und Späte Nelke, wurden zehn Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 4500 Hektar ausgewiesen, die direkt der Nationalparkdirektion unterstehen.

Zur Entwicklung des Tápió-Gebiets als ökologischer Modellregion wurde bereits vor 20 Jahren die Tápió-Stiftung gegründet, an der sich das Komitat Pest, die Tápió-Gemeinden, die Ungarische Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie (MME) sowie der Landkreis Ludwigsburg beteiligen.

Baden-Württembergs erster Fachtag zum Thema Lasertag beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis

Lasertag ist ein neuer Freizeittrend, der sich in Deutschland immer größerer Beliebtheit erfreut. Seine Wurzeln hat der Indoorsport in den USA und wurde ursprünglich vom US-Militär zu Trainingszwecken entwickelt. Laut Meinungen der Befürworter gilt Lasertag als die moderne Variante vom harmlosen Kinderspiel „Räuber und Gendarme“. Doch ist dieses Spiel wirklich so harmlos wie es auf den ersten Blick scheint?

Unter Jugendschützern, Pädagogen und Eltern ist der neue Freizeitspaß äußerst umstritten und wirft viele Fragen auf. Werden nicht eher Gewalt bagatellisiert und Assoziationen zu realem Kampf und Kriegshandlungen geweckt? Hat Laser-Tag das Potential einer jugendgefährdenden Wirkung? Sind Altersbeschränkungen im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes erforderlich?

Am 17. März 2016 hatten die rund 70 Teilnehmer des Fachtages die Möglichkeit genau diese Fragen ausführlich zu diskutieren und sich einen genaueren Einblick in die Thematik zu verschaffen. Unter ihnen waren neben Lehrern und Erziehern auch Polizisten, Hallenbetreiber



Am 17. März 2016 hatten rund 70 Teilnehmer die Möglichkeit sich, im Zuge des Fachtages Lasertag, über Chancen und Risiken der neuen Trendsportart zu informieren.

sowie Sozialarbeiter und Sozialpädagogen vertreten.

Eröffnet wurde die Veranstaltung durch Stephanie Jansen, Leiterin vom Jugendamt des Rhein-Neckar-Kreises.

Nachfolgend erläuterte die Mitarbeiterin der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften Frau Dr. Melanie Wegel ihre Ansicht durch Darstellungen durchgeführter Studien. Um mehr über mögliche Gefährdungen von Lasertag-Interessierten herauszufinden hat Frau Dr. Wegel im Sommer 2015 eine Schülerbefragung in der Region Rhein-Neckar, zum Thema „Freizeitverhalten, Computerspiele und Lasertag“ durchgeführt und kommt zu dem Schluss, dass durchaus mit einer Beeinträchtigung für Kinder und Jugendliche gerechnet werden muss.

Unterstützt wurden ihre Aussagen durch den Vortrag des Psychologen Dr. Rehbein vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen. Herr Dr. Rehbein näherte sich dem Thema auf der Grundlage psychologischer Erkenntnisse des Lernens. Aus seiner Sicht ist Lasertag keine geeignete Freizeitbeschäftigung für Kinder.

Nachdem den Teilnehmern die eher kritischen Meinungen gegenüber Lasertags vorgestellt wurden, folgte nun ein Vortrag des stellvertretenden Geschäftsführers der Aktion Jugendschutz Stuttgart, Herrn Lothar Wegner. Er stellte die Sache weit weniger problematisch dar und versuchte seine Gegenargumente zu vertreten. Unterstützung bekam er durch Herrn Bopp, Betreiber einer Lasertagarena in Stuttgart. Dieser hob die Aspekte Sport, Austoben, Erleben und Erfahrungen sammeln hervor, welche man beim Lasertag so wie bei jeder anderen Sportart erfahren kann.

Im Zuge der anschließenden Diskussionsrunde wurde eine allgemeine Tendenz hin zu strengeren Regeln deutlich. Die Teilnehmer äußerten offen ihren Wunsch nach mehr gesetzlicher Kontrolle in Form von eventuellen Altersbeschränkungen und verpflichtenden

Einverständniserklärungen durch Erziehungsberechtigte. „Lasertag ist eine Möglichkeit zur Freizeitgestaltung, welche man nicht unnötig dramatisieren sollte“, so einer der Teilnehmer. Im Grunde konnte die Veranstaltung einige Unklarheiten beseitigen und einen Grundstein für den zukünftigen Umgang mit Lasertag geben.

**Landkreis Karlsruhe:
Junge Menschen mit Behinderungen
auf das Berufsleben vorbereiten –
Landkreis-Kooperative blickt auf
zehn Jahre erfolgreiche Arbeit zurück**

Um Jugendliche mit wesentlichen Behinderungen auf einen späteren Beruf vorzubereiten, kooperieren die Kultus- und Arbeitsverwaltung, das Integrationsamt, die Lebenshilfe Bruchsal-Bretten und der Landkreis im Rahmen der „Kooperative berufliche Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt“ (KoBV). Im nördlichen Landkreis geschieht das in der Form, dass die Teilnehmer unter anderem analog zum dualen Ausbildungssystem an Beruflichen Schulen Unterricht erhalten. Bei der Balthasar-Neumann-Schule II geschieht dies nun schon seit zehn Jahren. 155 junge Menschen haben in diesem Zeitraum dort den Unterricht besucht, und das mit großem Erfolg: 90 Schülerinnen und Schüler davon konnten in ein Arbeitsverhältnis vermittelt werden, ein Schüler

begann ein Ausbildungsverhältnis und 30 Schülerinnen und Schüler fanden einen Platz in einer Werkstatt für behinderte Menschen. Im Rahmen einer Jubiläumsfeier am vergangenen Freitag in der Balthasar-Neumann-Schule II in Bruchsal wurde das zehnjährige Bestehen gewürdigt.

In einem Pressegespräch blickte Schulleiter Horst Schwab zuvor auf die Anfänge des Projektes zurück. „Die damals herrschende Praxis ‚erst platzieren, dann qualifizieren‘ wurde praktisch umgekehrt, was bahnbrechend war“, erinnerte sich der Pädagoge. Dies bestätigte Bernhard Deusch, Referatsleiter beim Kommunalverband für Jugend und Soziales. Er sprach von einem radikalen konzeptionellen Wandel und gemeinsam mit überaus aufgeschlossenen Partnern sei es gelungen, Barrieren abzubauen. Die Bruchsaler Kooperative sei ein Vorzeigeprojekt, die von einer sehr hohen Zahl an Vermittlungen an Betriebe gekennzeichnet sei. Volker Klett von der Lebenshilfe Bruchsal-Bretten berichtete, dass sich die Werkstätten für Behinderte stark weiterentwickelt haben und mittels Job-Coaching ein hohes Know-how gewonnen werden konnte; sowohl was die individuelle Förderung von Menschen mit Behinderungen, als auch die Vermittlung spezieller Anforderungen der Arbeitgeber betreffe. Die Bezirksleiterin der Arbeitsagentur Marianne Staudte betonte die enge Verzahnung der be-



Vor der Jubiläumsfeier standen die in der „Kooperative berufliche Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt“ vereinten Akteure den Vertretern der Presse Rede und Antwort.

teiligten Institutionen, was ermögliche, Projekte sehr genau zu besprechen und auch umzusetzen, wobei diese dann auch finanziell gefördert werden können. Rektorin Petra Gassauer berichtete über die Konzeption der Karl-Berberich-Schule Bruchsal, Förderschüler gezielt auf berufliche Anforderungen vorzubereiten. Landrat Dr. Christoph Schnaudigel lobte das Engagement der Kooperative. Der Weg sei richtig, weil sich „Inklusion“ nicht alleine auf die Schule beschränken dürfe, sondern auch in der Arbeitswelt gelebt werden müsse. Es gehe deshalb darum, passgenaue Angebote zu machen, die sich mehrfach auszahlen: für den behinderten Menschen, der am normalen Arbeitsleben teilnehmen kann, für die Unternehmen, die verlässliche Arbeitskräfte haben, und nicht zuletzt für die öffentlichen Kassen, die entsprechend entlastet werden.

Partner des KoBV sind der Kommunalverband für Jugend und Soziales, Zweigstelle Karlsruhe, der Integrationsfachdienst Karlsruhe, die Agentur für Arbeit Karlsruhe-Rastatt, die Lebenshilfe Bruchsal-Bretten, die Karl-Berberich-Schule Bruchsal, die Balthasar-Neumann-Schule II Bruchsal und der Landkreis Karlsruhe. Die vorbildliche Initiative hat sich zwischenzeitlich ausgeweitet. Weitere KoBV-Klassen wurden zwischenzeitlich an der Käthe-Kollwitz-Schule Bruchsal eingerichtet. Im östlichen Landkreisgebiet gibt es eine berufsvorbereitende Einrichtung an der Eduard-Spranger-Schule in Oberderdingen und das südliche Landkreisgebiet wird durch Angebote in Karlsruhe abgedeckt.

Projekt des Landkreises Ludwigsburg bei 6. Internationaler Bodensee Konferenz (IBK) ausgezeichnet

Den KollegInnen-Preis bekommen hat das Projekt zur Verbesserung der Teilnahme an der Jugendgesundheitsuntersuchung (J1) des Landkreises Ludwigsburg bei der 6. Internationalen Bodensee Konferenz (IBK) in Bregenz.



V.l.n.r.: Christine Kohler (stv. Leiterin Referat Europa und Internationales, Sozialministerium Baden-Württemberg), Markus Schmidt (Leiter des Referats Krankenhauswesen, Sozialministerium Baden-Württemberg), Dr. Uschi Traub (Gesundheitsdezernat des Landratsamtes Ludwigsburg), die den Preis entgegengenommen hat, und Barbara Leykamm (Vorsitzende der internationalen Jury).

Das ist eine Art Publikumspreis, mit dem die Präsentationen und die Projekte von allen nominierten Teilnehmern bewertet werden. Von den 136 eingereichten Projekten aus der Schweiz, Österreich, Liechtenstein, Bayern und Baden-Württemberg waren 24 nominiert. Der Preis besteht aus dem Besuch eines anderen nominierten Projekts, um die Vernetzung in der Bodenseeregion zu stärken. Dr. Andreas Vögeli, Vorsitzender der IBK-Kommission „Gesundheit und Soziales“, überreichte den Preis in Bregenz.

Die Preise der internationalen Jury gingen an das baden-württembergische Projekt „Gesund aufwachsen – gesund leben“ in Michelfeld, an ein Suchtpräventionsprogramm für die Oberstufe „freelance“ der Kantone Thurgau, St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Schaffhausen und des Fürstentums Liechtenstein sowie an das Projekt „Tischlein-deck dich“ aus Bayern, das kostengünstiges Mittagessen zur Förderung sozialer Kontakte im Quartier anbietet.

Die Internationale Bodensee Konferenz (IBK) ist die gemeinsame Plattform der Regierungen der Länder und Kantone Baden-Württemberg, Schaffhausen, Zü-

rich, Thurgau, St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Fürstentum Liechtenstein, Vorarlberg und Bayern. Ziel der IBK ist, die Bodenseeregion als attraktiven Lebens-, Natur-, Kultur- und Wirtschaftsraum zu erhalten und zu fördern und die regionale Zusammengehörigkeit zu stärken.

Die Jugendgesundheitsuntersuchung (J1) für Jugendliche zwischen 12 und 14 Jahren ist seit 2009 im Kinderschutzgesetz Baden-Württemberg gesetzlich verankert. Doch nur jeder zweite Jugendliche geht zur J1. Bei dem J1-Projekt des Gesundheitsdezernats des Landratsamts mit der Robert-Franck-Schule Ludwigsburg, der Kreisärzteschaft Ludwigsburg, dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte sowie den Sponsoren Sanofi Pasteur MSD GmbH und ADE Print Solutions konnte die Teilnehmerquote im Landkreis von 57 Prozent auf 73 Prozent erhöht werden. Elftklässlerinnen haben zur J1 Medien erstellt. Diese wurden an alle Siebtklässlerinnen und -klässler im Landkreis verteilt.

Im Oktober 2015 hat die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) die Kampagne in ganz Baden-

Württemberg übernommen, in Kooperation mit den Kultus- und Sozialministerien sowie der AOK Baden-Württemberg, dem Verband der Ersatzkassen (vdek) und der BKK Landesverband Süd.

Rems-Murr-Kreis: Das berufliche Potential von Jugendlichen gemeinsam nutzen

Unter dem Titel „Viele Potentiale. Vielfältige Akteure. Ein gemeinsames Ziel.“ diskutierten über 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Sulzbach über Berufsorientierung. Zum Fachtag eingeladen hatte die Agentur für Arbeit Waiblingen, das Staatliche Schulamt Backnang sowie das Landratsamt Rems-Murr-Kreis.

Berufsorientierung muss bei den Potentialen der Jugendlichen ansetzen – darin waren sich die wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesinstitut für Berufsbildung, Sylvia Esser, und Landrat Dr. Richard Sigel einig.

Sylvia Esser ging in ihrem Impulsreferat insbesondere auf die Ziele beruflicher Orientierung und die Bedeutung von Kooperationen ein. Sie stellte in ihrem Vortrag deutlich heraus, dass die im Rems-Murr-Kreis und Baden-Württemberg insgesamt vorhandenen Konzepte bundesweit an der Spitze stünden. Klar sei aber auch, dass die Umsetzung vor Ort an den Schulen und gemeinsam mit den vielfältigen Partnern auch leistbar sein muss – dafür sind Ressourcen und Fortbildungen notwendig.

In einer von Landrat Sigel moderierten Podiumsdiskussion stellte Stefan Weißert als Geschäftsführender Schulleiter der Beruflichen Schulen im Kreis zunächst heraus, dass es wichtig und notwendig ist, die Übergänge zwischen abgebenden, allgemeinbildenden und aufnehmenden Beruflichen Schulen gut abzustimmen. Im Rems-Murr-Kreis sei man hier auf einem sehr guten Weg und habe schon einen ersten Schritt in Richtung Übergabekonzept gemacht; in ein, zwei Jahren könnten hier dann auch Erfolge vorgestellt werden.

Rüdiger Bechstein berichtete von seinem gescheiterten Berufswunsch Lehrer und wie es dazu kam, dass er heute Personalchef bei der Kärcher AG ist. Bechstein betonte, dass es für Betriebe auch wichtig ist, dass künftige Auszubildende auch schon in der allgemeinbildenden Schule gezeigt hätten, dass sie in der Lage und willig sind, auch regelmäßig und erfolgreich am Berufsschulunterricht teilzunehmen. Hierüber entspann sich eine Diskussion, in der alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Podium die Bedeutung und Notwendigkeit von Unterstützungsprogrammen für Jugendliche auf dem Weg in die Ausbildung herausstellten – wie beispielsweise Assistierte Ausbildung und Berufseinstiegsbegleitung.

Konsens bestand auch darin, dass mehr denn je die enge, abgestimmte Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure, die mit Jugendlichen arbeiten, vonnöten ist: das gilt für den Berufswahlprozess sowie für den Übergang in die Ausbildung. Landrat Sigel stellte hier das Angebot und die Absicht heraus, dass der Rems-Murr-Kreis auch weiterhin ein fester Partner im Übergangssystem Schule – Beruf sein möchte. „Der Landkreis bringt sich gerne weiterhin als Steuerer und Moderator ein“, betonte

der Landrat. „Schließlich geht es im doppelten Sinne um die Gestaltung der Zukunft: Neben der beruflichen Zukunft unserer jugendlichen Mitbürger steht in Zeiten des Fachkräftemangels die Schlagkraft der Unternehmen an Rems und Murr auf dem Spiel.“

Krankenhaus – Gesundheit

Ärzte-Delegation aus dem Oberen Galiläa zu Besuch im Kreis Ludwigsburg: Austausch zwischen dem ZIV Medical Center und den Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH wird intensiviert

Eine Ärzte-Delegation des ZIV Medical Centers aus Zefat im Oberen Galiläa, der Partnerregion des Landkreises, war kürzlich zu Besuch im Landkreis Ludwigsburg. Die israelische Klinik und die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH hatten Ende Juni des vergangenen Jahres eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Landrat und Kliniken-Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Rainer Haas sowie Kliniken-Geschäftsführer Prof. Jörg Martin hießen die Delegation im Landkreis Ludwigsburg willkommen. Neben der Besichti-



Das Bild zeigt Landrat Dr. Rainer Haas (zweiter von rechts), Dr. Salman Zarka (Direktor des ZIV Medical Centers, vierter von rechts) sowie Prof. Jörg Martin (Geschäftsführer der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, fünfter von rechts) mit der Ärzte-Delegation aus dem Oberen Galiläa im Innenhof des Ludwigsburger Schlosses.

gung des Ludwigsburger Klinikums und der Orthopädischen Klinik Markgröningen standen eine Schlossführung und ein Abstecher ins Ludwigsburg Kreishaus auf dem Programm des Kurzbesuchs.

Landrat Haas zeigte sich erfreut, dass auf der Basis der langjährigen Partnerschaft des Landkreises Ludwigsburg mit dem israelischen Landkreis Oberes Galiläa auch die Kontakte und der Austausch zwischen dem ZIV Medical Center in Zefat und der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH ausgebaut werden. „Das Treffen ist eine gute Gelegenheit, sich über die weitere Zusammenarbeit der Krankenhäuser zu verständigen. Nach dem Besuch einer Kreistagsdelegation im ZIV Medical Center im Herbst 2014 sowie einer Ärzte-Delegation aus Ludwigsburg im vergangenen Jahr freue ich mich, Sie nun bei Ihrem Gegenbesuch im Landkreis Ludwigsburg begrüßen zu dürfen“, fuhr der Chef der Kreisverwaltung fort. Zu Gast waren neben Dr. Salman Zarka, dem Direktor des ZIV Medical Centers, auch einige Chefärztinnen und Chefarzte sowie die Leiterin des Pflegepersonals.

Das 1910 gegründete und mit modernsten Geräten ausgestattete ZIV Medical Center verfügt über 316 Betten einschließlich 22 Intensivbehandlungsbetten sowie fünf Operationsräume und hat ungefähr die Größe des Bietigheimer Krankenhauses. Es versorgt rund 250 000 Menschen im Oberen und Zentralen Galiläa sowie auf den Golanhöhen. Zu den Patienten gehören neben der israelischen Bevölkerung auch UN-Soldaten und israelische Soldaten sowie seit Beginn des syrischen Bürgerkriegs zunehmend Syrer. Pro Jahr werden rund 7000 Operationen stationärer Patienten und 4000 Operationen ambulanter Patienten durchgeführt. Außer den stationären Patienten werden jährlich rund 200 000 ambulante Patienten sowie rund 77 000 Patienten in der Notfallaufnahme behandelt. Die 1200 Mitarbeiter des ZIV Medical Centers sind überwiegend Israelis.

Landkreis Böblingen und die Verwaltungen der Städte Böblingen und Sindelfingen einigen sich auf Eckpunkte zum Grundstücks-Kaufvertrag für das Klinikum auf dem Flugfeld

Der Landkreis Böblingen und die beiden Städte Böblingen und Sindelfingen haben sich auf Eckpunkte für den Kauf des Grundstücks auf dem Flugfeld zum Bau eines neuen Krankenhauses geeinigt. In einem Spitzengespräch zwischen Landrat Roland Bernhard und den beiden Oberbürgermeistern Wolfgang Lütznert und Dr. Bernd Vöhringer wurde dabei unter anderem der Kaufpreis auf 15,7 Millionen Euro festgelegt. Das Grundstück mit mehr als 50 000 Quadratmetern liegt auf Böblinger Gemarkung am südlichen Rand des Flugfelds Böblingen/Sindelfingen und wird vom Zweckverband Flugfeld Böblingen/Sindelfingen entwickelt und verkauft.

„Mit der Einigung auf die Eckpunkte des Kaufvertrages haben wir einen weiteren Meilenstein hin zu einer zukunftsgerichteten Krankenhausversorgung im Raum Böblingen-Sindelfingen und dem ganzen Kreis erreicht“, erklären der Landrat und die beiden Oberbürgermeister. Mit dem Kaufpreis habe man einen fairen Kompromiss zwischen den Interessen des Kreises und der Städte geschlossen.

Der Landrat ist überzeugt: „Durch die Zusammenlegung der beiden Krankenhäuser in Böblingen und Sindelfingen werden wir die Qualität der medizinischen Versorgung im Kreis Böblingen deutlich verbessern können und dabei die Wirtschaftlichkeit beim Betrieb erhöhen. Das Flugfeld direkt zwischen Böblingen und Sindelfingen ist dafür der richtige Standort.“

„Ich freue mich, dass wir uns hier auf eine faire Lösung einigen konnten – die Flugfeldklinik rückt damit einen entscheidenden Schritt näher. Mit dem Klinikum auf dem Flugfeld stellen wir für die Zukunft die bestmögliche medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger

beider Städte sowie des gesamten Landkreises sicher und setzen auf eine herausragende medizinische Infrastruktur“, so Oberbürgermeister Dr. Bernd Vöhringer.

Sein Kollege aus Böblingen, Oberbürgermeister Lütznert ergänzt: „Der Verkauf war eine Vernunftentscheidung nach sorgfältiger Abwägung aller Pro und Kontra. Letztlich war für uns die medizinische Versorgung der Menschen auf dem neuesten Stand von Medizin und Technik entscheidend. Der Standort ist die richtige Wahl, damit diese auch künftig bestmöglich geleistet und finanziert werden kann.“

Die Eckpunkte zum Kaufvertrag sollen nun den beteiligten Gremien zugehen. Es ist geplant, dass der Kreistag, die beiden Gemeinderäte und der Zweckverband Flugfeld im Sommer über den Kaufvertrag abstimmen. Parallel dazu läuft bereits das Verfahren zur städtebaulichen Gestaltung für das Krankenhaus auf dem Flugfeld. Mit diesem Wettbewerb soll die städtebauliche Grundidee für die Gestalt des Flugfeldklinikums gefunden werden. Der Klinikverbund Südwest hat damit begonnen dafür die Planerauswahl einzuleiten. Im Herbst des Jahres soll dann ein Siegerentwurf ausgewählt werden. Auf dessen Basis sollen die Planungen vertieft und konkretisiert werden, um den konkreten Gebäudeentwurf auszuarbeiten. Um die Öffentlichkeit zu beteiligen, hat der Kreistag in seiner letzten Sitzung ein Kommunikations- und Beteiligungskonzept beschlossen.

Landkreis Schwäbisch Hall: Einweihung des Klinikneubaus und Tag der offenen Tür in Crailsheim

Am 29. April 2016 fand die feierliche Einweihung des Klinikneubaus in Crailsheim statt. Landrat Gerhard Bauer sprach von einem historischen Tag für den Landkreis Schwäbisch Hall und von einem historischen Tag für die Stadt Crailsheim. „Nach dreijähriger Bauzeit feiern wir die



Von links: Landrat Gerhard Bauer und Architekt Dr. Michael Ludes bei der symbolischen Schlüsselübergabe

Einweihung der größten Baumaßnahme des Landkreises. Und damit beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte der Gesundheitsversorgung unserer Region. Wir sichern mit dieser Einweihung eine hochwertige und wohnortnahe medizinische Gesundheitsversorgung in der Stadt Crailsheim und darüber hinaus“, so der Landrat.

Gerhard Bauer betonte, dass der Kostenrahmen eingehalten werden könne. Ursprünglich sollte das neue Krankenhaus rund 54 Millionen Euro kosten. Daraus seien 56,5 Millionen Euro geworden. Der Grund seien keine Kostenerhöhungen, sondern zusätzliche Maßnahmen, die vom Kreistag während der Bauphase genehmigt worden seien. „Das Klinikum bekommt zusätzliche IT-Technik und modernste Operationssäle mit integrierter OP-Technik, die eine lückenlose Dokumentation und Kommunikation ermöglichen“, so der Kreischef. In den Baukosten seien 1,6 Millionen Euro für eine kombinierte Krankenhaus- und Schulküche enthalten, die von der Stadt Crailsheim getragen werden. Der Eigenanteil des

Landkreises für den Klinikneubau betrage 29 Millionen Euro. Das Land Baden-Württemberg gewährte dem Landkreis für Errichtung des Neubaus einen Zuschuss in Höhe von 26 Millionen Euro. Für diesen beachtlichen Zuschuss dankte der Landrat namentlich Ministerialrat Markus Schmidt, der die Sozialministerin vertrat, und den Landtagsabgeordneten. Ministerialrat Schmidt hatte eine gute Nachricht im Gepäck: Das Ministerium war der Argumentation des Kreises gefolgt, dass die zur Hauptabteilung erhobene Radiologie förderfähig ist, und hat knapp drei Millionen Euro auf den schon gewährten Zuschuss draufgepackt.

Oberbürgermeister Michl sagte in seinem Grußwort, die Zukunft des seit 140 Jahren bestehenden Krankenhauses sei gefestigter denn je. Landtagsabgeordneter Dr. Bullinger betonte, dass Land, Kreis und Stadt in vorbildlicher Einigkeit einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge geleistet haben.

Architekt Dr. Ludes, der symbolisch den Schlüssel an Landrat Bauer übergab,

freute sich, dass in Crailsheim in den wichtigsten Wachstumsmarkt des 21. Jahrhunderts, in das Gesundheitswesen, investiert worden sei. „Der Neubau ist ein Vorzeigebau: Es verfügt über eine hervorragende räumliche Ausstattung mit nur noch Ein- und Zweibettzimmern. Der Mensch steht im Mittelpunkt. Er kann hier mit modernster Medizintechnik behandelt und versorgt werden“, lobte Gerhard Bauer. Im Neubau entstehen deutlich bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Die Wege sind kurz und die Stationen übersichtlich. Davon konnten sich alle Gäste beim anschließenden Rundgang und alle Interessierten beim Tag der offenen Tür am 30. April überzeugen.

Neues Internetportal für Bewegungsangebote im Landkreis Ludwigsburg online

Die neue Internetplattform www.wegweiser-aktiv-bleiben.de ist nun online zugänglich. Ziel des Portals ist es, eine umfassende Übersicht der Bewegungsangebote für alle Erwachsenen im gesamten Landkreis anzubieten. Landrat Dr. Rainer Haas: „Ich würde mich freuen, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis möglichst rege am Informationsaustausch durch die Internetplattform beteiligten, damit die Lebenswelt der Menschen im Landkreis noch bewegungsfreundlicher wird.“

Die Idee hierfür entstand durch eine Umfrage des Landratsamt-Gesundheitsdezernats und durch Bürgerbeteiligungsverfahren im Rahmen der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK). Bei der Vorstellung der Seite in der jüngsten Vollversammlung der KGK überzeugte besonders die differenzierte Suche nach Sportart, Wochentag und Ort. Auch Landrat Haas hebt die einfache Nutzung, sowohl für Anbieter als auch Suchende, hervor.

Die Kooperationspartner Schiller-Volkshochschule Landkreis Ludwigsburg, Sportkreis Ludwigsburg und die Stadt

Remseck am Neckar unterstützen das umfangreiche Vorhaben durch ihre weitläufigen Netzwerke. Auf diese Weise bietet das Portal mit rund 900 Angeboten von etwa 40 Anbietern eine große Vielfalt. In der Pilotkommune Remseck am Neckar haben sich die Vereine dazu bereit erklärt, ihre Angebote auf der Seite einzustellen und produktives Feedback zu leisten, damit eine ständige Optimierung der Seite möglich ist. Die Internetplattform ist jedoch weiterhin auf die Mithilfe der Anbieter angewiesen, da noch nicht alle Orte und Sportarten vertreten sind. Die Institutionen und Vereine profitieren dabei von der kostenlosen und landkreisweiten Werbung im Internet, der einfachen Registrierung und der schnellen Erstellung der Angebote.

Wer nach einem passenden Bewegungsangebot für sich sucht oder selbst ein Bewegungsangebot für Erwachsene anbietet, kann dies im Internet unter www.wegweiser-aktiv-bleiben.de tun.

Tourismus

Landkreis Sigmaringen: Bannwaldturm im Pfrunger-Burgweiler Ried eröffnet

Die Sigmaringer Landrätin Stefanie Bürkle und der Ostracher Bürgermeister Christoph Schulz eröffneten am 5. Juni 2016 den Bannwaldturm im Pfrunger-Burgweiler Ried. Der Aussichtsturm liegt am Rande des größten Bannwaldes Baden-Württembergs mit 441 ha inmitten eines der bedeutendsten Moorgebiete Südwestdeutschlands mit herausragender Bedeutung für den Naturschutz. Mit 38,8 m Höhe und 219 Stufen ist der Bannwaldturm eines der höchsten Holzbauwerke in innovativer Holzbaukonstruktion und zeigt konstruktiven Holzschutz in Perfektion als Vorzeigeprojekt in der Region. Sozusagen Hightech in Brettsperrholzbauweise. Der Standort



des Bannwaldturms liegt am Knotenpunkt mehrerer Besucherachsen. Ein großräumiges Besucherlenkungskonzept mit einer durch den Bannwald verlaufenden zentralen Besucherachse zeigt, dass mit intelligenter Planung sich Naturschutz, Tourismus und Wald- und Naturpädagogik sehr gut ergänzen können. „Der Turm wird sich als touristisches Highlight mit überregionaler Bedeutung etablieren“, ist Landrätin Stefanie Bürkle überzeugt.

Das Projekt war durch eine beispielhafte Kooperation und Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde Ostrach als Bauherr, dem Landesbetrieb ForstBW sowie dem Fachbereich Forst am Landratsamt Sigmaringen möglich geworden. Die Vorplanungen zum Projekt sind vom Fachbereich Forst geleistet worden. Der Landesbetrieb ForstBW hat sich durch die Bereitstellung von 100 000 Euro Sonderinvestitionsmitteln an der Finanzierung des Projekts beteiligt. Im Erdgeschoss des Turms findet sich eine vom Fachbereich Forst konzipierte Ausstellung zu Waldnaturschutz und innovativer Holzverwendung.

Rems-Murr-Kreis: So idyllisch kann Wandern sein – Neuaufgabe des Wanderschubers zur Idyllischen Straße

Die Idyllische Straße hat sich schon lange von einer reizvollen Ferienstraße zu einem roten Faden für Wander- und Radtouren im Schwäbischen Wald entwickelt. Nun wurde der Schuber, in dem alle Wanderrouten enthalten sind, komplett überarbeitet und neu aufgelegt. Die Sammlung widmet sich 18 Routen entlang der Idyllischen Straße, die zwischen 4,5 und 25 Kilometer lang sind und unterschiedliche Anforderungen aufweisen.

Die Tourenstrecken werden in herausnehmbaren Flyern genau beschrieben, mit Routenlänge, Höhenprofil, Ortsbeschreibung, detailliertem Kartenteil und Sehenswürdigkeiten. Alle Routen sind mit Audiodateien und QR-Codes versehen, um den Wanderern umfassende Informationen zu bieten. Darüber hinaus können sich Interessierte durch jeweils am Weg liegende Einkehrmöglichkeiten und Ausflugstipps inspirieren lassen.

Neben dem Schuber stellt sich die Idyllische Straße mit einer großen Übersichtskarte dar, in der das gesamte Gebiet und eine Radtour enthalten sind.

Folgende 18 Kommunen sind mit einem Flyer vertreten: Alfdorf, Althütte, Aspach, Gaildorf, Großerlach, Gschwend, Kaisersbach, Oberrot, Mainhardt, Murrhardt, Schwäbisch Hall, Spiegelberg, Sulzbach an der Murr, Welzheim, Weissach im Tal, Wüstenrot, Fichtenberg, Sulzbach-Laufen.

Das Projekt ist eine Zusammenarbeit mit der Touristikgemeinschaft Schwäbisch Hall + Hohenlohe und wird durch den Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald mit Mitteln des Landes Baden-Württemberg, der Lotterie Glücksspirale und der Europäischen Union gefördert.

Der Wanderschuber und die Radkarte zur Idyllischen Straße können kostenlos unter www.schwaebischerwald.com heruntergeladen oder gegen eine Porto-

pauschale von 2,- Euro telefonisch angefordert werden (Tel. 0 71 51/5 01-13 76).

Rems-Murr-Kreis:

Stromberg-Murratal-Radweg: Auszeichnung zur Sterne-Radroute – Der Radweg ist nun offizielle ADFC-Qualitätsroute und mit drei Sternen ausgezeichnet worden

Auf 152 km von Karlsruhe bis Gaildorf quert der Radfernweg das „Ländle“ von West nach Ost und verbindet malerische Flusstäler, idyllische Fachwerkstädte, Weindörfer, zwei Naturparke und zwei UNESCO-Welterbestätten miteinander. Die Auszeichnung zur Sterne-Radroute erfolgte am 24. Juni 2016 im Wasserschloss Oppenweiler im Murratal durch Gudrun Zühlke, Landesvorsitzende des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs ADFC. „Wir sehen die Auszeichnung als Startschuss, um den Radweg im Rahmen unserer Marketing-Kooperation noch bekannter zu machen. Unser Ziel ist es, gemeinsam den Radtourismus im Murratal, im Schwäbischen Wald und in unseren Partnerregionen von Karlsruhe bis Gaildorf weiter anzukurbeln“, so Landrat Dr. Sigel.

Der Rems-Murr-Landrat lobte bei der Urkundenübergabe die sehr gute und effektive Zusammenarbeit der beteiligten Kommunen, Landkreise und Tourismusorganisationen und bedankte

sich für die große Unterstützung durch den ADFC, das Verkehrsministerium, die Nahverkehrsgesellschaft NVBW und die Tourismus-Marketing GmbH Baden-Württemberg. Die nun erreichte Qualität des Radfernwegs soll dauerhaft gesichert und weiter ausgebaut werden, so das erklärte Ziel aller Partner. Der vom ADFC vorgelegte Maßnahmenplan zur Verbesserung der Wegequalität wird auch nach Abschluss der Klassifizierung weiter umgesetzt werden. „Die Auszeichnung als ADFC-Qualitätsradroute mit drei Sternen ist für Radtouristen ein klares Zeichen, dass sich die Verantwortlichen des Stromberg-Murratal-Radwegs dem Radwege-Qualitätsmanagement verschrieben haben und ein öffentliches Qualitätsversprechen abgeben. Dieses ehrliche Versprechen lädt Radtouristen ab sofort ein, den Stromberg-Murratal-Radweg zu entdecken“, betonte Gudrun Zühlke während der Auszeichnung. Seit 2013 fördert das Verkehrsministerium die Klassifizierung der 19 offiziellen Landesradfernwege als ADFC-Qualitätsradrouten. Ansprechpartner für Kommunen und Tourismusorganisationen für die Durchführung ist die Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH (NVBW), die im Auftrag des Landes die Maßnahme koordiniert. Die Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg (TMBW) übernimmt den Marketinganteil der Klassifizierungskosten.

Neben der Auszeichnung als Qualitätsradroute ging 2016 auch der gemeinsame Internetauftritt (www.stromberg-murratal-radweg.de) an den Start. Für das kommende Jahr sind im Bereich Marketing Präsentationen auf der CMT und in Karlsruhe im Rahmen des landesweiten Fahrrad-Jubiläums 2017 sowie eine Radbroschüre geplant.

Der Stromberg-Murratal-Radweg ist ein touristischer Geheimtipp für Radler, die auf wenigen Kilometern eine Vielfalt an Landschaften und kulturellen Highlights „erradeln“ wollen. Den besonderen Reiz des Radwegs machen die Naturkulissen ursprünglicher Flusstäler, malerischer Waldlandschaften, Badeseen und Fachwerkstädtchen sowie zahlreiche Einblicke in die reiche Geschichte des Landes aus. Der Radweg startet in der Fächerstadt Karlsruhe und führt bis nach Gaildorf am Kocher mit Anbindung an den Kocher-Jagst-Radweg. Zu den Highlights entlang des Weges zählen das UNESCO-Welterbe Kloster Maulbronn, der Naturpark Stromberg-Heuchelberg, die Schillerstadt Marbach am Neckar, die historische Altstadt von Backnang sowie Murrhardt mit dem UNESCO-Welterbe Limes und dem Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald. Geeignet ist die Route mit mittlerem Schwierigkeitsgrad für Genussradler und Pedelec-Fahrer, die sich für landschaftliche und kulturelle Besonderheiten interessieren und den einen oder anderen Anstieg nicht scheuen. Entlang des Radwegs besteht durchgehend eine sehr gute Bahnanbindung. Gute Übernachtungsmöglichkeiten bieten die Bett&Bike-Betriebe. Beim Stromberg-Murratal-Radweg handelt es sich um eine relativ junge Radroute, die 2008 entstanden ist, als der bisherige Stromberg-Enz-Radweg über das Murratal bis nach Gaildorf verlängert wurde. Dies geschah auf Antrag des Tourismusbeirats des Rems-Murr-Kreises. Auf diese Weise wurde die Radroute zum Radfernweg und zur wichtigen West-Ost-Verbindung im Land zwischen der Rhein-Radroute (Eurovelo-



Alle Beteiligten freuen sich über die Sterne-Auszeichnung.

Netz) und dem Radweg Romantische Straße (D-Netz).

Weitere Informationen:

Marketing-Kooperation

Stromberg-Murratal-Radweg,

c/o Landratsamt Rems-Murr-Kreis

Stabsstelle Wirtschaftsförderung,

Alter Postplatz 10, 71332 Waiblingen,

Telefon: 0 71 51/5 01 12 01,

info@stromberg-murratal-radweg.de,

www.stromberg-murratal-radweg.de.

Umwelt

„Klimaschutz made in Hohenlohe“ – Energiegeladene Auftaktveranstaltung zur Erstellung des Klimaschutzkonzeptes

Der offizielle Startschuss für die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes für den Hohenlohekreis ist gefallen. Rund 90 Teilnehmer aus dem neu gegründeten Klimabeirat und der Bevölkerung sowie Vertreter aus Landwirtschaft und Wirtschaft trafen sich Anfang April in der Akademie für Landbau und Hauswirtschaft in Kupferzell zur Auftaktveranstaltung. Im Mittelpunkt stand die Themensammlung für das Klimaschutzkonzept. In seiner Begrüßung betonte Landrat Dr. Matthias Neth die vielen Facetten des Klimaschutzes und wies darauf hin, dass Klimaschutz nur gemeinsam mit der Bürgerschaft gelingen kann. „Das beste Beispiel sind unsere drei hohenloheischen Bioenergiedörfer Füßbach, Siebeneich und Untermaßholderbach“, so der Landrat des Hohenlohekreises. In diesen kleinen Ortschaften wurden regionale Investitionen in den Aufbau einer erneuerbaren Wärmeversorgung in Höhe von mehreren Millionen Euro auf den Weg gebracht. Millionen von Litern an Heizöl werden vor Ort pro Jahr durch erneuerbarer Wärme aus der Region ersetzt. Damit werden regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt und fossile Rohstoffe geschont. Ein tolles Bei-



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Auftaktveranstaltung sammeln Ideen für das Klimaschutzkonzept.

spiel für „Klimaschutz made in Hohenlohe“, findet Dr. Neth. Auch das Modell Hohenlohe e.V. mit seinem aktuell laufenden Projekt EnergieEffizienzTisch Heilbronn-Franken plus ist ein gelungenes Beispiel zu diesem Thema.

Um Kompetenzen in diesem Bereich zu bündeln, wurde Ende letzten Jahres das eigenständige Ressort „Ressourcenwirtschaft und Klimaschutz“ geschaffen, in welches der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft eingegliedert ist. Geschäftsführer Sebastian Damm stellte das neue Ressort vor und erläuterte die Einsparpotenziale, welche durch Klimaschutzmaßnahmen vor allem für private Haushalte entstehen können. „Alleine in den Bereichen Lebensmittel, Mobilität und Wohnraum können bis zu 80 Prozent der Kosten eingespart werden“, so Damm.

Um zu zeigen, wie Klimaschutzmaßnahmen in Hohenlohe ganz konkret aussehen können, gab es zwei Impulsvorträge zum Thema Elektromobilität. Ralf Arnold, Geschäftsführer der ZIEHL-ABEGG Automotiv GmbH, zeigte dabei die Zukunftsperspektiven der Elektromobilität auf. Vor allem der Einsatz der E-Mobilität im ÖPNV bringe erhebliche Vorteile. Bedenken, wie wechselnde Bedürfnisse

der täglichen Reichweite und Unsicherheit der Batterie-Lebensdauer, könne man gut entkräften. „Es braucht einfach Menschen, die vordenken“, betonte Arnold, der auch das Projekt mit den vier Elektrobusen für den Hohenlohekreis vorstellte.

Ein absoluter Vorreiter in Sachen E-Mobilität im Hohenlohekreis ist zweifelsohne das Bioenergiedorf Füßbach. Lea-Sophie Karle vom eigens für die E-Mobilität gegründeten Verein „eFüßle“ stellte die Projektidee des Car-Sharing-Modells in Kupferzell-Füßbach vor. Über den Verein haben die Füßbacher seit einigen Wochen zwei „VW E-up!“ bei einer Berliner Firma gemietet. Ausschließlich Bewohner von Füßbach können die Elektroautos nutzen, die über einen Grund- und Leistungsbeitrag finanziert werden. „Die Mobilität in den kleinen Dörfern wird immer schwieriger“, so Lea-Sophie Karle. „Ziel ist es, eine Vorbildfunktion für Hohenlohe zu sein und weitere Gemeinden für dieses Projekt gewinnen zu können.“ Anschließend stellten Daniela Windsheimer und Thomas Pöhlker vom Büro infas enermetric aus Greven das Vorhaben Klimaschutzkonzept für den Hohenlohekreis vor. Am Beispiel anderer Städte wurden bereits umgesetzte Konzepte

erläutert. Die Teilnehmer der Auftaktveranstaltung konnten Ihre Ideen zu den Handlungsfeldern Land- und Forstwirtschaft, Kommunen, Verbraucher und Wirtschaft äußern. Dr. Wolfgang Eißer, Dezernent für ländlichen Raum freute sich über die Ergebnisse und die rege Teilnahme an der „CO₂-Diät“. „Das Aufstellen dieses ‚Diätplans‘ ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Senkung der CO₂-Emissionen“, so Dr. Eißer. Die Ergebnisse sollen in Workshops weiter diskutiert und Umsetzungsstrategien erarbeitet werden. Die Termine für die Workshops zum Klimaschutzkonzept werden noch bekannt gegeben. Die Bevölkerung ist herzlich eingeladen.

**Bundesprogramm „50 Kommunale Klimapartnerschaften“ –
Landkreis Karlsruhe und brasilianische Partnerstadt Brusque erarbeiten konkrete Klimaschutzprojekte**

Vor rund eineinhalb Jahren hat der Landkreis Karlsruhe seine freundschaftlichen Verbindungen zur brasilianischen Partnerstadt Brusque ausgedehnt. „Wir wollen nicht nur die gemeinsame Vergangenheit pflegen und jungen Menschen im Rahmen von Austauschprogrammen das Kennenlernen von anderen Gesellschaften und Kulturen ermöglichen, sondern uns auch in den Bereichen Umwelt und Wirtschaft austauschen. Der Kreis und seine Partnerstadt beteiligen sich daher am Bundesprogramm ‚50 Kommunale Klimapartnerschaften‘, um gemeinsam klima- und umweltschutzrelevante Projekte zu entwickeln und von den jeweiligen Erfahrungen des anderen zu profitieren. Denn der Klimawandel stellt beide Partner vor ähnliche Herausforderungen und Probleme“. Mit diesen Worten begrüßte Landrat Dr. Christoph Schnaudigel am 11. Mai 2016 die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der brasilianischen Delegation aus Brusque im Landratsamt Karlsruhe. Die Delegation, die vom 4. bis 13. Mai 2016 in der Region



Die Klimaschutz-Experten aus der brasilianischen Stadt Brusque informierten sich im Beisein von Vertretern des Landkreises Karlsruhe über beispielgebende Projekte im Landkreis Karlsruhe, hier über die Funktionsweise der Kläranlage in Bruchsal-Heidelsheim.

war, um mit den Experten des Landkreises das gemeinsame Handlungsprogramm in Sachen Klimaschutz mit Zielen und Maßnahmen weiter zu konkretisieren, informierte den Landrat über den aktuellen Stand des Projekts und geplante Maßnahmen. Den Schwerpunkt bildeten die Themen Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Abwasserbehandlung und Bewusstseinsbildung für den Klimaschutz. Die brasilianische Delegation studierte im Rahmen ihres Aufenthalts innovative und richtungsweisende Projekte, um einen umfassenden Überblick in diesen Bereichen zu erhalten. So informierte sich die Delegation über die Funktionsweise z.B. der Kläranlage Bruchsal-Heidelsheim, eines Nahwärmenetzes betrieben von den Stadtwerken Ettlingen unter Einsatz eines Blockheizkraftwerks (BHKW) und Holzpelletkessels zur Versorgung eines Ettlinger Wohngebiets, einer Photovoltaik-Freiflächenanlage in Waghäusel sowie einer Biogasanlage in Oberhausen-Rheinhausen. Zum Thema Hochwasserschutz wurden das Wasserbaulabor im KIT sowie der Polder Rheinschanzinsel Philippsburg besucht. Mit den Schülerinnen und Schülern der Ludwig-Guttman-Schule

Kronau, Schule für Körperbehinderte, wurde über den Klimaschutz, Flora und Fauna in Brasilien gesprochen.

Die kurz-, mittel- und langfristig angelegten Maßnahmen sollen in einem Zeithorizont von bis zu 15 Jahren sowohl in der Stadt Brusque als auch im Landkreis Karlsruhe umgesetzt werden. Zum Abschluss werden in einem internationalen Workshop in Karlsruhe im November die konkreten Handlungsprogramme aller Klimapartnerschaften präsentiert. Zu diesem Anlass wird die brasilianische Delegation erneut zu Gast im Landkreis Karlsruhe sein, um im Anschluss die Klimapartnerschaft weiter zu festigen und gemeinsam erste Projekte aus dem Handlungsprogramm zur Umsetzung anzustoßen.

**Landkreis Böblingen:
24 neue Fachwarte „Obst und Garten“**

An der diesjährigen Ausbildung der Fachberatungsstelle für Obst- und Gartenbau des Landkreises Böblingen zum Fachwart für Obst und Garten nahmen wieder 24 Personen teil. Am 5. März 2016 erhielten alle ihre Zertifikate überreicht. Landrat Roland Bernhard freut sich über

die gleichbleibend hohe Nachfrage nach diesem Kurs. „Die Fachwarte sind wichtige Multiplikatoren in Sachen Streuobstpflge“, betont Landrat Roland Bernhard. „Es ist schön, dass sich jedes Jahr viele Menschen mit Interesse und Engagement einbringen, denn das Fachwissen ist nötig, um die wertvollen Streuobstbestände zu erhalten.“ Die Sanierung alter Streuobstbestände ist ökologisch von unschätzbarem Wert. Ohne Pflege würden sie mittelfristig verschwinden. Zudem wird die Pflege von langjährig nicht gepflegten Streuobst-Altbeständen als Ausgleichsmaßnahme für Eingriffe in den Naturhaushalt angerechnet. Damit erhält die Arbeit der Fachwarte einen noch höheren Stellenwert.

In 100 Stunden Theorie und Praxis haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein fundiertes Fachwissen erworben, welches sie in einer schriftlichen und mündlichen Prüfung unter Beweis stellten. Die Fachberatungsstelle für Obst- und Gartenbau hat die Ausbildung organisiert und mit verschiedenen Spezialisten für besondere Fachgebiete durchgeführt. „Die Teilnehmer sind immer mit Feuereifer dabei und werden sicher auch künftig eine tolle Arbeit leisten und andere mit ihrer Begeisterung anstecken“, freut sich Manfred Nuber, Fachberater für Obst- und Gartenbau im Landkreis Böblingen, der die Ausbildung organisiert.

Initiiert wurde die Fachwartausbildung, die übrigens landesweit einheitlich läuft, durch den Landesverband für Obstbau, Garten und Landschaft (LOGL) und den Kreisverband Böblingen der Obst- und Gartenbauvereine. Auch Rolf Heinzelmann vom LOGL und Vertreter von Fachwartevereinigungen und Kreisverband gratulierten den frischgebackenen Absolventen.

Insgesamt hat der Landkreis Böblingen seit 1998 rd. 530 Fachwarte ausgebildet. All diese früheren Kursteilnehmer haben sich zu einer sehr aktiven Fachwartevereinigung zusammengeschlossen. Sie organisieren vertiefende Fortbildungen, Lehrfahrten, spezielle Schnittkurse und Fachvorträge und sind damit zu echten Multiplikatoren geworden. Informationen zu Ihrem Angebot gibt es unter www.fachwarte.de.

**Landkreis Böblingen: Kreiskonzept
„Gebündeltes Energiemanagement“
erhält Zuwendungsbescheid –
Insgesamt 407 000 Euro Förderung für
Projekt in sechs Gemeinden**

Den Klimaschutz auf kommunaler Ebene verankern: das will der Landkreis Böblingen gemeinsam mit sechs Gemeinden. Für das Projekt „Gebündeltes Energiemanagement“ hat der Kreis nun den Zuwendungsbescheid des Landes in Höhe von insgesamt 407 000 Euro erhalten.

Bereits zum 1. Februar 2016 startete mit Floriane Abedi die Energiemanagerin, die das Konzept nun mit den sechs Gemeinden Aidlingen, Altdorf, Deckenpfronn, Gärtringen, Jettingen und Weil der Stadt umsetzen soll.

„Mein Dank gilt neben dem Umweltministerium des Landes besonders den Bürgermeistern unserer teilnehmenden Gemeinden Aidlingen, Altdorf, Deckenpfronn, Gärtringen, Jettingen und Weil der Stadt. Der Einsatz hat sich gelohnt, gemeinsam auf einen Energiemanager zu setzen, der das integrierte Klimaschutzkonzept des Kreises vor Ort in die Tat umsetzt“, erklärt Landrat Roland Bernhard, der sicher davon ausgeht, dass sich die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen mit dem erhöhten Landeszuschuss positiv auf die Energiebilanz im Landkreis auswirken wird.

Mit Floriane Abedi habe man für die Umsetzung eine motivierte und qualifizierte Frau gewonnen. Die gebürtige Französin ist Ingenieurin für Energie und Umwelt. Sie hat in Paris studiert und absolvierte ihre Diplomarbeit am Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme in Freiburg. Danach arbeitete Abedi als Beraterin für Energieeffizienz und in der Planung für technische Gebäudeausrüstung im Ingenieurbüro Werner Sobek in Stuttgart.

Floriane Abedi ist für die teilnehmenden Kommunen tätig, damit auch dort die notwendigen Maßnahmen zur energetischen Sanierung oder zum Energiemanagement getroffen werden können. Das Projekt ist auf fünf Jahre ausgelegt. Die Gesamtkosten betragen 580 000 Euro. Zusätzlich zu den Mitteln der Europäischen Union in Höhe von rund 290 000 Euro kann der Landkreis nun mit einem Landeszuschuss von rund 116 000 Euro rechnen. Damit sind 70 Prozent der Kosten des Kreises refinanziert.

Im vergangenen Jahr fanden bereits Besprechungen mit den sechs beteiligten Kommunen statt. Dabei wurde festgelegt, welche öffentlichen Gebäude für das Projekt konkret einbezogen werden sollen. Die Energieagentur des Land-



kreises übt hierbei nun eine koordinierende Rolle aus.

Das Förderprogramm „Klimaschutz mit System“ wird mit Mitteln der Europäischen Union aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanziert und mit Landesmitteln ergänzt. Insgesamt stehen für das Programm in der Förderperiode 2014 bis 2020 hierfür rund 30 Millionen Euro EFRE- und Landesmittel zur Verfügung. Besonders wirksame oder kreative Klimaschutz-Maßnahmen fördert das Land mit 50 Prozent und bis zu einem Höchstbetrag von drei Millionen Euro. Für nicht investive Projekte, bei denen Kommunen besonderes Engagement bei der Ansprache und Aktivierung der Einwohnerinnen und Einwohner zeigen, kann der Zuschuss aus Landesmitteln – wie im Kreis Böblingen – um 20 Prozent erhöht werden.

**Landkreis Göppingen:
Klimaschutzportal präsentiert regionale
Beratungsangebote und vorbildhafte
Projekte zur Energieeinsparung**

Die Energieagentur Landkreis Göppingen und die Geschäftsstelle Klimaschutz des Landratsamts Göppingen haben ein gemeinsames Klimaschutzportal ins

Leben gerufen: www.klimaschutz-goep-pingen.de. Landrat Edgar Wolff: „Die Klimaschutz-Homepage ist ein weiteres Instrument unserer Klimaschutzstrategie. Die Seite informiert über vorbildhafte regionale Projekte und zeigt auf, wie wir den Klimaschutz vor Ort anpacken können.“ Neben Energiespartipps präsentiert die Homepage regionale Beratungsleistungen sowohl für Bürger, Kommunen, Wirtschaftsakteure als auch für Schulen. In der Rubrik Leistungen findet die jeweilige Zielgruppe eine wertvolle Übersicht über unterstützende Maßnahmen, die die langfristige Energie- und Kosteneinsparung und die nachhaltige Energieversorgung fördern.

**Online-Potenzialrechner
ERNEUERBAR KOMM! für
den Landkreis Böblingen –
Potenziale von erneuerbaren Energien
für einzelne Kommunen berechnen**

Wie viel des Energiebedarfs einer Stadt oder Gemeinde wird derzeit durch erneuerbare Energien abgedeckt und durch welche Art von erneuerbaren Energien? Antworten auf diese Fragen gibt der Online-Rechner „ERNEUERBAR KOMM!“, der in diesen Tagen freigeschaltet wurde. Viel wichtiger aber: Das Pro-

gramm zeigt an, welcher Anteil des Energiebedarfs eine Kommune im Landkreis Böblingen durch erneuerbare Energien abdecken könnte und wie sich der Ausbau in verschiedenen Bereichen auf die Gesamtbilanz auswirken würde. Kurz gesagt: Welches Potenzial die Städte und Gemeinden haben, den eigenen Energiebedarf klimafreundlich abdecken zu können. „Nur wer um die Möglichkeiten und auch um die Auswirkungen des weiteren Ausbaus von erneuerbaren Energien weiß, kann diese auch ausschöpfen“, sagte Landrat Roland Bernhard. Der Online-Potenzialrechner unterstütze die Kommunen zudem darin, die Ziele zu erreichen, die sie sich im gemeinsamen Landkreis-Klimaschutzkonzept oder aber in ihren eigenen Klimaschutzkonzepten gesetzt haben.

Insgesamt 19 Kommunen im Landkreis Böblingen verfügen über ein solches Konzept. Alle 19 Kommunen können nun den Online-Potenzialrechner nutzen, für dessen Berechnungsgrundlage die Daten aus eben diesen Klimaschutzkonzepten herangezogen wurden. „Die Bürger, vor allem aber die Verwaltungen, können mit dem Online-Rechner auf spielerische Art und Weise unterschiedliche Varianten der Energieerzeugung simulieren“, freut sich Nadine Derber, Klimaschutzmanagerin des Landkreises. Per Mausklick wird angezeigt, wie sich beispielsweise der Ausbau im Bereich der Solarenergie oder aber bei der Nutzung von Biomasse auf die Gesamtbilanz der Kommune auswirke oder aber auch, welcher Maßnahmenmix beim Ausbau von erneuerbaren Energien nötig ist, um den gewünschten Deckungsgrad erreichen zu können. Das Beste daran: Jeder kann das neue Online-Angebot jederzeit und bequem von zu Hause aus nutzen. „Der Potenzialrechner ist deshalb eine sinnvolle Ergänzung unseres digitalen Informationsangebots“ sagt Katrin Ripberger, die beim Amt für Vermessung und Flurneuordnung das zweite digitale Angebot des Landkreises, das BürgerGIS BB, betreut und weiter ausbaut.



Der Potenzialrechner ist unter folgendem Link zu finden: www.erneuerbarkomm.de/lkboeblingen

Startschuss für die Umsetzung der Gesamtkonzeption Waldnaturschutz ForstBW im Landkreis Tuttlingen

Mit der Gesamtkonzeption Waldnaturschutz ForstBW hat Baden-Württemberg ein Instrument entwickelt, das in Zukunft die Grundlage für alle naturschutzrelevanten Aspekte in der Waldwirtschaft von ForstBW bildet. Im ganzen Land finden derzeit gemeinsame Schulungen von Forst und Naturschutz statt, die die Voraussetzung für eine gelungene Umsetzung der Konzeption schaffen. Im Immendinger Rathaus fand am 1. Juni 2016 die Schulung für den Landkreis Tuttlingen statt.

Verschiedene Referenten, u.a. von der Forstlichen Versuchsanstalt in Freiburg stellten den Kolleginnen und Kollegen aus Unterer Forstbehörde und Unterer Naturschutzbehörde die Gesamtkonzeption Waldnaturschutz ForstBW vor. Am Nachmittag schloß sich eine Exkursion ins Naturschutzgebiet „Schopfeln-Rehletal“ an. Von Gerhard Hüttel von der Unterer Naturschutzbehörde und Forstrevierleiter Berthold Schellhammer wurden den Teilnehmern neben der Geschichte des „Rehletals“ auch Pflegemaßnahmen zum Erhalt von Waldorchideen und anderer seltener Pflanzenarten erklärt. Außerdem wurden eine sog. „Habitatbaumgruppe“ aufgesucht und das „Alt- und Totholzkonzept“ für den Staatswald erläutert.

Wälder spielen beim Schutz der biologischen Vielfalt eine unverzichtbare Rolle und haben deshalb auch innerhalb der Naturschutzstrategie Baden-Württemberg eine zentrale Funktion. Die Naturschutzstrategie verfolgt das Ziel den schleichenden Verlust der biologischen Vielfalt bis 2020 zu stoppen und eine positive Entwicklung bis 2050 zu erreichen. Deswegen entwickelte ForstBW für die Umsetzung der Naturschutzstrategie im



Staatswald die Gesamtkonzeption Waldnaturschutz und baut damit die bisher erfolgreich etablierten naturschutzfachlichen Strategien, Konzepten und Programmen der letzten Jahre aus. Diese werden mit der Gesamtkonzeption zusammgeführt und um wichtige Ziele bis 2020 erweitert. Damit wird langfristig der Schutz der biologischen Vielfalt in Baden-Württembergs Staatswald gesichert.

Bei der Entwicklung der Gesamtkonzeption Waldnaturschutz ForstBW waren viele Expertinnen und Experten aus unterschiedlichsten Fachgebieten involviert. Bis zu diesem Zeitpunkt einmalig, fand bei Entwicklung außerdem ein Partizipationsprozess in Form einer Online-Konsultation statt. Diese Plattform bot allen Akteurinnen und Akteuren rund um das Thema Waldnaturschutz sowie der breiten Öffentlichkeit die Möglichkeit mitzudiskutieren und eigene Vorschläge einzubringen. Als Ergebnis dieses Prozesses wurden 10 Ziele formuliert, die zusammen mit der Überprüfung und Weiterentwicklung der bei ForstBW bestehenden Naturschutzprogramme bis 2020 in Baden-Württemberg umgesetzt werden. Die Ziele decken verschiedene Themenbereiche ab, wie „Waldbau“, „Lichte Wälder“, „Wälder nasser Standorte“, „Artenschutz und Arteninformationssystem“, „Prozessschutz“,

aber auch „Forschung“ und „Interne und externe Kommunikation“.

„Nicht jedes der 10 Ziele ist für alle Landkreise gleichermaßen von Bedeutung, berücksichtigt man die jeweiligen landschaftlichen Gegebenheiten und historischen Entwicklungen. Hier im Landkreis Tuttlingen können wir insbesondere für das Ziel ‚Lichte Waldbiotope erhalten‘ einen wichtigen Beitrag leisten. Schon heute wird es im Rahmen von Biotoppflege in lichten, trockenen Wäldern vielfach umgesetzt“, so Forstamtsleiter Dr. Frieder Dinkelaker.

Verkehr

Einweihung der Regiobuslinie Sigmaringen – Überlingen

Sigmaringen ist jetzt nur noch eine Busfahrt vom Bodensee entfernt. Das ist den beiden Kreisen Sigmaringen und Bodenseekreis mehrere hunderttausend Euro im Jahr wert. Jüngst haben die Sigmaringer Landrätin Stefanie Bürkle und ihr Kollege Landrat Lothar Wölfle gemeinsam mit Verkehrsminister Winfried Herrmann den Startschuss für die neue Regiobuslinie gegeben. Seit Anfang März sind nun die drei Mittelzentren Überlingen, Pfullendorf und Sigmaringen im Stundentakt miteinander verbunden. Die Busse fahren von den frühen Morgenstunden bis spät am Abend, was echte regionale Mobilität garantiert. Offene WLAN-Zugänge in den Bussen für schnelles Surfen im Internet machen die Fahrt sogar besonders komfortabel.

Das Projekt wird je hälftig vom Land sowie den beiden Landkreisen finanziert. Der Landkreis Sigmaringen lässt sich die Linie jährlich rund 410 000 Euro kosten, der Bodenseekreis steuert aufgrund der geringeren Streckenkilometer etwa 150 000 Euro bei. Als einzige der ersten fünf Regiobuslinien in Baden-Württemberg hat dieses Projekt eine Landesförderung über fünf Jahre erhalten.



Die beiden Landräte appellierten an die Bevölkerung, diese Bereicherung für die Region ge zu nutzen und einzusteigen.

**Hohenlohekreis:
Regiobuslinie zwischen Künzelsau und dem Bahnhof Waldenburg gestartet**

Landrat Dr. Matthias Neth hat die Regiobuslinie 7 zwischen Künzelsau und dem Bahnhof Waldenburg zusammen mit Vertretern des Kreistags, Bürgermeister Markus Knobel und der Busunternehmen im Rahmen einer offiziellen Eröffnungsfahrt am 28. Februar 2016 feierlich in Betrieb genommen. „Die Achse stellt für den Hohenlohekreis und insbesondere den Raum Künzelsau eine wichtige Verbindung dar. Ich hoffe, dass das neue

Angebot viele Fahrgäste anspricht und zahlreich genutzt wird“, so Landrat Dr. Matthias Neth in seiner Eröffnungsrede. Die Regiobuslinie zeichnet sich durch einen durchgehenden Stundentakt, direkte und einheitliche Linienwege sowie bequeme Übergangszeiten zum Schienenverkehr aus. Während es auf der bestehenden Linie 7 des NVH bislang unter der Woche schon einen Stundentakt zwischen 5.00 und 22.45 Uhr und in den Hauptverkehrszeiten einen Halbstundentakt gibt, war das Angebot am Wochenende stark ausgedünnt. Ab sofort wird es auch an diesen Tagen möglich sein, alle in Waldenburg abfahrenden und ankommenden Züge in und aus den Richtungen Heilbronn, Schwäbisch Hall-Hessental und Stuttgart mit dem

Bus zu erreichen. Samstags, sonntags und an Feiertagen gibt es ein stündliches Angebot zwischen 6.45 Uhr und 22.45 Uhr. Die Orte Feßbach, Haag und Kubach erhalten dadurch auch am Wochenende ein attraktives Fahrangebot mit dem ÖPNV. Mit diesem erweiterten Verkehrsangebot sind Fahrten mit der Bahn in weiter entfernte Ziele möglich, ohne auf das Auto angewiesen zu sein. Eingesetzt werden auf den stündlichen Fahrten moderne, klimatisierte Fahrzeuge mit Niederflertechnik und Rollstuhlrampe, einer Mehrzweckfläche für die Mitnahme von Fahrrädern sowie kostenfreiem WLAN-Zugang.

Das Land Baden-Württemberg hat im letzten Jahr ein Förderprogramm zur Anbindung von Mittelzentren an die Schiene durch hochwertige Buslinien aufgelegt und übernimmt die Hälfte des entstehenden Betriebskostendefizits. Der Landkreis beteiligt sich zu seinen bisherigen Aufwendungen mit einem jährlichen zusätzlichen Betrag von ca. 100 000 Euro. Die Regiobusse verkehren vorerst bis Dezember 2019 in einem verdichteten Takt.

Das Landratsamt hat ein Faltblatt mit einem Fahrplanauszug zur Regiobuslinie 7 herausgegeben. Dieses ist im Landratsamt, beim NVH, beim HNV sowie bei den Bürgermeisterämtern entlang der Strecke erhältlich und auch auf der Homepage der Kreisverwaltung unter www.hohenlohekreis.de eingestellt. Die ausführlichen Fahrplantabellen sind in den Kundencentern des NVH oder im Internet unter www.nvh.de erhältlich. Alle Verbindungen sind auch über die elektronische Fahrplanauskunft des Landes www.efa-bw.de abrufbar.

Landkreis Lörrach: Umweltfreundlichere Dienstfahrten für bessere CO₂-Bilanz – Erstes Elektroauto im Fuhrpark des Landratsamtes eingetroffen

Es ist da: Das erste von insgesamt zwei Elektroautos im Fuhrpark des Landratsamtes. Ab sofort können die Mitarbei-



Landrat Dr. Matthias Neth, Vertreter des Kreistags, Bürgermeister Markus Knobel sowie weitere Vertreter der Kreisverwaltung nehmen die Regiobuslinie offiziell in Betrieb.



Freuen sich auf ein klimafreundlicheres Fahrerlebnis: Mitarbeitende aus dem Fachbereich Umwelt im Landratsamt Lörrach.

tenden der Behörde das umweltfreundliche Vehikel für Dienstfahrten nutzen, ein zweites folgt im März. Für den Landkreis Lörrach ist die Anschaffung der Elektroautos ein weiterer Schritt für mehr Klimaschutz vor Ort. Diesem hatte sich der Kreistag in der Vergangenheit strategisch verpflichtet und will die Treibhausgasemissionen gegenüber dem Basisjahr 2012 bis 2025 kreisweit um 25 % und bis 2050 sogar um mindestens 56 % senken. Die Aktivitäten der Kommune rund um das Thema Energie und Klimaschutz sind dabei vielfältig und reichen beispielsweise von der Erstellung einer CO₂-Bilanz über die energetische Verwertung von Abfällen bis hin zur Optimierung des Nahverkehrsplans. Für seine erfolgreiche Positionierung mit energiepolitischen Maßnahmen wurde der Kreis kürzlich mit dem European Energy Award ausgezeichnet. Der Themenkomplex Verkehr und Mobilität steht in der Gesamtstrategie des Landratsamtes Lörrach an erster Stelle. Die im Mobilitätskonzept enthaltene Fuhrparkstrategie legt dabei einen umweltfreundlichen und effizienten Fuhrpark der Behörde zu Grunde. Bei dem nun eingetroffenen Fahrzeug handelt es sich um das Elektro-Modell BMW i3, das dank seiner modernen Technologien den durchschnittlichen CO₂-Ausstoß des Behördenfuhrparks senkt. Das Fahrzeug

wir an der eigenen Stromladestation (Wallbox) in der Tiefgarage des Landratsamtes geladen.

Grundsätzlich steht für Dienstreisen der Behörden-Mitarbeitenden vorrangig der öffentliche Personennahverkehr zur Verfügung, um Ressourcen zu schonen und damit aktiven Umwelt- und Klimaschutz zu betreiben. Für die klimaschonende Mobilität gibt es seit drei Jahren außerdem zwei E-Bikes im Landratsamt. Des Weiteren können die Mitarbeitenden auf ein Fahrzeugpool von neun kraftstoffbetriebenen Autos mit geringem Verbrauch zurückgreifen. Damit wurden im Jahr 2015 in etwa 16 250 Stunden rund 164 700 Kilometer zurückgelegt.

Abfall

Hoher Besuch aus China im Restmüllheizkraftwerk Böblingen

RBB-Geschäftsführer Wolf Eisenmann empfängt eine hochrangige chinesische Delegation unter der Leitung von Herrn Hu Helin, dem stellvertretenden Leiter der Umweltbehörde aus der Provinz Jiangu der Volksrepublik China (5.v.r.) im Restmüllheizkraftwerk Böblingen. Die Delegation aus Politik und Technik hat sich in Baden-Württemberg – begleitet von Ministerialrat Martin Kneisel, Referatsleiter im Umweltministerium (4.v.r.) – über Spitzentechnologie im Umweltschutz informiert.

Abfallwirtschaftsamt des Landratsamtes Zollernalbkreis erhält den Creativ-Preis 2016 des VKU

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) schreibt bundesweit alle zwei Jahre seinen Creativ-Preis aus. Dieser stand in diesem Jahr unter dem Motto „Kreative Ideen in der Wertstoffsammlung“ und war in drei verschiedene Kategorien aufgeteilt, in der jeweils ein Preisträger ermittelt wurde.

Das Abfallwirtschaftsamt des Landratsamtes Zollernalbkreis hat sich mit





seiner Aktion „Biomüll – NIX VERKOMMA LASSA“ beworben. Die umfangreiche Kampagne mit ihren zahlreichen Aktionen wie Animationen auf den Wochenmärkten sowie Mitmachaktionen für die Bürgerinnen und Bürger hat die Juroren überzeugt. Der Creativ-Preis 2016 ging an den Zollernalbkreis. Die weiteren Preisträger in den anderen beiden Kategorien sind die Stadtgemeinde Bremen und die Stadt Norderstedt.

Anfang Juni fand die Preisverleihung auf einer der weltgrößten Messen für Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft, der IFAT in München, statt. Am Stand des VKU, der über 1400 kommunale Unternehmen vertritt, nahmen der Erste Landesbeamte Matthias Frankenberg und der Leiter des Abfallwirtschaftsamtes, Friedrich Scholte-Reh den mit 1500 Euro dotierten Preis, gemeinsam mit Bernd Rudek, dem Inhaber der gleichnamigen Balingen Werbeagentur, der die Kampagne entworfen hatte, entgegen.

„Der Creativ Preis motiviert uns, auch in Zukunft die Anliegen der Abfallwirtschaft auf unterhaltsame Art und Weise unseren Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen“, freut sich der Erste Landesbeamte Matthias Frankenberg. „Auch im Landkreis hatte die Biomüllkampagne übrigens den gewünschten Erfolg, wie

die steigende Inanspruchnahme der Biotonne zeigt.“

Verschiedenes

„Landkreis Göppingen. Überraschend. Persönlich.“ – Neues Buch auf Schloss Filseck vorgestellt

„Auf 228 Seiten sind Firmenporträts, sind Einschätzungen zum Standort und sind Liebeserklärungen und Wünsche an

den Landkreis Göppingen festgehalten. Ich freue mich, dass wir mit dem Buch nun nicht nur ein repräsentatives Geschenk für den Landkreis haben, sondern dass wir mit ihm auch Zeitgeschichte dokumentiert haben“, freut sich Landrat Edgar Wolff.

Der Grundstein für die Kooperation mit der neomediaVerlag GmbH wurde bereits Ende 2014 gelegt. Nach einer ersten Vorstellung des Produkts entstand sogleich die Idee von einem Buch, das getreu dem Landkreis-Claim „Überraschend. Besser.“ werden sollte. Auf der Basis des noch relativ neuen Corporate Designs und mit der Unterstützung der Göppinger Agentur Danker Moretti wurden die Farbwelt des Buchs und der Titel angepasst: Goldprägung auf weißem Grund mit dem Titel „Landkreis Göppingen. Überraschend. Persönlich.“

Insgesamt 51 Unternehmen und 42 Autoren aus dem gesamten Göppinger Kreisgebiet haben einen Beitrag für das Buch verfasst. Ergebnis ist ein identitätsstiftendes und hochwertiges Produkt, das eine kompakte Übersicht über Menschen, Unternehmen, Natur und Kultur im Landkreis Göppingen bietet.

Das Buch wurde am 11. Mai 2016 auf Schloss Filseck offiziell präsentiert. Zur Veranstaltung waren alle Autoren und Unternehmen eingeladen, die das Buch-



Landrat Edgar Wolff, der ehemalige Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog, der ehemalige Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Prof. Dr. Dieter Hundt, der Inhaber des Gestüts Birkhof und Verfasser des ersten Autorenbeitrags, Thomas Casper, und der ehemalige Göppinger Landrat Franz Weber (von links nach rechts) mit einer Ausgabe des Buchs „Landkreis Göppingen. Überraschend. Persönlich.“ bei der feierlichen Präsentation am 11. Mai 2016 auf Schloss Filseck

projekt unterstützt haben. Auch Vertreter aus der Bundes-, Landes- und Kreispolitik waren vertreten. Unter den vielen Ehrengästen konnte der ehemalige Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog begrüßt werden, der selbst auch einen Autorenbeitrag verfasste. Professor Herzog vertrat Anfang der 80er Jahre während seiner Tätigkeit als Innenminister des Landes Baden-Württemberg und bis zu seiner Berufung an das Bundesverfassungsgericht den Landkreis Göppingen als Abgeordneter im baden-württembergischen Landtag. Zu den weiteren Ehrengästen und Autoren zählten der ehemalige Göppinger Landrat Franz Weber, der seinerseits als Persönlicher Referent des Innenministers Herzog tätig war. Auch der langjährige Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Prof. Dr. Dieter Hundt, war unter den Gästen und schrieb als überzeugter Bürger aus dem Landkreis Göppingen einen Autorenbeitrag. Das Buch ist im Buchhandel erhältlich und kostet 34,90 Euro. Unter www.landkreis-goepplingen.de gibt es einen Film zur Buchpräsentation sowie weitere Eindrücke.

Bodenseekreis:

Landrat Wölfle erhält Auszeichnung des Partnerkreises Tschenstochau

Landrat Lothar Wölfle ist vom polnischen Landkreis Tschenstochau für seine Verdienste um den Partnerkreis ausgezeichnet worden. Am 20. Februar 2016 erhielt Wölfle in der Philharmonie der Stadt Tschenstochau dafür die Ehren-Statuette. Sie wurde ihm vor rund 600 geladenen Gästen durch den dortigen Kreistagsvorsitzenden Andrzej Kubat und den stellvertretenden Landrat Henryk Kasiura überreicht. Die Auswahljury lobte die intensiven Kontakte und den Austausch der befreundeten Landkreise in vielen Bereichen der Verwaltung sowie die Unterstützung vom Bodensee für zahlreiche Schul- und Jugendprojekte. Wölfle sei maßgeblich für diese gedeih-



Lothar Wölfle, Landrat des Bodenseekreises, wird durch den Kreistagsvorsitzenden Andrzej Kubat und den stellvertretenden Landrat Henryk Kasiura (v.l.) die Ehren-Statuette des polnischen Partnerkreises Tschenstochau überreicht.

liche Partnerschaft mitverantwortlich, hieß es in Polen.

Der Bodenseekreis unterhält seit 1999 eine Partnerschaft zum Landkreis Tschenstochau im Süden Polens. Die Statuette wird jedes Jahr in mittlerweile sieben verschiedenen Kategorien an Persönlichkeiten verliehen, die Besonderes für den Partnerlandkreis geleistet haben.

Die regionale Energiewende live erlebt: Hamburger Studenten sind beeindruckt von den Aktivitäten im Rhein-Neckar-Kreis

„Mit 54 Städten und Gemeinden und über 530 000 Einwohnern ist der Rhein-Neckar-Kreis der einwohnerstärkste Landkreis in Baden-Württemberg, gehört bundesweit zu den attraktivsten und gefragtesten Wirtschafts- und Wohnstandorten mit hoher Lebensqualität, gilt als Deutschlands bedeutendster Standort im Bereich Software- und IT-Dienstleistungen und ist last but not least ein angesehener und geschätzter Vorreiter in Sachen Klimaschutz sowie beim Einsatz erneuerbarer Energien“.

Für den Leiter des Eigenbetriebes Bau und Vermögen Rhein-Neckar-Kreis Jürgen Obländer war es eine durchaus

angenehme Aufgabe, namens des Rhein-Neckar-Kreises die Studenten der HafenCity Universität Hamburg (4. Semester Bachelor, Fachrichtung Stadtplanung) am Unternehmenssitz in Sinsheim zu begrüßen. Eine Exkursionswoche führt die ambitionierten Nachwuchsakademiker derzeit an verschiedene Stationen in der Metropolregion Rhein-Neckar (u.a. Bahnstadt HD, Mannheim, Rheinland-Pfalz, AVR Sinsheim, Verband Metropolregion Rhein-Neckar Mannheim) und in den Raum Stuttgart, um frühzeitig entsprechende Erfahrungen und Anregungen für den späteren Berufsweg zu sammeln. Jürgen Obländer hielt die einleitenden Worte, er hat seine Zuhörer offensichtlich beeindruckt, erntet anerkennende Blicke und geht in seinen weiteren Ausführungen gerne detaillierter auf den einen oder anderen Fachbereich ein.

Marius Weis von der Geschäftsstelle Klimaschutz des Eigenbetriebes Bau und Vermögen blieb es vorbehalten, den Studenten einen Einblick in die Details des Gebäudemanagements im Allgemeinen sowie über den Einsatz umweltfreundlicher Technologien bei kreiseigenen Liegenschaften im Besonderen zu vermitteln. „Wir setzen in unseren Zuständigkeitsbereichen Zug um Zug



die Vorgaben unseres Klimaschutzkonzeptes um, das der Landkreis in Abstimmung mit dem Kreistag und den angeschlossenen Kommunen erarbeitet hat“, erklärte Weis.

Was sich aus Müll so alles machen lässt, wie aus unterschiedlichsten Abfallsorten am Ende grüne Energie entsteht und welche innovativen Projekte die AVR-Gruppe dabei mittel- und langfristig auf der Agenda hat, darauf ging Nadine Hülden von der AVR Energie ein. „Von der Sinsheimer Fernwärme über Photovoltaikanlagen und jährlichen Thermografieaktionen bis zur Bioabfallvergärungsanlage, die wir aktuell planen und die voraussichtlich ab 2019 in Betrieb gehen wird, ist alles dabei. Wir vertreiben lupenreinen Naturstrom aus Wasserkraft, konzipieren und betreiben moderne Heizungsanlagen für große und kleine Kunden und machen in allen relevanten Bereichen wirklich Ernst mit der Energiewende vor Ort“, so die kaufmännische Leiterin.

Blieb als letzter Punkt der Tagesordnung noch die Führung durch das Sinsheimer Biomasseheizkraftwerk. Gerne nutzten die Studenten die Gelegenheit, live und fachmännisch moderiert zu erleben, wie und wo die grünste Fernwärme im Rhein-Neckar-Kreis entsteht. „Die Erzeugung unserer Fernwärme ist

besonders umweltschonend. Das Biomasseheizkraftwerk liefert seit Oktober 2011 Fernwärme an die angeschlossenen Sinsheimer Haushalte, Gewerbebetriebe und öffentliche Einrichtungen. Dadurch werden jährlich rund 6500 Tonnen CO₂ eingespart und 1850 000 Liter Heizöl ersetzt. Die wohlige Wärme in den Sinsheimer Wohnzimmern ist dazu noch komplett hausgemacht, denn der Brennstoff kommt vorrangig von den Grünschnittsammelplätzen im Rhein-Neckar-Kreis. Durch den Einsatz der effi-

zienten Technologie der Kraft- Wärme-Kopplung wird daraus Wärme und Strom gewonnen. Ein weiterer wichtiger Beitrag zum regionalen Klimaschutz“, verdeutlichte AVR-Energie-Prokurist Jochen Schütz. Die Studentengruppe nutzte die Exkursionszeit und stellte viele Fragen rund um die Klimaschutzaktivitäten im Rhein-Neckar-Kreis ehe sie mit neuen Ideen und „Lessons learnt“ mit der Bahn wieder zurück nach Mannheim fuhr.

Erstmalig Gesundheitstage im Landratsamt Tuttlingen

Im Rahmen der ersten Gesundheitstage im Landratsamt Tuttlingen am 27. und 28. April 2016 haben rd. 150 Kreismitarbeiterinnen und -mitarbeiter die Gelegenheit genutzt und sich über das Thema Gesundheit und Prävention informiert. „Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das Herzstück unserer Behörde. Nur wenn sie gesund und fit sind, können wir den Service leisten, denn unsere Bürgerinnen und Bürger zu Recht einfordern. Das gilt umso mehr in der heutigen Arbeitswelt, in der Flexibilität und hohe Belastbarkeit Selbstverständlichkeiten sind. Zusammen mit dem Perso-



V.l.n.r.: Sozialdezernent Bernd Mager, Erster Landesbeamter Stefan Helbig, Werner Damaschke, Leiter des Amtes für Energie, Abfallwirtschaft und Straßen, Jürgen Hilscher, Leiter des Wasserwirtschaftsamtes, Julia Hackenschmidt, Mitarbeiterin im Hauptamt

nalrat haben wir uns darauf verständigt, die Gesundheit unserer Mitarbeiter 2016 in den Fokus zu nehmen“, so Landrat Stefan Bär.

Gestartet ist die Kreisbehörde Anfang des Jahres mit den so genannten Blickpunkt-Ernährungstagen, im Rahmen derer sich Mitarbeiter, aber auch Bürger rund um das Thema gesunde Ernährung informieren konnten. Die jetzt durchgeführten Gesundheitstage waren ein exklusives Angebot für die Kreismitarbeiter. An den verschiedenen Aktionsständen konnten sie sich über eine Körperfettmessung, eine Kohlenmonoxidmessung, einen Stresstest, eine Blutdruckmessung oder einen Reaktionstest über besondere Stärken, aber auch kleinere Schwächen informieren.

Der Gleichgewichtstest (S3-Check) forderte von den Teilnehmer(inne)n volle Konzentration und Muskelspannung, da nur so die Balance gehalten werden konnte. Das war für viele Teilnehmer/innen eine große Herausforderung. Die Rauschbrille simulierte den Zustand bei Beeinträchtigung durch Alkohol und die damit verbundene Schwierigkeit Entfernungen richtig einzuschätzen.

Die Zuckerausstellung der AG Zahngesundheit (Gesundheitsamt) sorgte bei vielen Teilnehmer(inne)n für großes Entsetzen. Die wenigsten Teilnehmer/innen hätten vermutet, dass sich z.B. in einer Tüte Kinderschokobons 31 Würfelzucker verstecken. Für eine gesunde Stärkung sorgten die Mitarbeiterinnen des Forums Ernährung vom Landwirtschaftsamt mit Unterstützung unserer Auszubildenden. Neben frischen Smoothies gab es einen Quinoa-Salat und Gemüsesticks mit einem frischen Kräuterquark.

Mitarbeiter/innen der AOK, Mitarbeiter/innen des Baden-Württembergischen Landesverbands für Prävention und Rehabilitation gGmbH, Frau Schubert von der Betrieblichen Sozialberatung und die Mitarbeiterinnen des Forums für Ernährung vom Landwirtschaftsamt haben zum Gelingen der Gesundheitstage beigetragen.

Das Fazit der Mitarbeiterinnen des Betrieblichen Gesundheitsmanagement fiel am Donnerstagabend deutlich aus. „Das waren zwar die ersten, aber ganz sicherlich nicht die letzten Gesundheitstage des Landratsamtes Tuttlingen“, so Julia Hackenschmidt, die die Federführung für das Projekt hatte.

Familienforschung und Landratsamt Rastatt unterzeichnen Zielvereinbarung – Landratsamt auf dem Weg zum familienbewussten und demografieorientierten Arbeitgeber

Mit einer zukunftsfähigen Personalpolitik will das Landratsamt weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber sein und nimmt seit 2014 am Programm „familienbewusst & demografieorientiert“ teil. Es ist ein Angebot der Familienforschung Baden-Württemberg (FaFo) im Statistischen Landesamt, das sich speziell an Arbeitgeber richtet und vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg gefördert wird. Im Landratsamt Rastatt haben Landrat Jürgen Bäuerle und Erich Stutzer, Leiter der FaFo, jetzt die offizielle Vereinbarung unterzeichnet. Sie umfasst 16 Zielset-

zungen und 27 Einzelmaßnahmen, die das Landratsamt für seine rund 1100 Beschäftigten ab sofort bis Dezember 2016 umsetzen wird. Die Teilnahme ist ein wichtiger Baustein der Personalpolitik und des Leitbildes im Landratsamt.

„Gesunde und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die gerne bei uns arbeiten, sind für uns die wichtigste Ressource“, so Landrat Jürgen Bäuerle. Konkret umfasst das Programm im Landratsamt eine Analyse der Ausgangssituation und mehrere Workshops, die das Kompetenzzentrum Arbeit • Diversität begleitet. Der Maßnahmenkatalog bündelt beispielsweise Angebote für Führungskräfte, für Beschäftigte mit Familienverantwortung oder für ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

„Mit seiner Teilnahme am Programm ‚familienbewusst und demografieorientiert‘ hat sich das Landratsamt Rastatt wichtige Ziele gesetzt. Wir sind sicher, dass hier ein überaus guter Weg beschritten wird“, so Ministerialdirektor Jürgen Lämmle im Sozialministerium. Als mehrstufiges Verfahren zur Organisationsentwicklung zeichnet sich das Programm durch die praxisorientierte Beteiligung von Führungskräften und Beschäftigten aus.



Das Kompetenzzentrum Arbeit • Diversität der Familienforschung Baden-Württemberg informiert, berät und qualifiziert seit 2008 bei der Organisationsentwicklung, zugeschnitten auf die Situation im jeweiligen Betrieb. Es arbeitet im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg und bietet Beratung und Prozessbegleitung, Qualifizierung für Führungs- und Fachkräfte, Verfahren zur Mitarbeiterbeteiligung, regionale und überregionale Vernetzung, Konferenzen, Tagungen sowie Öffentlichkeitsarbeit und das Internetportal www.kompetenzzentrum-bw.de.

Forstlicher Nachwuchs unterwegs im Ortenaukreis – Trainees informieren sich zu Eschentriebsterben und Nationalparkthemen

Anfang Mai besuchten 19 Absolventen des „Traineeprogramms Forst“ aus ganz Baden-Württemberg den nördlichen Ortenaukreis und informierten sich über die Arbeit ihrer Kollegen. Daniela Vetter, Trainee am Amt für Waldwirtschaft, gab gemeinsam mit Forstbezirksleiter Bernhard Mettendorf und Revierleiter Markus Gutmann einen Überblick zum Eschentriebsterben. „Ein aus Asien eingeschleppter Pilz lässt dabei die Bäume absterben“, erklärt Daniela Vetter. „Der Ortenaukreis ist einer der am stärksten betroffenen Landkreise in Baden-Württemberg, denn die Esche ist in der Rheinebene eine typische Baumart. Das regionale Ausmaß des Eschentriebsterbens in der Rheinebene war den meisten Trainees noch nicht bekannt“, so Vetter.

Die Nachwuchsförster diskutierten anschließend die fachlichen und betrieblichen Herausforderungen des rasch voranschreitenden Ausfalls der Esche und besuchten den Nationalpark Schwarzwald, der zum Teil auf Ortenauer Kreisgebiet liegt. Tim Tschöpe, Trainee im Nationalpark, berichtete über das Waldmanagement im Nationalpark. „In der sogenannten Entwicklungszone sollen



Die Forst-Trainees im Wald bei Achern. Siebte von rechts (stehend mit der blauen Jacke): Daniela Vetter. Ganz rechts: Forstbezirksleiter Bernhard Mettendorf

noch 30 Jahre lang forstliche Eingriffe stattfinden und damit die Naturnähe der Wälder in dieser Zeit deutlich erhöhen“, so Tschöpe.

Mit dem Traineeprogramm Forst wird in Baden-Württemberg seit dem Jahr 2008 eine flexible Form der Nachwuchsqualifizierung angeboten. Es erfüllt gleichzeitig alle wichtigen Anforderungen der Arbeitgeber an ein strategisches Personalmanagement.

In dieser Form ist das Traineeprogramm Forst in Deutschland bislang einmalig und bietet einen neuen Weg zum Berufsziel Förster. Eine zweijährige verwaltungsinterne Tätigkeit, meist auf der Ebene einer unteren Forstbehörde, vermittelt die notwendige Berufspraxis. Der forstliche Nachwuchs wird bedarfsorientiert eingestellt und während der Traineezeit durch die Übernahme eigenverantwortlicher Tätigkeiten sowie berufsbegleitende Lehrgänge qualifiziert.

Girls' Day am Landratsamt Sigmaringen

Zahlreiche Betriebe und Institutionen im Landkreis Sigmaringen haben am 28. April 2016 beim Girls' Day unterstützt und interessierten Schülerinnen attraktive Angebote unterbreitet. Auch beim Landratsamt Sigmaringen waren an diesem Tag zehn Mädchen unterwegs,

um Einblicke in Berufe zu bekommen, die bisher meist von Männern ausgeübt werden. Nach einer gemeinsamen Begrüßung waren die Jugendlichen in Fachbereichen Straßenbau, Forstwirtschaft und Vermessung und Flurneuordnung eingesetzt und konnten einen praxisnahen Einblick in das Berufsleben gewinnen. Die Mädchen halfen beispielsweise beim Einpflanzen junger Bäume oder



Baumpflanzen ist nicht nur Männersache. Beim Girls' Day im Landratsamt Sigmaringen durften Mädchen mit anpacken.

konnten gemeinsam mit den Auszubildenden das Gebäude des Landratsamtes vermessen. Trotz schlechter Wetterbedingungen fiel das Resümee der Mädchen durchweg positiv aus und die Rückmeldungen haben gezeigt, dass sie Spaß hatten und sich für klassische Männerberufe begeistern können.

Hohenlohekreis empfängt polnische Gäste

Zu einem dreitägigen Besuch kam eine Delegation des Landkreises und der Stadt Kedzierzyn-Kozle in den Hohenlohekreis. Landrat Dr. Matthias Neth und Oberbürgermeister Thilo Michler begrüßten Landrätin Malgorzata Tudaj und Kreisräte aus dem Partnerlandkreis sowie Stadtpräsidentin Sabina Nowosielska und Vertreter der Stadt Kedzierzyn-Kozle am 7. Mai 2016 und freuten sich, die Gäste anlässlich der stattfindenden Landesgartenschau in Öhringen willkommen heißen zu dürfen.

„In diesem Jahr jährt sich der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag zum 25. Mal. Voller Stolz kann ich sagen, dass unser jetziges Zusammentreffen auch im Zeichen des Jubiläums der deutsch-polnischen Freundschaft steht“, so Landrat Dr. Matthias Neth in seiner Begrüßungsansprache.

„Was mich besonders freut ist, dass aus unserer Landkreispartnerschaft weitere Früchte hervorgegangen sind und die Große Kreisstadt Öhringen heute ihre Freunde und Partner der Stadt Kedzierzyn-Kozle empfangen kann“, erklärte Dr. Neth weiter.

Der Landrat des Hohenlohekreises wünscht sich, dass die Partnerschaft weiter wachsen kann und auch künftig Verbindungen und Freundschaften zwischen Bürgern, insbesondere zwischen Schülerinnen und Schülern der beiden Landkreise entstehen.

Landrätin Malgorzata Tudaj bedankte sich für die Gastfreundschaft. „Es hat mir sehr gut gefallen bei Ihnen im Hohenlohekreis. Ich hoffe, dass wir noch



Deutsche und polnische Jagdhornbläser begrüßen die Besuchsdelegation im Landkreispavillon.

lange eine solch freundschaftliche und herzliche Partnerschaft pflegen werden“. Erfreut war die Landrätin aus Kedzierzyn-Kozle auch über den „Garten der Partnerstädte“ auf dem Landesgartenschau Gelände. „Es ist schön, dass der Baum aus Kedzierzyn-Kozle mittlerweile gut angewachsen ist und somit stetig an die wachsende Verbindung zwischen unseren Landkreisen erinnert“.

Die Stadtpräsidentin Sabina Nowosielska genoss ihren Rundgang auf dem Gartenschau Gelände. „Die Stadt Öhringen und der Hohenlohekreis können stolz auf dieses wunderschön gelungene Gelände sein. Ich freue mich schon auf meinen nächsten Besuch im Hohenlohekreis“, so die Stadtpräsidentin.

Auf die polnischen Gäste wartete ein umfangreiches und attraktives Programm während ihres Aufenthalts: Neben dem Empfang der Großen Kreisstadt Öhringen im Blauen Saal im Schloss Öhringen besuchten die Vertreter des Landkreises und der Stadt Kedzierzyn-Kozle das Landesgartenschau Gelände. Eine deutsch-polnische Jagdhornbläsergruppe begrüßte die Besuchsdelegation im Landkreispavillon musikalisch. Darüber hinaus wurden die Gäste aus Kedzierzyn-Kozle mit kulinarischen Genüssen aus dem Hohenlohekreis verwöhnt.

Landkreis Calw und Hochschule Pforzheim starten gemeinsames Projekt – Ab September 2016 akademisches Weiterbildungsprogramm „Digitale Innovation“ in Nagold

„Damit treffen wir den Nerv der Zeit.“ Mit diesen Worten zeigten sich Landrat Helmut Riegger, der Nagolder Oberbürgermeister Jürgen Großmann und der Rektor der Hochschule Pforzheim, Professor Ulrich Jautz, überzeugt, dass die Region Nordschwarzwald landesweit für Furore sorgen wird. Zusammen stellten sie am 18. April 2016 Geschäftsführern ausgewählter Unternehmen aus dem Landkreis Calw das neue Angebot der Hochschule Pforzheim vor, das Ende September 2016 in den Räumlichkeiten der LDT Nagold startet.

„Digitale Innovation“ – so nennt sich das Zertifizierungsprogramm, das die Hochschule Pforzheim im Rahmen ihres vom Wissenschaftsministerium in Stuttgart ausgezeichneten Weiterbildungsprogramms entwickelt hat. Es besteht aus vier Modulen und kann einzeln, parallel oder nach individuellen Wünschen der Teilnehmer absolviert werden. Es richtet sich vorrangig an berufstätige Betriebswirte, Techniker und Designer, die sich für ein erfolgreiches Agieren am Markt strategische Kenntnisse aus



Gemeinsam für die Stärkung des Bildungs- und Wirtschaftsstandorts Landkreis Calw:
vorde reihe v.l.: der Nagolder Oberbürgermeister Jürgen Großmann, Professorin Katja Rade
 sowie Rektor Professor Ulrich Jautz (Hochschule Pforzheim), Landrat Helmut Riegger, Nicolas Lindner
 (Börlind Gesellschaft für kosmetische Erzeugnisse mbH) und Gerhard Dingler (MEVA Schalungs-Systeme
 GmbH); **hintere reihe v.l.:** Professor Thomas Gerlach (Hochschule Pforzheim), Gerhard Wahl (Veyhl GmbH),
 Rolf Geisel (Friedrich Boysen GmbH & Co. KG), Gerhard Bosch (Häfele GmbH & Co. KG), Ralf Röhm (Dietrich
 Aldinger GmbH) und Alexander Schillsott (Schnepp Planungsgruppe Energietechnik GmbH & Co. KG)

anderen Wissensbereichen aneignen möchten. Der besondere Clou des berufsbegleitenden Programms: Es setzt einzelne Präsenzzeiten in Nagold voraus, das hauptsächlich Lernen findet aber online statt. Daher können die Teilnehmer diese Form der akademischen Weiterbildung individuell in ihren Alltag integrieren.

Für die Bewältigung der mit der Entwicklung zur Industrie 4.0 verbundenen Herausforderungen sind gut ausgebildete Mitarbeiter das Kapital eines jeden Unternehmens. „Um die entsprechenden Qualifikationen zu erwerben, sind Beschäftigte oftmals gezwungen, ihr Unternehmen für ein Studium zu verlassen. Das ist mit dem Risiko verbunden, dass diese dringend benötigten Fachkräfte nicht mehr in ihr Unternehmen oder die Region zurückkehren. Das Angebot der Hochschule Pforzheim bietet die nötige Flexibilität, um Mitarbeiter neben der Ausübung ihres Berufs weiter zu qualifizieren – so bleibt die Kompetenz vor Ort“, kommentierte Nicolas Lindner von der Firma Börlind.

**Landkreis Karlsruhe:
 Einheitliche Behördenrufnummer 115 –
 Über die Hälfte der
 Landkreis-Kommunen ist dabei**

Walzbachtal ist die 17. Gemeinde im Landkreis Karlsruhe, die ihren Einwohnerinnen und Einwohnern über die ein-



V.l.n.r.: Bürgermeister Karl-Heinz Burgey hört gespannt mit, welche Antworten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des 115-Servicecenters Landrat Dr. Christoph Schnaudigel geben, der als erster den neuen Service für Walzbachtal testete.

heitliche Behördenrufnummer 115 einen direkten Zugang zur Verwaltung bietet. Bürgermeister Karl-Heinz Burgey und Landrat Dr. Christoph Schnaudigel unterzeichneten am 22. März 2016 die Teilnahmeerklärung. Damit sind über die Hälfte der Städte und Gemeinden im Landkreis Mitglied im 115-Verbund.

„Kontinuierlich steigende Anruferzahlen und die schnelle, unkomplizierte Kontaktaufnahme hat die Gemeinde Walzbachtal vom Modell der einheitlichen Behördenrufnummer 115 überzeugt. Ab sofort erhalten alle Anruferinnen und Anrufer auch Auskünfte zu den Dienstleistungen unserer Gemeindeverwaltung. Das ist insbesondere für die 9700 Einwohnerinnen und Einwohner von Walzbachtal ein großer Vorteil“, begründete Walzbachtals Bürgermeister Karl-Heinz Burgey die Gründe für den Beitritt zum 115-Verbund.

„Unser Ziel ist es, alle 32 Städte und Gemeinden für diesen bürgernahen und effizienten Service zu gewinnen. Seit dem Start vor vier Jahren haben wir durchweg positive Erfahrungen gesammelt und die Wissensdatenbank weiter ausgebaut“, berichtete Landrat Dr. Christoph Schnaudigel. Sie enthält Informationen zu den am häufigsten gefragten Leistungen. Bei den Städten und

Gemeinden sind dies Fragen rund um das Personenstandswesen wie bspw. die An- und Abmeldung bei Wohnortwechsel, aber auch allgemeine Fragen zu den Angeboten der jeweiligen Stadt/Gemeinde. Bei dem Landkreis Karlsruhe kommen die meisten Fragen zum Bereich Zulassungs- und Führerscheinstelle. Landrat Dr. Christoph Schnaudigel ließ es sich nicht nehmen, den neuen Service für Walzbachtal umgehend zu testen. So wollte er beispielhaft wissen, was er alles mitbringen muss, wenn er nach Wössingen ziehen und sich und seine Familie neu anmelden will. Außerdem erkundigte er sich nach Angeboten zur Kinderbetreuung und Programme für Senioren in der Gemeinde und bekam schnell und umfassend Auskunft. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gemeinsamen Servicecenter von Stadt und Landkreis Karlsruhe haben im vergangenen Jahr rund 155 000 Anrufe erhalten und in knapp 90 % der Fälle die Fragen gleich beim ersten Kontakt abschließend beantwortet. „Eine beachtliche Quote, die belegt, wie moderne Verwaltung funktioniert“, zeigten sich Landrat und Bürgermeister zufrieden.

Landkreis Lörrach: Neue Dienstleistung der Bußgeldstelle – Online-Anhörung

Ab sofort wird Bürgern die Anhörung bei der Bußgeldstelle erleichtert. Unter www.loerrach-landkreis.de kann nun zu Sachtatbeständen, beispielsweise bei Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung, online Stellung bezogen werden. Somit bleibt der Weg zur Post erspart.

Mit der schriftlichen Verwarnung, Anhörung oder dem Zeugenfragebogen erhält der Empfänger nun zusätzlich einen individuellen Zugang für das mehrsprachige Internet-Portal der Online-Anhörung. Dort hat er die Möglichkeit, eine Stellungnahme zu Person und Tatvorwurf abzugeben. Eine Rücksendung des Anhörungsbogens in Papierform entfällt

dadurch, ist als Alternative jedoch auch weiterhin möglich.

Landkreis Ludwigsburg: Kongress des Rats der Gemeinden und Regionen Europas – Gemeinsame Erklärung

Mit einer Delegation des Ludwigsburger Kreistags hat Landrat Dr. Rainer Haas kürzlich am 26. Europakongress des europäischen Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) teilgenommen, der in Nikosia, Zypern, stattgefunden hat. Der Council of European Municipalities and Regions (CEMR) richtet die Konferenz alle vier Jahre aus. Sie befasst sich in Debatten und Workshops mit aktuellen kommunalrelevanten Themen in Europa. Im Rahmen der Veranstaltung wurde eine Resolution zur Forderung einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik verabschiedet. Landrat Haas hält es für einen „wichtigen Schritt, dass sich die Kommunalvertreter aus allen europäischen Ländern einstimmig für die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik ausgesprochen haben“.

Der Chef der Kreisverwaltung nahm an dem Kongress gleichzeitig als Vizepräsident der deutschen RGRE-Sektion in Vertretung des Präsidenten teil. Er brachte im europäischen RGRE-Hauptausschuss die deutsche Position zum Thema „Flüchtlinge und Asyl“ vor und präsentierte dieses Thema in der Eröffnungs-Plenarsitzung vor rund 500 Delegierten aus ganz Europa. Außerdem leistete er – neben Referenten aus Großbritannien, Spanien, den Niederlanden sowie dem Leiter des Europaparlament-Informationsbüros in Zypern – einen Redebeitrag in dem Workshop „Welchen Platz haben die Kommunalverwaltungen in der zukünftigen Architektur Europas?“ zur Bedeutung der kommunalen Ebene im Verwaltungsaufbau.

Ein großer Erfolg der Konferenz war die einstimmige Verabschiedung eines gemeinsamen Forderungskatalogs an das Europaparlament und die EU-Kom-

mission zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Asylrechts, das einen Kompromiss aller EU-Staaten darstellt und die gleichmäßige Verteilung von Flüchtlingen auf alle EU-Länder vorsieht. „Diese gemeinsame Forderung, die ganz maßgeblich auf Initiative der deutschen Sektion zustande gekommen ist, ist vor allem deshalb ein wichtiger Schritt, weil in Europa bisher sehr unterschiedliche Meinungen und Positionen zur Flüchtlingssituation und zum Asylrecht herrschen. Dass die Teilnehmer nun ohne Gegenstimmen eine gemeinsame Asylpolitik fordern, ist daher ein bedeutendes Signal. Ich hoffe, dass die europäischen Kommunalvertreter mit dieser Erklärung in Brüssel Gehör finden“, zeigt sich Landrat Haas mit dem Ergebnis der Konferenz zufrieden.

Bei dem dreitägigen Kongress unter dem Motto „Die Zukunft startet heute! Eine kommunale und regionale Vision für Europa im Jahr 2030“ fand eine Reihe von Workshops zu verschiedenen Themenschwerpunkten statt, darunter „EU-Integration“, Wirtschaft & Finanzen“, „Umwelt, Klima & Energie“ sowie „Zusammenarbeit & Partnerschaft“. Kommunalpolitiker aus ganz Europa hatten die Möglichkeit, sich über aktuelle Themen auszutauschen und über das Europa von morgen zu diskutieren.

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ist der einzige wirklich europaweite Dachverband von kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften. In ihm sind 55 nationale Kommunalverbände aus 41 europäischen Ländern (Sektionen) zusammengeschlossen. Der CEMR repräsentiert damit insgesamt rund 150 000 europäischen Kommunen. Die deutsche Sektion wiederum umfasst rund 800 europaengagierte Städte, Gemeinden und Landkreise. Die kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund) sind ebenfalls Mitglieder der Deutschen Sektion des RGRE. Landrat

Haas ist einer der Vizepräsidenten der Deutschen Sektion.

Landkreis Rastatt: 20 Jahre Freundschaft mit der Provinz Pesaro-Urbino – Jubiläum mit Partnerschaftsspielen

Rund 150 Personen aus dem Landkreis Rastatt reisten an einem Maiwochenende nach Italien, um das 20-jährige Bestehen der Partnerschaft mit der Provinz Pesaro-Urbino zu feiern. Im Mittelpunkt des Jubiläumstreffens standen Partnerschaftsspiele, die in Fano, der Partnerstadt von Rastatt, ausgetragen wurden. Bei den sogenannten „Twin Games“ bildeten jeweils die beiden verbundenen Gemeinden aus dem Landkreis und der italienischen Provinz ein gemeinsames Team. An den Start gingen neun Paarungen. So spielten Bietigheim/Saltara, Forbach/Montemaggiore al Metauro, Hügelsheim/Cartoceto, Ötigheim/Gabicce Mare, Weisenbach/San Costanzo sowie Rastatt/Fano. Dabei stellte die Stadt Rastatt gleich drei Mannschaften in den Disziplinen Boccia, Beach-Volleyball, Beach-Tennis, Bogenschießen und Fußballtennis. Verdienter Gesamtsieger der Partnerschaftsspiele wurde am Ende das ambitionierte erste Team von Rastatt/Fano. Das außerhalb der Wertung angebotene „Human Soccer“ stieß darüber hinaus auf große Resonanz.

Im Rahmen der Begegnung kamen die Bürgermeister und die Vertreter der Ratsfraktionen sowie der Partnerschaftsorganisationen im Theater der Gemeinde Gradara, der Partnergemeinde von Mugensturm, zu einer Feierstunde zusammen, um auf zwei Jahrzehnte erfolgreich gelebte Partnerschaft zurückzublicken. Keimzelle dafür war die bereits 1985 gegründete Städtepartnerschaft zwischen den Städten Fano und Rastatt. 1996 besiegelten der damalige Präsident Umberto Bernardini und Landrat Dr. Werner Hudelmaier diese besondere Beziehung, deren Radius sich seither stetig vergrößerte und bis heute insgesamt elf Gemeindepartnerschaften zählt.

Sowohl der neue Präsident Daniele Tagliolini als auch Landrat Jürgen Bäuerle bedankten sich bei den „Vätern“ dieser außergewöhnlichen europäischen Partnerschaft, ebenso bei den jahrelang mit Herzblut engagierten Vertretern der unter dem Dach von Provinz und Kreis bestens funktionierenden Gemeindepartnerschaften. Bäuerle möchte diese Beziehung auch weiterhin mit Leben füllen und lud zur Fortsetzung der Partnerschaftsspiele im kommenden Jahr in den Landkreis Rastatt ein.

Zusammen mit den Vertretern der Kreistagsfraktionen organisierte Landkreisdezernent Claus Haberecht im Rahmenprogramm eine Informationsfahrt

zur Hotelfachschule in Piobbico, die sich in den letzten Jahren mit großer Resonanz auf der Verbrauchermesse OFFERTA präsentierte, zu einer Trüffelmanufaktur in Acqualagna sowie in die neue Gesamtgemeinde Vallefoglia. Die über 15000 Einwohner zählende Kommune mit ihrem Stadtoberhaupt Palmiro Uccielli, dem ehemaligen Präsidenten, hält aktuell Ausschau nach einer Partnergemeinde im Landkreis Rastatt.

Mit Präsident Tagliolini und dem Faneser Bürgermeister Massimo Seri wurden zudem Möglichkeiten weiterer Aktivitäten wie Praktika und Schüleraustausche, die Zusammenarbeit im Bereich LEADER oder gegenseitige Messebesuche ausgelotet.

Landkreis Rottweil: Netzausbau – Mit Tempo auf die Datenautobahn

Es ist soweit, der Ausbau des schnellen Internets im Landkreis Rottweil hat begonnen. Beim offiziellen Startschuss in der Alte Straße in Zimmern o.R. griffen Landrat Dr. Wolf Rüdiger Michel und Vertreter der Deutschen Telekom gemeinsam zum Spaten und stellten zuvor erneut das Projekt vor, das dem Landkreis auch langfristig beste Chancen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung bietet. Das Unternehmen demonstrierte mit einer der beteiligten Tiefbauunternehmen zudem beispielhaft, was in den kommenden Monaten in den Gemeinden des Kreises passiert. Durch eigene Investitionen der Telekom und eine Partnerschaft mit dem Landkreis erhalten insgesamt 63900 Haushalte im Landkreis Rottweil bis Ende 2017 Zugang zum schnellen Internet.

„Ich freue mich, dass wir mit dem Breitbandausbau so gut und schnell aus den Startlöchern kommen. Dadurch hat die Region eine sehr gute Ausgangsposition, um sich auch für die Zukunft bestens zu rüsten“, sagte Landrat Michel. Nach den Worten des Kreischefs haben „die ersten Monate der Zusammenarbeit den Willen aller gezeigt, dieses Projekt zügig durch-



zuführen.“ „Wir wollen und dürfen keine Zeit verlieren. Im Wettbewerb mit den Ballungszentren müssen wir schnell sein – so schnell wie das Tempo der Digitalisierung, die in naher Zukunft alle Bereiche des privaten wie wirtschaftlichen Lebens erreichen wird“, fügte Michel hinzu.

Den zeitlichen Vorsprung, den sich die Region durch den Ausbau sichert, stellte auch der Leiter der Niederlassung Südwest, Frank Bothe, heraus: „Ich bin überzeugt davon, dass der Landkreis Rottweil zu den ersten Kreisen in Baden-Württemberg gehören wird, der seinen Bewohnern ein solch schnelles Netz anbieten kann. Und ich freue mich, dass wir auf der Basis des ausgesprochenen Vertrauens zeigen können, wie wir mit unseren eigenen Investitionen und mit dem Landkreis als Partner flächendeckend eine so zukunftsweisende Lösung in weniger als zwei Jahren umsetzen werden.“ Als ein Beispiel für den Fortschritt der Digitalisierung zeigte Bothe sein Smartphone, über das er bereits die Heizung in seinem Haus steuert.

Laut Bothe setzt die Telekom beim Netzausbau auf einen sinnvollen Technologiemix: „Wo komplett neu gebaut wird, so auch in vier Neubaugebieten des Landkreises Rottweil, verlegen wir Glasfaseranschlüsse gleich bis in die Häuser. In den anderen Gebieten legen wir Glasfaserkabel bis an die Verteiler in den Straßen und können dann dank moderner Vectoring-Technik vielen Menschen hohe Bandbreiten bis zu 100 MBit/s zur Verfügung stellen. Auch dort, wo wir aufgrund der regulatorischen Vorgaben mit der Nutzung von Vectoring noch warten müssen, ist die Technik bereits eingebaut.“ Bothe machte deutlich, dass das Ende der Fahnenstange längst nicht erreicht ist: „Mit Super-Vectoring kann bereits in zwei Jahren die Bandbreite im Festnetz auf bis zu 250 MBit/s gesteigert werden. In Kombination mit dem Mobilfunk sind mit der Hybrid-Technik dann sogar Bandbreiten bis 550 MBit/s möglich.“



V.l.n.r.: Bernhard Ginter (Telekom), Joachim Kunz (Handwerkskammer Konstanz), Christoph Moschberger (IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg), Frank Bothe (Niederlassungsleiter Südwest der Deutschen Telekom Technik GmbH), Landrat Dr. Wolf-Rüdiger Michel, Martin Rudersdorf (Breitbandberater Landkreis), Bürgermeister Emil Maser, Bürgermeister Herbert Halder (Kreisvorsitzender Gemeindegtag Baden-Württemberg)

Übrigens werden auch die im Landkreis Rottweil befindlichen Gewerbe- und Industriegebiete vom Netzausbau profitieren. Durch die Heranführung von Glasfaser in die Gewerbegebiete sind hier erhebliche Leistungssteigerungen möglich, und die Betriebe können auf ihre Bedürfnisse hin maßgeschneiderte Geschäftskundenangebote nutzen. Dazu zählt auch das Weiterverlegen eines Glasfaserkabels bis in die Firma.

Dass der Spatenstich nur ein symbolischer war, zeigt sich in Zimmern. Dort wird bereits gegraben. Beim Ausbau im Landkreis setzt die Telekom auf erfahrene und regionale Firmen, mit denen sie schon länger zusammenarbeitet. Teil des Erfolgsrezeptes für den zügigen Ausbau ist ferner eine straffe Projektsteuerung: So findet regelmäßig ein Treffen mit den Firmen wie den jeweils aktuell betroffenen Gemeinden sowie anderen Versorgern statt, um alle nötigen Maßnahmen schnellstmöglich abzustimmen.

Die Telekom wird den Ausbau im Landkreis in acht Bauabschnitten durchführen. Den Anfang machen Abschlussarbeiten in Rottweil-Stadt sowie Deißlingen und Zimmern ob Rottweil. In Böisingen,

Dietingen, Epfendorf, Schenkenzell und Schiltach wird im Dezember 2017 als letztes Teilgebiet der Ausbau abgeschlossen. Die zeitliche Abfolge der einzelnen Bauabschnitte ist allerdings nicht in Stein gemeißelt, so sind durchaus noch Änderungen möglich.

Im Rahmen ihres Eigenausbaus sowie dem Partnerschaftsmodell mit dem Kreis wird die Telekom insgesamt rund 210 Kilometer Glasfaserkabel bis zu rund 435 neuen und hochmodernen Verteilerkästen in den Straßen der einzelnen Kommunen verlegen. Dafür sind auf rund 160 Kilometern Tiefbaumaßnahmen notwendig.

Die Kosten für den Netzausbau im Landkreis Rottweil werden insgesamt im deutlich zweistelligen Millionenbereich liegen. Der Landkreis rechnet für sich mit Gesamtkosten in Höhe von rund 11,8 Millionen Euro. Während durch den Eigenausbau der Telekom 42.000 Haushalte und Unternehmen hohe Bandbreiten erhalten, werden durch die Kooperation und finanzielle Beteiligung des Landkreises zusätzlich 21.900 Haushalte und ca. 2.500 Gewerbebetriebe bzw. Unternehmen profitieren.

Wenn die regulatorischen Entscheidungen zur Vectoringtechnik im geförderten Ausbaugebiet getroffen sind, kann der Landkreis auf eine Förderung von 50 Prozent durch den Bund hoffen. Ein evtl. weiterer Förderzuschlag durch das Land Baden-Württemberg steht noch unter dem Vorbehalt der Verabschiedung der Verwaltungsvorschrift Breitbandmitfinanzierung.

Landkreis Tuttlingen: Regionale Geschichte im Fokus

Inzwischen bereits zum sechsten Mal fand am 20. März 2016 der Aktionstag Geschichte in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg – eine in dieser Form einzigartige Veranstaltung in Baden-Württemberg – statt. Der Aktionstag 2016 wurde vom Landkreis Tuttlingen und der Stadt Spaichingen im Gewerbemuseum und in der Realschule Spaichingen ausgerichtet. Der Aktionstag bot in Form einer Geschichtsmesse mit Informationsständen den Geschichtsvereinen, Archiven und Museen die Möglichkeit, ihr Engagement, ihre vielfältige Arbeit und ihre Projekte geschichtsinteressierten Besuchern vorzustellen und zu präsentieren.

Spaichingens Bürgermeister Hans Georg Schuhmacher und Landrat Stefan Bär eröffneten am 20. März im vollbesetzten Festsaal des Gewerbemuseums – einem historischen Bau aus der Mitte des 19. Jahrhunderts – diese regionale Geschichtsmesse. Landrat Stefan Bär freute sich über eine rege Teilnahme mit 35 beteiligten Geschichtsvereinen, Archiven und Museen aus den drei Land-

kreisen Rottweil, Schwarzwald-Baar-Kreis und Tuttlingen. Er hob hervor, dass der regionale Geschichtstag in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg inzwischen zu einer festen Einrichtung geworden sei. Er betonte, dass Geschichtsvereine, Archive und Museen einen wichtigen Beitrag zum Erhalt des kulturellen und historischen Erbes leisten und das Bewusstsein für Vergangenheit und Geschichte schärfen.

Bürgermeister Schuhmacher stellte heraus, dass die ehrenamtlichen Kräfte der Geschichtsvereine mit ihren Forschungen ein Stück lebendige Geschichte und Identität schaffen.

Der sechste Aktionstag stand unter dem Leitthema „Zeitgeschichte – Forschen – Erinnern – Gedenken“. Der Landeskundler und Zeithistoriker Prof. Dr. Reinhold Weber ging in seinem Einführungsvortrag zum Thema „Zeitgeschichte als Gegenwartsgeschichte. Erinnerungskultur im Deutschen Südwesten“ insbesondere auf die Rolle der Gedenkstätten in Baden-Württemberg ein. Deren Bedeutung nehme zu, auch als unentbehrliche Ergänzung zum Schulunterricht. Gedenkstätten müssten weiterhin ein „Stachel im Fleisch der Gesellschaft“ sein.

Kurzvorträge zu zeitgeschichtlichen Themen, zum Beispiel zum Ersten Weltkrieg, zu Gedenkpfeilen und -projekten für die Zeit des Nationalsozialismus und die unmittelbaren Nachkriegsjahre, Überlebende von Konzentrationslagern als Zeitzeugen in Schulen oder Widerstand am Kriegsende 1945 vertieften das Thema Zeitgeschichte und Erinnerungskultur.

Führungen durch die Stadt Spaichingen, durch das Gewerbemuseum und auf

den Spuren des Konzentrationslagers Spaichingen sowie eine Performance von Schülern der Realschule Gosheim-Wehingen mit dem Titel „Mensch als Nummer – Nummer als Mensch“ mit Rezitationen von Aufzeichnungen eines von den Nationalsozialisten verfolgten Pfarrers rundeten das breite Angebot auf dieser Geschichtsmesse ab.

Der regionale Aktionstag Geschichte in Spaichingen stieß auf eine überaus positive Resonanz. Infostände und Vorträge lockten Hunderte von Besuchern an.

Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis wird zur EU-Bühne

Am 17. Mai 2016 wurde das Landratsamt in Villingen-Schwenningen zur EU-Bühne: Auszubildende des Landkreises gingen mit Hilfe des neu vom Europa Zentrum Baden-Württemberg entwickelten Brettspiels „Legislative – Das Spiel zur EU-Gesetzgebung“ auf Tuchfühlung mit Brüssel.

Das Projekt „Auf Tuchfühlung mit Brüssel“ bietet Gruppen von jungen Leuten die Möglichkeit, das Entstehen von Gesetzen der Europäischen Union spielerisch im Spiel „Legislative“ miterleben und anschließend mit echten Entscheidern aus diesem Prozess zu diskutieren. Das Bildungsangebot wurde vom gemeinnützigen, überparteilichen Europa Zentrum Baden-Württemberg – Institut und Akademie für Europafragen – in Villingen-Schwenningen in Kooperation mit dem Kreisverband Rottweil/Schwarzwald-Baar der Jungen Europäer (JEF) und dem Schwarzwald-Baar-Kreis im großen Sitzungssaal des Landratsamts durchgeführt.

Das Spiel „Legislative“ simuliert auf unterhaltsame Art und Weise das ordentliche Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union. Die Spieler (Auszubildende des Landratsamtes Schwarzwald-Baar-Kreis) übernehmen dabei die Patenschaft über verschiedene Gesetzesentwürfe. Ziel ist es, dass der Gesetzesentwurf von den EU-Institutionen





angenommen und schließlich zu geltendem Recht in allen EU-Mitgliedsstaaten umgesetzt wird. Gewinnen kann nur, wer mit einem fertigen Gesetz für die gesamte EU steht und sowohl Mehrheiten im Europäischen Parlament als auch im Rat der Europäischen Union erzielt hat. Das wird den Spielern nicht ganz einfach gemacht, denn Parteien, Länder, Lobbyisten und Mitspieler haben ihre ganz eigenen Interessen.

Realität konnte während und auch nach dem Spiel mit dem Direktor des Europa Zentrums Baden-Württemberg, Florian Setzen, der die Brüsseler Szenerie aus eigener Erfahrung kennt, „auf Augenhöhe“ besprochen werden. Darüber hinaus standen Dr. Martin Silzer als Leiter des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel, sowie Dr. Otmar Philipp als ehemaliger Informationsbüro-Leiter im Europäischen Parlament in Straßburg, im Rahmen einer Diskussionsrunde für Fragen zur Verfügung.

Die für die Auszubildenden des Landkreises zuständige Ausbildungsleiterin Miriam Hirt, nahm damit ein für den Schwarzwald-Baar-Kreis kostenloses Angebot des Europa Zentrums Baden-Württemberg wahr, das mit Mitteln der EU aus dem Programm ERASMUS+ gefördert wird.

Neckar-Odenwald-Kreis: Schnelles Internet – Nächste Ausbaustufe gezündet

Der Countdown für den Start in die digitale Zukunft läuft nun auch in den Gemeinden Billigheim, Haßmersheim, Hüffenhardt und Neckarzimmern. Beim offiziellen Spatenstich in Hüffenhardt trafen sich Landrat Dr. Achim Brötel, die Bürgermeister Michael Salomo (Haßmersheim), Walter Neff (Hüffenhardt), Christian Stuber (Neckarzimmern) sowie Bürgermeisterstellvertreter Rainer Walter (Billigheim) und Vertreter der Deutschen Telekom. Die vier Gemeinden bilden das zweite Ausbacluster des Netzausbaus im Neckar-Odenwald-Kreis. In Mosbach und Obrigheim laufen die Bauarbeiten schon seit Wochen auf Hochtouren. Bis Ende 2017 sollen 65 000 Haushalte im Landkreis schnelles Internet erhalten.

Landrat Brötel äußerte sich hochzufrieden mit dem bisherigen Verlauf der Arbeiten. Er gehe fest davon aus, dass sich das nicht ändert, sagte der Kreischef: „Flächendeckend schnelles Internet im Neckar-Odenwald-Kreis erfordert derzeit vor allem eines: Schnelles Arbeiten aller Beteiligten. Das hat sich bisher eindrucksvoll gezeigt. Alle Beteiligten werden getragen von dem Willen, den Quan-

tensprung in der Breitbandversorgung der Region in der vorgegebenen knappen Zeit vollumfänglich herbeizuführen“, sagte Brötel.

Als Dreh- und Angelpunkt des Geschehens bewährt sich die wöchentlich tagende Projektgruppe aus Vertretern der Telekom, der Wirtschaftsförderung des Landkreises (WiNO), der beauftragten Bauunternehmen, der Stromversorger und der Gemeinden. Dort wird für jede Glasfasertrasse und für jeden Standort der neu zu installierenden Kabelverzweiger in den grauen Multifunktionsgehäusen die beste Lösung gesucht. Anschließend geht dann über den Projektleiter der Telekom vor Ort René Kuisle die Order an die Bauunternehmen.

Nahezu abgeschlossen sind aktuell die Erdarbeiten im Ausbagebiet 1, wobei die teilweise dichte Bebauung und die große Zahl der Kabelverzweiger gleich zu Beginn des Gesamtprojektes eine Herausforderung darstellten. Die Arbeiten in Obrigheim begannen bereits Ende Februar. Da die Gemeinde von Neckarelz aus mit schnellem Internet angeschlossen wird, führt die Trasse über die Neckarbrücke in Diedesheim. Zeitgleich zu den Arbeiten in Obrigheim wurde Diedesheim erschlossen. Ein besonderes Augenmerk galt den Gewerbegebieten. Deshalb wurde mit der Telekom ausgehandelt, dass in Obrigheim das Gewerbegebiet am Neckar und in Neckarelz das Gewerbegebiet Hohlweg einen zusätzlichen Kabelverzweiger und damit eine noch bessere Abdeckung erhalten. In der Kernstadt Mosbach startete die Bauphase im Mai. Im Juni schließlich folgen die noch nicht angeschlossenen Ortsteile von Obrigheim und Mosbach. Insgesamt wurden so im Ausbagebiet 1 bisher 16 Kabelverzweiger ersetzt oder aufgerüstet und fast zwei Kilometer Glasfaser verlegt. Auch mit der Errichtung ganz neuer Multifunktionsgehäuse wurde begonnen.

„Der Ausbau im Gebiet 1 liegt voll im Zeitplan“, unterstrich Joachim Otto, der

Regionalmanager der Deutschen Telekom. Er weist allerdings darauf hin, dass nach Abschluss der Erdarbeiten noch mehrere Monate vergehen werden, in denen neue Übertragungstechnik installiert und in die Systeme der Telekom eingebunden wird. Nach jetzigem Stand könne man im gesamten Gebiet 1 Ende des Jahres schnelles Internet beziehen. Laut Otto hat die Telekom den Tiefbau in Hüffenhardt-Kälbertshausen bereits gestartet.

Ab Juni wird dann auch in Haßmersheim der Ausbau auf vollen Touren laufen. In den nächsten Wochen beginnen auch die Ausbauaktivitäten in Billigheim und Neckarzimmern. „Wir werden im Tempo nicht nachlassen“, sagte Otto, „bereits im Juli werden die Tiefbauarbeiten in Hüffenhardt beendet sein.“

Im Ausbaugebiet 2 werden 35 Kabelverzweiger ersetzt oder aufgerüstet. Hierzu werden 22,5 Kilometer Glasfaser verlegt oder eingezogen. Nach der kompletten Installation der Technik und einer Testphase soll im Januar/Februar 2017 mit der Vermarktung der schnellen Anschlüsse begonnen werden.

Landkreis und Deutsche Telekom wollen an ihrer umfänglichen Kommunikation zum Netzausbau festhalten. So finden die Bewohner des Kreises Informationen auf der Internetseite des Kreises unter: <http://www.breitband-nok.de>

Regelmäßig berichtet wird auch über Whatsapp. Wer Lust hat, kann der Gruppe beitreten: <https://www.telekom.com/whatsapp/breitbandausbau>. Wochen vor Beginn der Vermarktung wird die Telekom auch Informationsveranstaltungen in den Gemeinden anbieten.

**Neue Broschüre erschienen:
Kinder erleben Hohenlohe +
Schwäbisch Hall –
Jetzt kostenfrei bestellen!**

„Was können wir am Wochenende gemeinsam unternehmen, ohne dass es den Kindern langweilig wird?“ Diese Frage stellen sich viele Eltern und auch

Großeltern. Um die zahlreichen Möglichkeiten, die es in der Ferien- und Freizeitregion Hohenlohe und Schwäbisch Hall gibt, besser bekannt zu machen, ist jetzt erstmals die Broschüre „Kinder erleben Hohenlohe + Schwäbisch Hall“ erschienen. Mit der Broschüre können viele reizvolle, aber vor allem kindergeeignete Ausflugsziele im Landkreis Schwäbisch Hall und darüber hinaus entdeckt werden. Sie bietet zahlreiche Tipps in den Kategorien „In der Natur unterwegs“, „Tierisch gut“, „Wild und sportlich“, „Kultur ganz cool“, „Nass und erfrischend“, „Schule außer Haus“, „Übernachten“, „Der besondere Kindergeburtstag“ und „Ausflugsziele in der Umgebung“.

Auch auf der Internetseite der Touristengemeinschaft www.hohenlohe-schwaebischhall.de sind unter Planen & Erleben viele Tipps zu finden – hier lohnt es sich reinzuschauen!

Die Broschüre ist kostenfrei und kann beim Hohenlohe + Schwäbisch Hall Tourismus e.V., Münzstraße 1 (im Landratsamt), 74523 Schwäbisch Hall, Telefon 0791/755-7444, info@hs-tourismus.de, oder im Online-Prospektservice unter www.hohenlohe-schwaebischhall.de in der Rubrik „Info & Service“ bestellt werden.

**Ortenaukreis: Nachhaltiges Forstprojekt
in der bulgarischen Partnerregion Vidin
erfolgreich gestartet –
Baden-Württemberg sagt
finanzielle Unterstützung zu**

Die Partnerschaft des Ortenaukreises mit der bulgarischen Region Vidin wird intensiviert. Ende 2015 hat der Kreistag des Ortenaukreises mit der Einrichtung der Begleitkommission „Kreispartnerschaft Vidin“ dafür die Basis geschaffen. Die Begleitkommission, mit jeweils einem Mitglied pro Fraktion besetzt, definiert konkrete Projekte und unterstützt die Kreisverwaltung bei der Umsetzung. Die zukünftigen Schwerpunkte der Kreispartnerschaft umfasst die Bereiche Bildung, Vermarktung von regio-

nenal Produkten, Tourismus und nachhaltige Land- und Forstwirtschaft.

Neben dem bereits 2013 von Landrat Frank Scherer initiierten Qualifizierungsprogramm „Ortenau-Vidin“, das Jugendliche aus Vidin in Praktikumsplätze in Ortenauer Unternehmen vermittelt, wurde nun im März ein neues gemeinsames Projekt zum Thema nachhaltiger Forstwirtschaft gestartet.

Mit Ewald Elsäßer, dem langjährigen Leiter des Amtes für Waldwirtschaft im Ortenaukreis, und Peter Schmiederer, Leiter des forsttechnischen Stützpunktes Allerheiligen, sind zwei ausgewiesene Ortenauer Forstexperten nach Vidin gereist, um sich ein Bild des Waldzustandes in den Gemeinden Chuprene und Belogradchik zu machen. „Mit den bulgarischen Partnern vor Ort wurden notwendige Maßnahmen zur Beseitigung der Schäden und zur Wiederbewaldung der Schadflächen diskutiert. Momchil Stankov, Gouverneur der Region Vidin, sicherte die Unterstützung seiner Verwaltung bei der Projektumsetzung zu“, informiert Barbara Albermann, die im Landratsamt für die Kreispartnerschaft zuständig ist.

Das Forstprojekt ist Teil des zwischen dem Ortenaukreis und der Region Vidin beschlossenen Arbeitsprogramms der Gemischten Regierungskommission Baden-Württemberg-Bulgarien und wird vom Land Baden-Württemberg im Rahmen der EU-Strategie für den Donaauraum gefördert. „Ich freue mich besonders darüber, dass das Land Baden-Württemberg ein kommunales deutsch-bulgarisches Kleinprojekt fördert, bei dem unser bulgarischer Partner unmittelbar vom umfassenden Know-how unserer Experten profitieren kann“, begrüßte Landrat Scherer die Förderzusage des Landes.

„Das Land Baden-Württemberg hat sich im Zusammenwirken zwischen Landesregierung und baden-württembergischen Projektträgern in der Europäischen Strategie für den Donaauraum (EUSDR) in den letzten Jahren eine wichtige Stel-



Auf der Abschlusskonferenz in der Regionalverwaltung Vidin stellen Ewald Elsässer (z. v. r.) und Momchil Stankov, Gouverneur der Region Vidin (z. v. l.), mit Peter Schmiederer (l.) und Tzenko Tzenov vom bulgarischen Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung das deutsch-bulgarische Forstprojekt vor.

lung erarbeitet. Die EUSDR erlaubt es uns, den guten Austausch mit den Donauanrainern zum Wohle unseres Landes weiter zu intensivieren. Durch das Forstprojekt des Ortenaukreises mit den bulgarischen Partnern werden Schwerpunkte des baden-württembergischen Engagements in der EUSDR konkret umgesetzt. Die Projektverantwortlichen im Ortenaukreis gehen durch die Kombination einer nachhaltigen Beseitigung von Waldschäden und einer Weiterbildung des bulgarischen Waldpersonals mit gutem Beispiel voran“, betont Peter Friedrich, Baden-Württembergs Minister für den Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten.

Hintergrund des Projekts sind die teilweise verheerenden Eisbruchschäden aus dem Winter 2014/2015 in den Wäldern um Vidin, die aufgrund der kaum vorhandenen Infrastruktur und dem spärlich vorhandenen Fachpersonal nur schleppend beseitigt werden. „Hier ist nun die Hilfe der Ortenauer Forstexperten gefragt, die auf die Erfahrungen aus der Bewältigung der Schäden des Jahrhundertsturms Lothar im Dezember 1999 zurückgreifen können“, so Albermann.

Bei der abschließenden Konferenz in der Regionalverwaltung Vidin präsentierten Elsässer und Schmiederer eine

erste Einschätzung der beobachteten Schäden und diskutierten mit den Teilnehmern, Forstexperten des bulgarischen Ministeriums für Waldwirtschaft und Ernährung, Vertretern der Regionalverwaltung und den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden, über möglichst kurzfristig umzusetzende Maßnahmen.

„Jede Waldkatastrophe zeigt unerbittlich die strukturellen Nachteile auf“, sagte Ewald Elsässer, der im Fehlen von Wegen und wenig ausgebildeten Waldarbeitern die größten Hürden bei der Aufarbeitung der Schäden und für eine langfristige nachhaltige Waldbewirtschaftung sieht. „Wir haben während unserer zweitägigen Waldvisite nur ganz wenige im Wald arbeitende Leute gesehen. Und wenn, dann haben diese mit völlig veralteter Technik und ohne Schutzkleidung gearbeitet“, so Elsässer.

Als nächsten Projektschritt wird Elsässer einen Sofortmaßnahmenkatalog zur nachhaltigen Beseitigung der festgestellten Waldschäden erstellen, der auch anderen bulgarischen Gemeinden mit ähnlichen Waldproblemen als Modell dienen kann. Dabei steht zunächst die Erschließung der geschädigten Waldbestände im Vordergrund.

Langfristiges Ziel ist die Gewinnung von ausgebildetem Personal für die Bewirtschaftung der Wälder in Vidin. Hier

sieht Landrat Scherer große Chancen in einer Kooperation mit der Partnerregion zur Weiterbildung des Waldpersonals in einem der forsttechnischen Ausbildungsstützpunkte des Ortenaukreises. Bereits im Juli steht das Thema Forstwirtschaft beim Besuch der Partnerregion Vidin in der Ortenau erneut auf dem Programm. Landrat Scherer hat Gouverneur Stankov mit seiner Delegation eingeladen, ein vom Sturm Lothar völlig zerstörtes und neu aufgeforstetes Waldgebiet zu besichtigen. Geführt wird die Waldbegehung von Ewald Elsässer.

Die Region Vidin hat mit rund 85 000 Hektar annähernd dieselbe Waldfläche wie der Ortenaukreis (90 000 Hektar), die Waldverhältnisse sind aber nicht vergleichbar. In der Region Vidin dominieren Nieder- und Mittelwälder mit wenig Nadelholzanteil, während im Ortenaukreis Hochwälder mit deutlichem Nadelholzanteil vorherrschen.

Auch der jährliche Holzeinschlag liegt bei 1 bis 2 Festmetern pro Hektar deutlich unter dem des Ortenaukreises mit 8 bis 10 Festmetern.

Hintergrundinformation: Die EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR) wurde am 24. Juni 2011 offiziell durch den Europäischen Rat verabschiedet. Diese makroregionale Strategie verfolgt das Ziel, die Zusammenarbeit der Donauländer zu stärken. Schwerpunkte sind die Bereiche Infrastruktur, Umweltschutz, die Schaffung von Wohlstand sowie gute Regierungsführung. Die Strategie umfasst neun EU-Mitgliedstaaten: Bulgarien, Deutschland, Kroatien, Österreich, die Tschechische Republik, Ungarn, Rumänien, die Slowakische Republik und Slowenien. Außerhalb der EU bezieht sie Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, die Republik Moldau und die Ukraine ein.

Der Ortenaukreis und die Region Vidin haben im April 2011 ein Partnerschaftsabkommen geschlossen. Die ländlich geprägte Region Vidin liegt im Nordwesten Bulgariens an der Donau und gilt als Ein-

gangstor des Landes zu Europa. Die Region hat eine Fläche von 3022 Quadratkilometern und rund 114.000 Einwohner.

Rems-Murr-Kreis:

In Krisenzeiten hat die Förderung von europaweiten Städtepartnerschaften enorme Bedeutung – Kommunen und Organisationen informierten sich im Kreishaus über Fördermöglichkeiten für Partnerschaften und Austauschprojekte

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Europatag für Kommunen“ und des „Netzwerks der EU-Beauftragten der Kommunen und Landkreise der Region Stuttgart“ fand am Montag, 11. April 2016 eine Informationsveranstaltung zur Förderung von Städtepartnerschaften und Austauschprojekten im Kreishaus statt. Vertreter von Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen informierten sich dabei über Fördermöglichkeiten. Die Europäische Union verfolgt bereits seit ihren Anfängen das Ziel, das friedliche Zusammenleben der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Eine aktive Bürgerschaft war von jeher Voraussetzung dafür, dass das europäische Friedensprojekt gelingen konnte. So betonten Landrat Dr. Richard Sigel und Dr. Walter Rogg, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH, in ihren Einführungsreden, dass es gerade in Krisenzeiten wichtig ist,

die Idee eines geeinten Europas auf lokaler Ebene zu gestalten und erlebbar zu machen. Um diese unvergleichliche europäische Erfolgsgeschichte weiterzuschreiben, sind Städtepartnerschaften, Bürgerbegegnungen, Jugendaustausche und weitere grenzüberschreitende Kooperationen von enormer Bedeutung. Christine Wingert von der Kontaktstelle „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (KS EfBB) erläuterte die EU-Förderung von Städtepartnerschaften und bürgerschaftlichen Engagements. Das Förderprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ verfolgt das übergeordnete Ziel, die EU den Bürgerinnen und Bürgern näherzubringen. So sollen Kenntnisse über die EU, deren Geschichte und Ziele vermittelt, die demokratische Partizipation und gesellschaftliches sowie interkulturelles Engagement gefördert werden. Teilnahmeberechtigt sind europäische nichtgewinnorientierte Organisationen wie etwa lokale und regionale Behörden, Bildungseinrichtungen, Forschungsinstitute, Gedenkstätten und sämtliche Organisationen der Zivilgesellschaft.

Die Stadt Murrhardt hat sich im Jahr 2014 erfolgreich im Programmbereich „Vernetzung von Partnerkommunen“ beworben und so konnte Thomas Zeeb vom Amt für Wirtschaft, Kultur und Tourismus der Stadt Murrhardt den Teilnehmenden im Rahmen seines Er-

fahrungsberichts wertvolle Tipps aus der kommunalen Praxis zur Antragstellung und Durchführung des Programms vermitteln.

Landrat Dr. Sigel berichtete zudem von den positiven Erfahrungen des Rems-Murr-Kreises mit dem Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“: „Mit Hilfe dieser Fördermittel konnten wir in den Jahren 2007 bis 2012 unter anderem mit europäischen Partnern aus Ungarn, Finnland, Tschechien und Kroatien ein Netzwerk unter den Sozialverwaltungen etablieren, von dem alle sehr profitiert haben.“

Zudem besteht mit den Partnerkreisen Meißen in Sachsen, Baranya in Ungarn und Dmitrow in Russland ein lebhafter Dialog, der mit Dmitrow und Baranya dieses Jahr sein 25-jähriges Bestehen feiert. „Sich besser kennenlernen, gemeinsam an Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu arbeiten und europäische Entscheidungen mitzugestalten, waren vor fünfzehn Jahren auch die Motivation für die Region Stuttgart, die eigene Europaarbeit strategisch aufzustellen“, so Dr. Rogg. Das Netzwerktreffen der EU-Beauftragten der Kommunen und Landkreise der Region Stuttgart ist dabei ein wichtiger Bestandteil.

Bei Fragen geben Christine Wingert, Kontaktstelle „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (KS EfBB), Tel. 0228/20167-29, wingert@kontaktstelle-efbb.de, und der Europabeauftragte des Rems-Murr-Kreises, Frieder Oesterle, Tel. 07151/501-1112, frieder.oesterle@rems-murr-kreis.de weitere Auskünfte.

Schwarzwald-Baar-Kreis:

Workshop zur geplanten Strukturstudie Land- und Forstwirtschaft bringt wertvolle Impulse

Die Strukturstudie ist ein Teil des Interreg-Projekts „Demografie Netzwerk“, das nun im Schwarzwald-Baar-Kreis Fahrt aufnimmt. Unter dem Titel „Wohin geht die Landwirtschaft – was können Land-





Von links: Mathias Brugger, Stefan Walther, Renate Klausmann, Sigfried Jäckle, Birgit Schwarmeier, Ralf Böisinger, Frank Merz, Eckard Schmid, Rainer Hall, Bernhard Bolkart, Walter Maier

kreis und Kommunen zur Zukunftsfähigkeit der Betriebe beitragen“ haben Experten aus dem Umfeld der Forst- und Landwirtschaft am 4. März 2016 Themen für den Untersuchungsauftrag erarbeitet.

Alle 16 geladenen Akteure aus dem Umfeld der Forst- und Landwirtschaft (BLHV, Landfrauenverband, Maschinenring, Forum Pro Schwarzwaldbauern, Urlaubsbauernhöfe, Sparkasse, Volksbank, Behördenvertreter) sind gekommen und haben unter Leitung von Moderator Mathias Brugger sehr engagiert diskutiert. Der Austausch am runden Tisch über Herausforderungen und Lösungsstrategien für landwirtschaftliche Betriebe im Schwarzwald-Baar-Kreis war an sich schon sehr wertvoll. Ziel war es, Themen und Methodik für eine Strukturstudie zur Land- und Forstwirtschaft im Landkreis zu definieren. Mit diesen Impulsen wird jetzt eine Ausschreibung der Strukturstudie auf den Weg gebracht, die auch eine Befragung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Bürgern und Behördenvertretern umfassen soll. Im Sommer 2017 sollen die Ergebnisse veröffentlicht werden. Im Jahr 2013 hat der Kreistag des Schwarzwald-Baar-Kreises eine Demografiestrategie mit vielen Maßnahmen beschlossen, die nun umgesetzt werden.

Dazu zählen beispielsweise die Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft, die Werbung für regionale Produkte und Direktvermarktung sowie die Erstellung einer „Strukturstudie zur Land- und Forstwirtschaft“ im Landkreis. Im November 2015 wurde mit mehreren Partnern aus der Region und dem Kanton Schaffhausen ein Interreg-Projekt gestartet, das unter anderem auch die Erstellung der Strukturstudie zur Land- und Forstwirtschaft sowie die Erstellung einer Tourismuskonzeption für den Schwarzwald-Baar-Kreis umfasst.

Interreg, oder wie es offiziell heißt, die „europäische territoriale Zusammenarbeit“, ist Teil der Struktur- und Investitionspolitik der Europäischen Union und wird vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung finanziert. Seit 2015 ist der Schwarzwald-Baar-Kreis am Projekt „Demografie-Netzwerk“ beteiligt, welches durch das Interreg V-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein mit Fördermitteln der EU und Schweiz unterstützt wird.

Universität und Akademie KulturGUT Tübingen kooperieren

Die Universität Tübingen und die Akademie KulturGUT Tübingen wollen in der außeruniversitären Weiterbildung künf-

tig zusammenarbeiten. Die Akademie ist eine Kooperation des Vereins KulturGUT im Landkreis Tübingen, dem Landkreis Tübingen und der Volkshochschule Tübingen. Dank der Kooperation kann die Akademie ihre Angebote, in der Regel mehrtägige und aufeinander aufbauende praxisorientierte Kurse mit wissenschaftlichem Anspruch, universitätsnah anbieten. Die Universität unterstützt die Akademie beispielsweise bei der Gewinnung von Lehrpersonal. Beschäftigte der Universität können für die Akademie außerdienstlich und gegen Honorarzahung des Vereins lehren.

Aufgabenfelder der Akademie sind beispielsweise die Bereiche Erinnerungskultur, Heimatkunde, Museologie, Tourismus. Die Kurse haben keine Zugangsvoraussetzungen und schließen mit einem Zertifikat der Akademie ab. Erworbene Qualifikationen können z.B. im ehrenamtlichen Bereich verwertet werden. Die Kurse werden kostenpflichtig gegen Gebühr angeboten und müssen sich selbst finanzieren. Für ihre Arbeit nutzt die Akademie KulturGUT die einmalige Dichte von Bildungs- und Kultureinrichtungen der Region und stärkt damit auch den Bildungsstandort Landkreis Tübingen. Ermöglicht wird die Akademietätigkeit durch die Organisationsstruktur des Kooperationspartners Volkshochschule Tübingen.

Nähere Infos zur Akademie und zu den ersten Kursen sind unter www.akademiekulturgut.de abrufbar.

WLAN-Zugang im Wartebereich des Landratsamtes Sigmaringen

Seit Mitte April bietet das Landratsamt Sigmaringen seinen Besuchern einen kostenfreien WLAN-Zugang an. Im Foyer des Landratsamtes können Besucher im Wartebereich der Kfz-Zulassungsstelle und des Ausländeramtes künftig mit ihren Smartphones, Tablets oder Notebooks etwaige Wartezeiten überbrücken, im Internet surfen und auf ihre digitalen Daten zugreifen.

„Wir wollen unseren Kunden damit ein Angebot bieten, das ihren Erwartungen an uns entspricht“, so Landrätin Stefanie Bürkle über das neue WLAN Projekt.

Der Zugang ist sehr einfach und ohne Registrierung möglich. Landrätin Stefanie Bürkle freut sich, dass die Kreisverwaltung damit einen weiteren Schritt in die digitale Zukunft geht und Wartezeiten für die Kunden überbrückt werden können.

Technische Verwaltung

60 Jahre Flurneuerung in den Landkreisen Lörrach und Waldshut

Das Flurbereinigungsamt Säckinggen wurde am 1. April 1956 als letzte von 24 Flurbereinigungsbehörden in Baden-Württemberg gegründet. Damals stand in Deutschland als primäres agrarpolitisches Ziel die Sicherung der Ernährung im Vordergrund. Die Flurbereinigung war zu jener Zeit eine fast ausschließlich landwirtschaftlich orientierte Maßnahme. Heute ist die Flurneuerung eine der wichtigsten agrarstrukturellen Maßnahmen zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft. Sie fördert gleichzeitig die allgemeine Landeskultur und die Entwicklung der ländlichen Gemeinden. Man geht selbstverständlich behutsam mit der Landschaft und der Natur um. Stets wird der Kompromiss zwischen Ökonomie und Ökologie gesucht. Seit etwa zwei Jahren ist in jeder Flurneuerung vor der Anordnung der Nachweis zu erbringen, dass nach der Durchführung des Verfahrens ein sogenannter „ökologischer Mehrwert“ vorhanden sein wird. Auch können reine Naturschutzmaßnahmen durch eine Flurneuerung bodenordnerisch begleitet und umgesetzt werden.

Mit zunächst 16 Mitarbeitern Ende 1956 wurde der Dienst in der Villa Bally in Bad Säckinggen aufgenommen. 1966 wur-

den die Räume in der Hauensteinstraße 14 zunächst angemietet und später vom Land Baden-Württemberg erworben. Aufgrund des stetigen Aufgabenzuwachses beschäftigte das Amt Mitte der 80er-Jahre bereits über 70 Personen.

Ein gravierender Einschnitt erfolgte zum 1. Januar 2005 durch die große Verwaltungsreform, als je ein Grundteam von 14 Personen in die Landratsämter Lörrach und Waldshut eingegliedert wurde; die anderen mehr als 20 Personen blieben beim Land und in Bad Säckinggen beschäftigt. Die Aufteilung in zu kleine Einheiten machte sich schnell negativ bemerkbar. Nach der Evaluierung der Verwaltungsreform gründeten die beiden Landkreise Lörrach und Waldshut zum 1. Januar 2009 die erste Gemeinsame Dienststelle in Baden-Württemberg für die Flurneuerung – nun wieder komplett in Bad Säckinggen. Die geleistete Arbeit über 60 Jahre kann sich sehen lassen. So wurden seit der Amtsgründung etwa 120 Flurneuerungsverfahren abgeschlossen; derzeit sind weitere 13 in Bearbeitung. In diesen Verfahren wurden rund 2200 km neue Wege für die Land- und Forstwirtschaft angelegt. Viele dieser Wege dienen heute vor allem auch den Erholungssuchenden in Natur und Landschaft. Diese Baumaßnahmen brachten ein Auftragsvolumen von rd. 90 Mio. Euro mit sich, was insbesondere den Betrieben und Firmen aus der Region zugutekam.

Für den öffentlichen Bedarf konnten in den einzelnen Planungsbereichen gezielt ca. 500 ha Fläche bereitgestellt werden; davon rd. 400 ha für Straßenbaumaßnahmen (z.B. A 98). Auch die Leistungsbilanz für Naturschutz- und Landschaftspflege lässt sich sehen: Rund 500 Hektar konnten durch die Entflechtung der landwirtschaftlich genutzten Flächen und der Naturschutzflächen für diese Zwecke gesichert werden. Daneben wurden zusätzlich rd. 50 km Reihenspazierwege und 50 ha flächige Pflanzungen angelegt. Seit 1985 wurden in freiwilligen Obstbaumpflanzaktionen

zur Erneuerung der Streuobstbestände rd. 38000 Obstbäume an interessierte Grundstückseigentümer ausgegeben. Hierdurch hat eine kräftige Verjüngung des überalterten Streuobstbestandes stattgefunden. Für kommunale Zwecke, wie Sport- und Erholungsanlagen, Rastplätze, Wanderparkplätze, Wanderwege u.ä., wurden ca. 180 ha Fläche ausgewiesen. An den bisher bearbeiteten Neuordnungsverfahren waren ca. 28000 Grundstückseigentümer mit rd. 250000 Grundstücken beteiligt. Große Betriebe durften eine durchschnittliche Zusammenlegung von neun in die Flurneuerung eingebrachten Grundstücken zu einem einzigen großen, wertgleichen Grundstück erwarten. Aber auch kleinere Eigentümer sind oft an einer Zusammenlegung weniger Grundstücke interessiert.

Zu den originären Aufgaben der Flurneuerung gesellten sich im Laufe der Jahre auch neue Arbeitsschwerpunkte. So konnten beim sogenannten „Ländlichen Wegebau“ von 1988 bis 1994 neunzig Webauprojekte in 37 Gemeinden betreut werden. Weiterhin wurde die „Dorfentwicklung“ viele Jahre lang über die Flurneuerung gefördert und es entstanden Vorzeigeorte wie Görwihl oder Dogern. Die „landwirtschaftlichen Förderprogramme“ wurden seit Ende der 80er-Jahre vermessungstechnisch zunächst nur von den Flurneuerungstechnikern unterstützt, bis nach der großen Verwaltungsreform ab 2005 bei den Landratsämtern die Vermessungsämter diese Aufgaben zum Großteil übernahmen.

Die Nachfrage nach Flurneuerungsverfahren ist ungebrochen hoch. Im Wald führt die Kleinparzellierung und die häufig fehlende Erschließung immer mehr zu Anfragen nach einer Flurneuerung, insbesondere im Landkreis Waldshut. In vielen früher schon einmal flurbereinigten Gebieten spricht man heute davon, neue Strukturen zu schaffen, weil die alten bereits wieder von der Technik überholt wurden.

Die Flurneuordnung ist eine Strukturverbesserungsmaßnahme und bringt hohe Zuschüsse von der EU, vom Bund, vom Land und vom jeweiligen Landkreis in die ländlichen Gemeinden. Alleine deshalb ist sie dort sehr willkommen. Als moderne Dienstleistungsverwaltung, die sich wechselnden Anforderungen erfolgreich stellt, bleibt die Flurneuordnung auch zukünftig gefragt.

Landkreis Göppingen: Theresa Brühl – Landesbeste Staatsprüfung im mittleren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst

Landrat Edgar Wolff konnte am 18. Mai 2016 Theresa Brühl aus Schnittlingen (Böhmenkirch) zum erfolgreichen Abschluss ihres Vorbereitungsdienstes für den mittleren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst im Landratsamt gratulieren.

Theresa Brühl legte mit der Höchstpunktzahl von 15 Punkten die landesweit beste Staatsprüfung ab. Zuvor hatte sie ihre Ausbildung zur Vermessungstech-

nikerin zusammen mit zwei anderen Auszubildenden bereits als Landesbeste abgeschlossen.

Landrat Edgar Wolff freute sich über das herausragende Ergebnis und hob hervor, dass eine solche Leistung nur durch großen Fleiß und hohe Einsatzbereitschaft zu erreichen ist. Ganz besonders freute er sich darüber, dass Frau Brühl nach Ihrer Ausbildung weiterhin beim Landkreis Göppingen arbeitet.

Frau Brühl ist seit 1. Mai 2016 als technische Sachbearbeiterin beim Amt für Vermessung und Flurneuordnung des Landratsamtes Göppingen beschäftigt.

„Sie sind Teil einer positiven Entwicklung“ – 79 Vermessungstechniker/innen schließen ihre Berufsausbildung erfolgreich ab

„Sie haben sich drei Jahre intensiv mit den Kernaufgaben der Geodäsie beschäftigt. Ob bei einem Landratsamt, einer Stadt, bei einem öffentlich bestellten Vermessungsingenieur oder in einem

Vermessungsbüro wurden Sie auf Ihre berufliche Zukunft bestens vorbereitet“. Diese Feststellung von Gerd Holzwarth – Vorsitzender des DVW-Baden-Württemberg – umschrieb den Anlass für die Feierstunde am 14. Juli 2016 beim Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg (LGL). 79 Auszubildende haben mit der Sommerprüfung 2016 ihre Berufsausbildung als Vermessungstechnikerin und Vermessungstechniker in Baden-Württemberg erfolgreich abgeschlossen und konnten ihr Abschlusszeugnis aus der Hand des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses – Erich Barth (Landratsamt Tübingen) – entgegennehmen.

In seinen einleitenden Worten betonte Erich Barth, dass Vermessungstechniker/innen bei ihren Arbeiten stets von Veränderungsprozessen begleitet werden, sei es im Zuge der Planung von Veränderungen oder im Rahmen der Dokumentation neuer Gegebenheiten durch die Erfassung aktueller Geodaten. Auch wenn die Prüfungsabsolventen zum jetzigen Zeitpunkt bestens ausgebildet sind, erfordern stetige Veränderungen im Berufsumfeld eines jeden Einzelnen persönlich, dass auch das berufliche Wissen durch Weiterbildung aktualisiert werden muss und daher immer Veränderungen unterworfen sein wird.

LGL-Präsident Luz Berendt begrüßte die jungen Vermessungstechniker/innen persönlich und auch im Namen des gesamten LGL zum Erreichen dieser bedeutenden Stufe ihrer beruflichen Entwicklung. Der Ausbildungsabschluss stellt ein tragfähiges Fundament für einen zukünftigen Berufsweg dar, der durchaus in sehr unterschiedlichen Bahnen verlaufen kann und gleichzeitig offen ist, um weiteres persönliches Potenzial auszuschöpfen.

Unter Berücksichtigung der im Februar 2016 abgeschlossenen Winterprüfung haben in diesem Jahr bereits insgesamt 105 Vermessungstechniker/innen ihre Ausbildung abgeschlossen. Der Berufsstand ist sehr glücklich darüber, dass





Für besondere Prüfungsleistungen wurden vom LGL geehrt: (von links): Daniel Herkert (LRA Neckar-Odenwald-Kreis), Jonas Hönninger (LRA Main-Tauber-Kreis), Lukas Schmidt (LRA Neckar-Odenwald-Kreis), Pascal Reichle (LRA Ortenaukreis), Oliver Zipfel (LRA Breisgau-Hochschwarzwald). Eingerahmt von Luz Berendt (Präsident des LGL) und Erich Barth (Vorsitzender des Prüfungsausschusses)

derzeit eine Phase mit steigenden Ausbildungsabschlüssen zu verzeichnen ist und diese in den kommenden Jahren auch noch weiter ansteigen werden. „Mit Ihrer Entscheidung im Jahr 2013 für die Ausbildung als Vermessungstechniker/in haben Sie persönlich zur positiven Entwicklung dieses Trends beigetragen“ stellte Luz Berendt fest.

Micha Maier (Stadt Stuttgart) ging in seinem Grußwort auf die enorme technische Entwicklung des Berufsstandes ein und erinnerte an die frühesten Techniken in Ägypten. Auch wenn sich die heutige Technik unglaublich weit entwickelt hat und bereits umfassende Geodaten unserer Umwelt verfügbar sind, wird diese Entwicklung weitergehen und auch künftig den Einsatz von Vermessungstechnikern erforderlich machen.

Neben den Glückwünschen an die frischgebackenen Vermessungstechniker/innen richteten die Redner auch ihren Dank an die Ausbilder/innen der Ausbildungsbetriebe, an die Lehrer/innen der Berufsschulen, an die Mitglieder des Prüfungsausschusses und an die Zuständige Stelle des LGL, die mit ihren jeweiligen Beiträgen zum guten

Gelingen der Ausbildung beigetragen haben.

Die erfolgreichen Absolventen der Sommerprüfung wurden bei folgenden Ausbildungsstellen ausgebildet: Untere Vermessungs- und Flurneuerungsbehörden bei den Landratsämtern (53), städtische Vermessungsdienststellen (6), ÖbVI- und private Vermessungsbüros (20).



Verleihung des Preises der Geodäsie-Verbände BW an den Prüfungsbesten: Daniel Herkert (LRA Neckar-Odenwald-Kreis) mit Erich Barth (Vorsitzender des PA, links) und Gerd Holzwarth (Vertreter der Geodäsie-Verbände BW, rechts)

Zum Abschluss der Feier wurden die Prüfungsbesten für ihre besonderen Leistungen geehrt. Für ihr Abschneiden mit der Gesamtnot „sehr gut“ konnte Präsident Berendt fünf Vermessungstechniker mit der Jahresflatrate der BW Map mobile als Anerkennung des LGL belohnen (siehe Bild oben). Die Preisträger können somit das Angebot digitaler topographischer Karten des LGL bis zum Maßstab 1:10 000 mobil auf ihrem Smartphone nutzen.

Traditionell wird der Beste/die Beste der jeweiligen Abschlussprüfung mit dem Preis der Geodäsie-Verbände Baden-Württemberg in Höhe von 200,- Euro geehrt. Diese Mal räumte diesen Preis Daniel Herkert (LRA Neckar-Odenwald-Kreis) ab. Der Preis wurde von Gerd Holzwarth in seiner Funktion als Vertreter der Geodäsie-Verbände BW übergeben. Gleichzeitig konnte Daniel Herkert auch den Sonderpreis des Landkreistages entgegennehmen, als Bester der bei einem Landratsamt ausgebildet wurde. Das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung wünscht allen Absolventen einen guten Start in das Berufsleben bzw. viel Erfolg bei der weiteren Qualifizierung durch Studium oder zusätzlichem Schulabschluss.

SCHWARZWALD-BAAR-KREIS



Regierungsbezirk Freiburg
Einwohnerzahl: 206 916 (Stand 30.6.2015)
Fläche in km²: 1025 (Stand 31.12.2014)
Zahl kreisangehöriger Städte/Gemeinden: 20
davon Große Kreisstädte: 2

Hausanschrift:
Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis
Am Hoptbühl 2
78048 Villingen-Schwenningen

Postanschrift:
Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis
Postfach 17 20
78045 Villingen-Schwenningen

Zentrale:
Telefon: 0 77 21 / 9 13-0
Telefax: 0 77 21 / 9 13-89 00
E-Mail: info@schwarzwald-baar-kreis.de

Pressestelle:
Telefon: 0 77 21 / 9 13-73 86
Telefax: 0 77 21 / 9 13-89 03
E-Mail: Pressestelle@lrabk.de

Wirtschaftsförderung:
Telefon: 0 77 21 / 9 13-74 86
Telefax: 0 77 21 / 9 13-89 02
E-Mail: Wirtschaft@lrabk.de

Tourismus:
Telefon: 0 77 21 / 9 13-74 86
Telefax: 0 77 21 / 9 13-89 02
E-Mail: Tourismus@lrabk.de



Landrat:
Sven Hinterseh
seit 1.6.2012

Mandatsverteilung:	
Gesamt 61 Sitze, davon	
CDU:	26
Freie Wähler:	12
SPD:	10
Bündnis 90/Grüne:	7
FDP:	4
Fraktionslose Mitglieder:	2

Geografische Lage:



Mehr Infos:
<http://www.schwarzwald-baar-kreis.de>

Wissenswertes

Der Schwarzwald-Baar-Kreis – das Quellenland. Lebens-, Gesundheits-, Bildungs-, Wirtschafts- und Erfinderquellen: Der Schwarzwald-Baar-Kreis ist ein vielgestaltiger Wirtschafts- und Lebensraum. Landrat Sven Hinterseh: „Wir engagieren uns auf breiter Basis für die Attraktivität von Stadt und Land im Quellenland Schwarzwald-Baar-Kreis. Wertvolle Partner dabei sind die innovationsfreudige mittelständische Industrie, unser Gesundheitswesen, Forschung und Lehre, das Dienstleistungsgewerbe, die moderne öffentliche Verwaltung und das breit ausgerichtete Bildungswesen. Der Schwarzwald-Baar-Kreis, das sind aber auch Donau und Neckar, Europäische Wasserscheide, Schwarzwald und Schwarzwalduhr, Bollenhut und Schwarzwälder Schinken oder Schwarzwälder Kirschtorte – weltweit bekannte Marken also.“ Im Schwarzwald-Baar-Kreis entspringen sieben bedeutende Quellen: Brigach, Breg, Donau, Schiltach, Elz, Gutach und der Neckar. Aus diesem Alleinstellungsmerkmal entstand der Name „Quellenland“.

Hochqualifizierte Arbeitsplätze, bezahlbares Bauland, gesunde Umgebung, gute Infrastruktur, aktives Vereinsleben und ein rundum familienfreundliches Klima – das sind die Dinge, die zählen und die der Schwarzwald-Baar-Kreis bietet. Renommierete Bildungseinrichtungen runden neben Hochschulen in Villingen-Schwenningen und Furtwangen die Bildungslandschaft ab. Der Schwarzwald-Baar-Kreis besitzt eine intakte Natur. Hier ist es ein Vergnügen, tief durchzuatmen und den brillanten Sternenhimmel durch die glasklare Luft zu betrachten. Drei Viertel der Städte und Gemeinden im Schwarzwald-Baar-Kreis sind „prädikatisiert“, also staatlich anerkannte Heilklimatische Kurorte, Heilbäder, Luftkur- und Erholungsorte. Ein Meilenstein wurde bei der medizinischen Versorgung mit dem Neubau des Schwarzwald-Baar-Klinikums 2013 erreicht. Das Großklinikum umfasst 750 Betten mit einer Nutzfläche von 46 000 m². In einem OP-Zentrum stehen 15 Operationssäle zur Verfügung.



Die Baar